

STATE LIBRARY OF PENNSYLVANIA



3 0144 00379990 5

REFERENCE



COLLECTIONS





Digitized by the Internet Archive
in 2015

•

VERÖFFENTLICHUNGEN
DER CARNEGIE-STIFTUNG FÜR
INTERNATIONALEN FRIEDEN

ABTEILUNG FÜR VOLKSWIRTSCHAFT
UND GESCHICHTE

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALGESCHICHTE DES WELTKRIEGES

DEUTSCHE SERIE

GENERALHERAUSGEBER

PROFESSOR DR. JAMES T. SHOTWELL

DEUTSCHER HERAUSGEBERAUSSCHUSS

Dr. Carl Melchior, Vorsitzender

Dr. Hermann Bücher

Dr. Carl Duisberg

Dr. A. Mendelssohn Bartholdy

Dr. Max Sering

*Der Plan des Gesamtwerkes ist am Schluß
dieses Bandes mitgeteilt*

1927

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTTGART BERLIN UND LEIPZIG
YALE UNIVERSITY PRESS, NEW HAVEN

DIE DEUTSCHE KRIEGSERNÄHRUNGS- WIRTSCHAFT

VON

PROF. DR. AUGUST SKALWEIT

1927

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTTGART BERLIN UND LEIPZIG
YALE UNIVERSITY PRESS, NEW HAVEN

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart
Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Württemberg
Printed in Germany

INHALT

VORWORT DES GENERALHERAUSGEBERS	XI
---------------------------------------	----

EINFÜHRUNG	1
------------------	---

ERSTER TEIL: DIE DEUTSCHE ERNÄHRUNGSBILANZ BEI KRIEGS- BEGINN UND DIE STEIGERUNG IHRER PASSIVITÄT DURCH DIE BLOCKADE	5
--	---

Mangelnde ernährungswirtschaftliche Kriegsrüstung. Überschätzung der Friedensernteerträge. Eltzbachers Denkschrift. Irrtümliche aus der Kalorienberechnung gezogene Folgerungen. Das Verhältnis von Getreideerzeugung und Getreideeinfuhr. Der Fettmangel. Die Futtermittel. Die Hackfrüchte. Die anderen Nahrungsmittel. Die im Lande befindlichen Vorräte. Delbrücks gescheiterter Plan, Vorräte für den Kriegsfall aufzuspeichern. Der »Reichseinkauf«. Aufhebung der Agrarzölle bei Kriegsausbruch. Der Bezug von Lebensmitteln über das neutrale Ausland. Die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft. Die Verschärfung der Blockade. Kompensationsverträge. Das Gelingen der Blockade.

ZWEITER TEIL: DIE VORRATSTRECKUNG	26
---	----

1. Die ersten Streckungsmaßnahmen. Das K-Brot	26
--	----

Der planlose Überkonsum in den ersten Kriegsmonaten. Die ersten warnenden Stimmen. Schärfung des Verantwortungsgefühls für kriegsgemäße Ernährung. Schärfere Ausmahlung des Brotgetreides. Streckung des Brotmehls durch Kartoffelzusatz. Der »Kartoffelbrotgeist«. Verschärfung der Ausmahlungs- und Backvorschriften. Nachtbackverbot. Das KK-Brot. Die Teka. Brotstreckung durch Kohlrüben. Schlagsahneverbot. Verbot der Verwendung von Sahne und Vollmilch zum Backen.

2. Die fleischlosen Tage. Verbrauchsbeschränkungen in den Gaststätten	36
--	----

Überkonsum von Fleisch und Fleischwaren im ersten Kriegsjahre. Die Einführung fleisch- und fettloser Tage. Die Wirkungen auf den Gasthausbetrieb. Die Fleischkarte.

3. Die Massenspeisung	40
-----------------------------	----

Einrichtung von städtischen Volksküchen, von Arbeiterkantinen, von Mittelstandsküchen usw. im ersten Kriegsjahre. Planmäßige Organisation von Gemeinschaftsspeisungen (Dezentralisation und Zentralisation). Die Bewegung für Einführung allgemeiner Zwangsmassenspeisungen. Die Richtlinien des Kriegsernährungsamts. Die Undurchführbarkeit einer allgemeinen Massenspeisung. Die Massenspeisungsfrequenz. Unzureichende Belieferung der Gemeinschaftsküchen mit Rohstoffen gegen Ausgang des Krieges.

4. Die Ersatzmittel	50
»Ersatzstoffe« und »Surrogate«. Kaffee und Kaffee-Ersatz. Der Kriegsausschuß für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel. Die übrigen Ersatzmittel. Der Schwindel mit Ersatzmitteln und seine Bekämpfung.	
DRITTER TEIL: DIE WIRTSCHAFTSUMSTELLUNG ZWECKS EINSPARUNG VON NAHRUNGSMITTELN	62
<i>Erster Abschnitt. Die Umstellung der landwirtschaftlichen Veredelungsindustrien</i>	
1. Die Zuckerwirtschaft.....	63
Die angeordnete Einschränkung des Zuckerrübenbaues. Verfütterung, Brennen und Ausfuhr vorhandener Zuckerbestände. Anzeichen beginnenden Zuckermangels. Zunahme des Zuckerkonsums. Verteilstelle für Rohzucker. Verfütterungsverbote. Reichszuckerstelle. Verwendung von Süßstoff als Zuckerersatz. Import aus der Ukraine.	
2. Die Branntweinwirtschaft	70
Die in den Brennereien verwandten Rohstoffe als beachtenswerter Posten der Ernährungsbilanz. Unmöglichkeit, die Spirituserzeugung stark einzuschränken. Abbau der Kornbrennereien. Hefebrennereien. Branntweineinfuhr aus dem Auslande. Die Reichs-Branntweinstelle.	
3. Die Bierbrauerei	77
Widerstände gegen eine Unterbindung der Erzeugung. Einschränkung des Rohstoffverbrauchs. Vorzugsbehandlung Bayerns. Rückgang der Biererzeugung. »Kriegsbier«. Der »Malzausgleich«. Zusammenlegung der Brauereibetriebe.	
<i>Zweiter Abschnitt. Die Umstellung der Viehwirtschaft</i>	
1. Das Problem	82
Umfang des Fleischkonsums. Erzeugungsschwierigkeiten. Forderung einer radikalen Beseitigung der Schweinehaltung. Unentbehrlichkeit des Schweins für die Ernährungswirtschaft. Unmöglichkeit, die Schlachtviehhaltung der verschmälerten Futtermittelbasis anzupassen.	
2. Verfütterungsbeschränkungen	89
Verfütterungsverbot für Brotgetreide. Verfütterungsbeschränkungen für Hafer und Gerste. Rationierung des Futtermittelverbrauchs. Verfütterungsverbote für Kartoffeln und Zuckerrüben. Unvollkommene Wirksamkeit der Verfütterungsverbote. Die Beschlagnahme.	
3. Der Schweinemord	92
Zu Kriegsbeginn erlassene Schlachtverbote. Gefährdung der Kartoffelversorgung durch die Schweinehaltung im Frühjahr 1915. Schweineabschlachtung. Unerwarteter Kartoffelüberfluß. Kritik durch die öffentliche Meinung.	
4. Die öffentliche Bewirtschaftung des Schlachtviehs	99
Steigen der Schweinepreise nach Abschluß der Zwangsschlachtungen. Mißerfolge lokaler Höchstpreise. Die Schweinehöchstpreise vom 4. November 1915. Das Versiegen des Angebots. Die Rückwirkung auf den Rindermarkt. Die Viehhandelsverbände. Die Rinderhöchstpreise vom	

März 1916. Öffentliche Regelung der Fleischversorgung. Die Reichsfleischstelle.

5. Der Preisausgleich landwirtschaftlicher Erzeugnisse 106

Das Fehlen eines ordnenden Prinzips bei der Bemessung der ersten Höchstpreise. Mangelnde Preisrelation. Der Preisausgleich im Wirtschaftsplan für das Erntejahr 1917/18. Störung dieses Plans durch die Hausschlachtungen. Rückgang der Schweineerzeugung. Rückwirkung auf die Rinderbestände. Abnahme der Milcherzeugung und des Schlachtgewichts.

VIERTER TEIL: DIE HÖCHSTPREISPOLITIK 115

1. Die ersten Höchstpreise 115

Käuferpanik in den Mobilmachungstagen. Höchstpreisgesetz vom 4. August 1914. Lokal festgesetzte Kleinhandelshöchstpreise, ihre anfänglichen Erfolge und ihr späteres Versagen. Die ersten allgemeinen Höchstpreise und ihre allmähliche Vermehrung.

2. Die Bekämpfung der Höchstpreisüberschreitungen und des Preiswuchers 120

Die Stellungnahme der öffentlichen Meinung. Der Preiswucher als Folge der Warenknappheit. Der Lebensmittel-Schieber. Der Kettenhandel und seine Bekämpfung. Konzessionspflichtigkeit des Großhandels mit Lebensmitteln. Winkelbörsen. Die Kontrollierung des Kleinhandels. Die Preisprüfungsstellen. Die Reichspreisprüfungsstelle.

3. Die Preise der öffentlich geregelten Nahrungsmittelwirtschaft 133

Erhöhtes Preisniveau als Auswirkung der Höchstpreissetzung. Ergänzung der Höchstpreise durch öffentliche Bewirtschaftung. Bewirtschaftungspreise. Preispolitische Behandlung der beschlagnahmefreien und der Auslandsware. Der »angemessene« Preis. Die Technik der Höchstpreissetzung. Der Richtpreis. Anreizpreise. Der niedrige Preis als Hauptziel der Preispolitik. Der Einfluß der Höchstpreise auf die Währung. Finanzielle Aktionen aus öffentlichen Mitteln zwecks Erniedrigung der Lebenshaltungskosten. Die an der Preispolitik geübte Kritik.

FÜNFTER TEIL: DIE ÖFFENTLICHE BEWIRTSCHAFTUNG UND RATIONIERUNG DER LEBENSMITTEL 146

1. Die Kommunalverbände 146

Verwaltungsorganisatorische Aufgaben. Zentralisation oder Dezentralisation? Die Kommunalverbände als Exekutivorgane. Die Anfänge der öffentlichen Nahrungsmittelwirtschaft in den großen Städten. Der Begriff des Kommunalverbandes. Unterschiedlicher Aufgabenkreis der Kommunalverbände je nach Lage zum Versorgungsgebiete und je nach Größe und Zusammensetzung der Bevölkerung. »Selbstwirtschaftende« Kommunalverbände. Die kommunalen Lebensmittelämter. Der Handel als Funktionär kommunaler Lebensmittelwirtschaft. Die besonderen Aufgaben der ländlichen Kommunalverbände.

2. Die Reichs- und Landesstellen und die Kriegsgesellschaften	162
Zentralstellen zum Zwecke des Versorgungsausgleiches zwischen Überschuß- und Bedarfskommunalverbänden. Mangelnde oberste Zentralstelle mit Anordnungsgewalt. Das Reichsamt des Innern. Die Ausschaltung des Reichstages durch das Ermächtigungsgesetz. Der parlamentarische Beirat für Volksernährung. Die Reichsverteilungsstelle. Die Kriegsgetreidegesellschaft. Der Reichskommissar. Die Reichsgetreidestelle. Die Reichskartoffelstelle, die Reichszuckerstelle, die Reichsfleischstelle, die Reichsbranntweinstelle, die Reichsfuttermittelstelle usw. Das Wesen der Kriegsgesellschaft. Kritik der öffentlichen Meinung an den Kriegsgesellschaften. Die Landesstellen. Die ZEG und ihre Bezirkszentralen. Die Viehhandelsverbände. Die Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung.	
3. Das Kriegsernährungsamt; v. Batocki	179
Das Rufen der öffentlichen Meinung nach einem Lebensmitteldiktator. Die Kompetenzen und die Organisation des Kriegsernährungsamts. Der Vorstand. Der Beirat. Der Frauenbeirat. Der Ausschuß zur Förderung der Landwirtschaft. Der Preußische Staatskommissar für Volksernährung. Dr. Michaelis. v. Waldow.	
4. Die Bewirtschaftungsformen der wichtigsten Lebensmittel	187
Die Getreidewirtschaft. Die Kartoffelversorgung. Die Gemüse- und Obstversorgung. Landleistungsverträge. Bewirtschaftung des Schlachtviehs. Bewirtschaftung der Speisefette. Die Milchbewirtschaftung. Eierversorgung. Die Fischwirtschaft.	
5. Die Technik der Rationierung	196
Die Lebensmittelkarte. Kontrollierung der Lebensmittelausgabe. Die Listenführung für die Bezugsberechtigten. Kettenstehen. Kundenlisten in Verbindung mit Vorbestellung. Differenzierung der Rationen. Schwerarbeiterzulagen. Die Hindenburgspende. Grundsätze für die Versorgung der Schwer- und Schwerstarbeiter. Privater Markenaustausch. Sonderzuweisungen für Minderbemittelte, Kinder, Kranke, Greise, hoffende Frauen. Versorgungsungleichheiten. Der »Selbstversorger«.	
6. Die ausgeteilten Rationen	210
Brotration. Kartoffelration. Fleischration. Fettrationen. Milchzuteilung.	
7. Der Kampf mit dem Schleichhandel	218
Hamstern, Hamsterfahrten, Hamsterhandel. Illegale Eindeckung mit Lebensmitteln im großen durch Großunternehmen und Kommunalverbände. Die Neuköllner Denkschrift. Die Angriffe gegen das »System Waldow«. Der Antrag Roesicke. Undurchführbarkeit der vorgeschlagenen Umlagewirtschaft. Maßnahmen zur Bekämpfung des Schleichhandels und ihr Mißerfolg. Der Zusammenbruch.	

A N L A G E N

1. Liste der Schwerstarbeiter (Anlage A zum Rundschreiben des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes vom 26. Oktober 1917)	233
2. Einfuhr und Ausfuhr 1916 bis 1918: Brotgetreide	235
3. Einfuhr und Ausfuhr 1916 bis 1918: Lebendes Vieh	236
4. Einfuhr und Ausfuhr 1916 bis 1918: Fleisch und Fleischwaren	237
5. Einfuhr und Ausfuhr 1916 bis 1918: Pflanzliche und tierische Öle und Fette	238
6. Einfuhr und Ausfuhr 1916 bis 1918: Fische	239
7. Verzeichnis der der Aufsicht des Kriegsernährungsamtes unterstellten Kriegsstellen und Kriegsgesellschaften (Stand vom 1. Dezember 1917)..	240
8. Die im Dezember 1918 geltenden Rationen der Versorgungsberechtigten sowie der Selbstversorger in der Oberverteilung	247
9. Die Lebensmittelrationen in Berlin, Dezember 1918 (Beispiel für die Unterverteilung seitens der Kommunalverbände)	249
ANHANG: Gesamtplan	251

TABELLEN IM TEXT

Wareneinfuhr der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft (1916, 1917, 1918)	24
Die von der Trockenkartoffel-Verwertungsgesellschaft aus der inländischen Produktion dem Verbrauch zugeführten Mengen an Stärke und Stärkemehl, Walzmehl, Flocken	34
Zahl der in der Massenspeisung ausgegebenen Mittagessen.....	49
Massenspeisungen im Oktober 1918 in den Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern	51
Kaffee-Ersatzerzeugung	53
Die wichtigsten endgültig zugelassenen Ersatzlebensmittel (Stand vom 15. Juli 1919).....	60
Die Spirituserzeugung der Jahre 1913/14 bis 1917/18	72
Die Verteilung der Spiritusverbrauchsmengen in der öffentlichen Bewirtschaftung	77
Ergebnisse der Schweinezählungen im Deutschen Reich und in Preußen (1913, 1914, 1915)	97
Der wöchentliche Auftrieb auf den Schweinemärkten (Schlachtviehmarkt 1915)	101
Schweineschlachtungen (April 1916 bis Oktober 1918)	110
Die in den Wirtschaftsjahren 1916/17 und 1917/18 erfaßten Mengen an Brot- und Futtergetreide.....	112
Schlachtungen von Rindern und Kälbern (April 1916 bis Oktober 1918)	114
Durchschnittlich verteilte Wochenmengen an Speisefett (Juli 1916 bis November 1918)	215
Die in den Großstädten je Kopf der Einwohnersehaft verteilten Milchmengen 1917 und 1918	217

VORWORT DES GENERALHERAUSGEBERS FÜR DAS GESAMTWERK

Als im Herbst 1914 die Aufgabewissenschaftlicher Erforschung der Wirkungen eines Kriegs auf das heutige Leben mit einem Male vom metaphysischen Theoretiker auf den Geschichtsschreiber überging, beschloß die Abteilung für Wirtschaft und Geschichte der Carnegie-Stiftung für den Weltfrieden, den Plan ihrer Untersuchungen den teils neuen, teils veränderten Problemen anzupassen, die der Krieg stellte. Der frühere Plan, das Ergebnis einer Konferenz von Volkswirtschaftlern in Bern im Jahre 1911, beruhte auf dem damals verfügbaren Tatsachenmaterial; eben hatte sich an den ersten Beiträgen zu zeigen begonnen, welche Vorzüge er hatte; indessen konnte man jetzt aus mancherlei Gründen nicht mehr daran denken, ihn bis zum Ende durchzuführen. So wurde auf Verlangen des Leiters der Abteilung ein neuer Plan entworfen; man wollte versuchen, vermittelt einer geschichtlichen Übersicht zu bestimmen, welche Kosten der Krieg für die Wirtschaft und welche Verschiebungen er für die kulturelle Entwicklung mit sich gebracht hat. Solch eine Geschichte könnte, das fühlte man, wenn wissenschaftlich geschulte Männer von richterlichem Gleichmaß des Geistes sie schrieben, zuletzt im wissenschaftlichen Dienst der Wahrheit die Mittel zur Bildung einer gesunden öffentlichen Meinung liefern und auf diese Weise grundlegend beitragen zur Erreichung der Ziele einer der Sache des Weltfriedens gewidmeten Institution.

Das Bedürfnis nach einer solchen im Geist historischer Forschung geplanten und ausgeführten Analyse zeigte sich immer deutlicher, je weiter der Krieg fortschritt, da nun die vielgestaltigen Kräfte des nationalen Lebens nicht nur für den ungeheuren Zerstörungsprozeß entfesselt, sondern auch unter dem Antrieb des Kriegs zu neuen produktiven Leistungen freigemacht wurden. Diese neue wirtschaftliche Aktivität, die im ruhigen Friedens-

zustand einen Gewinn für die Gesellschaft hätte bedeuten können, und die überraschend sich darstellende Fähigkeit der kriegsführenden Nationen zum Ertragen lang fortgesetzter, sich steigender Verluste — oft unter dem äußeren Anschein eines neuen Wohlstandes — nötigten zu einer Überprüfung der gesamten Kriegswirtschaftslehre. Der Abteilung für Wirtschaft und Geschichte war damit eine doppelte Verpflichtung auferlegt. Sie mußte ihre Arbeit auf dieses sich anbietende Problem konzentrieren, und sie mußte es in seiner Gesamtheit erfassen, mit anderen Worten, die Maßstäbe und Methoden der Geschichtsschreibung auf es anwenden. Wie der Krieg selbst, ein Einzelereignis, dennoch auf Wegen, zwischen denen keine Verbindung zu bestehen schien, bis in die entferntesten Teile der Welt wirkte, so muß die Kriegsforschung nach einem Plan vorgehen, der zu gleicher Zeit allumfassend ist und sich doch in die praktischen Beschränkungen des zugänglichen Materials fügt.

Solange der Krieg dauerte, war es indessen unmöglich, diesen Plan einer wissenschaftlichen und unvoreingenommenen Erforschung der Kriegswirtschaft in großem Maßstab und mit sicherer Hand durchzuführen. Man konnte wohl Gelegenheitsarbeiten und Einzelstudien unternehmen, und das geschah auch unter der Leitung der Abteilung; eine allgemeine Geschichte in Angriff zu nehmen, war aus naheliegenden Gründen unmöglich. Der erste dieser Gründe war, daß eine autoritative Darstellung der Wirtschaftskräfte, über welche die Kriegführenden verfügten, unmittelbar auf die Kriegführung im Feld hätte einwirken müssen; deshalb wurden die Daten über das wirtschaftliche Leben der kriegführenden Länder, die zu Friedenszeiten der Forschung leicht zugänglich gewesen wären, ihr soweit wie möglich entzogen. Zu dieser Schwierigkeit im Beschaffen der Dokumente kam noch, daß die Mitarbeiter, die für sie sachverständig waren, in den kriegführenden Ländern zum großen Teil in den Dienst der Landesverteidigung gestellt waren und so für die Aufgabe nicht in Betracht kamen. Die Ausführung des Planes einer Kriegsgeschichte wurde deshalb auf eine Zeit verschoben, in der nicht nur der Zugang zu den wesentlichen Urkunden, sondern auch die Mitwirkung von Nationalökonomern, Historikern und Männern der Praxis in allen hauptbeteiligten Ländern möglich sein würde; denn es kam darauf an, sie zu einem gemeinsamen Werk zu ver-

einigen, das in seinem Gehalt wie in seinem Ziel über jedes Mißverständnis erhaben wäre.

Bei Kriegsende nahm die Stiftung den ursprünglichen Plan wieder auf, und man fand, daß er mit nur geringer Änderung auf die jetzige Lage anwendbar sei. Die Arbeit begann im Sommer und Herbst 1919. Zunächst trat eine Schlußkonferenz des Wirtschaftsbeirats der Abteilung für Wirtschaft und Geschichte in Paris zusammen; sie beschränkte sich auf den Entwurf einer Reihe von kurzen vorläufigen Einzelstudien. Da aber die rein vorläufige Art solcher Studien noch deutlicher dadurch wurde, daß sie sich ganz besonders auf die damals für Europa dringlichen Probleme richteten, so hielt man es für das beste, sie nicht als einen Bestandteil des großen Werks zu behandeln, sondern ihnen nur das beschränkte Verdienst von Beiträgen zur Liquidierung des Kriegs zuzuerkennen. Es leuchtete ein, daß es nicht nur unmöglich war, auf dieser Konferenz a priori ein allgemeines Programm für die Gesamtgeschichte aufzustellen, sondern daß man vielmehr eine neue und mehr spezialisierte Forschungsorganisation brauchte, um die Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Kriegs in Angriff nehmen zu können, eine Organisation, die fürs erste mehr national eingerichtet sein und noch nicht auf internationaler Zusammenarbeit beruhen sollte. Ehe die Tatsachen der Kriegsgeschichte in den einzelnen Ländern festgestellt waren, würde man nicht zur vergleichenden Nachprüfung schreiten können, und die Geschichte jedes einzelnen Landes war in sich schon von fast schwindelerregender Vielfältigkeit und Verschlungenheit. Infolgedessen löste sich der bisherige Untersuchungsausschuß für Europa auf, und man beschloß, an seiner Stelle in den großen Ländern Herausgeberausschüsse einzusetzen und in den kleineren Staaten einzelne Herausgeber zu ernennen; sie sollten sich jeder, wenigstens fürs erste, in seiner Arbeit auf die Wirtschafts- und Sozialgeschichte seiner Heimat im Krieg konzentrieren.

Die Bildung dieser Ausschüsse durch den Generalherausgeber war der erste Schritt, der überall zum Beginn der Arbeit zu tun war. Und wenn der Plan der Stiftung noch irgendeiner Rechtfertigung bedurfte, so bietet sie sich in den Namen der in Wissenschaft und Politik bewährten Männer dar, die die Verantwortung der Herausgeberschaft auf sich genommen haben. Diese Verant-

wortung ist keineswegs eine leichte, schließt sie doch die Aufgabe in sich, den allgemeinen Plan den wechselnden Bedürfnissen nationaler Besonderheiten anzupassen. Der Erfolg wird der hingebenden und ernstgemeinten Arbeitsgemeinschaft der Männer zu danken sein, denen die Schriftenreihe ihres Landes anvertraut ist.

Über den nächsten Schritt, der nach Einrichtung der Organisation zu tun war, konnte kein Zweifel bestehen: ohne Urkunden keine Geschichtschreibung. Alle für die Zentralverwaltungen wie für engere Gebiete wesentlichen Kriegsakten sind daher zu erhalten und der Forschung zugänglich zu machen, soweit es sich mit dem Staatswohle vereinbaren läßt. Aber diese gewaltige archivalische Aufgabe liegt von Rechts wegen den Regierungen und anderen Besitzern der Dokumente ob und nicht dem Geschichtschreiber oder dem Wirtschaftsforscher, der sie zu benutzen wünscht. Eigentum verpflichtet: all diese Dokumente sind anvertrautes öffentliches Gut. In diesem Abschnitt unserer Kriegsgeschichte konnten also die Mitarbeiter nur über den Zustand, wie sie ihn auf ihrem besonderen Forschungsgebiet gefunden hatten, in der Form von Führern oder Nachschlagewerken berichten und möglicherweise dadurch, daß sie zu einem Vergleich der hier und dort angewandten Methoden anregten, dazu helfen, daß überall die praktischste Art der archivalischen Ordnung zur Annahme gelangte. Dies also war in jedem Land der Ausgangspunkt der wirklichen Arbeit an der Kriegsgeschichte; freilich sind nicht überall Monographien darüber verfaßt worden.

Dieses erste archivtechnische Stadium der Arbeit schien eine Zeitlang alle Möglichkeiten zu erschöpfen. Und wenn der Plan der Kriegsgeschichte seine Untersuchungen auf das Zeugnis amtlicher Dokumente beschränkt hätte, so hätte es dabei bleiben müssen, denn sobald ein amtliches Schriftstück einmal als »geheim« bezeichnet ist, findet man selten einen Beamten, der genug Mut oder Entschlußkraft hat, das Siegel zu brechen. So waren große Mengen des dem Historiker notwendigen Quellenmaterials seinem Zugriff tatsächlich entzogen, obgleich vieles davon von jedem Gesichtspunkt aus durchaus harmlos war. Man konnte erwarten, daß die Kriegsverhältnisse, die solcher Art fortwirkend die wissenschaftliche Forschung hinderten, dies noch auf Jahre

hinaus tun würden; deshalb mußte ein anderer Weg gefunden werden.

Glücklicherweise stand ein solcher Weg offen: die auf reichlichen Urkundenbeweis gestützte Geschichtserzählung derer, die an der Staatsleitung während des Kriegs teilgenommen oder als Beobachter in günstiger Stellung die Möglichkeit gehabt hatten, aus eigener Kenntnis oder nach dem Bericht von Augenzeugen die Wirtschaftsgeschichte des Kriegs in ihren verschiedenen Stadien und die Wirkung des Kriegs auf das Gesellschaftsleben aufzuzeichnen. So kamen wir zu dem Plan einer Reihe von Monographien, die zum großen Teil aus nichtamtlichen und doch maßgeblichen Darstellungen, sei es rein beschreibender, sei es kritisch-historischer Art, bestehen und am ehesten als ein Mittelding zwischen Memoiren und Farbbüchern bezeichnet werden können. Diese Monographien bilden den Hauptteil der Arbeit, soweit sie bisher in Angriff genommen ist. Sie sind nicht beschränkt auf Darstellungen aus der Kriegszeit selbst; denn die Wirtschaftsgeschichte muß sich mit einem längeren Zeitraum als dem des eigentlichen Kriegs befassen. Sie muß die Jahre des Abbaus der Kriegswirkungen mit umfassen, zum mindesten so weit, daß die Verschiebung der wirtschaftlichen Kräfte gerechter beurteilt werden kann, als dies unter den Anschauungen der Kriegszeit möglich war.

In diesem Stadium der Arbeit gewann das Problem der Herausgeberschaft ein ganz neues Gesicht. Der Plan für die Schriftenreihe war in erster Linie durch die verfügbaren Mitarbeiter bestimmt, nicht so sehr, wie bei den meisten anderen Geschichtswerken, durch das Quellenmaterial; es waren ja die Mitarbeiter selbst, denen die Quellen offenstanden. Dies wiederum brachte eine neue Haltung zu den beiden Idealforderungen mit sich, die der Historiker einzuschärfen liebt: Geschlossenheit und Sachlichkeit. Wollte man den Beitrag jedes Mitarbeiters in seinen Vorzügen zur Geltung kommen lassen, so war es unmöglich, sich an enge logische Grenzen zu binden. Dieselben Tatsachen mußten in verschiedenem Zusammenhang wiederholt und von verschiedenen Seiten betrachtet werden; man mußte Fragen behandeln, die nicht im engsten Bereich der Geschichtschreibung liegen, und man konnte nicht überall auf unbedingte Unbefangenheit rechnen. Im Drang einer Kontroverse oder im Wunsch einer

Apologie würden wohl hier und da parteiische Ansichten zum Ausdruck kommen. Aber diese Ansichten sind manchmal ein innerer Bestandteil der Geschichte selbst. Das gleichzeitige Urteil über eine Tatsache kann ebenso bedeutsam sein wie die Tatsache selbst. Zudem ist das Geschichtswerk als Ganzes so geplant, daß es sich selbst korrigiert; und wo es das nicht tut, werden andere es tun.

Neben dieser monographischen Behandlung des Quellenmaterials ist eine Anzahl von Studien vorbereitet, in denen sich Spezialforscher mit technischen oder eng umrissenen historischen und statistischen Fragen beschäftigen. Auch diese Monographien sind bis zu einem gewissen Grad als Quellenstudien anzusehen, da sie die geschichtlichen Daten aus solcher Nähe ihres Ursprungs ansehen, daß die Prüfung ihrer Richtigkeit in einer für spätere Zeiten nicht mehr möglichen Weise gewährleistet ist. Aber sie gehören zugleich zu jener konstruktiven geistigen Arbeit, durch welche die Geschichtschreibung von der Analyse zur Synthese fortschreitet. Dieser Fortschritt ist freilich langsam und schwierig, und wir stehen noch in seinem Beginn. Die Anfänge einer Geschichte wie der unserigen sind, um ein treffendes Bild zu gebrauchen, erst das »Wollezupfen«. Später können dann die Fäden der Ereignisse zum Bild der Geschichte verwoben werden; und für diese schöpferische Arbeit werden vielleicht andere Pläne und Organisationen nötig sein.

Bei einem Werk so komplizierter und verschiedenartiger Zusammenarbeit ist es unmöglich, anders als in ganz allgemeinen Zügen die Verantwortlichkeit für den Inhalt der einzelnen Schriften zwischen Herausgebern und Verfassern zu verteilen. Für den Gesamtplan der Geschichte und seine Verwirklichung ist der Generalherausgeber verantwortlich; aber die Anordnung der einzelnen Schriftenreihen ist weithin das Werk der verschiedenen Herausgeberausschüsse und der Einzelherausgeber, die auch die unter ihrer Leitung verfaßten Schriften gelesen haben. Die Aufnahme einer Monographie verpflichtet indessen die Herausgeber nicht auf die Ansichten oder Schlußfolgerungen der Verfasser. Sie müssen, wie jeder Herausgeber, bürgen für die Wissenschaftlichkeit, die Eignung und die Brauchbarkeit jedes aufgenommenen Beitrags. Die Verfasser aber müssen natürlich die Freiheit haben, das Ihre auf ihre eigene Weise zu geben. Ebenso legt die

Veröffentlichung einer Monographie die Carnegie-Stiftung nicht auf die besonderen Schlüsse fest, die der Verfasser darin gezogen hat. Die Stiftung fühlt sich der Geschichte selbst verantwortlich — sie hält es für ihre Pflicht, den Varianten der Erzählung und Auffassung, soweit sie uns den Krieg als Ganzes verstehen lassen, nicht aus dem Weg zu gehen, sondern sie festzuhalten und zu bewahren.

J. T. Shotwell.

EINLEITUNG

Die deutsche Kriegsernährungswirtschaft stand vor einer unlösbaren Aufgabe. Sie sollte die Volksernährung sicherstellen, ohne materiell über die dazu erforderlichen Mittel zu verfügen. Die Auslandseinfuhr, auf der zum guten Teil die deutsche Nahrungsmittelversorgung beruht hatte, war durch die Blockade gesperrt worden. Eine Steigerung der eigenen landwirtschaftlichen Erzeugung, um diesen Ausfall auch nur bis zu einem gewissen Grade zu decken, verbot sich, weil dadurch so viele menschliche und materielle Kräfte gebunden worden wären, daß darunter die militärische Stoßkraft gelitten hätte. Deutschland ging politisch und wirtschaftlich unter so ungünstigen Bedingungen in den Weltkrieg, daß es ihn nur gewinnen konnte, wenn es rasch eine militärische Entscheidung erzwang. Diesem Kriegsziel mußte alles übrige untergeordnet werden. Und selbst dann, als sich der Krieg von Jahr zu Jahr hinschleppte, knüpfte man an jede neue Offensive die zuversichtliche Hoffnung, nunmehr das ersehnte Ziel zu erreichen.

Da bei dieser Sachlage nichts anderes übrig blieb, als sich mit den gegebenen Nahrungs- und Futtermitteln einigermaßen einzurichten, wurde die deutsche Ernährungspolitik auf den Weg der öffentlichen Nahrungsmittelwirtschaft gedrängt. Die für die Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung stehende Warenmenge war zu knapp, um ihre Verteilung der Willkür eines völlig freien Handels überlassen zu können. Denn nicht genug, daß die Einfuhr fehlte, die im Frieden schätzungsweise zum Drittel unmittelbar und mittelbar Deutschland mit Nahrungsmitteln versorgt hatte, auch die nach Abzug dieses Drittels verbleibende Menge entzog sich teilweise dem Markte, weil der Verbrauch der Heeresangehörigen sowohl wie der landwirtschaftlichen Erzeuger aus guten Gründen nicht allzu stark unter die Friedensgewohnheiten heruntergedrückt werden konnte. Angenommen, das Heer und die ländlichen Selbstversorger, von denen das erstere ungefähr ein Sechstel, die letzteren etwa ein Drittel der Bevölkerung ausmachten, hätten für ihre Ernährung den vollen Friedensverbrauch

in Anspruch genommen, dann wäre bei völlig gesperrter Einfuhr für die ganze übrige Bevölkerung nur noch ein Sechstel der Friedensverbrauchsmenge übriggeblieben.¹ Selbst wenn man sich auf diese Schätzungen nicht uneingeschränkt festlegen will, so illustrieren sie doch, in welches Mißverhältnis das Angebot zur Nachfrage geraten war. Was wäre geschehen, wenn man die Verteilung dem freien Spiel der Kräfte überlassen hätte? Wohl hätten die Wohlhabenden ihren Bedarf, und zwar ihren vollen Bedarf uneingeschränkt befriedigen können, aber die Lebenshaltung der unteren und mittleren Schichten wäre noch tiefer herabgedrückt worden, als schon an sich bei der ganzen Sachlage geboten war. Eine Unzufriedenheit hätte sich der breiten Massen bemächtigt, die für die Durchführung der Kriegshandlungen verhängnisvoll geworden wäre.

Die Reichsregierung hat denn auch gleich zu Kriegsbeginn mit dem Prinzip der freien Wirtschaft gebrochen und je länger je mehr die freie Wirtschaft beschränkt. Naturgemäß konnten unerwünschte Rückwirkungen nicht ausbleiben. Nicht allein, daß der staatliche Eingriff in das fein verästelte Gezweig des Handels den eingespielten Lauf der Nahrungsmittelverteilung hemmen mußte, — vielleicht noch schlimmer war, daß dadurch für die Landwirtschaft der Anreiz geschwächt wurde, für den Absatz zu produzieren. Der Landwirt erzeugt nicht nur für den Markt, sondern auch für den eigenen Bedarf, und letzteres um so mehr, je kleiner sein Betrieb ist. Die deutsche Landwirtschaft ist in der Hauptsache auf den kleineren und mittleren Betrieb eingestellt; von den nach der Betriebszählung von 1907 überhaupt vorhandenen $5\frac{3}{4}$ Millionen landwirtschaftlichen Betrieben gab es nicht einmal 24 000 (0,4 vH), die über 100 Hektar groß waren. Es lag auf der Hand, daß zahllose kleine Landwirte in dem Augenblicke, wo sie die eigene gegenwärtige oder zukünftige Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern bedroht sahen, die Märkte mieden. Nur wenn ihnen ungewöhnlich hohe Preise geboten worden wären, hätte diese Hemmung abgeschwächt werden können. In der Tat ist von landwirtschaftlichen Interessentenkreisen sowohl wie von Anhängern des Freihandelsprinzips immer wieder gefordert worden, den Landwirten einen »Preisanzreiz« zu bieten. Aber selbst

¹ Ernst Wagemann, Geschlossener Handelsstaat und gebundene Wirtschaft (Deutsche Rundschau, 1917).

wenn nicht andere Bedenken gegen diese Politik gesprochen hätten, so hätte bei der starken Passivität der deutschen Ernährungsbilanz letzten Endes auch dieses Mittel versagen müssen.

Ein unentrinnbarer Kreislauf! Das Gebot der Stunde erheischte, im Interesse der breiten Massen die freie Wirtschaft durch die Zwangswirtschaft zu ersetzen, aber indem man das tat und die landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch die öffentliche Hand zu erfassen trachtete, schwächte man die landwirtschaftliche Erzeugung und hemmte man die Zufuhr zu den städtischen Märkten. Und je länger der Krieg dauerte, um so stärker mußten sich solche Hemmungen geltend machen. Mochte man anfangs noch über die Vorräte verfügen, die die reiche deutsche Volkswirtschaft in ihren Lagern aufgestapelt hielt, — der Zeitpunkt mußte kommen, wo sie erschöpft waren. Mochten anfangs noch Einfuhrzuschüsse über das neutrale Ausland hereinkommen, — der Zufluß mußte versiegen, je fester sich der eiserne Ring der Blockade schloß. Ernährungswirtschaftlich war der Krieg bereits zu Beginn des dritten Kriegsjahres verloren.

Was dann noch kam, war ein hoffnungsloses Zerren an der zu knapp gewordenen Nahrungsmitteldecke. Je schärfer man die landwirtschaftlichen Erzeugnisse unmittelbar am Erzeugungsorte zu erfassen suchte, um so stärker wurden die sich dagegen passiv auflehnenden Widerstände, bis sich endlich neben der legitimen öffentlichen Bewirtschaftung ein »Schleichhandel« entwickelte, der das Volk demoralisierte und die Staatsautorität untergrub. Die öffentliche Nahrungsmittelwirtschaft, die in ihren Anfängen von dem heroischen Volkswillen zu entschlossenem Durchhalten getragen worden war, hatte ihren Nichtbefähigungsnachweis erbracht.

Noch nach Generationen wird im deutschen Volke die Erinnerung an diese Leidenszeit mit ihren schweren Opfern an Volkskraft und Volksgesundheit fortleben. Man hat gesagt, wer das Grauen des Schlachtfeldes mit eigenen Augen gesehen habe, sei zum überzeugten Pazifisten geworden. In Deutschland haben auch die Daheimgebliebenen die Schrecken des Krieges kennen und fürchten gelernt.

ERSTER TEIL

Die deutsche Ernährungsbilanz bei Kriegsbeginn und die Steigerung ihrer Passivität durch die Blockade

Auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft trat das Deutsche Reich völlig ungerüstet in den Weltkrieg ein. Weder war für den Kriegsfall eine staatliche Vorratshaltung betrieben worden, noch gab es für die Organisation der Kriegsernährungswirtschaft einen wohlerrungenen Plan. Das einzige, woran man wohl gedacht hatte, war die Sicherstellung der Zufuhr von Milch und leicht verderblichen Lebensmitteln nach den großen Städten in den ersten Wochen der Verkehrssperre während der Mobilmachung.

Im übrigen hatte man sich darauf verlassen, daß die privatwirtschaftliche Vorratshaltung und die heimische Nahrungsmittelherzeugung ausreichen würden, um die Bevölkerung während eines Krieges, von dessen nur kurzer Dauer man fest überzeugt war, mit dem Nötigen zu versorgen.

Die seit Bismarcks Tagen eingeschlagene Agrar- und Handelspolitik war bewußt darauf ausgegangen, die Leistungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Erzeugung auf der Höhe zu erhalten und zu steigern. Tatsächlich war durch diese Politik erreicht worden, daß Deutschland nach wie vor den größeren Teil seines ständig wachsenden Bedarfs an Nahrungsmitteln aus den eigenen Ernten zu befriedigen vermochte. Doch war die deutsche Volksernährung weit davon entfernt, vom Auslande unabhängig zu sein.

Freilich bestand in Deutschland die Neigung, den Umfang der eigenen Ernten zu überschätzen und dementsprechend die Bedeutung der Einfuhr zu gering anzuschlagen. Im Zusammenhange mit den innerpolitischen Kämpfen um den Agrarschutz war die ernährungswirtschaftliche Autarkie als leicht erreichbares Ziel immer wieder hingestellt worden. Die Ergebnisse der Erntestatistik trugen dazu bei, diesen Glauben zu nähren. In der Tat war ein ständiges Steigen der Ernteerträge erkennbar gewesen. Doch übersah man, auf wie unsicheren Unterlagen diese Erntestatistik beruhte. Sie war ja nicht das Ergebnis von untrüglichen

Messungen, sondern beruhte wie fast jede Erntestatistik nur auf Schätzungen, und gerade die Art und Weise, wie die deutsche Erntestatistik aufgebaut war, mußte zu Überschätzungen führen. Etwa siebentausend landwirtschaftliche Sachverständige waren in Deutschland damit beauftragt, regelmäßig über die vermutliche Durchschnittsernte ihres Bezirks zu berichten. Diese Angaben wurden mit den Anbauflächen, die aber wiederum nicht tatsächlich festgestellt, sondern von den Ortsvorstehern erfragt wurden, multipliziert, um dann als sogenannte »Erntestatistik« veröffentlicht zu werden. Bei diesem Verfahren gab es zwei Fehlerquellen: erstens falsche Angaben der Anbauflächen, zweitens falsche Einschätzung des wahrscheinlichen Ernteertrages. In beiden Fällen sprach die Mutmaßung dafür, daß überschätzt wurde. Die Ortsvorsteher gaben lieber zuviel als zuwenig an, um sich unbequemen Nachfragen zu entziehen. So erfreute sich denn die deutsche Anbaufläche statistisch eines märchenhaften Wachstums. Der erste Präsident des Kriegsernährungsamtes *v. Batocki* sprach einmal im Reichstag aus, wenn das so weitergegangen wäre, dann hätte Deutschland nach weiteren zwanzig Jahren mehr Anbaufläche gehabt, als es überhaupt Boden gab. Aber auch die Hektarerträge pflegten überschätzt zu werden. Es wird das nicht absichtlich seitens der Sachverständigen geschehen sein, doch wird geglaubt, daß diese, weil sie im allgemeinen zu den besten Landwirten ihres Bezirks gehörten, den Eindruck verallgemeinert hätten, den die eigenen wohlgepflegten Felder machten. Verglich man nämlich die nach der Erntestatistik für den Verbrauch verfügbaren Getreidemengen mit denen, die nach der Müllereistatistik vermahlen wurden, so ergab sich eine so große Menge nicht vermahlenen Brotgetreides, wie sie unmöglich allein auf die Verfütterung zurückgeführt werden konnte. Wollte man daher die Zahlen der Erntestatistik irgendwelchen Berechnungen zugrunde legen, so mußte von vornherein eine Überhöhungsquote in Abzug gebracht werden. Der Statistiker *Ballod* hatte schon vor dem Kriege wiederholt darauf hingewiesen, daß die statistische Erntemenge um 10 vH zu hoch angenommen worden sei. Der spätere preußische Landwirtschaftsminister *Warmbold* hat die Überhöhungsquote auf 15 vH veranschlagt. Für manche Früchte, insbesondere die Hackfrüchte, wird aber auch dieser Satz noch zu gering gewesen sein. Außer der Überhöhungsquote mußte aber noch die Aussaat-

menge von der Erntemenge abgezogen werden, wollte man die aus den eigenen Ernten zur Verfügung stehende Verbrauchsmenge feststellen.

Aus alledem ergibt sich aber, daß, je *geringer* man die für den Verbrauch verfügbaren Inlands-Erntemengen veranschlagen mußte, um so *größer* die relative Bedeutung der *Einfuhr* wurde. Die Einfuhrmengen stellten Nettobeträge dar. Weder ein Abzug für die Saat brauchte gemacht werden, noch war eine Überhöhungsquote in Anschlag zu bringen, weil die Einfuhrmengen nicht auf Schätzung beruhten, sondern an den Zollstellen festgestellt wurden. Abzuziehen war nur, was wieder ausgeführt wurde.

Daß man diese Zusammenhänge nicht sofort und allgemein erkannte und sich infolgedessen in den schönen Traum einer hinlänglichen Nahrungsmittelversorgung wiegen konnte, mag heute als unbegreiflich erscheinen. Aber selbst wenn in der ersten Kriegszeit mahnende Stimmen laut wurden, um der öffentlichen Meinung den Ernst der Lage klarzumachen, so klangen sie doch stets in dem Sinne aus: »Ausgehungert kann Deutschland nicht werden!« Mag sein, daß dieser Optimismus auch deshalb zur Schau getragen wurde, um dem Volk in seiner furchtbaren Notlage den Mut zu stärken, doch ist nicht zu bezweifeln, daß selbst in Kreisen der Wirtschaftswissenschaft, der Landwirtschaftswissenschaft, der Statistik, der Physiologie, der Hygiene die Überzeugung feststand, daß — richtig angefangen — es durchaus möglich wäre, Deutschland ganz aus eigenen Mitteln zu ernähren.

Das war auch der Grundgedanke einer umfangreichen *Denkschrift*, die um Weihnachten 1914 erschien und von nicht weniger als sechzehn Gelehrten und Sachverständigen gemeinsam verfaßt worden war.¹ Sie erregte ungewöhnliches Aufsehen. Monatelang bildete sie in der Presse, in wissenschaftlichen Kreisen, in den Parlamenten, auf öffentlichen Versammlungen den Ausgangspunkt ernährungswirtschaftlicher Betrachtungen. Es wurde

¹ Die deutsche Volksernährung und der englische Aushungerungsplan. Eine Denkschrift von F. Aereboe, K. Ballod, Fr. Beyschlag, W. Caspari, P. Eltzbacher, H. Heyl, P. Krusch, R. Kuczynski, K. Lehmann, O. Lemmermann, K. Oppenheimer, M. Rubner, K. v. Rümker, B. Tacke, H. Warmbold und N. Zuntz. Herausgegeben von Paul Eltzbacher, Braunschweig 1914.

errechnet, daß der Nahrungsmittelverbrauch der deutschen Bevölkerung vor dem Kriege 85,9 Billionen Kalorien enthielt. Demgegenüber betrug der Futtermittelverbrauch des Viehs 184,0 Billionen Kalorien. Der Verbrauch des Viehs war also reichlich doppelt so groß wie der der Menschen, und der Gesamtverbrauch stellte sich auf 269,9 Billionen Kalorien. Von den 85,9 Billionen Kalorien des menschlichen Verbrauchs stammten 17,2 Billionen oder 20 vH unmittelbar oder mittelbar aus dem Auslande; von den 184 Billionen Kalorien des Futtermittelverbrauchs lieferte das Ausland 19,5 Billionen oder 11 vH. In dem mittelbaren Zuschuß des Auslands zu den Nahrungsmitteln waren auch die ausländischen Futtermittel enthalten, die der Schweinemästung und der intensiven Milchwirtschaft dienten, und mußten daher in dem Zuschuß des Auslands zu den Futtermitteln wiederum erscheinen. Um also festzustellen, wie groß der Zuschuß des Auslands zu dem Gesamtverbrauch an Nahrungs- und Futtermitteln vor dem Kriege war, mußte diese Doppelzählung ausgeschaltet werden. Sie umfaßte insgesamt 8,6 Billionen Kalorien. Von dem Gesamtverbrauch an 269,9 Billionen Kalorien waren demnach 28,1 Billionen oder 10 vH dem Ausland zu verdanken.²

Es leuchtet ein, daß diese Denkschrift, die als eine ernste Mahnung von ihren Verfassern gedacht war, wie eine Beruhigung wirkte. Denn was der Leser ihr entnahm, war das: Es fehlen uns nur 10 vH der benötigten Kalorien; es ist ein leichtes, die fehlenden Kalorien zu decken, wenn ein Teil jener gewaltigen Nährwertmengen, die im Tiermagen absorbiert werden, unmittelbar der menschlichen Ernährung zugeführt werden.

Und doch war alles das falsch. Nicht daß die Berechnungen selbst Anlaß zu wesentlichen Ausstellungen gegeben hätten. Diese minutiösen Kalorienberechnungen, für jede Nahrungs- und Futtermittelgruppe im einzelnen peinlich genau durchgeführt, bilden ein Dokument deutschen Gelehrtenfleißes. Eine im März 1921 erschienene Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums, die sich alle die reichen Kriegserfahrungen zunutze machen

² Die Zahlen sind hier so wiedergegeben worden, wie sie nach Vornahme einer Korrektur durch zwei der Denkschrift-Verfasser, *Kuczynski* und *Zuntz*, ein Jahr später veröffentlicht wurden (Allgem. Statist. Archiv, 9. Jahrgang 1915). Eine neue Berechnung *Kuczynskis* (Deutschlands Versorgung mit Nahrungs- und Futtermitteln. Berlin 1927) hat an den Hauptergebnissen wenig geändert.

konnte, kam, auf ganz anderer Grundlage fußend, zu Ergebnissen, die — in ihrem Endresultat wenigstens — nicht allzu weit von jenen ersten Berechnungen abwichen.³ Nein! — falsch waren die *Folgerungen*, die aus diesen Berechnungen gezogen zu werden pflegten. Falsch, — wenn man meinte, durch eine Verminderung des Viehbestandes eine entsprechend große Menge pflanzlicher Nahrungsmittel für die menschliche Ernährung freimachen zu können. Denn mochte es *physiologisch* auch stimmen, daß bei der Umwandlung von Vegetabilien in tierische Erzeugnisse Verluste an Kalorien entstanden, so war das Vieh doch nicht nur Konsumtionsgut, sondern zugleich auch Produktionsmittel. Wenn daher infolge einer Reduzierung des Viehstandes die ökonomischen Voraussetzungen derjenigen Produktionsvorgänge versagten, die Kalorien lieferten, halfen die ganzen Billionen ersparter Kalorien nichts.⁴ Ebenso falsch war die Vorstellung, das Konsumtionsproblem nach dem Schema: Nährwertmenge =

³ Danach standen vor dem Kriege für den Gesamtverbrauch 260,9 und insbesondere für die menschliche Ernährung 78,8 Billionen Kalorien zur Verfügung. Von der Gesamtmenge entfielen auf den Anteil der Einfuhr 31,7 Billionen oder 12 vH. Im einzelnen setzt sich die Berechnung des Reichswirtschaftsministeriums folgendermaßen zusammen:

a) Pflanzliche Erzeugnisse

Produktion	206,9	Billionen	Kalorien
Einfuhr (abzüglich Ausfuhr)	28,5	„	„
Zusammen	235,4	Billionen	Kalorien
Gewerblicher Verbrauch	11,2	Billionen	Kalorien
Direkte menschliche Ernährung	53,3	„	„
Sonstiges (Arbeitstiere, Nutztiere, Schwund)	170,9	„	„
Zusammen	235,4	Billionen	Kalorien

b) Tierische Erzeugnisse

Ertrag der Nutztviehhaltung	22,0	Billionen	Kalorien
Einfuhrüberschuß	3,2	„	„
Fischerei- und Jagdergebnis	0,3	„	„
Zusammen	25,5	Billionen	Kalorien

(Unterlagen zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands. Bearbeitet im Reichswirtschaftsministerium. Abgeschlossen März 1921.)

⁴ Vgl. *Friedrich Beckmann*, Die Organisation der agrarischen Produktion im Kriege (Zeitschrift für Sozialwissenschaft, VII. 1916). In dieser überaus beachtenswerten Aufsatzreihe wird »die vage Vorstellung vom Vieh als Nahrungskonkurrenten des Menschen« ad absurdum geführt.

Nährwertmenge lösen zu können. Der Mensch braucht eine differenziert zusammengesetzte Kost. Mit der Zuführung allein der zum Leben erforderlichen Kalorien ist ihm nicht gedient. Er kann nicht »von dem Brennwert des ausnutzbaren Teiles der Nahrung« leben wie die Maschine von der Kohle. Es liegt uns fern, die wissenschaftliche Bedeutung der Kalorienberechnungen verkleinern zu wollen. Es war ein durchaus gesunder Gedanke, alle die zahlreichen verschiedenen Lebensmittel auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Aber in ihrer unmittelbaren Wirkung waren diese Berechnungen zunächst mehr dazu geeignet, den wahren Sachverhalt der Ernährungslage zu verdunkeln als zu erhellen. Für die praktische Lösung des Ernährungsproblems handelte es sich nicht um die Frage: wie bewirke ich die Zuführung der erforderlichen Kalorien, sondern wie verschaffe ich der hungerigen Bevölkerung soviel *Brot*, soviel *Fleisch*, soviel *Kartoffeln*, soviel *Fett*, soviel *Milch*, soviel *Eier*, soviel *Gemüse* usw., als sie zu ihrer täglichen Kost braucht.

Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, stellte sich aber der Sachverhalt der Abhängigkeit der Ernährung vom Auslande sehr viel ungünstiger dar, als es nach den Kalorienberechnungen den Anschein hatte. Wir wollen daraufhin einige der wichtigsten Lebensmittel näher betrachten.

Was das *Brotgetreide* anbetraf, so sah hier die Lage allem Anschein nach nicht allzu ungünstig aus. Es wurde zwar Weizen in großen Mengen eingeführt, aber Roggen, in Deutschland das Hauptbrotgetreide, hatte man nicht nur genug, sondern konnte davon sogar noch ausführen. An Brotgetreide wurden im Jahresdurchschnitt des Jahrfünfts 1909/10 bis 1913/14

geerntet 15,88 Mill. Tonnen

Davon gingen ab:

15vH als statistische Überhöungs-

quote 2,38

für die Aussaat 1,42

Verfügbare Inlandsmenge 12,08 „ „

Mehreinfuhr (das Mehl in Korn umgerechnet) 1,23 „ „

Gesamtverbrauchsmenge 13,30 „ „

Demnach betrug der Anteil der Einfuhr an der Gesamtverbrauchs-
 mensche 9,26 vH. Die Fehlmenge war also, selbst wenn
 man alle erforderlichen Abzüge machte, nicht allzu groß. Doch
 veränderte sich das Bild, wenn man das Brotgetreide nicht iso-
 liert, sondern zusammen mit dem Futtergetreide betrachtete.
 Dann stellte sich — Deutschland führte bekanntlich mehr Futter-
 getreide als Brotgetreide ein — eine sehr viel stärkere Abhängig-
 keit vom Auslande heraus, und da man Brotgetreide auch verfüt-
 tern kann, was nebenbei bereits im Frieden tatsächlich auch ge-
 schah und im Kriege in Ermangelung von Futtergetreide in höhe-
 rem Ausmaße geschehen mußte, so war es richtiger, das *Getreide*
als Gesamtposten in die Ernährungsbilanz einzustellen. An Ge-
 treide (Weizen, Roggen, Hafer, Gerste) wurden im Jahresdurch-
 schnitt des Jahrfünfts 1909/10 bis 1913/14

geerntet 27,88 Mill. Tonnen

Davon gingen ab:

15 vH als statistische Überhöungs-

quote 4,18

für die Aussaat 2,35

Es blieben als verfügbare Inlands-

menge 21,35 „ „

Mehreinfuhr (das Mehl in Korn um-

gerechnet) 4,45 „ „

Von der Gesamtverbrauchs-
 mensche entfielen also 17,25 vH auf
 die Einfuhr. Dieser Anteil wuchs auf 19,77 vH, wenn man zur Ein-
 fuhrmenge auch den Mais mit 812 000 Tonnen hinzuschlug, und
 auf 25,78 vH, wenn man den Hafer als den Bedarf der Arbeits-
 tiere außer acht ließ.

So betrachtet, entfiel also über ein Viertel des unmittelbar und
 mittelbar für die Ernährung beanspruchten Getreides auf die
 Einfuhr.

Am schwersten mußte das Ausbleiben des ausländischen *Fettes*
 empfunden werden. Hier stellte sich im Durchschnitt der beiden
 letzten Friedensjahre 1912 und 1913 die Bilanz folgendermaßen:

	Inländische Erzeugung 1000 Tonnen	Einfuhr (nach Abzug der Ausfuhr) 1000 Tonnen	Zusammen 1000 Tonnen
Pflanzliche Öle und Fette	30,0	533,5 ⁵	563,5
Tierische Fette	1109,7	268,2	1377,9
Zusammen	1139,7	801,7	1941,4

Mehr als zwei Fünftel des Gesamtverbrauchs an Fett stammten demnach aus dem Auslande. Für Ernährungszwecke wurden etwa 1½ Millionen Tonnen in Anspruch genommen, der Rest von 450 000 Tonnen wurde für technische Zwecke verwandt.

Die kritische Lage, in die die Fettversorgung bald nach Kriegsbeginn geriet, war aber nicht nur auf den Ausfall an ausländischen Fettstoffen zurückzuführen, sondern auch darauf, daß die inländische Erzeugung schwere Einbußen erlitt. Die deutsche Fetterzeugung beruhte fast ausschließlich auf tierischen Fetten; die Hauptposten bildeten das Fett aus Schlachtungen, das auf 700 000 Tonnen, und die Butter, die auf 400 000 Tonnen geschätzt wurde. Sie stand und fiel mit der *Nutzviehhaltung*. Denn wenn auch Deutschland seinen großen Verbrauch an Schlachtvieh und milchwirtschaftlichen Erzeugnissen aus eigenen Mitteln zu decken vermochte — was an solchen Erzeugnissen das Ausland beisteuerte, war an der eigenen Erzeugung gemessen nur ein geringer Zuschuß —, so hatte sich doch die deutsche Nutzviehhaltung durch den Bezug von *Futtermitteln* in hohem Maße vom Auslande abhängig gemacht. Die Entwicklung der deutschen Landwirtschaft zu höherer Intensität war in der Richtung einer Steigerung der animalischen Produktion gegangen; ihre Haupteinnahmen bezog die deutsche Landwirtschaft, als Ganzes ge-

⁵ Die Gesamteinfuhr an Ölfrüchten und Ölsämereien betrug im Durchschnitt der Jahre 1912 und 1913 1 559 000 Tonnen. Demgegenüber stand eine Wiederausfuhr von 16 000 Tonnen, so daß sich ein Einfuhrüberschuß von 1 543 000 Tonnen ergab. Die Einfuhr erstreckte sich vornehmlich auf Leinsaat, Palmkerne, Baumwollsaamen und Kopra. Die Ölgewinnung aus den eingeführten Rohstoffen wird auf 570 000 Tonnen geschätzt. An *fertigen* Ölen und pflanzlichen Fetten wurden 88 000 Tonnen eingeführt und 124 000 Tonnen ausgeführt. In fertigen Ölen gab es also einen Ausfuhrüberschuß, der sich auf 36 000 Tonnen belief. Die Gesamtmenge der durch Mehreinfuhr erhaltenen pflanzlichen Fettstoffe betrug daher 570 000 abzüglich 36 000 gleich 534 000 Tonnen.

sehen, aus dem Verkaufe animalischer, nicht aber pflanzlicher Erzeugnisse. In einer zwar volkswirtschaftlich vorteilhaften, kriegswirtschaftlich aber verhängnisvollen Weise hatte sich die deutsche Landwirtschaft in die internationale Arbeitsteilung derart eingegliedert, daß sie unter Hinzunahme ausländischer Futtermittel Rohstoffe in die hochwertigen Produkte Fleisch, Fett, Milch veredelte.

Es ist bereits gezeigt worden, wie die Hereinnahme ausländischen Futtergetreides die Passivität der Ernährungsbilanz steigerte. Dazu kamen aber noch alle die anderen Kraftfuttermittel, wie Getreideabfälle, Nebenerzeugnisse der Ölgewinnung, Hülsenfrüchte, Fischmehle usw., die alle die Passivseite aufs stärkste belasteten. Das mit Einzeltatsachen zu belegen, würde über den Rahmen dieses Buches hinausgehen.⁶ Nur so viel sei gesagt, daß die Menge der eingeführten Futtermittel auf ein Drittel des Gesamtverbrauchs an Kraftfuttermitteln geschätzt werden kann. So ruhte denn auch die Ernährung des deutschen Volkes mit animalischen Nahrungsmitteln auf Pfeilern, deren Fundamente in das Ausland hineinreichten. Die nach Abschnürung vom Auslande für die Nutztviehhaltung einsetzende Kraftfutternot wurde noch dadurch verschärft, daß zur Aufrechterhaltung des Betriebs in erster Reihe die Spanntiere versorgt werden mußten.

Damit wird der Kernpunkt des ganzen Kriegsernährungsproblems berührt. Die Nutztviehhaltung war im Verhältnis zur inländischen Futtererzeugung viel zu groß. Es ergab sich eine verhängnisvolle Verkettung: wurde die Nutztviehhaltung entsprechend der Verminderung der Futtermittel eingeschränkt, so litt — ganz abgesehen von der sich daraus ergebenden allgemeinen Schwächung der landwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit — die Fleisch-, Fett- und Milchversorgung not. Geschah das nicht, so ergab sich die Gefahr, daß der Landwirt, weil er sein Vieh nicht verhungern lassen wollte, Brotgetreide und Hackfrüchte verfütterte, anstatt sie unmittelbar der menschlichen Ernährung zuzuführen. Ein Loch wurde zugestopft, um ein anderes aufzureißen. Freilich hatte es in der deutschen Vorkriegs-Ernährungsbilanz *ein Plus* gegeben. Das hatten die *Hackfrüchte, Kartoffeln* und

⁶ Es sei auf die Berechnungen von Kuczynski und Zuntz a. a. O. und die Monographie von Warmbold, Futtergetreide im Kriege (Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 4), Berlin 1917, verwiesen.

Zuckerrüben gebildet. Die Kartoffelerzeugung hatte, von schlechten Erntejahren abgesehen, unter Überproduktion gelitten; durch ihre industrielle Verarbeitung, vor allem durch eine gesteigerte Spirituserzeugung hatte man dieser zu begegnen gesucht. Die Erzeugung von Zucker war so groß gewesen, daß sie nur dank einer großen Ausfuhr voll verwertet werden konnte. Das waren nicht zu unterschätzende Reserven. Gleichwohl ist Deutschland während des Krieges aus der Kartoffel- und aus der Zuckerknappheit nicht herausgekommen.

Wie erklärte sich das? Mehrere Gründe kamen zusammen. Einmal steigerte sich die Nachfrage nach Kartoffeln und Zucker, je geringer das Angebot anderer Nahrungsmittel wurde. Zweitens wurde Deutschland während des Krieges wiederholt von Hackfruchtmißernten heimgesucht. Und endlich zeigte es sich auch hier wieder — insbesondere bei den Kartoffeln —, daß die Friedenserträge keineswegs so hoch gewesen waren, als es nach der Statistik den Anschein haben mochte. Wenn statistisch in dem letzten Friedensjahrfünft 1909/13 durchschnittlich 45,8 Millionen Tonnen Kartoffeln geerntet worden waren, so stellte dieses gewaltige Quantum keineswegs auch die für den Verbrauch zur Verfügung stehende Menge dar. Zog man die Aussaat in Höhe von 6 Millionen Tonnen ab und veranschlagte man die statistische Überhöhung sowie den Schwund (infolge Fäulnis und Eintrocknens) auf je 20 vH, so blieb eine durchschnittliche Verbrauchsmenge von nur 25,5 Millionen Tonnen. Sicherlich auch so noch eine erstaunlich große Menge, doch reichte sie nicht aus, um den Ausfall an anderen Nahrungs- und Futtermitteln zu ersetzen. Zudem erwies es sich als undurchführbar, Kartoffeln in dem Ausmaße, wie man noch zu Beginn des Krieges gemeint hatte, durch Einstellung der Branntweinbrennerei einzusparen. Und was den Zuckerrübenanbau anbetraf, so ging er infolge der hohen Ansprüche, die er an Bodenbearbeitung und Düngung stellte, alsbald so zurück, daß seine Einschränkung durch besondere Maßnahmen, wie sie anfangs zugunsten einer größeren Getreideerzeugung gefordert und auch unternommen worden waren, von selbst überflüssig wurde.

So viel über die Hauptnahrungsmittel! Daneben gab es aber noch zahlreiche Lebensmittel, denen zwar quantitativ nicht die gleiche Bedeutung zukam, die aber in der Küche einen wichtigen

Posten auszufüllen hatten. Ich erwähne die nährwertreichen *Hülsenfrüchte*, die zu mehr als drei Fünfteln aus dem Auslande bezogen wurden.⁷ Ich erwähne den *Reis*, der in einer Menge von etwa 250 000 Tonnen ganz aus dem Auslande stammte. Ich erwähne die *Eier*, die von der Hausfrau bei der Bereitung zahlloser Speisen verwandt werden; gerade die Auslandseier deckten zum guten Teil den Bedarf in den großen Städten.⁸ Der Einfuhrüberschuß an *Fischen*, namentlich an Heringen, betrug 360 000 Tonnen. Die Gemüseversorgung hatte für den Friedensbedarf nahezu ausgereicht, genügte aber nicht für die im Kriege gesteigerte Nachfrage. Noch schlechter stand es mit der *Obstversorgung*, welche bereits im Frieden mit der inländischen Erzeugung nicht ausgekommen war und sich vor allem in den großen Städten zum guten Teil auf Auslandsware gestützt hatte.

Wo man auch den Dingen im einzelnen nachgehen mag, immer wieder stößt man auf die unmittelbare oder mittelbare Abhängigkeit der deutschen Nahrungsmittelversorgung vom Auslande. *Wagemann* meint, daß der Krieg dem deutschen Volke etwa ein Drittel der Nahrungs- und Futterstoffe entzogen habe, die es im Frieden zu konsumieren gewohnt war. Eine ganz rohe Schätzung, die je nach dem Umfang der trotz der Blockade ermöglichten Einfuhr und je nach dem Ertrage der jeweiligen Ernten modifiziert werden muß, die aber sicherlich — im großen gesehen — als richtig angenommen werden darf.⁹ Wenn die Folgen dieses Zustandes nicht allgemein und nicht sofort nach Kriegsausbruch fühlbar wurden, so lag es einmal daran, daß die deutsche Wirtschaft noch auf reichen Vorräten saß, und zweitens daran, daß Deutschland auch während des Krieges und insbesondere in den

⁷ Im Durchschnitt der beiden letzten Friedensjahre standen dem Konsum 510 000 Tonnen Hülsenfrüchte, in der Hauptsache Erbsen, zur Verfügung. Davon stammten 311 000 Tonnen aus dem Auslande. Verfüttert wurden außerdem noch etwa 500 000 Tonnen, wovon aber nur der zehnte Teil etwa aus dem Auslande kam. Vgl. *Kuczynski*, Die Hülsenfrüchte in der deutschen Ernährungswirtschaft. (Beiträge zur Kriegsernährungswirtschaft, Heft 16.) Berlin 1917.

⁸ *Kuczynski* und *Zuntz*, a. a. O., schätzen die Inlandserzeugung auf 257 000 Tonnen neben einem Einfuhrüberschuß von 167 000 Tonnen. *v. Bar* stellt einer Eigengewinnung von 3½ Milliarden Eiern eine Einfuhr von 3 Milliarden gegenüber. (Beiträge zur Kriegsernährungswirtschaft, Heft 49.) Berlin 1918.

⁹ *Ernst Wagemann*, Geschlossener Handelsstaat und gebundene Wirtschaft. (Deutsche Rundschau, 1917.)

ersten Kriegsjahren nicht hermetisch von der ausländischen Zufuhr abgeschnitten war.

Eine so reiche Volkswirtschaft, wie es die deutsche vor dem Kriege war, besaß naturgemäß in ihren aufgespeicherten *Vorräten* große Reserven. Ein Volk mit hoch entwickelten Konsumbedürfnissen pflegt nicht von der Hand in den Mund zu leben, sondern ist auf lange Sicht eingedeckt. Die Importeure an den großen Hafenplätzen, der Zentralmarkt-Großhandel, die Provinzgrossisten — sie alle verfügten über Läger. Doch beschränkte sich die Vorratshaltung nicht auf sie allein: in Deutschland gab es etwa eine Viertelmillion Handelsbetriebe, die Kolonial-, Eß- und Delikatessenwaren feilhielten, und fast alle diese Läden waren bis zum Bersten voll. Schließlich gab es auch unter den Millionen von Einzelhaushaltungen nur wenige, die über gar keine Vorräte verfügt hätten. Das waren ganz gewaltige Reserven. Wie groß sie waren, entzieht sich natürlich jeder Schätzung. Daß sie aber erstaunlich groß gewesen sein müssen, erweist die Tatsache, daß es bis in das Jahr 1916 hinein in den Läden eigentlich noch alles zu kaufen gab.

Dagegen verfügte die Reichsregierung als solche über keine eigens für den Kriegsfall aufgespeicherte Vorräte.¹⁰ Im Gegensatz zu Frankreich, wo die Mobilmachung auch in dieser Hinsicht vorbereitet gewesen war, hatten in Deutschland besondere Gründe die Unterlassung einer solchen Vorratsbildung bewirkt. Die Erfahrungen des Krieges von 1870/71 waren nicht dazu angetan gewesen, um die zwingende Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Kriegsbereitschaft zu erweisen. Die Heere waren damals verhältnismäßig klein. Der Krieg war von kurzer Dauer gewesen und blieb auf Deutschland und Frankreich beschränkt. Die Land- und Wassergrenze war während des ganzen Feldzuges für die Einfuhr offen gewesen. Zudem war Deutschland damals ein mäßig bevölkerter, Getreide exportierender Staat gewesen. Natürlich verschloß man sich nicht der Erkenntnis, daß sich diese Verhältnisse im Laufe der Zeit völlig verschoben hatten, doch hielt man an der Ansicht, daß auch in Zukunft ein Krieg nur von kurzer Dauer sein würde, wie an einem unerschütterlichen Glaubenssatze fest und war zur wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung auf lange Sicht

¹⁰ Abgesehen von den Militärmagazinen, deren Bestände jedoch nur auf den normalen Heeresbedarf eingestellt waren.

schwer zu bewegen. Man scheute auch die daraus erwachsenden Belastungen des Reichshaushalts, dessen Etat bei der Eigenart des deutschen Finanzsystems ohnehin schwer im Gleichgewicht zu halten war. Es kam hinzu, daß man auch aus politischen Gründen alles zu vermeiden suchte, was bei den kriegslustigen Nachbarn den Eindruck deutscher Kriegsvorbereitungen erwecken und die deutsche Friedenspolitik stören konnte.

Der Staatssekretär des Innern, *Klemens v. Delbrück*, der als einziger deutscher Staatsmann die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Mobilmachung erkannt hatte, hat in seinen Lebenserinnerungen¹¹ die Widerstände beschrieben, die sein Bemühen vereitelten. Zweierlei wurde von ihm erstrebt: einmal die Anlage einer zuverlässigen Vorratsstatistik, um im Kriegsfall die Hand auf die vorhandenen Vorräte legen zu können, und zweitens die Schaffung einer Reichsreserve an Brotgetreide, weil Delbrück erkannt hatte, daß Deutschland zu bestimmten Jahreszeiten, nämlich im Frühling und Frühsommer von eigenen Getreidevorräten entblößt und fast ausschließlich auf fremde Zufuhr angewiesen zu sein pflegte. Das eine aber wie das andere war nicht durchzusetzen gewesen, weil der Reichskanzler aus besagten politischen Bedenken, der Reichsschatzsekretär aus finanziellen Gründen ihre Zustimmung nicht geben mochten. Als im Sommer 1914 die Kriegsgefahr näher rückte, drang Delbrück darauf, die in Rotterdam lagernden, nicht unbeträchtlichen Getreidemengen aufzukaufen und für das Reich sicherzustellen. Aber noch in der letzten Juliwoche verweigerte ihm der Reichsschatzsekretär *Kühn* die erforderlichen Kredite unter der Begründung: »Diesem Wunsche zu entsprechen, bin ich nicht in der Lage! Wir werden keinen Krieg bekommen, und wenn ich Ihnen jetzt die Summe von fünf Millionen bewillige, werden wir das Getreide mit Verlust für die Reichskasse verkaufen. Außerdem würde es mir die an sich schon unendlich schwierige Aufstellung des Etats für 1915 noch erschweren. Ich weiß ja aber auch ganz genau, was Sie eigentlich mit dieser Forderung bezwecken. Es ist mir bekannt, daß im Reichsamt des Innern die Anlage einer ständigen Kriegsgetreidereserve beabsichtigt wird. Sie wollen also offenbar die Gelegenheit benutzen, um durch den Ankauf von Getreide den Grund-

¹¹ *Klemens v. Delbrück*, Die wirtschaftliche Mobilmachung in Deutschland 1914. München 1924.

stock für eine solche Reserve zu gewinnen, und werden sich dem Verkauf desselben später widersetzen. Sie werden selbst nicht glauben, daß ich dazu meine Hand bieten werde.« Als dann endlich in den letzten Julitagen der Reichskanzler eingriff und diesen Ankauf anordnete, war es zu spät. Die Rotterdamer Vorräte waren inzwischen geräumt. Zwar hatten die westdeutschen Mühlen, die sich besser informiert zeigten als der Reichsschatzsekretär, hereingeschafft, was hereinzuschaffen war, so daß die greifbaren Vorräte doch in deutschen Besitz gekommen waren, — aber das Reich als solches hatte das Nachsehen. Das große Ziel, der Reichsregierung für die Zeit größten Mangels eine Vorratsreserve zu schaffen, war nicht erreicht worden. Doch gab Delbrück seine Bemühungen nicht auf. In den ersten Augusttagen kam eine Vereinbarung mit der Hamburg-Amerika-Linie zustande, wonach diese dem Reichsamt des Innern ihre gesamte wirtschaftliche Organisation für die Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen zur Verfügung stellte. Die Verbindung mit dem Reiche war zunächst lose. Die Hamburg-Amerika-Linie wirtschaftete vorerst als solche für das Reich. Auch der Sitz des Unternehmens blieb zunächst in Hamburg. Später wurde er dann nach Berlin verlegt und das Unternehmen in eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter dem Namen »Reichseinkauf«, später »Zentral-Einkaufs-Gesellschaft« umgewandelt.

Der »Reichseinkauf« besaß zunächst kein Einfuhrmonopol, sondern betätigte sich im Wettbewerb mit dem freien Handel, mit den Aufkäufern der Kommunalverbände, der Intendanturen, von Großbetrieben, von spekulierenden Einzelpersonen. Die Einkaufstätigkeit ging also dezentralisiert vor. Eine gewisse Organisation der Auslandseinkäufe führten zuerst die großen Städte durch, doch auch sie wieder unabhängig voneinander.¹² Diese

¹² So richtete Kassel einen »Stadteinkauf« ein, der dem Großhandel die Aufgabe abnahm, die Stadt mit ausländischen Waren zu versorgen. Frankfurt gründete eine lose Zweckvereinigung mit einer Reihe von Großfirmen. Straßburg errichtete eine »Gesellschaft für Volksernährung«, bestehend aus einer Straßburger Großfirma, der Stadtverwaltung Straßburg und dem Bezirk Unterelsaß. Unter der Führung Dortmunds schlossen sich 14 Stadt- und Landkreise zu einer Einkaufsvereinigung zusammen. In Stuttgart wurde eine Gesellschaft »Nahrungsmittelversorgung« gegründet, an der neben der Stadt Konsumvereine und verschiedene Organisationen des Kleinhandels beteiligt waren. Auch in Mün-

durch den gegenseitigen Wettbewerb gesteigerte Nachfrage konzentrierte sich auf wenigen ausländischen Märkten.

Welche handelspolitische Situation ergab sich für Deutschland nach Ausbruch des Krieges?

Selbstverständlich hatte die Reichsregierung — es darf das nicht unerwähnt bleiben — der neu geschaffenen Lage dadurch Rechnung getragen, daß es die rechtlichen Voraussetzungen für eine Erleichterung der Einfuhr und für eine Erschwerung der Ausfuhr schuf. Unter den Gesetzen des 4. August 1914, die bereits im Frieden für den Fall einer Mobilmachung ausgearbeitet worden waren, befand sich eines, das die Zollfreiheit für Getreide aller Art und für gewisse Futtermittel, für Vieh, Fleisch, Schmalz, Butter, Käse, Eier, Mehl usw. aussprach. Die alte Schutzzollmauer wurde abgerissen. Auf der anderen Seite hatte bereits eine Kaiserliche Verordnung vom 31. Juli 1914 die Aus- und Durchfuhr für alle kriegsnotwendigen Gegenstände, darunter auch für Tiere und tierische Erzeugnisse, Verpflegungs-, Streu- und Futtermittel verboten oder von besonderen Ausfuhrbewilligungen des Reichskanzlers abhängig gemacht.

Doch alle diese, unter normalen Verhältnissen tief einschneidenden Maßnahmen wurden in ihrer Bedeutung abgeschwächt oder gar zum guten Teil gegenstandslos, weil Deutschland für seine Lebensmittelzufuhr von seinen Hauptbelieferungsgebieten abgeschnitten war. Rußland, das vor dem Kriege Deutschlands Hauptlieferant gewesen war, kämpfte auf der anderen Seite. Die überseeische Zufuhr wurde durch die britische Flotte gesperrt. Doch war der um Deutschland geschlagene Ring nicht lückenlos. Einmal gelang es den siegreichen deutschen Heeren, diesen Ring, wenn auch nicht zu sprengen, so doch zu erweitern, indem sie Feindesland besetzten, ja an einer Stelle konnten sie Ende 1915 den Ring sogar durchstoßen, indem sie die serbische Mauer niederrissen und die Donaustraße nach Rumänien freimachten. Sicherlich wurde die deutsche Ernährungsbasis durch die Besetzung feindlichen Landes verbreitert. Doch lag es auf der Hand, daß aus erobertem Land nicht allzuviel zu holen war. Das besiegte und das siegreiche Heer hatten an seinen Vorräten

chen, Nürnberg und anderen Städten entstanden ähnliche Gründungen. Vergleiche *Hugo Lindemann*, Aufgaben und Tätigkeit der Gemeinden im Kriege. (Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 40, 1915.)

gezehrt, vieles war unmittelbar vernichtet worden, anderes war zugrunde gegangen, weil die pflegende und erhaltende Hand fehlte. In vielen Fällen war das Werkzeug der Produktion, das landwirtschaftliche Inventar zerstört worden, Arbeitskräfte mangelten, der bedarfsvermittelnde Handel konnte seine Tätigkeit nicht in gewohnter Weise ausüben, die Transportwege dienten fast ausschließlich der Bewegung des Heeres und seines Güterverbrauchs. Von dieser Seite her war daher für die deutsche Volksernährung kein starker Zufluß zu erwarten. Man konnte zufrieden sein, wenn bis zu einem gewissen Grade das Heer von den Erzeugnissen der besetzten Gebiete mitlebte und dadurch die heimischen Vorräte entlastete. Doch gab es noch benachbarte Staaten, die neutral geblieben und zu Lande und zu Wasser für Deutschland erreichbar waren. In der Tat ist der Handel mit ihnen während des ganzen Krieges nicht abgerissen. Doch konnte auch aus dieser Hilfsquelle nicht mit vollen Zügen geschöpft werden. Ja, wenn man diese neutralen Staaten als Zwischenhändler für den deutschen Bedarf auf dem Weltmarkte hätte benutzen können! Doch waren ihnen von England alle Importe gesperrt worden, die unmittelbar oder mittelbar Deutschland hätten zugute kommen können. So war man denn in der Hauptsache aus diesen neutralen Nachbarländern auf den Bezug von Gegenständen ihrer eigenen Erzeugung beschränkt. Auch das war eine Hilfe. So vermochten Dänemark und Holland als hochentwickelte Viehzucht- und Milchwirtschaftsgebiete viel begehrte Produkte zu liefern. Norwegen trug zur Versorgung mit Fischen bei. Die Schweiz lieferte einiges Milchvieh sowie Molkerei- und Käsereiprodukte. Doch gemessen an dem großen deutschen Gesamtbedarf war es natürlich nicht viel, was diese Länder liefern konnten. Zudem war die Produktion in diesen Ländern selbst infolge des Krieges beengt. Als Gebiete, die auf einer schmalen Landbasis eine ausgedehnte Viehwirtschaft errichtet hatten, brauchten sie eine große Futtermiteinfuhr von Übersee und waren damit von England abhängig.

So waren denn die Zufuhren und die Angebotsmengen dieser für die Versorgung Deutschlands in Betracht kommenden neutralen Länder durch künstliche Eingriffe wie durch natürliche Umstände beschränkt. Um diese beschränkten Angebotsmengen konkurrierte aber nicht nur Deutschland mit der großen Nach-

frage seines Gesamtbedarfs, sondern konkurrierte auch Österreich, konkurrierten die eigenen Verbraucher jener Länder, konkurrierten ihre gewohnten neutralen Abnehmer, konkurrierten endlich die feindlichen Staaten teils aus wirklichem Bedarf (bekanntlich war England bereits im Frieden ein gutzahlender Abnehmer holländischer, namentlich aber dänischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse gewesen), teils in der bewußten Absicht, den deutschen Einkauf zu verhindern oder bis zur Grenze des Möglichen zu erschweren. Schlimm war, daß die regellos auf diese Länder losgelassenen deutschen und österreichischen Aufkäufer in wilder Spekulation sich gegenseitig überboten. Es kam vor, daß für ein und denselben Auftraggeber gleichzeitig mehrere offizielle und nichtoffizielle Aufkäufer tätig waren und einander die Ware abzujagen suchten. Kein Wunder, daß diese ungehemmten Preisangebote falsche Vorstellungen von der wirtschaftlichen Widerstandskraft der Zentralmächte hervorriefen. Kein Wunder, daß die Bevölkerung dieser neutralen Staaten in den deutschen Aufkäufern, die die Lebensmittelpreise in die Höhe trieben, eine Landplage sah. Es ist berichtet worden, daß in diesen Ländern die Stimmung der breiten Massen sich vielfach aus diesem Grunde gegen Deutschland wandte. Es war daher nur ein Akt der Selbstverteidigung, wenn die neutralen Regierungen die Ausfuhr beschränkten oder gar teilweise verboten.

So entsprach es denn auch den Wünschen der neutralen Nachbarländer, daß diesem Zustande durch die Zentralisierung des deutschen Einkaufs seit dem September 1915 ein Ende gemacht wurde. Deutschland verständigte sich mit Österreich über ein gemeinsames Vorgehen. Die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft wurde für die Auslandseinkäufe monopolisiert. Die Zufuhr konnte entsprechend den Bedürfnissen Deutschlands und Österreichs verteilt werden. Es wurde ermöglicht, den auf Deutschland entfallenden Anteil den einzelnen Bedarfsgemeinden unter Berücksichtigung ihrer Verhältnisse in zweckmäßiger und gerechter Weise zuzuführen.

Damit hörten die vorher bestehenden Reibungen auf, und Hunderte von Millionen konnten der deutschen Volkswirtschaft erspart werden. Auch quantitativ waren die Leistungen der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft zunächst recht beachtlich. Ihren größten Erfolg konnte die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft buchen, als

es ihr nach der Niederwerfung Serbiens gelang, große Getreidemengen aus Rumänien — es lagerten hier die Vorräte zweier Ernten — den Zentralmächten zuzuleiten. Im Herbst 1915 setzten diese Bezüge ein, zunächst langsam, weil erst die erforderliche transporttechnische Organisation geschaffen werden mußte, erreichten im März, April und Mai 1916 ihr Höchstmaß, um dann zu sinken und schließlich mit dem Eintritt Rumäniens in den Weltkrieg vorübergehend ganz aufzuhören. Insgesamt sollen damals den Zentralmächten $2\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen Getreide zugeführt worden sein. Das nach Deutschland importierte Quantum ist mit 1 433 000 Tonnen beziffert worden.¹³ Im gleichen Jahre 1916 ist es der zentralisierten Einfuhr gelungen, eine Fleischeinfuhr von 185 000 Tonnen, eine Buttereinfuhr von 51 000 Tonnen und im Jahre 1917 eine Käseinfuhr von 27 000 Tonnen zu erreichen. Was diese Zahlen bedeuteten, erfährt eine Beleuchtung, wenn man die Friedenseinfuhr daneben hält, die 1913 an Fleisch 110 000 Tonnen, an Butter 54 000 Tonnen, an Käse 24 000 Tonnen betrug.¹⁴

Im Laufe der weiteren Entwicklung mehrten sich die Widerstände, die sich der Einfuhrtätigkeit entgegenstellten. Ich denke da nicht an die Gegnerschaft, die der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft innerhalb Deutschlands erwuchs. Naturgemäß mußte die Unterbindung des freien Handels eine von diesen Kreisen genährte Opposition auslösen. Man warf der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft vor, sie mache ungeheure Gewinne und nutze die Einfuhrchancen nicht genügend aus. In doppelter Weise würde also der deutsche Konsument geschädigt, einmal, indem er zu hohe Preise bezahlen müßte, und zweitens, indem er zu wenig Ware bekäme. Alles das ließ sich leicht widerlegen. Dem ersten Vorwurf lag die Tatsache zugrunde, daß die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft ihren Verkaufspreis nach einem Satze bemaß, der das Mittel aus den billig erworbenen Inlandswaren und den teuren Auslandswaren ausmachte; der höhere Auslandspreis

¹³ Vgl. Berliner Tageblatt Nr. 449 vom 2. September 1916 und außerdem *Gradnauer* und *Robert Schmidt*, Die deutsche Volkswirtschaft, Berlin 1921. Die Angaben von *Robert Schmidt*, dem damaligen Reichswirtschaftsminister, können einen Anspruch auf Zuverlässigkeit machen.

¹⁴ Nach einer Mitteilung des Wolffschen Telegraphenbureaus im Berliner Tageblatt Nr. 634 vom 12. Dezember 1918.

wurde durch den niedrigeren Inlandspreis gesenkt. Und was den zweiten Vorwurf anbetraf, so mochte es zwar zutreffen, daß im ersten Kriegsjahr der freie Handel mehr hereinbekommen hatte, als die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft im dritten und vierten Kriegsjahre einzuführen vermochte. Der Druck der Entente gegen die neutralen Staaten, die Deutschland noch notdürftig mit Lebensmitteln versorgten, war im Laufe der Jahre immer stärker geworden. Handelshäuser, die in den neutralen Staaten mit Deutschland in Verbindung standen, kamen »auf die schwarze Liste«. Die Lebensmittelzufuhr nach den neutralen Staaten wurde einer verschärften Kontrolle unterzogen. Den Neutralen wurden Verträge aufgezwungen, die sie zur Lieferung von Lebensmitteln an die Entente verpflichteten. Dänemark, Holland und die Schweiz mußten Vieh, Milch, Käse, Geflügel, Eier liefern. In Norwegen kauften die Engländer große Mengen Salzheringe auf und ließen sie unabgenommen verderben, um die Belieferung an Deutschland zu verhindern. Schließlich forderte die Entente trotz der Gefahren des U-Boot-Krieges die Zurverfügungstellung eines Teiles der skandinavischen Flotte für die Lebensmitteltransporte der Entente. Der Druck Englands hätte die Neutralen restlos unterworfen, wenn diese nicht auf die Einfuhr einiger wichtiger Rohstoffe auch aus Deutschland angewiesen gewesen wären. Über diese Lieferungen verständigte man sich auf Grund von »*Kompensations-Verträgen*«. Der Einkauf im Auslande war zu einer diplomatischen Angelegenheit geworden. In festen, mit juristischem Scharfsinn ausgeklügelten Verträgen sicherten sich England und Deutschland bestimmte Anteile an den landwirtschaftlichen Erzeugnissen und den Fischfängen als Pflichtlieferung oder in Form eines Kaufrechts. Der Pflichtlieferung an England stand ein Ausfuhrrecht nach anderen Ländern gegenüber, das beispielsweise bei Fischen für den holländischen Fang auf 20 vH, für den norwegischen Fang auf 15 vH festgesetzt worden war.¹⁵

Je länger der Krieg dauerte, um so schwieriger wurde es, Auslandsware nach Deutschland hereinzubringen. Ganz hörte zwar die Einfuhr niemals auf, doch floß sie schließlich in so dünnen Bächen, daß eine befruchtende Wirkung von ihr nicht mehr ausgehen konnte. Wie stark sie in den beiden letzten Kriegsjahren

¹⁵ Vgl. *Gradnauer* und *Schmidt*, a. a. O., und *Elsas*, Einige Grundfragen der Ernährungswirtschaft im Kriege. (Conrads Jahrbücher f. Nat. u. Stat. 109. 1917.)

abgenommen hatte, wird durch die folgenden, die Wareneinfuhr der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft wiedergebenden Zahlen illustriert. Freilich ist bei diesen Zahlen zu berücksichtigen, daß sie nicht die Gesamteinfuhr wiedergeben. In den letzten Kriegsjahren ging nämlich die Einfuhr immer mehr in die Hände der kriegswirtschaftlichen »Reichsstellen« über. So war von der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft die Einfuhr von Getreide, Hülsenfrüchten, Fleisch, Gemüse, Butter, Schmalz, Käse, Milch, Fische 1918 bereits ganz oder teilweise aufgegeben worden.¹⁶

Wareneinfuhr der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft

Warengruppe	Gesamteinfuhr (einschließlich Durchfuhr)					
	im Jahre 1916		im Jahre 1917		im Jahre 1918	
	1000 Tonnen	Wert in Mill. M.	1000 Tonnen	Wert in Mill. M.	1000 Tonnen	Wert in Mill. M.
Reis und Reiserzeugnisse	4,09	7,33	1,64	6,27	—	—
Zucker	18,98	16,23	29,59	52,56	41,09	165,80
Hülsenfrüchte.....	75,23	51,06	0,08	0,24	0,64	0,94
Vieh, Fleischwaren.....	102,89	363,37	115,41	445,68	50,77	179,93
Getreide, Futtermittel...	1040,93	413,34	9,03	4,65	45,04	46,44
Früchte, Marmelade und Gemüse	82,35	37,59	82,20	97,80	88,89	110,35
Eier	40,40	134,92	37,19	176,42	16,39	99,48
Rohstoffe	35,93	21,82	19,42	23,64	14,69	17,17
Butter	73,85	402,09	36,32	272,56	7,40	93,34
Schmalz	6,61	50,93	1,78	13,80	0,06	0,01
Frische Fische, Heringe .	12,35	15,99	54,81	86,86	22,16	37,15
Zubereitete Fische	126,59	211,67	110,50	258,81	78,12	177,67
Käse	48,78	147,27	36,29	158,27	11,81	62,64
Milch	10,12	25,54	23,17	66,92	16,82	62,42
Schale und Krustentiere .	—	—	14,79	12,13	12,13	5,13
Verschiedene Waren	5,71	12,61	1,82	14,32	6,82	27,96
Insgesamt	1684,82	1911,76	574,04	1690,93	412,80	1086,46

Doch zeigen die Erhebungen des Statistischen Reichsamts, die im Anhang wiedergegeben worden sind, ebenfalls das Bild des allmählichen Versiegens der Zufuhr. Auch sie umfassen aber nicht, wie bei einem Vergleich mit den eben angeführten Zahlen auf den ersten Blick erkennbar wird, die *gesamte* Einfuhr. Die Angaben des Statistischen Reichsamts beziehen sich nur auf

¹⁶ Vgl. Schmidt und Gradnauer, a. a. O.

solche Waren, die bei Passierung der deutschen Zollgrenze zur statistischen Anschreibung kamen. Nicht erfaßt wurde Heeresgut, das von Heeresstellen beschlagnahmt worden war.¹⁷ Für vollständige Zahlenangaben über den gesamten Umfang der Einfuhr fehlt es daher an Unterlagen. Mit den in ständiger Bewegung befindlichen Heeren verschob sich auch ständig der Bereich, aus dem Nahrungsmittel gezogen wurden. Und was bald hier, bald dort durch ein sich öffnendes Loch hereinkam, wurde nicht immer statistisch erfaßt. Dafür fehlte es an Zeit, an Kräften und auch am Willen.

Die Frage, wie groß die Zuschüsse gewesen sind, die Deutschland während des Krieges aus dem Ausland erhalten hat, wird niemals geklärt werden können. Für eine spezialwissenschaftliche Untersuchung mag das zu bedauern sein, für unsere Betrachtung ist es aber ziemlich nebensächlich, ganz Genaues darüber zu wissen. Denn so viel steht fest und so viel wird auch durch die vorhandenen, nicht lückenlosen Zahlen erhärtet, daß alles, was in den beiden letzten Kriegsjahren noch eingeführt worden ist, an der traurigen Ernährungslage Deutschlands nicht viel ändern konnte. Die englische Blockade hatte ihr großes Ziel erreicht: Deutschland war — gemessen an seinem Bedarfe — tatsächlich von der Zufuhr so gut wie abgeschnitten.

Deutschland war, nachdem seine aus der Friedenswirtschaft übernommenen und im ersten Kriegsjahr eingeführten Vorräte verbraucht worden waren, so gut wie ganz auf die Erzeugung des eigenen Landes und der von ihm besetzten Gebiete angewiesen.

¹⁷ Alles, was im besetzten Gebiet von Heeresstellen beschlagnahmt wurde, kam nicht zur statistischen Anschreibung. Nicht zum Heeresgute gehörten aber beispielsweise Lebensmittel aus den neutralen Staaten, die später etwa zur Proviantierung des Heeres innerhalb der Zollgrenzen oder außerhalb der Zollgrenzen verbraucht wurden. Ebenso gehörten nicht zum Heeresgute Lebensmittel, die im besetzten Gebiete nicht durch Beschlagnahme, sondern freihändig erworben wurden. Nach diesen Grundsätzen vollzog sich die statistische Anschreibung. Ob diese Grundsätze aber immer auch eingehalten worden sind, entzieht sich jeder Nachprüfung. Im Statistischen Reichsamt wurde die Ein- und Ausfuhr nach den Meldungen der Zollstellen angeschrieben. Die Zollstellen hatten zu prüfen, ob es sich um Heeresgut oder andere Waren handelte. Wenn sie Heeresgut an das Statistische Reichsamt meldeten, so wurde eben dieses nicht angeschrieben. Ob aber die Annahme der Zollstellen, daß es sich in solchen Fällen um Heeresgut handelte, richtig war oder nicht, wurde im Statistischen Amt nicht nachgeprüft.

ZWEITER TEIL

Die Vorratstreckung

1. Die ersten Streckungsmaßnahmen. Das K-Brot

In den ersten Kriegsmonaten stand die Volksernährung unter dem Zeichen eines planlosen *Überkonsums*. Die Panik, die in den ersten Mobilmachungstagen das Volk die Lebensmittel-läden stürmen ließ, war bald überwunden. Die Läden der Kaufleute, Bäcker und Schlächter, die Speicher der Großhändler schienen unerschöpflich zu sein. Die Läden lagen voll Eßwaren, die Konditoreien boten ihren Kuchen an, die Restaurationen kochten wie sonst, man merkte nichts von Krieg, wenn man sich zu Tische setzte. Überall sah man Vorräte. In die kahler werdenden Speicher schaute der Konsument nicht hinein. Wer wollte sich auch darüber Gedanken machen! Der Krieg würde ja nicht lange dauern! — Die ausziehenden Soldaten wurden beim Ausmarsch von ihren Angehörigen und Bekannten mit Mundvorräten liebevoll bepackt. An jeder Bahnstation standen Frauen und mit Blumen geschmückte Jungfrauen, um an die durchreisenden Krieger Essen, Getränke und Liebesgaben in übermäßiger Fülle auszuteilen. Sobald dann die Truppen an der Front waren, begann das Versenden von Liebesgaben-Paketen. Das hörte auch nicht auf, als man hörte, daß diese Sendungen die im schnellen Vormarsch begriffenen Heeresteile nur selten erreichten. Im Gegenteil! — man schickte nur um so häufiger, womöglich zwei-, dreimal am Tage ein Paket oder einen dicken Feldpostbrief in der Hoffnung, daß wenigstens die eine oder die andere Sendung in die Hände des richtigen Adressaten kam. Ihren Höhepunkt erreichte die Liebesgaben-Ausstreueung Weihnachten 1914. Denn an diesem Tage sollte keiner da draußen den heimatlichen Kuchen entbehren. Wie oft hörte man in den knappen späteren Jahren: »Hätten wir heute alle die vielen Vorräte, die wir in den ersten Kriegswochen zwar gutgemeint, aber doch unbedacht vertan haben!«

Vieles kam zusammen, um zu bewirken, daß der Bevölkerung der Ernst der Ernährungslage zu Beginn des Krieges nicht klar wurde, und um sie zu veranlassen, die friedensmäßigen Konsumgewohnheiten beizubehalten. Schuldner, die infolge des Kriegsausbruchs ohne eigenes Verschulden in Verzug gerieten, erhielten Zahlungsaufschub, Mieten und Hypothekenzinsen konnten gestundet werden, die Kriegsdarlehnskassen lombardierten Warenlager und Effekten. Dann kamen die Kriegsmilliarden und ließen täglich viel Geld unter das Volk fließen. Als Brot und Fleisch teurer wurden, da wirkten die alsbald erlassenen Höchstpreisfestsetzungen wie ein Beruhigungsmittel. Der gemeine Mann erfuhr nichts von den Getreidepreissteigerungen auf dem Weltmarkte, erfuhr nichts von dem Kampf ums Brot in aller Welt.

Um die Jahreswende von 1914 auf 1915 erhoben sich die ersten warnenden Stimmen.¹ Wir erwähnten schon, welches Aufsehen damals die von dem Berliner Professor *Eltzbacher* in Gemeinschaft mit einer Reihe anderer Gelehrter herausgegebene Denkschrift »Die deutsche Volksernährung und der englische Aushungerungsplan« erregte. Es wurde die Frage gestellt: Wieviel Nahrungsstoffe sind nach dem Abschluß vom Auslande vorhanden? Und die Antwort lautete: Sowohl bei Berechnung nach Eiweißmengen als auch nach Kalorien ist das mutmaßlich vorhandene Quantum größer als der Bedarf, aber es ist kleiner als der gewohnheitsmäßige Verbrauch. Wir müssen daher unsere Ernährung an das anpassen, was da ist, dann können wir durchhalten. Der englische Aushungerungsplan wird scheitern.

Wir wissen aus früheren Ausführungen, daß diese Auffassung von der deutschen Ernährungslage viel zu optimistisch war. Die deutsche Nahrungsmitteldecke war nicht nur relativ zu knapp, wie die Verfasser der Denkschrift annahmen, sondern sie reichte auch absolut genommen nicht aus. Immerhin war es ein Fortschritt, daß sich die öffentliche Meinung mit der Problematik der

¹ Der Generalfeldmarschall *Helmut v. Moltke* teilt in seinen Memoiren (Erinnerungen, Briefe, Dokumente 1877—1916, Stuttgart 1922) Briefe mit, die er — auf Veranlassung von Professor *Max Sering* und von anderen Sachverständigen — am 10. Januar 1915 an den Kaiser und den Reichskanzler richtete und in denen er den ganzen Ernst der Ernährungslage darlegte. Es darf angenommen werden, daß die Aktion des Generals dazu beigetragen hat, die Durchführung der öffentlichen Brotgetreidebewirtschaftung zu beschleunigen.

Ernährungsfrage eindringlich zu beschäftigen begann. Unter dem Schlagwort: Niemand braucht zu hungern, aber jeder muß sparen! setzte eine Bewegung ein mit dem Ziele, den Verbrauch kriegsmäßig um- und einzustellen. Kluge Männer und Frauen setzten sich hin und entwarfen Kriegskochbücher, ein Professor verkündete die »Zehn Kriegsgebote der Hausfrau«. Unter behördlicher Förderung wurden allerorts im Reiche »Lehrkurse über Volksernährung« abgehalten.

Wir müssen *weniger* essen, hieß es, und wir müssen *mit Verstand* essen! »Der Kulturmensch ist fast ohne Ausnahme ein Nahrungsverschwender, ein Polyphage, ein Vielfraß, ohne sich in gewöhnlichen Zeiten darüber Sorge zu machen.«² »Ein Vielfraß wird nicht geboren, sondern erzogen. Hier muß die Selbsterziehung in allen Schichten des Volkes einsetzen, denn in allen wird gesündigt. Die Aufgabe aller Parteien und ihrer Presse ist, den Menschen klarzumachen: in dieser Zeit hat jeder die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, nicht mehr zu essen, als er zur Erhaltung seiner Körperkräfte nötig hat. Wer sich pumpsatt ißt, wer sich den Wanst vollschlägt, der verrät das Vaterland.«³ Die Nahrung muß so vorbereitet werden, daß sie besser ausgenützt wird. Der Mensch muß richtig kauen lernen. »Wenn die festen Nahrungsmittel, ohne Flüssigkeit in den Mund genommen, eine gründliche Zerkleinerung durch Kauen erfahren, so tritt nicht allein eine mechanische Zerkleinerung, sondern auch eine Durchspeichelung und Überführung in breiige Form ein, so daß der Magenverdauung ganz außerordentlich vorgearbeitet ist. Dadurch werden aber die Nahrungsmittel verwertet und ausgenutzt, und man kommt infolgedessen mit weniger aus.«⁴ Ein Mann namens *Fletscher* hatte eine richtige Kaumethode gelehrt; wer daran glaubte, bemühte sich beim Essen zu »fletschern«. »Reden ist Silber, Kauen ist Gold!« — war die Devise.

Viel wichtiger aber waren die Ratschläge, die für die kriegsgemäße Auswahl der Speisen gegeben wurden. Statt der animalischen mußten mehr pflanzliche Nahrungsmittel gegessen werden. Das feine Weizenbrot und das Graubrot mußten durch das grobe

² Prof. Dr. C. L. Schleich im Berliner Tageblatt vom 17. Januar 1915.

³ Georg Gothein, M. d. R., in der Vossischen Zeitung vom 2. Februar 1915.

⁴ Prof. Martin Faßbender, M. d. R. u. Pr. A., in der Kölnischen Zeitung vom 27. April 1915.

und mit Kartoffelzusatz gestreckte Roggenbrot ersetzt werden. Statt des Butterbrotes der Marmeladeaufstrich. Alles das sei auch beim Abschluß vom Auslande erreichbar, und sei außerdem der Gesundheit viel zuträglicher. Rückkehr zu den einfachen Lebensgewohnheiten der Altvordern wurde gepredigt. Das grobe Brot rege den Darm zu rechter Betätigung an und stärke die Kauwerkzeuge. Doch solle man sich nicht einbilden, daß von der Befriedigung des Brotbedürfnisses die Ernährung überhaupt abhinge. Diese in den weitesten Kreisen verbreitete Vorstellung beruhe auf einer durchaus irrigen »Weltanschauung der Ernährung« und ließe sich vermöge der »Grenznutzenlehre« schlagend widerlegen. Man könne das Brot auch durch Kartoffeln ersetzen, die die Grundnahrung während des Krieges bilden müßten. In diesem Sinne appellierte man an die opferwillige Gesinnung der »Heimkrieger«. Im August 1915 wurde ein Aufruf verbreitet, der vom Kriegsausschuß der Münchener ärztlichen Standesvereine veranlaßt und von dem Münchener Oberbürgermeister und Polizeipräsidenten mit unterschrieben war, laut dessen sich die Unterzeichner verpflichteten, »alle Nahrungsmittel nur in einem zur Erhaltung der Gesundheit erforderlichen Maße zu verzehren, in ihren Kreisen auf größte Sparsamkeit mit allen Lebensmitteln hinzuwirken und Fleischgenuß wenigstens bei vier Hauptmahlzeiten der Woche zu unterlassen«.

Man unterschätze nicht die praktische Bedeutung dieser ganzen Bewegung. Im einzelnen mochten die Ratschläge überspannt und nicht immer richtig sein, aber im großen und ganzen wurde doch das Verantwortungsgefühl geschärft und für die Folgezeit die Kraft gestärkt, bewußt und willig Entbehrungen auf sich zu nehmen. Die bombastisch klingende Bezeichnung »Heimkrieger« wurde von dem Deutschen der ersten Kriegsjahre durchaus ernst genommen.

Im Spätherbst 1914 setzten die *ersten behördlichen Maßnahmen* zur Streckung der vorhandenen Lebensmittelvorräte ein. Sie konzentrierten sich zunächst auf das traditionell wichtigste Lebensmittel, das *Brot*. Vorher hatte man sich damit begnügt, mit Hilfe der öffentlichen Meinung auf ein sparsames Umgehen mit Brot und Mehl hinzuwirken. Gegen das achtlose Umgehen mit dem Brot, gegen die Verschwendung des raren Mehles durch das gerade in der ersten Kriegszeit maßlose Kuchenbacken wurde ein

umfassender Aufklärungsfeldzug eingeleitet. Der Lehrer auf dem Katheder, der Prediger auf der Kanzel wurde mobil gemacht. Durch öffentliche Versammlungen und Wanderredner, durch die Tages- und Fachpresse, durch Flugschriften und Plakate wurde die Bevölkerung ständig ermahnt, schonlich mit dem lieben Brot umzugehen. Verwaltungsbehörden und Generalkommandos übten auf die ihnen unterstehenden Betriebe, Beamten, Angestellten und Untergebenen unmittelbar einen Druck in dieser Richtung aus. Die in Norddeutschland übliche unentgeltliche Brotzugabe in den Gastwirtschaften wurde abgeschafft, weil sie eine Vergeudung von Brot zur Folge hätte.

Durch Verordnung vom 28. Oktober 1914 wurde vorgeschrieben, daß bei der Ausmahlung von Weizen mindestens 75 vH, bei Roggen mindestens 72 vH Mehl gezogen werden müßten. Durch diese gegenüber der Friedensgewohnheit schärfere Ausmahlung ließ sich der Brotkornvorrat um ein Zehntel strecken. Zugleich wurde angeordnet, daß dem Schwarzbrot Kartoffeln zugesetzt werden sollten. So entstand das *K-Brot*.

Die Verwendung der Kartoffel zur Brotbereitung war von langer Hand vorbereitet worden. Bereits wenige Tage nach Kriegsausbruch, am 7. August 1914, hatte über diese Frage eine Besprechung im Reichsamt des Innern stattgefunden, die, wenn man von den mehr allgemeinen Charakter tragenden Verordnungen des 4. August 1914 absieht, als den ersten Schritt der staatlich beeinflussten und staatlich geregelten Kriegsernährungswirtschaft ansehen kann.⁵

Der Staatssekretär *Delbrück*, der selbst den Vorsitz führte, wies darauf hin, daß Schritte getan werden müßten, um die Nährwerte der reichen deutschen Hackfruchternten für die Volksernährung zu sichern. Insbesondere bestände für die Kartoffel die Gefahr, daß sie nationalwirtschaftlicher Verschwendung anheimfallen könnte, einmal weil eine große Ernte vor der Tür stände, und zweitens weil infolge der Kriegskonjunktur mit einer verminderten Aufnahmefähigkeit der die Kartoffel verarbeitenden Stärke- und Branntweinindustrie zu rechnen wäre. Drittens wäre zu befürchten, daß die Verderblichkeit der Kartoffel, die schon unter normalen Umständen einen beträchtlichen Bruchteil der

⁵ Vgl. zum folgenden: *Wilhelm Lautenbach*, Die Kartoffeltrocknung im Kriege (Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 54/55) Berlin 1919.

Früchte vernichtete, infolge der erschwerten Verkehrs- und Absatzverhältnisse noch gesteigert würde.

Als das beste und zweckmäßigste Mittel zum Schutze der Kartoffelernte wurde von den Versammelten die *Trocknung* angesehen. Durch die Trocknung konnten die befürchteten Schwundverluste vermieden und damit mittelbar eine Vermehrung der aus den Kartoffeln gezogenen Nährstoffmenge erreicht werden. Doch setzte eine Trocknung großen Stils voraus, daß für die Trockenfabrikate ein lohnendes Absatzgebiet erschlossen wurde. Denn dadurch war gerade bisher die volkswirtschaftlich so überaus ökonomische Kartoffeltrocknung in ihrer Entwicklung gehemmt worden, daß ihre Erzeugnisse im Wettbewerb mit den übrigen Futtermitteln auf Absatzschwierigkeiten stießen. Ein Absatzgebiet von unbegrenzter Aufnahmefähigkeit unter scheinbar sicherer Gewähr lohnender Preise sah man in der Brotbäckerei. Also der Vorgang war ursprünglich nicht so, daß man, weil das Brot gestreckt werden sollte, Kartoffeln trocknete, sondern weil man in größerem Umfange trocknen wollte, sollten dem Brot Kartoffeln zugesetzt werden. Der Ausgangspunkt für die Herstellung des K-Brottes war die Kartoffel, nicht das Brot.

Vorher war noch zu prüfen, ob gegen die Brotstreckung mit Kartoffelfabrikaten rechtliche, hygienische oder backtechnische Bedenken vorlägen. Was die rechtliche Seite anbelangte, so hätte nach dem Nahrungsmittelgesetz ein größerer Kartoffelzusatz deklariert werden müssen. Da man von einer Deklaration einen abschreckenden Einfluß auf das Publikum befürchtete, so fand man für das gestreckte Brot einen entsprechenden nicht soupçonösen Phantasienamen »K-Brot« und überließ es der Phantasie des Verbrauchers, ob er darin ein »Kriegsbrot« oder ein »Kartoffelbrot« sehen wollte. Die unter Mitwirkung des Kaiserlichen Gesundheitsamts angestellten Backversuche hatten das Ergebnis, daß die Verbackung von schalenfreiem Kartoffelflocken- und Walzmehl sowie von Stärke in einem Ausmaße bis zu 20 vH technisch einwandfrei wäre. Das so hergestellte Brot hielt den Vergleich mit reinem Roggenbrot unbeschadet aus, ja es hatte sogar den Vorzug, länger frisch zu bleiben. Gutes Weizenkleingebäck ließ sich indes nicht herstellen, weil ihm »das Charakteristische des Gebäcks, die großporige voluminöse Beschaffenheit und die knusprige Resche der Kruste« fehlte. Vom hygienischen Stand-

punkte war nach der Ansicht des Kaiserlichen Gesundheitsamts bis auf den um einiges geringeren Eiweißgehalt gegen einen Zusatz bis zu 20 vH auch nichts auszusetzen. Nur darin bestand ein Nachteil, daß das Brotmehl in Verbindung mit Kartoffelfabrikaten mehr Wasser aufnahm, so daß das Kartoffelbrot, um es auf einen normalen Wassergehalt zu bringen, schärfer ausgebacken werden mußte, ein Umstand, der von den Bäckern in betrügerischer Weise ausgenutzt werden konnte, wenn es an scharfer Kontrolle gebrach.

Da aber im übrigen keine Bedenken gegen den Kartoffelzusatz bestanden, so wurde im Zusammenhang mit der am 28. Oktober 1914 verordneten stärkeren Ausmahlung des Brotgetreides bestimmt, daß nur solches Roggenbrot in den Verkehr gebracht werden dürfte, das mindestens 5 Gewichtsteile Kartoffelpräparate (Flocken, Walzmehl, Stärkemehl) auf 95 Gewichtsteile Roggenmehl enthielt. Bei höherem Kartoffelgehalt mußte das Brot mit K gezeichnet werden, wenn über 20 vH beigemischt waren, war die Zahl der Gewichtsteile in arabischen Ziffern dem K hinzuzufügen. Kartoffelfabrikate konnten durch die vierfache Menge gequetschter oder geriebener Kartoffeln ersetzt werden.

Die Einführung des K-Brottes ging keineswegs widerstandslos vor sich. Der kleine Konsument, konservativ am hergebrachten Brote hängend, und mit ihm der kleine Bäcker, der sich nicht auf die neue Backart umstellen mochte, wollten die Neuerung nicht recht mitmachen, während von den gebildeten Schichten das »Kriegsbrot« mit Begeisterung aufgenommen wurde. Damals prägte *Lloyd George* das Wort von dem »potatobreadspirit«, dem *deutschen Kartoffelbrotgeist*, der England gefährlicher werden könnte als der »deutsche Militarismus«.

Am 1. Dezember 1914 fand eine Brotgetreide-Bestandsaufnahme statt. Das Ergebnis war so ungünstig, daß durch Verordnungen vom 5. Januar 1915 die Ausmahlungs- und Backvorschriften verschärft wurden. Der Satz, bis zu dem beim Ausmahlen Mehl gezogen werden mußte, wurde für Roggen auf 82 vH und für Weizen auf 80 vH erhöht. Zur Schonung der Weizenbestände wurde den Mühlen und Händlern auferlegt, Weizenmehl nur mit Roggenmehl gemischt (im Verhältnis von 7:3) abzugeben, eine Vorschrift, die freilich sehr bald wieder durchbrochen werden mußte, weil es sich herausstellte, daß mancherorts die Bäcker

trotz großer Weizenvorräte nicht backen konnten, weil ihnen der vorgeschriebene Roggenmehlzusatz fehlte. Allzu scharf hatte man die Weizenverwendung abgedrosselt. Die gewohnten Frühstückssemmel, die frisch und knusprig zum Morgenkaffee auch auf dem Tisch des kleinen Mannes zu stehen pflegten, hatte man dadurch unmöglich gemacht, daß man (ebenfalls durch Verordnung vom 5. Januar 1915) das *Nachtbackverbot* erlassen hatte ausdrücklich unter der Begründung, daß frische Backware erfahrungsgemäß in größeren Mengen genossen werde als alte Kuchen, durfte fortan nur noch zur Hälfte aus Weizenmehl bestehen (gemeint war natürlich kein reines Weizenauszugmehl, sondern jenes sogenannte Weizenmehl: scharf ausgemahlen und mit noch schärfer ausgemahlenem Roggenmehl gemischt). Den Landeszentralbehörden stand es indes frei, das Kuchenbacken noch mehr einzuschränken und nur an bestimmten Tagen der Woche zuzulassen, was auch in weitem Ausmaße geschah.

Der obligatorische Kartoffelzusatz für alles in den Konsum gebrachte Brot wurde gleichzeitig auf 10 Gewichtsteile erhöht, also verdoppelt. Neben dem K-Brot (über 10 und bis zu 20 vH Zusatz) schuf man das KK-Brot mit mehr als 20 vH Zusatz. Man sieht, es sollte mit dem K-Brot nun wirklich Ernst gemacht werden. Doch sollte die deutsche Kriegsernährungswirtschaft auf diesem Gebiete ihre erste schwere Enttäuschung erleben. Das eigentliche K-Brot oder gar das KK-Brot hat es während des ganzen Krieges kaum gegeben. Nicht weil der Konsument es konsequent abgelehnt hätte! Nein, es wurde dem Verbrauch nur selten zugeführt, weil sich der deutsche Kartoffelüberfluß, von dessen Voraussetzung man bei der Einleitung der K-Brotaktion ausgegangen war, alsbald in sein Gegenteil verkehrt hatte. Abgesehen von einer kurzen Zeit im Frühsommer 1915, wo infolge besonderer Umstände (auf die in anderem Zusammenhange zurückzukommen sein wird), Kartoffelüberfluß herrschte, ist während des ganzen Krieges die Kartoffel knapp gewesen. Vor allem deshalb, weil die Kartoffel für Mensch und Tier den Ausfall anderer Nahrungsmittel ersetzen mußte. Hatte man ursprünglich gemeint, mit der Brotstreckung der Trockenkartoffel ein willkommenes und mit Eifer beschicktes Absatzgebiet erschließen zu können, so erwies es sich für den Produzenten als vorteilhafter, die Trockenkartoffel als Futtermittel zu benutzen. Um überhaupt

Trockenkartoffeln für die Brodstreckung zu bekommen, wurde ihre öffentliche Bewirtschaftung notwendig. Die Menge der für die Brodstreckung verfügbaren Kartoffelfabrikate stand in krassem Gegensatz zu den gehegten Erwartungen. Selbst in den beiden ersten Kriegsjahren, wo die abgelieferten Mengen noch verhältnismäßig beträchtlich waren, war man froh, noch Zuschüsse aus dem Auslande zu bekommen. In den beiden letzten Kriegsjahren versagte die Kartoffeltrocknung so gut wie ganz. Folgende Mengen hat die Teka (Trockenkartoffel-Verwertungsgesellschaft), die mit der Bewirtschaftung betraut war, aus der inländischen Produktion dem Verbrauch zugeführt:

	1914/15 Tonnen	1915/16 Tonnen	1916/17 Tonnen	1917/18 Tonnen
Stärke und Stärkemehl	73 129	112 543	967	} 91 700
Walzmehl	42 927	50 458	7 295	
Flocken	80 656	14 438	—	
Zusammen	196 712 ⁶	177 430 ⁷	8 262	91 700

Man mußte bereits Anfang Januar 1915 auf die Suche auch nach anderen Brodstreckungsmitteln gehen. Zunächst ließ man die Streckung statt mit der vorgeschriebenen Kartoffel auch mit Gerstenmehl, Hafermehl, Reismehl oder Gerstenschrot zu. Am 31. März 1915 erweiterte man diese Liste durch Bohnenmehl, Sojabohnenmehl, Erbsenmehl, Maismehl, Maniok- und Tapiokamehl sowie Sagomehl, fein zermahlene Kleie; in eingeschränktem Maße konnten — man glaubte damals noch im Zucker zu schwimmen — auch Sirup und Zucker verwandt werden. Und schließlich im Kohlrübenwinter Anfang des Jahres 1917 mußten auch die *Rüben* für die Brodstreckung erhalten.⁸ In der Begründung zu dieser letzten Verordnung hieß es, man hätte zu dieser Maß-

⁶ Dazu Auslandserzeugnisse 20 699 Tonnen.

⁷ Dazu Auslandserzeugnisse 357 430 Tonnen.

⁸ »Diese Rüben, insbesondere Kohl- und Futterrüben, eignen sich in jeder Form, roh, gekocht, getrocknet oder gemahlen zur Streckung des Roggenbrotes, falls der Zusatz bei Trockenrüben 10, bei frischen Rüben, die gepreßt worden sind, 60 auf 100 Gewichtsteile beträgt.« (Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges, Nachtrag X, S. 23.)

nahme um so eher schreiten können, »weil schon in Friedenszeiten in vielen Gegenden Deutschlands Rüben zur Brotstreckung verwendet waren«. Wo diese interessanten Gegenden zu finden waren, wird bedauerlicherweise verschwiegen. Ob tatsächlich auf die Verordnung hin viel solches Kohlrübenbrot gebacken worden ist, ob es insbesondere seitens der Selbstversorger auf dem Lande geschah, denen man diese Verwendung der Rüben recht warm ans Herz legte, entzieht sich der Kenntnis, kann aber billig bezweifelt werden, da die Rüben dem Brot ebenso wie anderen Speisen einen unangenehmen, penetranten Geschmack gaben.⁹ Wahrscheinlich weil man sich von der Brotstreckung mit Rüben keinen Erfolg versprach, ging man zu einer noch schärferen Ausmahlung des Brotgetreides über, nämlich auf 94 vH. Bei dieser scharfen Ausmahlung ist es auch in der Folgezeit geblieben. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß dieses Brot für Menschen mit empfindlichen Verdauungsorganen schwer zu vertragen war. Da indes die Rationen höchst bescheiden zugemessen waren, so haben sich nicht allzu viel Leute daran den Magen verdorben.

Die Streckung von Brot und Mehl ließ sich verhältnismäßig leicht durchführen, einmal weil sie bei der Bevölkerung zunächst auf einen entschlossenen Erfüllungswillen stieß, und zweitens weil fast gleichzeitig das Brotgetreide in die öffentliche Bewirtschaftung übernommen wurde.

Die später einsetzenden Sparmaßnahmen hatten sehr viel stärkere Widerstände zu überwinden. Zwar wurde es willig hingenommen, wenn durch eine Verordnung vom 2. September 1915 die Verabfolgung von *Schlagsahne* im Kleinhandel, insbesondere in Milchwirtschaften, Konditoreien, Bäckereien, Gastwirtschaften und Erfrischungsräumen aller Art verboten wurde; ohnehin wurde es als frivole Verletzung des allgemeinen Volksempfindens angesehen, wenn auf Kosten der unentbehrlichen Kinderernährung Schlagsahne geschleckt wurde. Ein schwerer Eingriff aber war es, wenn gleichzeitig durch dieselbe Verordnung die *Verwendung von Vollmilch und Sahne zum Backen* in gewerblichen Betrieben untersagt wurde. Denn dadurch wurden unmittelbar diese Betriebe und mittelbar ihre zahllosen Kunden hart

⁹ Mit Schaudern erinnert sich noch heute jeder Deutsche, der die damalige Zeit miterlebt hat, der »Kohlrüben-Marmelade«, die er morgens als Brotaufstrich vorgesetzt bekam.

betroffen. Tatsächlich sind denn auch während der ganzen Zeit des Bestehens dieses Verbotes immer wieder Übertretungen oder Umgehungen vorgekommen.

2. Die fleischlosen Tage. Verbrauchsbeschränkungen in den Gaststätten

An Fleisch war im ersten Kriegsjahr noch kein Mangel, ja, da aus sich heraus und auf Grund behördlicher Maßnahmen eine gewisse Anpassung der Viehhaltung an die verschmälerte Futtermittelbasis erfolgte, kam in diesem Jahre mehr Vieh zur Ab Schlachtung als unter normalen Verhältnissen. Also auch hier zunächst ein *Überkonsum*! Erst im Herbst 1915 schritt man auch gegenüber dem Fleischverbrauch zu öffentlichen Maßnahmen. Freilich *strecken*, wie Brot, ließ sich Fleisch nicht, aber sein Verbrauch ließ sich *dehnen*. Durch Verordnung vom 28. Oktober 1915 wurden fleisch- und fettlose Tage eingeführt. »Dienstags und Freitags dürfen Fleisch, Fleischwaren und Speisen, die ganz oder teilweise aus Fleisch bestehen, nicht gewerbsmäßig an Verbraucher verabfolgt werden.« Außerdem dürfen in Gastwirtschaften »1. Montags und Donnerstags Fleisch, Wild, Geflügel, Fisch und sonstige Speisen, die mit Fett oder Speck gebraten, gebacken oder geschmort sind, sowie zerlassenes Fett, und 2. Sonnabends Schweinefleisch nicht verabfolgt werden. Gestattet bleibt die Verabfolgung des nach Nr. 1 und 2 verbotenen Fleisches als Aufschnitt auf Brot.« Besonders eingreifend waren diese Bestimmungen für die Gaststätten. Nicht allein, daß sie an zwei Tagen der Woche keine Fleischgerichte geben durften, sie waren an zwei weiteren Tagen in der Verwendung von Fett beschränkt, und an einem fünften Tag war es ihnen untersagt, Schweinefleisch vorzusetzen. Für die Einzelhaushaltungen waren solche Verbote nicht ausgesprochen worden. Für sie bestand die einzige Beschränkung darin, daß sie an zwei Tagen der Woche kein Fleisch kaufen konnten. Doch wurde, wie es in einer offiziellen Verlautbarung heißt, von ihnen erwartet, daß sie sich willig entsprechende Beschränkungen in der Verwendung von Fleisch und Fett auferlegen würden. Inwieweit dieser Erwartung tatsächlich auch entsprochen wurde, läßt sich nicht feststellen. In vielen Zeitungen wurde berichtet, daß an den Abenden vor den fleisch-

losen Tagen sehr starke Voreinkäufe stattfanden, besonders seitens der Frauen der minderbemittelten Kreise. Das war durchaus verständlich, denn diese Frauen waren der Umstellung auf die fleischarme Kost, wozu ein hohes Maß von Umsicht, Sorgfalt und Erfindungsgeist gehörte, am wenigsten gewachsen. Da war es das Bequemste, man kochte sich mit Fleisch, Kohl und Kartoffeln die althergebrachte Hausmannskost, zumal die amtlichen Höchstpreise dafür sorgten, daß das Fleisch nicht zu teuer wurde. Man wird daher annehmen dürfen, daß eine merklich fühlbare Abdrosselung des Fleischverbrauchs in der großen Mehrzahl der Einzelhaushaltungen erst nach der Einführung der Fleischkarte eintrat.

Dagegen hatte für die *Gasthäuser* bereits die erste Einführung der fleisch- und fettlosen Tage fühlbare Folgen. Hier in den Gasthäusern war schon vorher manches anders geworden. Die Schüsseln mit hochgetürmten knusprigen und meist kostenlos verabreichten Brötchen waren mit den Anfang 1915 eingeführten Brotmarken verschwunden. Die vorher üblichen festen Speisenfolgen mit vier Gängen hatten die meisten Lokale abgeschafft. Die Auswahl auf der Speisekarte war immer dünner geworden, wobei die verschiedensten Gemüsegerichte als Ersatztruppen für die spärlicher gewordenen Fische und Braten auf dem Plan erschienen waren. Nach neun Uhr galt das Schnapsverbot, und um Mitternacht brachte die Polizeistunde alle Lichter zum Erlöschen. Aber was wollte alles das im Vergleich zu den Umwälzungen sagen, die die fleisch- und fettarmen Tage mit sich brachten! Welche Umwälzung für den Gasthausbetrieb, für Küche und Vorrathaltung! Allerdings war der Bezug von Fleisch und Fett noch nicht rationiert, es gab auch noch Eier und Fisch zu kaufen. Es ließ sich daher vorerst in den deutschen Gasthöfen immer noch ganz gut leben. Die Umstellung hat sich auch — wenigstens für den außenstehenden Beobachter — ziemlich reibungslos vollzogen. Über den ersten fleischlosen Tag in den Berliner Restaurationen wurde in einer Berliner Zeitung folgendes berichtet:¹⁰

»Die *Berliner Restaurants und Hotels* haben sich den veränderten Verhältnissen anzupassen gewußt, und man muß ihnen das Zeugnis ausstellen, daß die Küchenchefs Speisekarten zusammengestellt haben, die das Fehlen der Fleisch-

¹⁰ Berliner Tageblatt Nr. 561 vom 2. November 1915.

speisen kaum empfinden lassen. So bietet ein bekanntes Bierrestaurant am Potsdamer Platz heute folgenden Mittagstzettel:

Kartoffelsuppe	0,40 Mark
Milchsagosuppe	0,40 „
Lachs in holländischer Tunke.....	1,50 „
Schellfish in Senftunke	0,90 „
Heilbutt in Kaperntunke	1,25 „
Schlei, blau oder in Dill	1,25 „
Merlan, gebacken mit Kartoffelsalat.....	1,00 „
Apfelreis in brauner Butter.....	0,80 „
Pfefferlinge mit Setzei	0,80 „
Mohrrüben mit Kartoffeln	0,60 „
Spinat mit Setzei	0,80 „
Leipziger Allerlei	0,50 „
Stangenspargel mit Lachs	1,75 „
Backobst mit Klößen.....	0,90 „
Grünkohl mit gerösteten Kartoffeln.....	0,75 „
Wirsingkohl mit gebackenen Fischkoteletts	1,25 „

Man sieht: es geht auch *ohne* Fleisch, und man wird heute nach Tisch vielleicht das Bekenntnis ablegen, daß die plötzliche Veränderung der Speisekarte, die wir unseren Feinden verdanken, sogar mit einem gewissen Vergnügen hingenommen worden ist.

Schwieriger ist die Lage für die kleineren Speisewirtschaften. Da sind zum Beispiel die zahlreichen Frühstücksstuben im Konfektionsviertel. In ihnen steht die *heiße Wurst* als Nahrungsmittel in höchster Blüte. Heute waren alle die dampfenden Kessel, in denen sonst die leckeren Wiener und die fetten Polnischen Würste sieden, kalt und leer. *Statt ihrer gab es Spinat mit Ei und Zander grün* — was ja schließlich durchaus nicht zu verachten ist. Wem aber das nicht genügte oder wessen Magen das liebe Fleisch nun einmal nicht entbehren zu können wähnt, *für den stand kalte Küche in reichem Maße zur Verfügung. Stullen, dick mit Schinken belegt, einen Löffel voll ‚Italienischen Salat‘ daneben, oder ein kräftiger ‚Hackepeter‘, ein appetitliches Tataren-Beefsteak* — das nennt man dann fleischlosen Tag!

Auch jene bescheidenen Wirtschaften, in denen der kleine Mann, der um die Mittagsstunde nicht nach Hause gehen kann, oder der überhaupt keinen eigenen Herd hat, der Geschäftsangestellte, der Arbeiter, die Verkäuferin zu speisen pflegen, hatten sich auf den heutigen ersten fleischlosen Tag einzurichten gewußt. In einer dieser *Wirtschaften im Zentrum* lautete die Speisenfolge:

Fleischbrühe mit Einlage
Schellfish mit Senftunke
oder
Makkaroni mit Käse

Dieses immerhin recht verlockende Mittagbrot, dessen Nährwert sicherlich jede Unterernährung ausschließt, konnte man für 80 Pfennig haben. Eine andere Gastwirtschaft im Norden hatte folgenden Speisezettel aufgestellt:

Erbsensuppe	20 Pfennig
Wirsingkohl mit Kartoffeln	35 „
Spinat mit Ei	35 „
Schellfisch mit Senftunke	60 „
Aal grün mit Salzkartoffeln	80 „

Auch mit diesen Speisen läßt es sich auskommen, ohne daß Kraft und Gesundheit Schaden leiden. In einer dritten großen Bierstube, die für gewöhnlich um die Mittagsstunde ein zahlreiches Volk von Droschkenkutschern und Rollfuhrleuten bei dampfenden Schüsseln versammelt sieht, war es heute freilich ganz leer. Und der Anrichtetisch, auf dem sonst die große Suppenschüssel mit den Löffelerbsen mit Speck oder Schweinsohren zu stehen pflegt, suchte durch eine Büchse mit Ölsardinen und ein Tönnchen mit Rollmops vergeblich die gährende Leere zu verdecken.«

Ein halbes Jahr später erfolgte ein neuer Eingriff in die Gasthausgewohnheiten durch Verordnung über die Vereinfachung der Beköstigung vom 31. Mai 1916. Die Gaststätten wurden ge­nötigt, die gebotenen Gerichte auf eine bedeutend geringere Anzahl zu beschränken. An den Tagen, wo Fleisch gereicht werden durfte, sollten fortan nicht mehr als zwei Fleischgerichte zur Auswahl gestellt werden, und jedem Gaste durfte zu einer Mahlzeit nur eines davon verabfolgt werden. Ungefähr gleichzeitig kam die *Fleischkarte*. Sie bildete den Schlußstein. Damit war die Umstellung des Gasthauskonsums auf die kriegsernährungswirtschaftlichen Erfordernisse vollendet. Die Gastwirtschaften wurden in das allgemeine Rationierungssystem mit einbezogen. Wer als Gastwirt die Speisungsvorschriften einhielt, weil er sich nicht schweren Strafen und der Gefahr polizeilicher Schließung seines Betriebes aussetzen wollte, hatte kaum noch eine Möglichkeit, seinen Gästen mehr zu bieten als der Einzelhaushalt. Auch die Möglichkeit eines Wettbewerbs unter den Gastwirten schloß sich so gut wie ganz aus. Ob der Gasthausbesucher im großen Weinrestaurant an der Leipziger Straße oder beim nächsten Budiker um die Ecke zu Mittag aß, machte in bezug auf das ihm Gebotene kaum noch einen Unterschied, zumal sich ja auch in der äußeren Ausstattung der Lokale nach Fortfall der Tischtücher, Servietten, der gediegenen Bestecke und feinen Geschirre eine Angleichung nach unten vollzogen hatte.

3. Die Massenspeisung

Der Zug zur Uniformierung, wie er sich in der Gestaltung des Gasthauswesens geltend machte, zeigte seine schärfste Ausbildung in der *Massenspeisung*.¹¹

Schon vor dem Kriege bestanden in den meisten größeren Städten Einrichtungen für Gemeinschaftsspeisungen. In der Form von Volksküchen und Schulspeisungen verfolgten sie das Ziel, der minderbemittelten Bevölkerung und den bedürftigen Kindern zu besonders billigen Preisen oder unentgeltlich eine ausreichende Mittagskost zu gewähren. In den meisten großen Städten gab es hierfür neben privaten Veranstaltungen kommunale Einrichtungen. Sie alle hatten in der Hauptsache Wohltätigkeitscharakter. Soweit es sich um städtische Einrichtungen handelte, gehörten sie in das Gebiet der öffentlichen Armenpflege.

Gleich bei Kriegsausbruch und bevor noch das Gespenst des Aushungerungskrieges erschienen war, trat die Sorge um die Ernährung der Minderbemittelten in doppelter Gestalt an die Stadtverwaltungen heran. Einmal war es die Kriegerfrau, die bei der verhältnismäßig niedrigen Kriegsunterstützung und dem Zwange, durch Arbeit Geld zu verdienen, nicht in der Lage war, sich und ihre Kinder ausreichend zu ernähren. Zweitens steigerte sich in den Städten die Arbeitslosigkeit. Die Städte griffen tatkräftig zu und schufen für Kriegerfamilien und Arbeitslose Volksküchen und Speiseanstalten. Selbstverständlich wurde es vermieden, ihnen den Charakter der öffentlichen Armenunterstützung zu geben. Man teilte Speisemarken aus, die als gemeindliche oder Kriegsunterstützung galten und zumeist das Essen unentgeltlich oder weit unter Selbstkosten gewährten. Für diese Küchen wurden entweder die vorhandenen Volks-, Schul- oder Vereinsküchen benutzt und ausgebaut, oder es wurden neue begründet. Zwar hörte die Arbeitslosigkeit sehr bald auf, doch

¹¹ Zu den Ausführungen über diesen Gegenstand vgl.: *Hans Krüger*, Die Massenspeisungen. (Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 14.) Berlin 1917. Stadtrat Dr. Krüger, Mitglied des Vorstandes des Kriegsernährungsamts, war während des Kriegs Referent dieses Gebietes. Von ihm stammt auch der Entwurf der vom Kriegsernährungsamt im Dezember 1916 aufgestellten »Richtlinien für den Ausbau von Massenspeisungen«, über die noch zu sprechen sein wird.

lastete auf den Minderbemittelten die zunehmende Teuerung. Der Besucherkreis der Küchen wuchs. Er ließ sich auch nicht mehr auf die Kriegerfamilien beschränken, sondern mußte auch auf sonstige Bedürftige ausgedehnt werden. Auch industrielle Unternehmungen gingen dazu über, für ihre Arbeiter Küchen und Kantinen einzurichten, um ihnen eine ausreichende Beköstigung zu sichern. Private Tatkraft nahm sich der besonders hart getroffenen Kreise des Mittelstandes an und schuf Beamtenküchen, Mittelstandsküchen, Kindersuppenküchen und ähnliche Einrichtungen, die sich in manchen Städten ins Riesenhafte auswuchsen.¹²

Das rasche Anwachsen veranlaßte die Städte bereits im Winter 1915/16 und in verstärktem Maße in dem folgenden Winter, dem Kohlrübenwinter, zu einer planmäßigen Organisierung des ganzen Massenspeisungswesens. Zwei Wege waren hierfür gangbar, indem man entweder die bereits *dezentralisiert* in den verschiedenen Stadtteilen bestehenden Gemeinschaftsküchen ausbaute und weiter vermehrte, oder indem man große *Zentralküchen* schuf, die die Speisen im ganz Großen zubereiteten und in fertiger Form auch anderen Ausgabestellen zur Verfügung stellten. Auch der Weg ließ sich gehen, daß von der Zentralküche aus *fahrbare Volksküchen* in Bewegung gesetzt wurden, fahrbare Speisekessel, die sogenannten Goulaschkanonen, oder dafür eingerichtete Straßenbahnwagen, um das Essen auf der Straße zu verteilen. Doch hat sich die fahrbare Küche, die verkehrstechnisch so zweckmäßig erscheinen mochte, wenig bewährt. Es fehlte ihnen der Zulauf, selbst wenn man sie mit Blumen und bunten Wimpeln schmückte, weil die meisten Frauen Scheu empfanden, ihre Bedürftigkeit auf offener Straße gegenüber der Nachbarin zu erkennen zu geben.

Die Städte haben teils das eine, teils das andere System bevorzugt. *Berlin* richtete Zentralküchen ein, von denen die größten über 40 000 Liter Essen täglich kochen konnten. In seinen Markthallen besaß Berlin für diese Riesenküchen ausgezeichnet geeignete Lokale mit massiven Fußböden, Kanalisation, Be- und Ent-

¹² Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß die »American Association of Commerce and Trade« (Amerikanische Handelskammer) im März 1916 in Berlin eine Hilfsküche neu eröffnete, um täglich 200 bis 300 Kriegerfrauen und Waisen ein warmes Mittagessen zu geben.

wässerung, Vorratskellern und mit Antriebskraft für die Maschinen. »Kompagnieweise«, schrieb ein Augenzeuge, »stehen die dickbauchigen braunblanken Kessel in der Mitte des hellen Saales beisammen. Die Dampfrohre, die mit ihren langen Gliedern bis zum Dache steigen, werden im Winter auch heizen. Die eine Seite der Halle nehmen die Maschinen zur Vorbereitung der Rohstoffe ein: Wasch-, Schäl-, Schneidemaschinen und was deren mehr sind. In den Kesseln rührt eine Schar von Frauen sachverständig mit Riesenkellen und Riesenkochlöffeln herum.«¹³ »Zu beiden Seiten des Eingangs stehen saubere Tische und Bänke, jeder Tisch mit Blumensträußen geschmückt und mit einem Wasserkrug und Gläsern versehen. Die einzelnen Bezieher treten herein und weisen ihre Wochenkarte vor, von der, je nachdem ob sie eine ganze oder halbe Portion wünschen, der ganze oder halbe Tagesabschnitt abgetrennt wird. Dann erhalten sie eine Blechmarke, mit der sie sich an die Dame wenden, die aus großen blanken Gefäßen das Essen mit langen Kellen verteilt. Wer seine Mahlzeit dort verzehren will, der erhält einen großen emaillierten Napf und einen blanken Löffel, um mit dem Essen sich irgendeinen Platz an den Tafeln zu suchen. Doch der größte Teil der Konsumenten bringt sich das Gefäß mit und läßt es sich füllen, um dann die Mahlzeit in der eigenen Häuslichkeit zu halten. Die ganze Portion, die ungefähr einen Liter breiartigen Essens ausmacht, kostet 40 Pfennig, die halbe Portion im Ausmaß eines halben Liters 20 Pfennig.«¹⁴

Wir sehen, und ähnlich wurde es allerorts gehalten, daß die Speisen entweder an Ort und Stelle verzehrt oder abgeholt werden konnten. Bei weitem überwogen unter den Benutzern der Massenspeisungen die Abholer, wodurch der Betrieb wesentlich erleichtert wurde, weil es aus räumlichen Gründen schwer gewesen wäre, die vielen Menschen unmittelbar an der Ausgabe- stelle zu beköstigen.

Im Oktober 1916 bestanden bereits in 357 Gemeinden umfangreichere Einrichtungen für Massenspeisungen mit insgesamt 1457 Küchen oder Ausgabestellen. Davon waren 735 allgemeine Volksküchen für jedermann, 72 sogenannte Mittelstandsküchen, 125 Fabrikküchen, 87 Küchen für Kriegsteilnehmer, 268 Küchen für

¹³ Deutsche Tageszeitung Nr. 414 vom 14. August 1916.

¹⁴ Paul Michaelis im Berliner Tageblatt Nr. 354 vom 13. Juli 1916.

Arme, 170 Küchen für Kinder und Kranke, 589 dieser Massenspeisungen waren rein kommunale Einrichtungen, 650 waren von Vereinen und 145 von Privaten und 73 von Vereinen und Gemeinden gemeinsam gegründet worden. Die sämtlichen Einrichtungen hatten zusammen eine Leistungsfähigkeit von nahezu zwei Millionen Portionen am Tage, die freilich damals noch nicht bis zur Hälfte ausgenutzt wurden. Ausgegeben wurde in der Regel nur Mittagkost. Die Grundlage des bereiteten Essens bildete Gemüse, dem Kartoffeln zugesetzt wurden. Dazu ein- oder zweimal in der Woche etwas Fleisch, wie auch jede Stadt bestrebt war, zur Abwechslung Gerichte aus Teigwaren, Grieß, Graupen und Hülsenfrüchten einzuschieben. Im Laufe des Krieges haben sich die Massenspeisungsbetriebe stark vermehrt. Gegen Ende des Krieges wurden von der Statistik des Reichsernährungsministeriums nahezu 3000 gezählt, die sich auf etwa 500 Gemeinden, in der Mehrzahl Großstädte, verteilten. In diesen Küchen konnten bei einmaligem Kochen täglich rund 3,9 Millionen Liter Essen abgegeben werden, doch ließ sich ihre Leistungsfähigkeit bis auf 6,4 Millionen Liter steigern.

Im Jahre 1916 kam es zu einer Bewegung, die in der Presse und in den Parlamenten mit der Forderung auftrat, die Massenspeisung *zwangsweise* für die Gesamtheit aller, zumindest der großstädtischen Konsumenten einzuführen. Unter drei verschiedenen Gesichtswinkeln wurde diese Idee propagiert.

Die einen dachten nur an die *ökonomischen Vorteile*, die nach ihrer Meinung mit der Bereitung des Essens in großen Gemeinschaftsküchen statt in Einzelhaushalten verbunden wären. »Im ‚belagerten‘ Deutschen Reiche sollten sämtliche Grundnährstoffe zum mindesten von den Gemeindeverwaltungen der Großstädte — denn die ganze Nahrungsmittelnot ist nichts weiter als eine Großstadtkrankheit — beschlagnahmt werden und nun nicht etwa wieder an den einzelnen Kleinverbraucher unterverteilt, sondern gleich auf die denkbar wirtschaftlichste Weise verarbeitet und zubereitet und erst als fertige Speisen dem Verbrauch zugeführt werden. Mit einem Schlage wäre die unwirtschaftliche, zeitraubende Form des gegenwärtigen Nahrungsmiteleinkaufs überwunden, und an ihre Stelle würde die denkbar billigste Möglichkeit einer Zubereitung treten, wie sie schon heute bei Massenverpflegungen in den Kasernen, Krankenhäusern, Pflegeanstalten,

aber auch in gewissen Groß-Speisehäusern mit Erfolg angewandt wird.«¹⁵

Das waren die einen. *Richard Calwer*, der im übrigen die gesamte öffentliche Zwangswirtschaft verwarf, trat für die Zwangsmassenspeisung ein, weil dann das ganze System der Höchstpreise und Rationierung fallen gelassen werden könnte und Produktion und freier Handel wieder zu ihren Rechten kämen.

Drittens endlich setzten sich die *sozialdemokratischen Parteien* für die restlose Zwangsmassenspeisung ein und hielten daran auch während des ganzen Krieges fest, weil eine wirklich gleichmäßige Verteilung nur dann verbürgt wäre, wenn das ganze Volk aus *einem* Topf gespeist würde. »In dem Augenblick, wo jeder an der Massenspeisung teilnehmen muß, kann sich niemand durch die Teilnahme entwürdigt fühlen. Andererseits wird es dann aber auch möglich sein, das Essen schmackhafter als bisher herzustellen. Noch mehr: wenn die Besitzenden an der Speisung teilnehmen *müssen*, wird das Essen überall gut werden!« »Warum soll der, der das größere Portemonnaie hat, sich anders und besonders ernähren können, als die große Menge der Bevölkerung das kann. Wenn rationell gewirtschaftet werden soll, warum dann bestimmte Bevölkerungskreise von dieser rationellen Wirtschaft ausschließen und es ihnen überlassen, nach freiem Ermessen über die Rohprodukte zu verfügen? Es geht doch nicht an, daß der eine über größere Quanten Lebensmittel verfügen kann, bloß weil er mehr Geld hat. Erweist sich eine geregelte Verteilung der Lebensmittel für notwendig, ob in dieser oder in jener Form, so muß eine Gleichmäßigkeit für alle eintreten.«¹⁶

Diese für die Zwangsmassenspeisung sich einsetzende und mit leidenschaftlichem Eifer betriebene Propaganda fiel in ihrem Höhepunkt zeitlich mit den Anfängen des im Mai 1916 gegründeten

¹⁵ Magdeburgische Zeitung Nr. 353 vom 12. Mai 1916. — Bereits in Nr. 43 des Berliner Börsenkurier vom 27. Januar 1915 war in einem Artikel »Sparküche« der gleiche Gedanke verfochten worden. In Nr. 259 der gleichen Zeitung vom 4. Juni 1916 war anderthalb Jahre später in einem längeren Aufsatz der Versuch gemacht, auf Grund von Berechnungen die Überlegenheit der Massenküche zu erweisen.

¹⁶ Vorwärts Nr. 150 und Nr. 341 vom 1. Juni und 12. Dezember 1916. Es darf nicht unterlassen werden, darauf hinzuweisen, daß natürlich nicht alle deutschen Sozialisten so dachten. Auch in ihren Reihen gab es Vertreter, die die Zwangsmassenspeisung ablehnten.

ten *Kriegsernährungsamts* zusammen. Es war daher eine der ersten Aufgaben der jungen Behörde, zu dem Projekt Stellung zu nehmen. Es wurde durchaus nicht auf die leichte Achsel genommen. Denn das Kriegsernährungsamt verschloß sich nicht der Erkenntnis, daß mit zunehmender Lebensmittelknappheit das Bedürfnis nach einer Ernährung durch Kriegsspeisehäuser für weite Kreise der großstädtischen Bevölkerung wachsen würde. Die Behörde stellte sich deshalb auf den Standpunkt, daß die Massenspeisung aus dem Bereich charitativer Kriegsfürsorge herausgehoben und zu einer ordentlich und systematisch zu pflegenden Einrichtung der Kriegsernährungswirtschaft ausgestaltet werden mußte. Ende Dezember wurden die Bundesregierungen in diesem Sinne durch ein Rundschreiben des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes instruiert und aufgefordert, »baldigst die Einrichtungen bereitzustellen, die es ermöglichten, daß jedermann aus öffentlicher Speisung genußfertige Speisen zu angemessenen Preisen beziehen könnte.« Zugleich wurden für die Durchführung der öffentlichen Speisung Richtlinien aufgestellt, unter denen die wichtigste die war, daß zwar jedermann daran teilnehmen könnte, aber nur gegen Hergabe der für die allgemeine Rationierung geltenden entsprechenden Lebensmittelkarten. Selbstverständlich mußte der Gefahr vorgebeugt werden, daß die Massenspeisung auf Kosten der allgemeinen Versorgung den Charakter einer Zusatzbeköstigung annahm.

Eine Ausdehnung der Massenspeisung zwangsweise auf die gesamte städtische Bevölkerung wurde dagegen *abgelehnt*. Daß diese Ablehnung richtig war, kann heute von dem rückblickenden Historiker kaum noch bezweifelt werden. Der Gedanke, eine ganze Nation öffentlich abfüttern zu wollen, war eine Utopie, erwachsen aus einer Kriegspsychose, die auch sonst wohl in den Gehirnen von Doktrinären oder Fanatikern wundersame Blasen auftrieb.

Man mache sich klar, welche Wirkung eine allgemeine Massenspeisung gehabt haben würde!

Da nicht daran zu denken war, den Selbstversorger auf dem Lande, sowie die in seiner Nähe wohnenden Verbraucher in die öffentliche Speisung einzubeziehen, so wäre eine kraß unterschiedliche Gestaltung der städtischen und der ländlichen Ernährungsweise die notwendige Folge gewesen. Ohnehin war nicht

zu verkennen, daß der Selbstversorger in zahlreichen Beziehungen Vorzüge vor dem Städter genoß. Dieser Unterschied wäre durch die Auflösung des städtischen Einzelhaushalts und den Zwang zur Massenspeisung zu Ungunsten des Städtlers stark unterstrichen worden.

Doch nicht nur zwischen Stadt und Land, auch zwischen Arm und Reich wäre die soziale Verbitterung vertieft worden. Wäre doch mit der Auflösung der Einzelhaushaltungen der Anreiz zu illegaler Versorgung mit zusätzlichen Nahrungsmitteln aufs stärkste angestachelt worden. Allzu scharf macht schartig! Der Schleichhandel hätte Mittel und Wege gefunden, den Wohlhabenden eine bessere Ernährung zu gewährleisten als den Minderbemittelten. Statt der erstrebten Gleichheit der Ernährung wäre krasse Ungleichheit die unerwünschte Folge gewesen.

Aber auch das war ein Irrtum, wenn die Verfechter der Gemeinschaftsküche davon ausgingen, daß von der Massenspeisung eine vollständigere und sparsamere Ausnutzung der Nahrungsmittel und Verwertung der Abfälle, und damit eine Erhöhung des verfügbaren Gesamtvorrats für den Verbrauch zu erwarten gewesen wäre. Alle Erfahrung hat gelehrt, daß niemand so sparsam wirtschaftet wie die gute Hausfrau. Die *gute* Hausfrau! Man darf selbstverständlich nicht in den Fehler verfallen, einen schlechten Privathaushalt mit einer Musterküche der Gemeinde zu vergleichen. Schon allein das privatwirtschaftliche Interesse, das dem Angestellten der Gastküche naturgemäß abgeht, wird die Hausfrau zur äußersten Ausnutzung der Nahrungsmittel veranlassen. Insbesondere in der Resteverwertung hat sie sich stets als unerreichbare Meisterin erwiesen. Und welche quantitative Ersparnis hätte die Kriegsmassenküche, wenn man den Sachverhalt nachprüfte, tatsächlich erbringen können? Weniger als die Lebensmittelkarten anwiesen, konnte auch die Massenküche für das Einzelessen nicht in den Topf tun. Damit fiel die Möglichkeit zum Strecken schon fort. Es mochte richtig sein, daß der größere Kochkessel hier und da die Mengen besser ausnützte, die Nährwerte besser erschließen konnte. Andererseits war aber zu beachten, daß sich bei der Massenspeisung die Einteilung nie so regeln ließ wie im Einzelhaushalt. Je größer die Küche, um so unsicherer die Berechnung. Die mit der öffentlichen Speisung zwangsläufig verknüpfte Schematisierung teilte allen die gleiche

Portion zu ohne Rücksicht auf die individuelle Verschiedenheit des Appetits. In den Massenküchen bildeten die in den Näpfen stehengebliebenen Reste, die dann wohl oder übel vor die Schweine gingen, einen vielbeklagten, aber gar nicht abzustellenden Übelstand. Dazu kam, daß bei der Verköstigung außerhalb des eigenen Haushalts die Ansprüche zu wachsen pflegen. Kaum waren die Massenspeisungen in einer Stadt eingeführt, als auch die Zeitungen voll waren von Beschwerden über die mangelhafte Güte des Essens. Das Essen sei »einfach nicht zu genießen«, »verursache Brechreiz«, man müsse es »ganz oder zum Teil wegschütten«. Allein schon die Einförmigkeit von allen im großen Topf hergestellten Speisen würde solche Klagen erklärlich erscheinen lassen. Denn wenn sich auch die Leiter der Speiseanstalten redlich Mühe gaben, Abwechslung in das ewige Einerlei zu bringen, so war doch bei einer Massenküche die Möglichkeit dazu eng begrenzt.

Für das hohe Maß des Dilettantismus, mit dem von der öffentlichen Meinung Ernährungsfragen behandelt wurden, mag es kennzeichnend sein, daß sich die Freunde der Massenspeisung nicht einmal darüber Rechenschaft gegeben hatten, ob denn eine allgemeine Massenspeisung *organisatorisch* überhaupt möglich wäre. »Was an der Front möglich ist,« so hieß es, »das muß auch in den Städten durchführbar sein, eine große Menge von Menschen aus verhältnismäßig wenigen Küchen zu versorgen. Unsere Soldaten können bei dieser Ernährung bestehen und stellen ihren Mann, warum sollte es in den Städten nicht gehen?«¹⁷ Dabei wurde übersehen, daß die Heeresverwaltung stets mit ausreichenden Vorräten arbeitete; sie wurde vorweg mit Lebensmitteln versehen, weil, wenn Mangel eintrat, dieser — das war ein Grundsatz der Politik des Kriegsernährungsamts — von der Zivilbevölkerung, keinesfalls aber vom Heere zu tragen war. Außerdem beköstigte das Heer nur Soldaten, gesunde, verhältnismäßig gleichaltrige, erwachsene Menschen mit ziemlich gleichen Bedürfnissen. Die allgemeine öffentliche Speisung der Zivilbevölkerung aber hätte einmal mit unsicheren Vorräten rechnen und zweitens sehr stark differenzierten Bedürfnissen gerecht werden müssen, denen von Gesunden und Kranken, von

¹⁷ Kölnische Zeitung Nr. 959 vom 20. September 1916.

Erwachsenen und Kindern, von Schwerarbeitern und Geistesarbeitern.

Aber auch rein *technisch* wäre die Aufgabe nicht zu lösen gewesen. Bereits die Einrichtung jener wirklich vorhandenen Massenspeisungen war — besonders für Kriegszeiten — eine ungeheuer schwierige technische Leistung gewesen. Aber obwohl hier nur ein verhältnismäßig geringer Bruchteil der Bevölkerung und dieser wieder nur mit einer einzigen Mahlzeit beköstigt wurde, ist immer wieder darüber Klage geführt worden, daß bei größerem Andrang die Besucher stundenlang Schlange stehen mußten, bis sie an die Reihe kamen, ja womöglich — auch das ist vorgekommen — mit leeren Töpfen und hungrigen Mägen wieder abziehen mußten, weil das Essen »alle geworden« war. Man male sich aus, was geschehen wäre, wenn die ganze großstädtische Bevölkerung zwangsweise auf die Massenküchen losgelassen worden wäre! Schon in den ersten Tagen wäre es zu Revolten gekommen.

Die Bevölkerung selbst hat sich für den Gedanken der Zwangsmassenspeisung niemals recht begeistern können. Zum Belege dessen mag die Tatsache dienen, daß, obwohl zu Beginn des Jahres 1918 die Höchstleistungsfähigkeit der deutschen Massenspeisungseinrichtungen 6,4 Millionen Liter täglich betrug, tatsächlich die Ausnutzung im Januar 1918 nur 1,6, im Februar 1918 nur 1,7 Millionen Liter betrug. Am stärksten war der Zulauf zu den Massenspeisungen in den ersten Monaten des Jahres 1917. Aber selbst in diesen Kohlrübenmonaten schrecklichen Angedenkens war es immer nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der städtischen Bevölkerung, der von der Massenspeisung Gebrauch machte. In der Riesenstadt Berlin sind damals täglich nur durchschnittlich 180 000 Portionen ausgegeben worden. In der Folgezeit hat die Frequenz rasch wieder abgenommen, mancherorts so stark, daß einzelne Betriebe wegen mangelnden Zuspruchs wieder geschlossen werden mußten. Die folgende Tabelle, die die Massenspeisungsfrequenz in einigen deutschen Großstädten während der je vier ersten Monate der Jahre 1917 und 1918 miteinander vergleicht, möge das veranschaulichen.¹⁸

¹⁸ Zusammengestellt von *Philipp Stein*, Der Besuch der Massenspeisungen und die Lage der Lebensmittelversorgung (Beiträge zur kommunalen Kriegswirtschaft II, 30. 1918).

Zahl der ausgegebenen Mittagessen
(In Tausend)

	Januar		Februar		März		April	
	1917	1918	1917	1918	1917	1918	1917	1918
Frankfurt								
a) Zentralküchen-								
Kommission . . .	224,0	112,8	259,5	104,4	293,9	95,5	277,5	90,7
b) Ges. für Wohlfahrts- u. Einrichtungen (Mittag- u. Abendessen)	264,0	209,5	325,9	200,7	415,9	208,9	389,2	195,5
Mainz	255,7	390,3	395,9	343,5	534,9	377,5	406,4	349,3
Mannheim (Kriegsküche)	41,7	50,7	35,4	50,6	69,6	44,9	62,4	35,5
Cöln (Stadtküche)	644,5	441,0	946,5	437,5	1085,2	512,8	936,9	506,1
(Mittelstandsküche).	—	—	—	—	—	6,9	—	20,4
Düsseldorf								
(Kriegsküche)	438,5	560,4	545,3	506,3	648,1	483,0	771,2	377,9
Hagen	138,6	38,8	204,0	39,4	192,9	45,5	162,7	43,6
Stade (Kriegsküche)	29,6	49,5	35,7	47,5	50,0	62,2	58,3	59,4
(Einheitsküche)	9,1	11,5	13,9	11,3	17,6	13,9	11,8	14,7
Hamburg (Kriegsküche)	3024,9	3125,8	3946,5	2995,8	4590,6	3156,0	6171,6	3037,4
Kiel (Kriegsküche)	196,8	155,2	259,6	154,3	304,2	175,7	301,6	149,7
Stettin (Küche des Bürgerhilfschatzes)	166,4	198,7	232,9	197,8	272,3	196,6	206,4	173,1
Charlottenburg								
(Stadtküche), Mittagessen	—	—	—	—	391,3	386,0	345,3	328,0
(Mittag- u. Abendessen)	—	—	—	—	410,3	466,5	368,9	396,9
Chemnitz	124,7	105,2	186,8	148,7	83,3	133,4	75,1	103,8
Breslau (Nationaler Frauendienst) Suppe	216,3	220,1	231,3	272,1	287,6	248,8	350,8	259,1
Derbes Essen	54,4	62,0	123,4	69,3	206,0	61,2	164,1	63,6
(Mittelstandsküche).	30,0	28,6	25,1	28,4	22,3	32,6	21,4	33,6
Beuthen (Volksküche)								
Mittagessen	—	—	99,4	20,5	42,2	34,5	20,7	15,3
Mittag- u. Abendessen	—	—	41,7	28,2	42,2	37,5	21,9	30,1

Freilich hatte der Rückgang der Massenspeisungen auch noch seine besonderen Gründe. Gegen Ende des Krieges wurde die Belieferung der Massenküchen mit Rohstoffen, wie Fett, Nährmitteln, Hülsenfrüchten, Reis usw., entsprechend der allgemeinen Verknappung immer dürftiger. Die dargereichte Kost wurde daher als allzuwenig sättigend empfunden. Eine Ergänzung der Volksküchenkost durch eigenen Einkauf war aber nicht möglich, weil die Benutzer ihre wichtigsten Lebensmittelkarten abgeben mußten. Sie glaubten sich daher bei eigener Beköstigung besser zu stehen. Das nächste Zahlenbild gibt eine auf Erhebungen des Reichsernährungsministeriums beruhende Übersicht über die großstädtischen Massenspeisungen im letzten Kriegsmonat. Sie zeigt einmal die geringe Frequentierung — in manchen Städten wurden nur 10, 12 und 15 Portionen täglich auf 1000 Einwohner ausgeteilt — und zweitens, wie außerordentlich verschieden stark die Benutzung in den einzelnen Städten war. Allein aus einer verschiedenen Stärke des Bedürfnisses sind diese Abweichungen nicht zu erklären; auch die Beschaffenheit und Leistungsfähigkeit der Organisation müssen mitgewirkt haben. Besonders auffallend sticht Hamburg hervor, welches, nicht halb so groß, ebensoviel Portionen ausgab wie Berlin. Hamburg gehörte zu jenen Städten, die zuerst Massenküchen eingerichtet und systematisch ausgebaut hatten.

4. Die Ersatzmittel

Je knapper die Lebensmittel wurden, und in je größerem Umfange die knappen Lebensmittel anteilmäßig verteilt wurden, um so stärker drängten sich die Konsumenten nach solchen Lebens- und Genußmitteln, die, unrationiert, einen Zuschuß zu den knappen Rationen oder außer der bloßen Sättigung einen bescheidenen Genuß gewährten. Da bald alle diese Dinge nur noch in bescheidenen Mengen oder gar nicht vorhanden waren, so warf man sich auf *Ersatzmittel*. Lebensmittelindustrie und -handel, auf ihrem regulären Betätigungsfelde zum guten Teil lahmgelegt, kamen diesem Bedürfnis nur allzu bereitwillig entgegen. »Ersatz«, der sich auch wohl zum »Ersatz-Ersatz« steigerte, wurde zum Kennzeichen jenes Lebensmittelverkehrs, der nicht von der öffentlichen Hand erfaßt worden war.

Massenspeisungen im Oktober 1918 in den Gemeinden mit 100000 und mehr Einwohnern

Gemeinde	Einwohnerzahl am 1. Dezember 1910 (i. Taus.)	Tägliche Leistungsfähigkeit bei		Durchschnittl. wurden tägl. verabreicht Portionen (i. Taus.)	Auf 1000 Ein- wohner kamen verabreichte Portionen
		einmaligem Kochen Liter (i. Taus.)	mehrmaligem Kochen Liter (i. Taus.)		
Aachen	156,1	40,0	46,0	5,7	36,6
Altona	172,6	32,6	52,5	7,7	44,7
Augsburg	131,8	13,0	13,4	9,1	69,0
Barmen	169,2	30,3	31,5	11,1	65,5
Berlin	2071,3	16,2	591,7	168,2	66,7
Berlin-Lichtenberg ..	133,1	20,7	36,4	10,8	80,9
Berlin-Schöneberg...	172,8	27,7	51,9	12,3	71,1
Berlin-Wilmersdorf ..	109,7	7,9	16,6	5,3	48,5
Bochum	136,9	3,0	5,3	2,1	15,0
Braunschweig.....	143,6	16,3	21,4	5,6	38,9
Bremen	247,4	63,7	70,3	25,2	101,6
Breslau	512,1	38,3	78,4	11,2	21,9
Cassel	153,2	7,8	10,3	4,4	28,8
Charlottenburg	306,0	50,4	94,9	22,2	72,7
Chemnitz	287,8	25,1	39,9	16,2	56,4
Cöln	593,6	129,8	256,7	27,4	46,2
Crefeld	129,4	6,6	13,4	1,6	11,8
Danzig.....	170,3	50,7	104,8	20,7	121,7
Dortmund	226,6	47,7	89,9	20,9	92,2
Dresden	548,3	136,9	252,2	65,6	119,6
Duisburg.....	229,5	44,1	84,6	9,1	39,5
Düsseldorf	358,7	67,4	117,2	48,1	134,1
Elberfeld.....	170,2	11,9	23,8	2,6	15,3
Erfurt.....	123,5	8,7	12,6	4,1	33,2
Essen	466,4	114,6	185,0	70,0	150,1
Frankfurt a. M.	414,6	85,8	137,8	39,2	94,6
Gelsenkirchen	169,5	13,7	27,3	2,3	13,4
Halle	180,8	8,5	11,9	2,3	12,9
Hamborn	101,7	34,1	68,2	13,6	133,9
Hamburg	931,0	401,9	608,7	167,1	179,5
Hannover	302,4	9,2	17,7	4,9	16,4
Karlsruhe	134,3	22,9	41,5	9,0	67,0
Kiel	211,6	44,8	70,6	23,0	108,9
Königsberg	246,0	25,1	35,9	17,7	55,5
Leipzig	604,7	62,0	89,9	38,0	62,9
Magdeburg	279,6	80,0	120,0	2,8	10,0
Mainz	119,6	13,7	24,7	6,2	55,8
Mannheim	193,9	19,6	30,2	13,0	67,1
Mühlhausen	105,5	14,7	18,5	10,9	103,2
Mühlheim	112,6	20,0	38,1	9,7	86,6
München	596,5	60,5	82,5	40,8	68,4
Neukölln	237,3	37,5	72,5	13,9	58,4
Nürnberg	333,1	23,7	23,7	8,9	26,6
Plauen	121,3	10,6	16,6	8,8	72,5
Posen	156,7	12,1	22,5	3,5	22,2
Saarbrücken	105,1	19,0	38,4	7,5	71,6
Stettin	236,1	22,7	44,2	6,3	26,7
Straßburg	178,9	40,9	84,4	8,1	45,4
Stuttgart	286,2	32,5	39,3	29,6	103,6
Wiesbaden	109,0	3,1	4,6	1,1	96,4

Ersatzlebensmittel hatte es auch in Friedenszeit in großer Anzahl gegeben.¹⁹ Sie wichen von der normalen Beschaffenheit des Nahrungsmittels, dem sie nahestanden und dessen Beschaffenheit entweder durch gesetzliche Vorschrift, polizeiliche Verordnung oder durch die berechtigten Erwartungen der Verbraucher festgelegt war, in sehr verschiedenem Maße ab. Den »Ersatzstoffen« einerseits, die dem Vorbild nahezu gleichwertig waren, standen andererseits die »Surrogate« gegenüber, die lediglich den Schein der zu ersetzenden Ware trugen. Unter der großen Zahl derartiger Erzeugnisse, die in den regelmäßigen Konsum breiter Bevölkerungsschichten eingedrungen waren, seien hervorgehoben: Margarine, Kunstspeisefett, Kunsthonig, Kaffee-Ersatz, Brühwürfel, Suppenwürze, trockene Suppen, Puddingpulver, alkoholfreie Getränke usw. Während des Krieges hat sich ihre Zahl ins Unermeßliche vermehrt. Wenn darunter viel unreelle Ware war und auf keinem Gebiete mehr als hier der Schwindel Blüten trieb, so war das eine Angelegenheit, die in erster Reihe den Staatsanwalt anging. Doch konnte auch die öffentliche Kriegsernährungswirtschaft nicht achtlos daran vorbeigehen. Denn einmal konnten durch die Fabrikation von Ersatzmitteln wertvolle Rohstoffe der allgemeinen Ernährungswirtschaft entzogen werden, und dann gab es Ersatzlebensmittel, die, bereits im Frieden von Bedeutung, im Kriege eine so große Wichtigkeit erhielten, daß auch ihr Verbrauch einer öffentlichen Regelung unterworfen werden mußte. Es sei nur auf die Margarine und alle die vielen zuckerhaltigen Brotaufstrichmittel hingewiesen, um das zu erhärten. Doch wird über diese Artikel, die bereits früh in die Rationierung einbezogen wurden, in anderem Zusammenhange zu sprechen sein. Hier nur einige Worte über den *Kaffee-Ersatz*.²⁰

Wie in England der Tee, ist in Deutschland der Kaffee das volkstümliche Getränk. Der Deutsche trinkt zu jeder Tageszeit Kaffee. Beim ersten Frühstück fängt er damit an, nachmittags nimmt er Kaffee als Vesper, und nicht selten trinkt er Kaffee noch vor dem Schlafengehen. Der Arbeiter nimmt sich sein Kaffeeekännchen mit, wenn er auf Arbeit geht, mit Kaffee füllt der

¹⁹ Hermann Manz, Die Ersatzlebensmittel in der Friedens- und Kriegsgesetzgebung (Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 56/58). Berlin 1919.

²⁰ Fritz Bürstner, Die Kaffee-Ersatzmittel vor und während der Kriegszeit. (Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 43.) Berlin 1918.

Soldat seine Feldflasche, und die gefüllte Kaffeekanne gehört zu den unerläßlichen Requisiten der Küche der Arbeiterfrau. Kein Wunder, daß Deutschland vor dem Kriege einen enormen Kaffeeverbrauch hatte und einen beträchtlichen Teil der Weltproduktion aufnahm. Der durchschnittliche Jahresverbrauch betrug 175 000 Tonnen Rohkaffee (= 136 000 Tonnen gerösteter Kaffee) im Werte von 500 Millionen Mark. Aber nur von den wohlhabenden Schichten der Bevölkerung wurde dieser Kaffee *rein* getrunken. Es war üblich, *Mischungen*, bestehend aus Zichorie, Getreide, Rüben und Eicheln, als Kaffee-Ersatz herzustellen. Der hierfür benötigte Rohstoffverbrauch und die Gesamterzeugung nach Menge und Wert ist für die letzte Vorkriegszeit wie folgt veranschlagt worden:

Kaffee-Ersatzerzeugung

Art der Rohstoffe	Jahresverbrauch Tonnen	Durchschnittl. Ergebnis als Fabrikat Tonnen	Gesamtver- brauchswert der Fertigware Mark
Gerste.....	135 000	100 000	60 000 000
Roggen	30 000	23 000	13 800 000
Weizen.....	300	230	138 000
Gedarrte Zichorienwurzeln (in dieser Gruppe sind auch rund 5000 Tonnen Rüben enthalten).....	78 000	60 000	30 000 000
Feigen	3 000	1 700	2 380 000
Zuckerstoffe, wie Melasse, Traubenzucker, Speisesirup	5 000	3 000	4 500 000
Eicheln	2 000	1 500	1 500 000
Verschiedene Stoffe.....	5 000	3 570	3 570 000
Insgesamt Kaffee-Ersatz	258 300	193 000	115 888 000

Man sieht, daß nicht nur der verwendeten Rohstoffmenge nach, sondern auch nach der Menge der Fertigerzeugnisse in Deutschland mehr Kaffee-Ersatzmittel als Bohnenkaffee konsumiert wurden. Auf den Kopf der Bevölkerung entfiel ein Jahresverbrauch von 3 Kilo Kaffee-Ersatzmitteln neben 2,1 Kilo gerösteter Bohnenkaffee. Zusammen also 5,1 Kilo. Eine ungeheure Menge, wenn man sich klarmacht, wieviel Liter dünner Konsumkaffee, wie

er von den breiten Massen getrunken wurde, sich daraus herstellen ließen!

Bei diesem Tatbestande, daß die Bevölkerung an reichlichen Kaffeegenuß gewöhnt war, daß aber die für das Getränk verwandten Rohstoffe entweder aus dem Auslande stammten (Bohnenkaffee, der dritte Teil der verwandten Zichorien, Feigen) oder zwar im Inlande gewonnen, doch für die wichtigsten Ernährungsbedürfnisse brennend nötig gebraucht wurden (Gerste, Roggen, Zuckerstoffe), mußte die Kaffeeversorgung in ein kritisches Stadium kommen.

Allerdings nicht gleich nach Kriegsausbruch. Denn damals lagerten noch große Kaffeemengen im Lande, und auch die Kaffee-Ersatzmittel-Fabriken hatten sich noch reichlich mit Rohstoffen eindecken können. Das bedeutendste Kaffeelager befand sich in dem bedeutendsten Einfuhrhafen für Kaffee, in Hamburg. Der Vorrat betrug am 31. Juli 1914: 1 925 800 Ballen. In Bremen lagerten 90 900 Sack. Dazu kamen über 1 Million Sack Santoskaffee, in Hamburg und Bremen lagernd, die der Regierung des Staates Sao Paulo gehörten (Valorisationskaffee). Dieser Bestand und außerdem 730 000 Ballen Valorisationskaffee, der in Antwerpen lagerte, konnte ebenfalls dem deutschen Konsum zugeführt werden. Was sonst noch an Kaffee, in zahllosen Speichern und Läden verteilt, im Lande aufgestapelt war, läßt sich auch nicht einmal schätzungsweise angeben. Kein Krämer im kleinsten Ort, der nicht seinen Vorrat gehabt hätte!

In dem ersten Kriegsjahr kam auch über das neutrale Ausland noch viel Kaffee herein. Aber bereits im Jahre 1916 begannen die Vorräte schwächer zu werden. Die Preise stiegen. Die Bevölkerung wurde ängstlich und begann Kaffee zu hamstern. Die Regierung glaubte eingreifen zu müssen, um wenigstens für Heer und Marine Vorräte zu sichern. Am 5. April 1916 wurde der »Kriegsausschuß für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel G. m. b. H.« gegründet und zu seinen Gunsten der Kaffee zum Hauptteil beschlagnahmt. Auch die Einfuhr wurde in der Hand des Kriegsausschusses zentralisiert. Doch scheiterten seine Bemühungen, größere Mengen Kaffee aus dem neutralen Auslande, vor allem aus Holland hereinzubekommen, daran, daß es England gelang, durch Druck auf die neutralen Staaten die Zufuhr abzuschneiden. Holland mußte es sich gefallen lassen, selbst für

solchen Kaffee, der aus seinen eigenen Kolonien stammte, die Ausfuhr nach Deutschland zu verbieten.²¹

Seit dem dritten Kriegsjahr gab es für den deutschen Konsumenten so gut wie keinen Bohnenkaffee mehr. Um so mehr wuchs das Bedürfnis nach Kaffee-Ersatz. Denn daß der deutsche Verbraucher auf sein gewohntes braunes Getränk verzichtet hätte, wäre ganz unvorstellbar gewesen. Wenn sich »Sachverständige« fanden, die das deutsche Volk an die »gute alte Morgensuppe der Vorfahren« erinnerten, die dem Körper mehr als Kaffee-Sättigung und Kräftigung böte und an Wohlgeschmack nichts zu wünschen übrigließe, so predigten sie tauben Ohren. Und auch das Kriegs-ernährungsamt war realpolitisch genug eingestellt, um diesen gutgemeinten Ratschlägen nicht zu folgen. Es wußte, welchen bedeutenden Einfluß Kaffee und kaffeeähnliche Getränke auf die Gesamtstimmung der Bevölkerung hatten. Es verschloß sich auch der Erkenntnis nicht, daß je einförmiger die Kost geworden war, desto mehr der Verbraucher eines Warmgetränkes bedurfte, das ihm, wenn es eine Anregung auch nur vortäuschte, doch half, seine Kartoffeln und sein trockenes Brot genießbar zu machen. Im Vor-sommer 1916 wurde angesichts der günstigen Ernteaussichten für Gerste der Plan gefaßt, das Kaffeegetränk seinem ganzen Um-fange nach durch Lieferung von Gerste zu ersetzen. 320 000 Ton-nen Gerste wurden zu diesem Zweck für das nächste Wirtschafts-jahr ausgeworfen. Außerdem sollten die Roggenkaffee-fabriken ihre im Frieden verarbeiteten Mengen in Höhe von 30 000 Ton-nen Roggen erhalten. Der Eintritt Rumäniens in den Weltkrieg machte jedoch einen Strich durch diese Rechnung. Ein großer Teil der für Kaffee-Ersatz-zwecke vorgesehenen Gerste mußte wegen des Ausbleibens rumänischer Gerste für anderweitige menschliche Ernährung und zur Verfütterung herangezogen wer-den. Statt der vorgesehenen 320 000 Tonnen kamen nur 130 000 Tonnen Gerste zur Ablieferung, und statt 30 000 Tonnen Roggen wurden nur 10 000 Tonnen geliefert, weil die restlichen 20 000 Tonnen für Brot verwandt werden mußten. Auch die übrigen Rohstoffe für die Kaffee-Ersatzmittel-Fabrikation waren knapper geworden. Der Zichorienanbau war zurückgegangen, und die Ein-fuhr aus Flandern war ganz schwach geworden. Das Kriegs-ernäh-

²¹ *Friedrich Roselius*, Der deutsche Kaffeehandel im Frieden und im Kriege (Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 31/32). Berlin 1918.

rungsamt war froh, daß es im Sommer 10 000 Tonnen Zucker-
rübenschnitzel den Fabriken zur Streckung der Zichorien über-
weisen konnte, um damit »Zichorien-Kaffee-Ersatz« herzustellen.
Wie überhaupt jetzt die Zeit begann, wo der Kaffee-Ersatz durch
Ersatz ersetzt wurde. Man bewundert den menschlichen Erfin-
dungsgeist, wenn man erfährt, woraus im letzten Kriegsjahre
Kaffee gemacht worden ist. Besonders groß waren darin solche
Betriebe, die, um die gute Konjunktur auszunutzen, sich erst neu
aufgemacht hatten. Steinobstkerne, Walnußschalen, entöltes
Traubenkernmehl, Ackerquecken, Maiskeime, Haferspелzen,
Akaziensamen, Kartoffelpülpe, Obsttrester, Rübenköpfe, Rüben-
blätter, Maisspindeln, Heidekraut, ja selbst Lohe wurden in sol-
chen Betrieben als für die Herstellung von Kaffee-Ersatz »geeig-
net« befunden.

Gleichwohl blieb der Mangel so groß, daß es in den Groß-
städten deswegen wiederholt zu Ansammlungen der kaffee-
durstigen Bevölkerung kam. Ja, auch ein anderes Symptom trat
in Erscheinung. Im Einzelhaushalte wurden vielfach Graupen in
der Pfanne zu Kaffee geröstet. Immer mehr griff es um sich, daß
die Städter vom Landwirt Brotgetreide und Gerste pfundweise
zu hohen Preisen kauften, um sich daraus selbst Kaffee zu fabri-
zieren.

Für das Wirtschaftsjahr 1917/18 wurde vom Kriegsernährungs-
amt wieder ein Plan entworfen, um dem Kaffee-Ersatzmangel zu
steuern und zugleich dafür zu sorgen, daß der Kaffee-Ersatz vor-
zugsweise nach den Orten des dringlichsten Begehrs, nämlich
den größten Städten, gelangte. Wir wollen nicht näher darauf
eingehen, denn so tief und sorgfältig dieser Plan auch durchdacht
war, seine Ausführung scheiterte letzten Endes doch wieder an
der Materialknappheit.

Dagegen hatte man Tee-Ersatz während des ganzen Krieges ge-
nug. Tee ließ sich aus fast allen Kräutern und Blättern, die man
in Feld, Wald und Flur fand, bereiten. Unter den deutschen Bo-
tanikern fand sich ein Professor, der dem Publikum bereits An-
fang 1916 weiszumachen suchte, selbst Feinschmecker könnten
Tee, aus den getrockneten Spitzen der Brombeer- und Erdbeer-
blätter bereitet, vom chinesischen Karawanentee kaum unter-
scheiden, und junge Rosenblätter, Eyonium, Wiesenspiraea seien
von jeher dem im Handel befindlichen Tee beigemischt worden.

Dieser Tee »aus guten deutschen Kräutern« hätte aber vor dem echten Tee noch den hygienischen Vorzug, daß er nicht anregend wirke.²² Tatsächlich ist deutscher Tee wohl oder übel viel getrunken worden. Wenn er aber den Mangel an Kaffee-Ersatz nicht ausgleichen konnte, so lag es nicht daran, daß er scheußlich, für manche Leute sogar widerwärtig schmeckte — das tat der Kaffee-Ersatz auch —, sondern daran, daß der Deutsche überhaupt nicht viel Tee trinkt und an den Kaffee gewöhnt ist.

Zur Vervollständigung des Bildes muß bei der immerhin großen Bedeutung, die sie für die ganze Gestaltung des Kriegshaushaltes hatten, auch über die *übrigen Ersatzmittel* einiges gesagt werden.

Sicherlich war es nur zu begrüßen, wenn Wissenschaft und Technik darin wetteiferten, für die mangelnden Rohstoffe und Fabrikate Ersatzmittel zu erfinden. Und wenn auch unter den vielen mit heiligem Eifer propagierten Erfindungen, die nach der Meinung ihrer Urheber das Vaterland retten würden, nur wenige der Probe standhielten und praktisch verwertbar waren,²³ so hat doch die ständige Beschäftigung mit diesem Problem mittelbar den großen Nutzen gehabt, daß dadurch die Anregung zu einer besseren Ausnutzung der Rohstoffe und zu einer systematischen Abfallverwertung gegeben wurde. Im übrigen handelte es sich bei den in Tausenden verschiedenen Formen auf den Markt gebrachten Ersatzmitteln nicht eigentlich um neue Erfindungen, sondern um die Zusammensetzung längst bekannter und auch verwendeter Rohstoffe in besonderer Aufmachung. Man kann nicht sagen, daß sie immer schlecht gewesen seien und dem angegebenen Zwecke nicht entsprochen hätten. In netten Packungen zurechtgemacht, gewährten sie der Hausfrau zumindest die angenehme Täuschung einer Bereicherung ihrer Küche, was, wenn es sich um reelle Fabrikate handelte, kein gering zu veranschlagender Nutzen war. Doch war bei ihnen leider die Grenze schwer zu ziehen, wo das reelle Geschäft aufhörte und der Schwindel anfang.

²² Der Tag Nr. 220 vom 30. Juni 1916.

²³ Wie zum Beispiel die Ölgewinnung aus »Fettbäumen«, zu welchen die Linde gerechnet wurde, und die Fettgewinnung aus Maikäfern! Es handelte sich hierbei nicht etwa um schlechte Scherze. Es wurde fest daran geglaubt, bis praktische Versuche die Unhaltbarkeit erwiesen. (Mitteilungen des Kriegs-ernährungsamts Nr. 129 vom 17. April 1916.)

Die erste große Surrogatkonjunktur setzte gleich zu Beginn des Krieges ein, als ein besonderer Begehrt nach Genußmitteln zum Liebesgabenversand bestand. Als bald tauchten Kaffeetabletten, Teepillen, Punschwürfel usw. auf, die, auf die wirkliche Quantität und Qualität ihrer Bestandteile umgerechnet, geradezu abenteu-erlich teuer waren. Doch ließ sich das Publikum nicht allzu lange täuschen. Die zweite große Ersatzmittelkonjunktur kam dann zugleich mit dem Kohlrübenwinter, um erst gegen Ende des Krieges nach energischer Abwehr durch besonders dazu eingesetzte Organe ein wenig abzuflauen.

Mit marktschreierischer Reklame, unter verlockenden Phantasienamen und zu teuren Preisen wurden Ersatzmittel der verschiedensten Art, und zwar vorzugsweise zum Ersatz besonders begehrt-er Lebensmittel, angepriesen. Man verkaufte Butterpulver, das aus mit Natriumkarbonat versetztem Stärkemehl bestand; es hatte die Aufgabe, mit Butter vermischt, Butter zu strecken. War das noch ziemlich harmlos, so bot ein anderer »Butterersatz« an, der aus mit Zucker und Farbstoff versetztem Sauermilchquark bestand. »Ungarische Gemüsebutter« und »Butteröl« entpuppten sich als eine Mischung aus roten Rüben, Mohrrüben, Kohlrüben und Gewürzen. Mit am ausgedehntesten war die Salatöl-Ersatzfabrikation, die auf eine große Nachfrage rechnen konnte, weil bei der pflanzenreichen Kost ein öliges Salatbereitungsmittel von jeder Hausfrau gebraucht wurde. Unter Phantasienamen, wie »Salatan«, »Salatin«, auf den Markt gebracht, bestanden sie aus einem 98- bis 99prozentigen wasserhaltigen Pflanzenschleim, der gelb gefärbt und auch wohl zur Konservierung mit Benzol-säure versetzt war. Ein Fleischersatz ließ sich schwer herstellen, obwohl es auch nicht an dem Versuch gefehlt hat, »Pflanzen-fleisch« anzubieten. Aber ein um so besseres Objekt bot die Wurst, der man nicht nur außerordentlich viel Wasser, sondern auch pflanzliche Rohstoffe sowie unverdauliche tierische Abfallstoffe zusetzen konnte. Dosenkonserven, als Leberwurst bezeichnet, hatten bei hohem Wassergehalt einen Fettgehalt, der bis auf 1½ vH herabging. »Fleischbrühwürfel« aus gewürzigem Salzwasser, »Eiersatzmittel« aus gefärbtem Mais- oder Kartoffelmehl, »Streu- und Streckmehl« aus gepulvertem Heu, »Schokoladenpulver« oder »Kakao-Ersatzpräparate« aus gemahlenen Kakaoschalen, »Fruchtgelees« und »Marmeladen« aus Gelatine und

Wasser mit Farbstoff und Essenzen, »Puddingpulver« aus Leimsorten, »Pfefferersatz« zu 85 vH aus Asche ergänzen das Bild, ohne es auch nur entfernt zu vervollständigen. Von einer *Mineralisierung* der Nahrungsmittel hat man gesprochen in Anbetracht des Gipses, der Schlämmkreide, des Sandes, der Asche usw., die manchen Ersatzmitteln zugesetzt wurden.

Diesem Wesen konnte die Regierung nicht ruhig zusehen.²⁴ Nicht allein, daß das Publikum schwer getäuscht und auch wohl geschädigt wurde — diese Industrie diente zur Vergeudung von Rohstoffen und zur Verwendung von Arbeitskräften, für die es produktivere Verwendungsmöglichkeiten gab. Eine Bundesratsverordnung vom 18. Mai 1916 bestimmte, daß bei gewissen Gegenständen des täglichen Bedarfs, unter die zum Beispiel auch die Fleischbrüheratzwürfel, die Kaffee-, Tee- und Kakao-Ersatzmittel sowie Fettersatzstoffe zum Brotaufstrich und andere Ersatzlebensmittel eingereiht wurden, die Packungen oder Behältnisse mit Angaben über den Hersteller, über die Zeit der Herstellung, den Inhalt nach Art und Zahl, über Maß oder Gewicht sowie über den Kleinverkaufspreis versehen sein mußten. Eine andere Bundesratsverordnung vom 26. Juni 1916 bedrohte mit Strafe, wer Nahrungs- und Genußmittel unter »irreführender Bezeichnung« in den Verkehr brachte. Für einzelne Ersatzlebensmittel wurden außerdem Sonderbestimmungen erlassen, so für Kakao-Ersatzmittel, für Kaffee-Ersatzmittel, für fetthaltige Zubereitungen, für Ersatzlebensmittel, zu denen Fische verwandt wurden, für Bierersatzgetränke, für Fleischbrühwürfel. Bei der Volkswirtschaftlichen Abteilung des Kriegsernährungsamts wurde eine »Auskunftsstelle für Ersatzlebensmittel« geschaffen mit der Aufgabe, den beteiligten Behörden Auskunft über das für ein Ersatzmittel vorliegende Material zu geben.

Durch diese Verordnungen und Einrichtungen wurde sicherlich eine segensreiche Wirkung erzielt, doch wirkten sie alle repressiv, nicht präventiv. Erst wenn ein Ersatzmittel auf dem Markte erschienen war und womöglich bereits einen starken Absatz gefunden hatte, konnte es verboten und gegebenenfalls der Erzeuger bestraft werden. Daraus erwuchsen für Handel und Publikum unter Umständen unangenehme Unzuträglichkeiten.

²⁴ H. Stadthagen u. a., Die Ersatzlebensmittel in der Kriegswirtschaft. (Beiträge zur Kriegsernährungswirtschaft, Heft 56/58.) Berlin 1919.

Einzelne Bundesstaaten waren daher seit der zweiten Hälfte des Jahres 1916 dazu übergegangen, die Ersatzmittel genehmigungs- oder mindestens anmeldepflichtig zu machen. Das war an sich recht gut, doch mußte nun der Hersteller Ersatzlebensmittel, für die er den allgemeinen Absatz erschließen sollte, an rund fünfzehn Stellen zur Genehmigung anmelden. In fast noch schlimmerer Lage befand sich der Handel, da er sich nur schwer vergegenwärtigen konnte, ob ein Ersatzmittel zum allgemeinen Vertrieb auch zugelassen war. Diese und andere Erwägungen drängten dazu, daß am 7. März 1918 eine Bundesratsverordnung erlassen wurde, die von Reichs wegen die Genehmigungspflicht einführte. Doch wurde die Genehmigung nicht an einer Stelle zentralisiert. Die Landesregierungen wurden angewiesen, Ersatzmittelstellen einzurichten, und die von einer Stelle erteilte Genehmigung galt dann für das ganze Reich. Die Verordnung hatte insofern rückwirkende Kraft, als auch die bereits eingeführten Ersatzmittel genehmigungspflichtig wurden.

Die Genehmigungspflicht hatte zur Folge, daß in der Hauptsache nur bessere Erzeugnisse zur Anmeldung kamen. Die gefährlichen Gelegenheitshersteller schlossen ihren Betrieb. Die Zahl der Ersatzlebensmittel, die außer den äußerst zahlreichen Erzeugnissen der Essenzindustrie über 11 000 betragen hatte, ging zurück. Immerhin gab es bei Ausgang des Krieges wieder recht zahlreiche, nunmehr allerdings vorgeprüfte Ersatzlebensmittel, die sich in der Zeit der Hungerblockade nach Friedensschluß noch stark vermehrten. Am 15. Juli 1919 gab es wieder 11 000 endgültig zugelassene Ersatzlebensmittel.

**Unter anderen endgültig zugelassene Ersatzlebensmittel
(Stand vom 15. Juli 1919)**

Fleischersatzmittel	29
Ersatzwürste	837
Fleischsülzen, Fleischpuddinge.....	22
Fleischbrühwürfel	154
Fleischextrakte	48
Würzen und Pasten.....	199
Fischsülzen, Fischpuddinge	19
Fettersatz	14
Eiersatz	33
Suppen.....	849

Gemüse, Küchenkräuter	28
Pudding- und Speisepulver	332
Geleespeisen, Rote Grütze	58
Marmelade, Fruchtgelee, Mus	47
Marzipanersatz	108
Zuckerwaren	26
Honig	61
Kaffee	511
Deutscher Tee	190
Bierersatz	277
Künstliche Fruchtsäfte	73
Aromen, Fruchtaromen, Aromaessenz und Öle	254
Süßstofflösungen	98
Limonaden	1535
Konzentrierte Kunstlimonaden	226
Stoffe zur Bereitung von Limonaden	2095
Heißgetränke	385
Stoffe für Punsche, Heißgetränke	397
Getränke mit likörähnlichem Geschmack	449
Stoffe für Getränke mit likörähnlichem Geschmack	123
Ersatzgetränke für Wein	65
Stoffe für Ersatzgetränke für Wein	22
Selterswasser	40
Konservierungsmittel	16
Gewürze	428
Salatwürzen	29
Backpulver	511

Die obige Aufstellung gibt ein anschauliches Bild von der Rolle, die die Ersatzlebensmittel für die Ernährungswirtschaft gespielt haben. Auch die Hauptgebiete, auf denen sich die Ersatzlebensmittelindustrien betätigten, sind zu erkennen: Würste, Suppen, Limonaden, Kaffee, Gewürze. Man mache sich klar, daß es 837 amtlich genehmigte Präparate für Wurstersatz, über 1000 für Suppenwürfelersatz, 511 für Kaffeeersatz gegeben hat. Den Vogel schoß aber die Kunstlimonadenindustrie ab. Rechnet man alles zusammen, was es auf diesem Gebiete an künstlichen Limonaden und Fruchtsäften, an künstlichen Punschen, Bierersatz, Weinersatz gab, so kommt man zu einer Zahl, die an die 6000 heranreicht.

DRITTER TEIL

Die Wirtschaftsumstellung zwecks Einsparung von Nahrungsmitteln

Die Vorratsstreckung, wie sie eben beschrieben wurde, konnte allenfalls die zu knappe Nahrungsmitteldecke dehnen, aber eine absolute Vermehrung der vorhandenen Nahrungsmittel war durch sie nicht zu erreichen. Was geschah, bedeutete, wie einmal mit einer gewissen Übertreibung gesagt worden ist, nichts anderes, als wenn jemand ein Loch in seinem rechten Ärmel mit einem Stücke Stoff flickte, das er aus dem linken Ärmel herausgeschnitten hatte. Dagegen hatte die sogenannte »Wirtschaftsumstellung«, die in Verbindung mit Produktionseinwirkungen die Menge der unmittelbar für die menschliche Ernährung nutzbar zu machenden Nährwerte zu vermehren trachtete, ein anderes Gesicht. Von vielen Ernährungspolitikern wurde sie als die einzig mögliche Lösung des Kriegsernährungsproblems betrachtet. Davon ausgehend, daß die Erzeugnisse der landwirtschaftlichen Veredelungsproduktion durch einen Umwandlungsprozeß entstehen, bei dem Nährwerte verloren gehen, wollte man eine Umstellung auf die Erzeugung unmittelbar konsumierbarer Nahrungsmittel durchgeführt wissen. Man argumentierte etwa folgendermaßen: Wir haben drei große Industrien, die im Inland erzeugte landwirtschaftliche Bodenprodukte verarbeiten: die Zucker-, die Branntwein- und die Brauindustrie. Wir haben zweitens umfangreiche Viehbestände, an welche auch für den menschlichen Verzehr geeignete Rohstoffe verfüttert werden. Die Zuckerindustrie ist Exportindustrie, nahezu die Hälfte ihrer Produkte ist im Frieden ins Ausland gegangen. Man schränke die Rübenanbaufläche auf das Ausmaß des Eigenbedarfs ein und baue statt dessen Brotgetreide an. Branntwein und Bier sind aber überhaupt zu entbehren. Man lege die Brennereien und Brauereien still. Die größten Nährwertmengen lassen sich aber durch eine Verminderung der Viehhaltung gewinnen. Bei der Umwandlung von Getreide und Kartoffeln in Fleisch gehen alle

die großen Nährwertmengen verloren, die im Tiermagen absorbiert werden. Eine Umstellung auf diesem Gebiete, planmäßig durchgeführt, wird die Nahrungsmitteldecke in einem Ausmaße erweitern, daß die deutsche Bevölkerung überhaupt nicht auszuhungern sein wird.

Das waren Gedankengänge, die scheinbar einer zwingenden Logik nicht entbehrten und doch bei näherem Zusehen höchst angreifbar waren. Die Kriegsernährungspraxis hat ihnen, schon weil die Not dazu zwang, in einem gewissen Ausmaße folgen müssen. Freilich nicht mit dem erwarteten Erfolge.

ERSTER ABSCHNITT

Die Umstellung der landwirtschaftlichen Veredelungsindustrien

1. Die Zuckerwirtschaft

Die im ersten Kriegsjahr eingeleitete Umstellung der Zuckerwirtschaft sollte in besonders drastischer Weise demonstrieren, wie zweischneidig in ihren Wirkungen eine solche Aktion sein konnte. Schon der Ausgangspunkt, durch eine Einschränkung der Zuckerproduktion die Brotgetreideerzeugung vermehren zu wollen, war falsch. Allerdings arbeitete die deutsche Zuckererzeugung auch für den Export; fast die Hälfte der Gewinnung ging ins Ausland. Doch hätte man sich sagen müssen, daß der Zuckerkonsum steigerungsfähig war und bei der Knappheit an anderen Lebensmitteln zunehmen mußte. Zudem war der Zucker ein nahrhaftes Lebensmittel. Von allen Bodenfrüchten lieferte die Zuckerrübe die höchsten Hektarerträge an Nährwertmengen. Es ist zu Beginn des Krieges ausgerechnet worden, daß ihr Nährwertertrag 23,8 Milliarden Kalorien betrüge, während Roggen nur 5,1, Weizen 6,5 und Kartoffeln 9,6 Milliarden Kalorien pro Hektar lieferten.¹ Eine Umstellung der Rübenanbaufläche auf den Brotgetreidebau, wie sie von der so schlecht beratenen öffentlichen Meinung verlangt wurde, hätte also eine absolute Schmälerung der Nahrungsmitteldecke zur Folge haben müssen.

¹ Paul Eltzbacher, Die deutsche Volksernährung und der englische Aus Hungierungsplan. Braunschweig 1914.

Noch viel weitergehend mußten aber die mittelbaren Folgen einer Einschränkung der Rübenanbaufläche sein. Bekanntlich wirkt die Zuckerrübe als Glied in der Fruchtfolge besonders günstig auf die Agrikultur ein. Ihr Anbau erfordert eine vertiefte Bodenbearbeitung, reichliche Düngung, Reinhaltung von Unkraut durch wiederholtes Hacken. Das hat auf die gesamte Ertragsfähigkeit des Bodens die allergünstigsten Folgen, so daß sich auch die im Fruchtwechsel mit Zuckerrüben angebauten Feldfrüchte besonders hoher Erträge erfreuen. Wo Rüben geerntet werden, gibt es auch reiche Getreideernten. Am allerwichtigsten war aber ein Drittes: Die Rübe wird nicht nur zur Zuckergewinnung angebaut, sondern weil sie in ihren Rückständen und Abfällen große Mengen hochwertiger Futterstoffe liefert. Wo Rüben geerntet werden, gibt es auch viel Milch, viel Fett, viel Fleisch.

Alles das hatte man auch schon vor dem Kriege gewußt. Wiederholt war von der landwirtschaftlichen Betriebslehre auf die produktionssteigernde Wirkung der Zuckerrübe hingewiesen worden. Man hätte daher nicht erwarten sollen, daß es ausgerechnet ein Landwirtschaftsminister war, der als amtliche Stelle zuerst das Signal zur Einschränkung des Zuckerrübenanbaues gab. Das geschah in einem Rundschreiben des preußischen Landwirtschaftsministers vom 4. Dezember 1914, das mit den Worten schloß: »Ein großer Teil des Rübenareals wird für die Erzeugung anderer Früchte, die für die Volksernährung wichtiger sind als Zuckerrüben, frei werden ... Für die Benutzung des frei werdenden Landes kommt in erster Linie das der Volksernährung dienende Brotgetreide, Sommerweizen und Sommerroggen, in zweiter Linie Gerste und Hafer in Frage ... Ganz besonders aber muß auf den Anbau der Erbse hingewiesen werden.«² Hielten sich diese Ausführungen im Rahmen einer Empfehlung, so gingen einige kommandierende Generale forscher vor, indem sie positive Maßnahmen zwecks Einschränkung des Rübenanbaues anordneten. Das gleiche tat auch der Präsident der Königlichen Ansiedlungskommission, der dem Ressort des preußischen Landwirtschaftsministers unmittelbar unterstand. Die Reichsregierung wollte zunächst nicht mitgehen, dann aber gab auch sie nach

² Vgl. *Alfred Stange*, Die deutsche Zuckerwirtschaft im Kriege. Ungedruckte Dissertation. Gießen.

und verordnete am 4. März 1915, daß die Rübenanbauverträge nur zu drei Vierteln der vereinbarten Fläche in Kraft bleiben sollten.³

Und was geschah mit den Zuckervorräten, die sich infolge der gesperrten Ausfuhr rasch vermehrt hatten? Hier hätte man die Möglichkeit zu einer weitausschauenden Vorratsbildung gehabt. Statt dessen wurde mit diesen wertvollen Vorräten höchst freigebig umgegangen. In ständiger Angst, »im Zucker ersticken zu müssen«, hat man alles dazu getan, die Vorräte möglichst schnell abzustößen. Nicht genug, daß man es für eine Pflicht jedes Patrioten erklärte, möglichst viel Zucker zu essen, erschloß man dem Zucker auch den tierischen Verzehr, indem man den Zucker nach vorhergehender Vergällung für Futterzwecke steuerfrei machte. 10 Millionen Zentner wurden auf diese Weise Viehfutter. 1,8 Millionen Zentner Rohzucker wanderten in die Branntweimbrennereien und Preßhefefabriken. Die schwersten Bedenken aber mußte es erregen, daß im September 1914 das für alle Nahrungs- und Futtermittel erlassene Ausfuhrverbot für Zucker wieder aufgehoben wurde. Bis etwa zur Höhe des Vorjahres — das waren ungefähr 22 Millionen Zentner — durfte ausgeführt werden. Wenn diese hohe Ausfuhrmenge auch nicht annähernd erreicht wurde, so lag es daran, daß England ein Einfuhrverbot für deutschen Zucker erließ und die Schifffahrt sperrte. Tatsächlich ging nur etwa ein Siebentel der Friedensausfuhrmenge über die deutschen Grenzen, hauptsächlich nach Skandinavien, den Niederlanden, der Schweiz.

Es dauerte kaum ein Jahr, und man war so weit, daß sich die ersten Anzeichen beginnenden Zuckermangels ankündigten. Das blieb trotz allem, was die Regierung dazu getan hatte, eine überraschende Tatsache, wenn man bedenkt, daß in das Wirtschaftsjahr 1914/15 reiche Vorjahrsbestände hinübergewonnen worden waren, daß die Ernte 1914 reiche Erträge gebracht hatte, und daß die Ausfuhr seit Kriegsbeginn auf einen Bruchteil zurückgegangen war.

³ Die Zuckerrübenfabriken pflegen mit den Rübenbauern schon mehrere Monate vor dem Einsetzen der Stecklinge im Frühjahr Verträge über die Menge der anzubauenden Rüben abzuschließen. Durch die Verordnung wurde nunmehr den Anbauern freigestellt, ihr vertragliches Lieferungssoll um ein Viertel einzuschränken.

Um genau ein Drittel ihres Vorkriegsausmaßes (von 547 000 Hektar im Jahre 1914 auf 364 000 Hektar im Jahre 1915) hatte sich die *Rübenanbaufläche* vermindert. Aber nicht nur die Anbaufläche, auch die *Hektarerträge* waren kleiner geworden. Und in noch stärkerem Verhältnis war die *Zuckergewinnung* zurückgegangen, weil die Landwirte ihre Rüben nicht so emsig wie früher an die Rohzuckerfabriken ablieferten, sondern auch zur Verfütterung zurückhielten. Die Zuckererzeugung ging daher von 25,1 Millionen Doppelzentner auf 15,2 Millionen Doppelzentner zurück, verminderte sich also um etwa 40 vH.

Nun wäre dieses Quantum, den Friedensverbrauch vorausgesetzt, noch immer groß genug gewesen, um der Nachfrage nach Mundzucker zu genügen. Doch hatte der Zuckerkonsum eine Steigerung erfahren, wie sie in solchem Ausmaße kein Mensch für möglich gehalten hätte. Das war nicht sofort eingetreten; in den ersten acht bis neun Kriegsmonaten hatte sich der Verbrauch noch auf normaler Höhe gehalten. Dann aber setzte die Steigerung ein. Von Mitte April bis Ende Juni 1915 wurden 2½ Millionen Zentner mehr versteuert als in der gleichen Zeit des Vorjahres. In den beiden nächsten Monaten Juli und August machte die Mehrversteuerung bereits 4 Millionen Zentner aus. Insgesamt wiesen in der Zeit vom April bis Ende August 1915 die Versteuerungen im Vergleich zum Vorjahr ein Mehr von 6,7 Millionen Zentner auf. Der Verbrauch auf den Kopf der Bevölkerung stieg im Wirtschaftsjahr 1914/15 auf 25,5 Kilogramm, während er im Vorjahr 21 Kilogramm betragen hatte. Berücksichtigt man indes, daß dieses Ansteigen nicht auf das ganze Jahr, sondern fast ausschließlich — und auch da progressiv — auf die letzten fünf Monate entfiel, so war die Steigerung zum Schluß noch viel größer.

Die von der Regierung ausgesprochene Mahnung, im Dienste des Vaterlandes recht viel Zucker zu essen, war, wie man sieht, auf dankbaren Boden gefallen. Doch wurde natürlich nicht nur aus Patriotismus so viel Zucker gegessen, sondern weil der Zucker im Kriege für die breiten Massen zu einem begehrten und relativ billigen Nahrungsmittel geworden war. Dem Zucker fiel vor allem die Aufgabe zu, in Form von Marmeladen und Kunsthonig den knapp gewordenen Fettbrotaufstrich zu ersetzen. Bekanntlich spielt in Deutschland das Butterbrot, das zu allen Tageszeiten gegessen wird, eine Hauptrolle. Die Marmelade galt nun als

»Butterersatz«. Dazu kam, daß überhaupt mehr süße Speisen gegessen wurden, daß Obst in Menge eingemacht wurde, und daß die Nachfrage nach Süßigkeiten, Konfekt und Schokolade größer geworden war. Der Zuckerhunger schien schier unersättlich zu sein. Trotz des so stark gestiegenen Verbrauchs wurde in den Sommermonaten 1915 doch ständig über Zuckermangel geklagt.

Bei dieser Sachlage befand sich bereits zu Beginn des neuen Wirtschaftsjahres 1915 die freie Wirtschaft auf dem toten Punkt. Dem freien Verkehr überlassen, wäre der Zucker der neuen Ernte im Handumdrehen vergriffen gewesen.⁴ Zuerst wurden auf dem Gebiete der *Zuckerverfütterung* Einschränkungen vorgenommen, und zwar hatten sich hier bereits zu Beginn des Jahres 1915 Eingriffe als notwendig erwiesen. Es zeigte sich nämlich, daß es für die Rohzuckerfabriken vorteilhafter war, Rohzucker zu Futterzwecken zu verkaufen, als damit die Raffinerien zu beliefern. Es wurde daher durch eine Verordnung vom 12. Februar 1915 die »*Verteilungsstelle für Rohzucker*« gegründet, um die erforderliche Belieferung der Raffinerien zu regeln. Zugleich wurde der Vertrieb der zuckerhaltigen Futtermittel in öffentliche Bewirtschaftung übernommen, indem der »Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte«, in der die wichtigsten landwirtschaftlichen Verbände vertreten waren, ein Absatzmonopol übertragen wurde. Durch diese Einrichtungen sollte verhindert werden, daß infolge hoher Futtermittelpreise der Zucker als Viehfutter statt zum menschlichen Konsum verwandt wurde. Da sich indes die Zuckerrübe auch unverarbeitet verfüttern oder auch brennen ließ, bei welch letzterem Vorgang dann in der Schlempe wieder ein wertvolles Futtermittel gewonnen wurde, so mußte auch dem durch eine Verordnung vom 28. Juni 1915 vorgebeugt werden. Sehr großen Unwillen erregte es bei den Rübenanbauern, daß der vierte Teil der Schnitzel im Herbst 1915 von der öffentlichen Futtermittelwirtschaft beansprucht und ihnen entzogen wurde.

Inzwischen war eine völlige Abkehr von der zuerst eingeschlagenen Politik erfolgt. Man suchte die Zuckererzeugung wieder zu steigern. Doch hatten alle solche Bemühungen nur mangelhaften Erfolg. Die Verwendung von Erzeugnissen des Zuckerrübenanbaues zu Futterzwecken mußte daher in der Folgezeit

⁴ Nebenbei sei vermerkt, daß Zucker, was früher nicht geschehen war, auch zu Glycerin (zur Munitionsherstellung) verarbeitet wurde.

immer mehr eingeschränkt werden. Die Absicht, die Fabrikationsrückstände, die Abläufe und die Melasse, nicht zu entzuckern, sondern ganz der Futtermittelwirtschaft zu überlassen, wurde bereits im Sommer 1916 aufgegeben. Im Herbst des gleichen Jahres erfolgte dann ein grundsätzliches Verfütterungsverbot für Zuckerrüben und Rohzucker. Die Verfütterung von raffiniertem Zucker — auch das war vorgekommen — war schon im Februar 1916 verboten worden.

Trotz alledem wurde es immer schwieriger, der Nachfrage nach Mundzucker gerecht zu werden. Zunächst suchte man dort einzusparen, wo es am ehesten möglich war, indem man die Verwendung von Zucker zur Bereitung von Süßigkeiten und Konditorwaren und Schokolade einschränkte. Trotz alledem stieg der Zuckerverbrauch immer weiter. Während sonst in den Wintermonaten der Verbrauch hinter dem der Sommermonate zurückzubleiben pflegte, stieg im Winter 1915 auf 1916 der Konsum über den bereits ungewöhnlich großen Verbrauch des vergangenen Sommers hinaus. Gleichwohl hörten die Klagen über Zuckermangel nicht auf, ja zu Beginn des Jahres 1916 kam es in den Läden zu unruhigen Auftritten, weil die Nachfrage der Kundschaft nicht befriedigt werden konnte. Die Zentral-Einkaufsgesellschaft, die mit dem Vertrieb des Zuckers an die Kommunalverbände betraut worden war, wußte schließlich nicht mehr ein noch aus. Es blieb nichts übrig, als zu einer straffen behördlichen Regelung des gesamten Zuckerverkehrs und Zuckerverbrauchs zu schreiten. Durch Verordnung vom 10. April 1916 wurde die *Reichszuckerstelle* gegründet. Die Rohzuckerverteilungsstelle wurde ihr angegliedert. Der Zuckerverbrauch wurde rationiert.

Der Reichszuckerstelle ist es gelungen — um das hier gleich vorweg zu nehmen —, die Verbraucher regelmäßig mit Zucker zu beliefern, und zwar in Mengen, die, an Friedensansprüchen gemessen, nicht einmal knapp waren, aber den Ansprüchen der Kriegswirtschaft auch nicht entfernt genügten. Als Ersatzmittel für Zucker mußte in zunehmendem Maße künstlicher *Süßstoff* (Saccharin) herangezogen werden. Nach dem Süßstoffgesetz vom 7. Juli 1902 durfte Süßstoff nur von einer einzigen Fabrik hergestellt und nur gegen amtliche Bezugscheine der Steuerbehörde abgegeben werden. Seine Verwendung kam fast ausschließlich

nur für Kranke in Betracht. Nunmehr wurde auf Grund einer Reihe von Verordnungen, die im Sommer 1916 erlassen wurden, die allgemeinere Verwendung von Süßstoff nicht nur erlaubt, sondern er wurde für bestimmte Zwecke das allein zugelassene Süßungsmittel, indem für Fruchtsäfte, Limonaden, Dunstobst, Wermutweine, Liköre, Konfekt und Fruchtpasten usw. die Verwendung von Zucker verboten wurde. Bei anderen Dingen, wie Marmeladen, Schaumwein, Obst- und Beerenweine usw., wurde der Zuckerzusatz auf ein bestimmtes Maß beschränkt, so daß also auch ihnen Süßstoff zugesetzt werden mußte. Auch in den Familienhaushaltungen und in den Gastwirtschaften wurde Saccharin viel verwandt. Für den Café-Besucher wurde es ein vertrautes Bild, statt der Stückchen Zucker, die er früher zu seinem Kaffee erhielt, ein Fläschchen aufgelösten Saccharins vorgesetzt zu bekommen.

Im letzten Kriegsjahre litt die Zuckererzeugung bereits in hohem Maße unter Frachtraumnot und Kohlenmangel. Millionen von Zentnern Zuckerrüben konnten in den Rohzuckerfabriken nicht verarbeitet werden und mußten anders verwandt werden. Aber auch den Raffinerien fehlte es an Kohlen. Man kam daher auf den Gedanken, an die Verbraucher unmittelbar Rohzucker auszuteilen, und pries dessen Süße und Nährwert in tausend Zungen. Doch machte man weder den Verbrauchern und noch weniger den Händlern eine Freude damit. Es war eine feucht-klebrige, unappetitliche Masse, die an Säcken und Behältnissen kleben blieb. So sehr war im letzten Kriegsjahr die dereinst stolze deutsche Zuckerindustrie geschwächt, daß man froh war, aus der Ukraine 668 000 Zentner importieren zu können, am deutschen Bedarf gemessen nicht mehr als ein kleiner Zuschuß.

In der an Irrungen und Wirrungen so reichen Geschichte der deutschen Kriegsernährungswirtschaft gehört die Zuckerwirtschaft zweifellos zu den betrübendsten Kapiteln. Besonders traurig deshalb, weil man hier wohl die allerschwerste Enttäuschung erleben mußte. Mit der Zuversicht, im Zucker eine unerschöpfliche Nahrungsmittelreserve zu besitzen, war man in die Kriegsernährungswirtschaft eingetreten, um bereits im zweiten Kriegsjahr gewahr zu werden, daß man statt Zuckerüberfluß Zuckermangel hatte. Mit aller Wahrscheinlichkeit wäre es auch ohnedie anfangs gemachten Fehlgriffe im Laufe der langen Kriegs-

jahre dahin gekommen. Doch so viel ist gewiß, daß durch die Umstellungsaktion des ersten Kriegsjahres dieser Prozeß beschleunigt worden ist.

2. Die Branntweinwirtschaft

Die Verwendung von wichtigen menschlichen Nahrungsmitteln als Rohstoffen der Branntweinerzeugung war im Frieden kaum beanstandet worden. Ja, die Verarbeitung von Kartoffeln, die den hauptsächlich verwendeten Rohstoff bildeten, schien aus mehr als einem Grunde erwünscht. Denn einmal gab sie den großen Kartoffel-Erzeugungsgebieten des deutschen Ostens die Möglichkeit zu einer außerordentlich glücklichen Verwertung eines Teiles der überreichen Kartoffelernten — die stoß- und frostempfindliche Kartoffel wurde in ein dauerhaftes und leicht zu transportierendes Erzeugnis verwandelt —, und zweitens hob sie die Bodenkultur, weil der Rückstand der Branntweinherstellung, die Schlempe, ein hochwertiges Futtermittel darstellte, das eine vermehrte Viehhaltung und damit eine bessere Düngung des Bodens ermöglichte. Die Vorstellung, daß es bedenklich sein könne, Nährstoffe zu vernichten, um aus ihnen Alkohol herzustellen, war dem allgemeinen Bewußtsein verlorengegangen in einer Zeit, wo die moderne Verkehrswirtschaft scheinbar mühelos und unbegrenzt alle Lebensbedürfnisse zu befriedigen vermochte. Vergessen war, daß es der mittelalterlichen Weltanschauung als Sünde galt, »ein Essen in einen Trunk zu verwandeln«, vergessen waren die Maßnahmen älterer städtischer und staatlicher Wohlfahrtspolitik, die das Brennereigewerbe den Bedürfnissen der Ernährungswirtschaft untergeordnet hatte.

Jetzt in der Kriegszeit begann man die Branntweinerzeugung wieder vom Standpunkt der Ernährungswirtschaft zu betrachten. Freilich gleich nach Kriegsausbruch und solange man noch mit einem kurzen Kriege rechnete, glaubte man sich mit Rücksicht auf die landwirtschaftliche Produktion eines Eingriffs enthalten zu sollen. Man war zudem der Ansicht, daß die in den Brenneereien verarbeitete Kartoffelmenge nur einen geringen Bruchteil der Ernte ausmache, und daß die zu gleichem Zwecke verwandte Getreidemenge von untergeordneter Bedeutung sei. Diese Anschauung, daß mit der Branntweinwirtschaft ein wesentlicher

Verbrauch menschlicher Nahrungsmittel nicht verbunden wäre, war darauf zurückzuführen, daß der Verbrauch der Brennereien an Kartoffeln und Getreide mit den statistischen Ernteerträgen dieser Früchte verglichen wurde. So ergab sich zum Beispiel, daß in dem Jahrzehnt 1909 bis 1913 durchschnittlich 45,78 Millionen Tonnen Kartoffeln und 14,65 Millionen Tonnen Roggen und Gerste in Deutschland geerntet, während im Durchschnitt der gleichen Jahre 2,45 Millionen Tonnen Kartoffeln und 371 000 Tonnen Getreide gebrannt worden waren, also nicht einmal $5\frac{1}{2}$ vH der geernteten Kartoffeln und $2\frac{1}{2}$ vH des geernteten Getreides. Doch mußte das so gewonnene Bild zu einer schiefen Vorstellung führen, weil die in den Brennereien verarbeitete Menge nicht dem gesamten Ernteertrage gegenübergestellt werden durfte, sondern nur der nach Abzug von Aussaat und Schwund verbleibenden Verbrauchsmenge, die naturgemäß wesentlich kleiner war. Weiter pflegte, wie wir bereits wissen, die statistische Friedenserschätzung stark überhöht zu sein. Berücksichtigte man alles das, so kam man zu dem Ergebnis, daß in den letzten fünf Friedensjahren von einer durchschnittlichen Verbrauchsmenge von 25,47 Millionen Tonnen Kartoffeln fast 10 vH gebrannt wurden. Es handelte sich also durchaus nicht um eine Bagatelle. Für das Getreide eine ähnliche Gegenrechnung aufzustellen, wollen wir uns versagen. Die Kornbrennerei spielte ja eine nur untergeordnete Rolle. Gleichwohl mußte sich die Überlegung aufdrängen, daß in einem im Kriegszustande befindlichen Lande, das im Frieden ein Viertel des unmittelbar oder mittelbar für die menschliche Ernährung verbrauchten Getreides aus dem Auslande einzuführen pflegte, jede Verwendung von Getreide zu technischen Zwecken bedenklich sein mußte. Schließlich reichten 371 000 Tonnen Getreide aus, um unter Zugrundelegung der im Kriege gewährten Brotration die versorgungsberechtigte Bevölkerung (ausschließlich der Selbstversorger) nahezu vier Wochen lang mit Brot zu versorgen.

Man erkennt aus alledem, daß eine Ersparung von Rohstoffen in den Brennereien einen durchaus beachtenswerten Posten in der Ernährungsbilanz ausmachen mußte. Der Wunsch lag daher nahe, die Erzeugung von Branntwein aus Stoffen, die zur menschlichen Ernährung geeignet waren, während des Krieges womöglich ganz aufzugeben. Doch stand dem entgegen, daß Spiritus im

Kriege weniger denn je völlig entbehrt werden konnte. Zwar ließ sich der Trinkbranntwein-Verbrauch, der in den letzten Friedensjahren mehr als die Hälfte des Gesamtverbrauchs ausgemacht hatte, stark beschneiden: es hinderte nichts, ihn für die Zivilbevölkerung und für die immobilen Truppen fast ganz zu sperren und für das Feldheer möglichst knapp zu bemessen. Anders aber verhielt es sich mit dem für technische Zwecke benötigten Spiritus. Freilich ließen sich auch für manche gewerbliche und für Brenn- und Leuchtzwecke Ersparnisse ermöglichen, doch war der Bedarf für die Munitionsherstellung und andere Heereszwecke unbedingt zu befriedigen, und dieser Bedarf hat sich im Verlauf des Krieges als weit größer herausgestellt, als anfangs angenommen worden war. Es ergab sich demnach der Zustand, daß die Branntweingewinnung aufrechterhalten werden mußte, obwohl ihre Einschränkung ernährungswirtschaftlich geboten gewesen wäre. Da es nicht möglich war, Spiritus in den erforderlichen großen Mengen aus anderen als auch für die Ernährung geeigneten Stoffen herzustellen — die mit Reichsmitteln während des Krieges aufgenommene Gewinnung von Spiritus aus Stoffen wie Sulfitlauge und Holz brachte nur relativ kleine Erträge —, so wurde es Aufgabe der Kriegswirtschaft, einen Weg zu finden, der unter möglicher Schonung der je nach Ausfall der Ernten am wenigsten entbehrlichen Nahrungsmittel den Bedürfnissen an Spiritus gerecht wurde. Eine Wirtschaftsumstellung dagegen in dem Sinne einer Verminderung der Passivität der Ernährungsbilanz konnte in nur unvollkommenem Maße erreicht werden. Denn wenn auch die Branntweinerzeugung hinter der Friedensherstellung nicht unwesentlich zurückblieb, so war sie doch noch immer recht beträchtlich. Die Spirituserzeugung betrug im Jahre

1913/14		3,84	Millionen Hektoliter
1914/15		2,62	„ „
1915/16		2,35	„ „
1916/17		2,02	„ „
1917/18		2,36	„ „

Wenn wir den Werdegang der Kriegsbranntweinwirtschaft in einigen großen Zügen aufzeichnen,⁵ so stoßen wir auf alle die

⁵ Das Nähere darüber bei *August Skalweit*, Branntweinwirtschaft und Volksernährung (Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 30). Berlin 1918.

Merkmale, die auch für andere Zweige der Ernährungswirtschaft typisch waren. Zunächst bei Beginn des Krieges befürchtete man eine Branntwein-Überproduktion, und wenn man im Herbst 1914 den Durchschnittsbrand des kommenden Betriebsjahres auf 60 vom Hundert des »allgemeinen Durchschnittsbrandes« herabsetzte, geschah es, weil man, befangen in den aus der Friedenswirtschaft übernommenen Vorstellungen, glaubte, daß auf dem Branntweinmarkte ein Überangebot eintreten und die Branntweinwirtschaft in eine kritische Lage kommen würde, wenn die Erzeugung nicht von vornherein stark eingeschränkt würde. Um für das Branntweingewerbe die schlimmen Folgen des erwarteten Verbrauchsrückganges abzumildern, machte man den Durchschnittsbrand übertragbar. Auf diese Weise hoffte man den Kartoffelbrennereien den Übergang zur Kartoffeltrocknung zu erleichtern und denjenigen Brennereien, die stillliegen mußten, durch einen Verkauf ihres Brennrechts einen gewissen Ersatz für den ihnen erwachsenen Schaden zu bieten. Auf den Gedanken, daß es umgekehrt kommen und Schwierigkeiten machen würde, der Nachfrage nach Branntwein zu genügen, wäre damals noch niemand verfallen.

Schon zu Beginn des Jahres 1915 kam der Rückschlag. Anstatt der erwarteten Überproduktion machte sich eine besorgniserregende Knappheit an Spiritus bemerkbar. Dank ihrer gesteigerten Verwendungsmöglichkeit zur menschlichen und tierischen Ernährung war die Kartoffel in weit geringerem Maße zu Branntwein verarbeitet worden, als der Herabsetzung des Durchschnittsbrandes entsprach. Dagegen hatte der Branntweinverbrauch die Erwartungen weit übertroffen. Die Bestände an Branntwein waren so stark zurückgegangen, daß die Herstellung von Pulver und Äther sowie der Betrieb von Bewegungsmaschinen in bedenklicher Weise gefährdet schien. Der Durchschnittsbrand wurde daher am 4. Februar 1915 um 10 vH von 60 auf 70 vH erhöht, allerdings unter der Bedingung, daß für die 10 vH Mehrerzeugung weder Kartoffeln noch Getreide verwandt würden. Man ging aber noch weiter: solche Brennereien, die Rüben verarbeiten wollten, und Melassebrennereien, die Rohzucker als Rohstoff nahmen, durften bis auf 100 vH des Durchschnittsbrandes gehen. Als es sich dann im Frühling 1915 zeigte, daß eine weitere Schonung der Kartoffelbestände nicht nur überflüssig, sondern ihre Verarbei-

tung zu Branntwein sogar erwünscht war, um sie vor dem völligen Verderben zu schützen, wurde die Beschränkung auf eine bestimmte Höhe des Durchschnittsbrandes ganz aufgehoben. Dank dieser gesteigerten Kartoffelverarbeitung konnten in das neue Betriebsjahr 1915/16 nicht unbeträchtliche Branntweinbestände übernommen werden. Gleichwohl wurde der Durchschnittsbrand auf 90 vH festgesetzt. Dieser Satz wurde auch in den folgenden Kriegsjahren beibehalten.

Die Festsetzung des Durchschnittsbrandes auf einen so hohen Satz — in den drei letzten Vorkriegsjahren hatte der Durchschnittsbrand 94, 100 und 96 vH betragen — hat in weiten Kreisen Befremden erregt und geharnischte Proteste hervorgerufen. Sicherlich nicht ohne Berechtigung, wenn die Erzeugung tatsächlich in dem entsprechenden Umfange auch erfolgt wäre. Im Frieden, wo genügend Rohstoffe zur Verfügung standen, hatte eine hohe Bemessung des Durchschnittsbrandes regelmäßig den beabsichtigten Erfolg reichlicher Erzeugung gehabt. Das war im Kriege völlig anders geworden. Der Durchschnittsbrand behielt zwar seine Kraft, die Produktion einzuschränken, war aber machtlos, diese wie früher auch nach oben hin zu bestimmen. Zusammen genommen, ist von den Brennereien das Kontingent in keinem Kriegsjahr voll ausgenutzt worden. Maßgebend für den Umfang der Erzeugung war nicht mehr die Höhe des Durchschnittsbrandes, sondern das Vorhandensein von Rohstoffen. Die Branntweingewinnung war eine Rohstofffrage geworden. Und zwar in Hinsicht auf die Mengen wie die Art ihrer Beschaffenheit. Es kam nicht nur darauf an, dem Branntweingewerbe so *viel* Rohstoff zur Verfügung zu stellen, daß es seiner Aufgabe gerecht werden konnte, den unentbehrlichen Bedarf zu befriedigen, sondern auch eine *Auswahl* unter ihnen zu treffen, damit die Volksernährung möglichst wenig beeinträchtigt wurde. Das war eine Aufgabe, die glatt überhaupt nicht zu lösen war. Es konnte sich nur darum handeln, eine Wahl des kleineren Übels zu treffen.

Im ersten Kriegsjahr 1914/15 konnte man, wie bereits erwähnt, zur Vermehrung der Rohstoffe auf Rohzucker zurückgreifen. Im nächsten Jahre 1915/16 mußte zunächst die *Kornbrennerei* abgebaut werden, schon aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung, die sich, geschürt durch die Abstinenzbewegung, über die Verwendung von Korn zur Schnapsgewinnung sehr erregt zeigte. Ein

vergleichsweise kleines Quantum von 45 000 Tonnen, das für sie ausgesetzt worden war, wurde nachträglich auf 20 000 Tonnen herabgesetzt. Das war zugleich die letzte Kornzuweisung im Kriege. Seitdem ist Kornbranntwein nicht mehr hergestellt worden. Nur für die *Hefebrennereien* wurde Getreide noch bereitgestellt. Kartoffelngabes im Jahre 1915/16 ziemlich reichlich, so daß die Kartoffelbrennereien an sich Rohstoff genug gehabt hätten, doch zeigte sich in diesem Jahre dieselbe Erscheinung wie im vergangenen Jahre, daß nämlich die Brennerei hinter den berechtigten Erwartungen weit zurückblieb, weil die Kartoffel ungebrannt höher verwertbar war. Man mußte sich daher im Frühjahr 1916 dazu entschließen, den Brennereien durch höhere Preise einen Produktionsanreiz zu geben. Das dritte Kriegsjahr 1916/17 stand unter dem Drucke stärksten Rohstoffmangels. Die Kartoffel hatte so geringe Erträge gebracht, daß nach Befriedigung des menschlichen Bedarfs zu Speisezwecken für die Brennerei kaum noch Vorräte zur Verfügung standen. Nur die nicht zur menschlichen Ernährung geeigneten Kartoffeln durften gebrannt werden. Zuckerrüben, aber auch Melasse, die in den früheren Jahren ängstlich vor dem Brennen bewahrt worden war, weil sie Futterzwecken vorbehalten bleiben sollte, mußten in die Bresche treten. Auch im letzten Kriegsjahre reichten die Kartoffeln, obwohl die Ernte besser ausgefallen war, allein nicht aus; Zuckerrüben, Futterrüben und Melasse mußten für die Branntweingewinnung wieder mit herangezogen werden.

In der ganzen Kriegszeit hat man an Spiritusmangel gekrankt. Vom Ausland, woher man noch im Frühjahr und Sommer 1915 nicht unbeträchtliche Mengen Spiritus eingeführt hatte, kam seitdem nur noch so wenig herein, daß die eingeführten Mengen im Vergleich zum Gesamtbedarf nicht wesentlich ins Gewicht fielen. Wollte man einigermaßen einen Ausgleich zwischen Angebot und Bedarf herstellen, so mußte eine radikale Einschränkung des Verbrauchs vorgenommen werden. Es wurde bereits gesagt, daß dafür beim Trinkbranntwein die Möglichkeit ohne weiteres bestand. Im Durchschnitt der letzten fünf Friedensjahre waren 1,86 Millionen Hektoliter reiner Alkohol zu Trinkbranntwein verarbeitet worden (eine recht beträchtliche Menge, wenn man sich klarmacht, daß sich daraus dreimal soviel konsumfertiger Branntwein herstellen ließ). Dagegen hatte der zu gewerblichen Zwek-

ken verwendete Alkohol nur 1,66 Millionen Hektoliter betragen. Ursprünglich hatte man angenommen, daß im Kriege der Trinkbranntweinverbrauch von selbst zurückgehen würde. Doch hatte sich diese Erwartung nicht erfüllt. Auch Ausschankbeschränkungen oder Verbote hatten keine rechte Wirkung. Seit April 1915 begann die Regierung damit, die Zulassung von Alkohol zur Besteuerung, die die gesetzliche Voraussetzung für die Zulassung von Alkohol zum Konsum für Trinkzwecke bildete, nach und nach einzuschränken, um sie schließlich vom März 1916 ab ganz zu sperren. Doch ruhte damit nicht etwa die Herstellung von Trinkbranntwein überhaupt. Erstens mußte für das Heer auf Grund besonderer Anforderungen Trinkbranntwein zur Verfügung gestellt werden, zweitens war von der Besteuerungssperre die große Zahl der kleinen Brennereien (die sogenannten »Abfindungsbrennereien«) sowie die Obstbrennereien nicht betroffen worden. Da mit der abnehmenden Herstellung der Preis für Trinkbranntwein zu früher ungeahnter Höhe emporstieg, wirkte die Sonderstellung dieser Brennereien wie eine gewinnreiche Vorzugsberechtigung.

Die gesamte Lage auf dem Spiritusmarkte drängte im Frühjahr 1916 auf die zentralisierte Bewirtschaftung durch die öffentliche Hand hin. Nur so war zu erwarten, daß der nur in beschränktem Umfang erzeugte Branntwein denjenigen Stellen zugeführt wurde, deren Bedarf im militärischen, volkswirtschaftlichen und sozialen Interesse am dringlichsten eine Befriedigung erheischte. Am 15. April 1916 wurde die *Reichsbranntweinstelle* gegründet, die sich als Geschäftsabteilung des Kartells der Spiritusbrenner, die Spiritus-Zentrale G. m. b. H., angliederte, unter deren Kontrolle bereits zu Friedenszeiten 90 vH der Erzeugung gestanden hatten. Alle die vielen kleinen und kleinsten Brennereien, die man zunächst noch außerhalb des Bereichs der öffentlichen Bewirtschaftung gelassen hatte, wurden in der Folgezeit ebenfalls der Kontrolle der Reichsbranntweinstelle unterstellt. Seit Sommer 1917 war aller Branntwein anmelde- und ablieferungspflichtig geworden. Es bleibe nicht unerwähnt, daß noch während des Krieges durch ein Reichsgesetz vom 26. Juli 1918 die Organisation der Reichsbranntweinstelle in eine Reichsmonopolverwaltung überführt worden ist.

Der Hauptvorteil der öffentlichen Bewirtschaftung lag in der

Tatsache, daß nun eine Stelle vorhanden war, die für eine scharfe Erfassung und Verteilung Sorge trug. Durch sorgfältige Prüfung der einzelnen Bedarfsnotwendigkeit und ihre Abwägung gegen andere konnte ein möglichst zweckmäßiger und sparsamer Verbrauch bewirkt werden.

Die Belieferung für den Trinkverbrauch der Zivilbevölkerung war völlig eingestellt worden. Die Abgabe von Brennspritus wurde etwa auf den vierten Teil des früheren Verbrauchs vermindert. Für Heilzwecke, für Laboratoriumsversuche, für kosmetische Erzeugnisse wurde nur das Allernotwendigste bewilligt. Einen ziemlich beträchtlichen Posten machten dagegen die Zuweisungen an Branntwein für die Essigindustrie aus. Einem ganz neuen Verwendungszwecke wurde Spiritus seit dem dritten Kriegsjahr zugeführt, nämlich zur Gewinnung von Äthylester aus Fettsäuren, der als Streckungsmittel für Kunstspeisefette Verwendung fand. Doch war es der Menge nach nicht viel, was dazu gebraucht wurde. Den Löwenanteil erhielt die Heeresverwaltung, hauptsächlich für technische Zwecke. Nach der Durchführung der öffentlichen Bewirtschaftung verteilten sich die Verbrauchsmengen auf die einzelnen Verwendungszwecke in etwa folgendem Verhältnis:

- 77 vH für den Bedarf der Heeresverwaltung, der Industrie zu Aufträgen der Heeresverwaltung und für den Bedarf sonstiger kriegsnotwendiger technischer Zwecke,
- 12 vH für Brennspritus,
- 8 vH für Essigherstellung,
- 3 vH für Krankenanstalten, Laboratorien, Arzneimittelfabriken, Apotheken und Fabriken für kosmetische Erzeugnisse und Essenzen.

3. Die Bierbrauerei

Der Versuch, die Zuckerindustrie umzustellen, war ein offenkundiger Fehler gewesen, die radikale Einschränkung der Branntweinbrennerei verbot sich aus militärischen Gründen, — und wie verhielt es sich mit der dritten großen landwirtschaftlichen Veredelungsindustrie, mit der Bierbrauerei? Hier handelte es sich um die Herstellung eines Genußmittels, für dessen Erzeugung kriegswirtschaftliche Erfordernisse unmöglich vorliegen konnten.

Hier ließ sich einsparen! Gewaltig große Getreidemengen pflegten in Deutschland zu Bier verarbeitet zu werden. Deutschland war vor Kriegsausbruch nächst den Vereinigten Staaten, dessen Bierproduktion übrigens erst einige Jahre vor dem Kriege diejenige Deutschlands überholt hatte, das größte Biererzeugungsland der Welt. Im Betriebsjahr 1912/13 betrug der deutsche Verbrauch 68,23 Millionen Hektoliter. Die dazu verwandte Gerste ist mit 1,68 Millionen Tonnen veranschlagt worden, wovon nur ein ganz geringer Teil, etwa 150 000 Tonnen aus dem Auslande stammten. Gut anderthalb Millionen Tonnen eines hochwertigen Getreides ließen sich einsparen, wenn man das Bierbrauen einstellte. Das war eine Menge, die unter Zugrundelegung der Kriegsrationierung ausgereicht hätte, um das ganze deutsche Volk ein Vierteljahr lang mit Brot zu versorgen.

In der Tat hatte die deutsche Kriegsernährung während des ganzen Krieges von dieser Reserve mitgezehrt. Freilich wurde das nicht in der Weise durchgeführt, daß man das Bierbrauen ganz eingestellt hätte. Das wäre ein Unterfangen gewesen, zu dem kein Ernährungsminister den Mut und wohl auch kaum die Macht gehabt hätte. Bier galt von alters her als deutsches Volksgetränk. Im Volks- und im Studentenliede wurde der »edle Gerstensaft« in tausend Zungen gepriesen, ja selbst übermäßiger Genuß erschien dieser feucht-fröhlichen Bierromantik nicht als anstößig. Auf den Biergenuß glaubte jeder Deutsche ein unumstößliches Anrecht zu besitzen. Besonders in Bayern nahm man das sehr ernst. Bereits in Norddeutschland war der Bierverbrauch groß; er betrug die ansehnliche Menge von 80 Litern auf den Kopf der Bevölkerung; da Kinder gar nicht, Frauen nur wenig Bier zu trinken pflegen, kann man sich ausrechnen, welches Quantum auf den erwachsenen Mann kam; aber alles das war nichts im Vergleich zu Bayern; denn hier war der Bierkonsum dreimal so groß, nämlich 235 Liter auf den Kopf der Bevölkerung. Wer diese Zahl kennt, begreift, daß die »bayerische Volksseele ins Kochen geriet«, wenn es um das liebe Bier ging. Hier half alles Zureden nichts. Dem Ernährungspolitiker, dem Hygieniker, dem Physiologen, die vorrechneten, wieviel Nährwertmengen im Biergenuß vergeudet würden, wurde entgegengehalten und in spitzfindiger Dialektik auseinandergesetzt, das Bier sei gar nicht in erster Reihe Genußmittel. Das Bier sei Nahrungsmittel und enthalte

einen guten Teil der im Rohstoff enthaltenen Nährwerte, und was abfiel, das käme als Futtermittel mittelbar der menschlichen Ernährung ebenfalls zugute. Bier sei »flüssiges Brot«.

Ohne Frage hätte bei der Bevölkerung »die gute Stimmung«, die zu erhalten eine Maxime der während des Krieges befolgten deutschen Politik war, einen schweren Stoß erlitten, wenn man das Bierbrauen verboten hätte. Und in der Tat hat sich die deutsche Regierung selbst in Zeiten schwerster Hungersnot nicht zu einer radikalen Einstellung des Bierbrauens entschließen können. Doch wurde für die Bierbrauerei im Laufe des Krieges der Rohstoffverbrauch stark eingeschränkt. Stückweise hieb man der Katze den Schwanz ab. Das Bier wurde von Jahr zu Jahr dünner gemacht, bis es am Schluß des Krieges schließlich so dünn war, daß für dieses Getränk die Bezeichnung Bier nur noch traditionell eine Berechtigung hatte. Ebenso wie der Kaffee war auch das Bier zwangsläufig seinen vorgezeichneten Weg zum »Ersatz« gegangen.

Es dauerte bis zum März 1915, bis man unter dem Eindrucke der damals hervortretenden Getreideknappheit zur ersten Einschränkung des Bierbrauens schritt. Zur Erreichung des Zwecks, eine erhebliche Menge von seither zur Bierbereitung verwendeter Gerste für die Volksernährung freizumachen, boten sich drei Wege, nämlich

1. die Verwendung von Zucker an Stelle und zum Ersatz eines Teiles des bisher verwendeten Malzes,
2. die Verringerung des Extraktgehaltes (Stammwürzegehaltes) des Bieres,
3. die Einschränkung der Malzverwendung in der Bierbrauerei in der Form einer Kontingentierung des Malzverbrauchs.

Unter diesen drei Wegen erwies sich der dritte als der gangbarste und wurde zunächst beschritten. Es wurde bestimmt, daß die Brauereien in jedem Vierteljahr nur 60 vH des im gleichen Vierteljahr der Jahre 1912 und 1913 durchschnittlich zur Bierbereitung verwendeten Malzes verarbeiten durften. Für die kleineren Bierbrauereien wurde das Kontingent auf 70 vH bemessen. Um die Verwendung ausländischen Malzes anzuregen, sollte solches auf das Kontingent nicht angerechnet werden.⁶ Diese Vor-

⁶ Doch galt das nicht auch für die vom Auslande eingehende unvermälzte, aber für die Vermälzung bestimmte Gerste, weil das zu schwer zu überwachen gewesen wäre.

zugsbehandlung wurde im Herbst 1915 wieder fallen gelassen, »weil das Brauereigewerbe ausländisches Malz zu Preisen und in einem Umfang aufkaufte, die auf die Dauer, abgesehen von der Valutaverschlechterung, nur schädlich für das ganze Gewerbe sein mußten«.⁷ Eine halbe Million Tonnen Gerste hoffte man durch die Kontingentierung einzusparen. Für die Verarbeitung zu Graupen als Ersatz für Hülsenfrüchte sowie für die Belieferung an die Heeresverwaltung, die mit der Haferversorgung in Schwierigkeiten gekommen war, hoffte man sich dadurch Möglichkeiten zu erschließen. Die gesamten Gerstenvorräte waren zugunsten der »Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung« beschlagnahmt worden mit Ausnahme derjenigen Mengen, die sich bereits im Besitze der Brauereien befanden. Als sich aber herausstellte, daß die Brauereien sich teilweise bis zum Übermaß eingedeckt hatten, mußte, um für die Beschlagnahme noch Mengen freizubekommen, am 17. Mai 1915 das Vermälzen verboten werden. Für das nächste Wirtschaftsjahr 1915/16 wurde das Kontingent auf 48 vH heruntergesetzt. An diesem Satze dachte man ursprünglich auch im folgenden Jahre festzuhalten, doch ergab die am 5. Oktober 1916 abgeschlossene Nachprüfung der Erntevorschätzungen einen so erheblichen Minderertrag, daß Gerste in größerem Umfang zur Brotstreckung bereitgestellt werden mußte. Die Malzkontingente wurden daher auf 25 vH reduziert. Nur *Bayern* bekam ein höheres Kontingent, nämlich 35 vH, weil dort die Konsumenten, namentlich aber die organisierten Arbeiter erklärten, lieber an ihrer übrigen Nahrung einen Abstrich sich gefallen zu lassen, als ihren Bierkonsum so stark einzuschränken. Bayern durfte die zusätzlichen 10 vH Biergerste aus dem ablieferungs-freien Teil seiner Gerstenernte decken, hatte aber außerdem an die »Reichsgerstengesellschaft« in Berlin eine entsprechende Menge Gerste abzuliefern, die zu Graupen verarbeitet werden sollte. Für das letzte Kriegsjahr 1917/18 wurden die Malzkontingente auf 10 vH, für Bayern auf 15 vH bemessen.

Doch würde man fehlgehen, wollte man annehmen, daß die tatsächliche Belieferung der Brauereien mit Gerste nun den Kontingenten auch voll entsprochen hätte. Die Brauereien haben in der Regel beträchtlich weniger bekommen. Vielleicht daß Bayern

⁷ Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges, 8. Nachtrag.

etwas besser beliefert worden ist. Doch hat im letzten Kriegsjahre, wo die anderen deutschen Brauereien statt 10 vH nur 5 vH wirklich zugewiesen erhielten, selbst Bayern sich einen Abstrich von 5 vH (von 15 auf 10 vH) gefallen lassen müssen.

Die Biererzeugung ging stark zurück. Im letzten Kriegsjahre war sie auf 24 Millionen Hektoliter gesunken, betrug also kaum mehr als den dritten Teil der Friedenserzeugung. Doch entsprach die Abnahme nicht entfernt der verringerten Malzzuweisung. Damit man nämlich trotz der herabgesetzten Malzkontingente möglichst viel Bier bekam, war man bereits seit Ende 1915 zu der weiteren Maßnahme geschritten, daß den Brauereien ein niedriger Stammwürzegehalt ihres Bieres vorgeschrieben wurde, der sich in dem Ausmaße verringerte, als die Malzbelieferung nachließ. Hatte vor dem Kriege das Normalbier einen Stammwürzegehalt von 10 bis 12 vH, das Exportbier einen solchen von 18 bis 20 vH gehabt, so wurde dieser während des Krieges stufenweise herabgesetzt, bis er schließlich Anfang 1918 auf $3\frac{1}{2}$ vH angelangt war. Nur das Heeresbier durfte ein wenig stärker eingebraut werden.

Zusammenfassend wird man feststellen müssen, daß die Wirtschaftsumstellung bei den Brauereien nicht Ziel, sondern Folgeerscheinung war. Nicht der Wunsch, durch Abdrosselung der Bierbrauerei Nährwerte für die Volksernährung einzusparen, war der eigentliche Ausgangspunkt zur Kontingentierung, sondern wenn man dazu schritt, geschah es, weil bei der allgemeinen Rohstoffknappheit anderes zu tun gar nicht übrigblieb. Aber auch dann blieb das Streben wirksam, soviel Bier brauen zu lassen, als unter den gegebenen Umständen nur irgend noch möglich war. Jahr für Jahr hat man in den Getreidebewirtschaftungsplänen für das Bierbrauen größere Mengen bereitzustellen versucht, als tatsächlich nachher zu beschaffen waren.

Bei dieser, die Konsumgewohnheiten der breiten Massen ängstlich schonenden Politik ließ man sich allerdings auch noch von einem anderen Gesichtspunkt leiten: Das Brauereigewerbe mit dem großen in ihm investierten Kapital, mit seinen Hunderttausenden von Arbeitern und Angestellten sollte geschont und erhalten werden. Insbesondere hielt man die kleineren Brauereien für schutzbedürftig. Darum wurde diesen, wie bereits erwähnt, bei der ersten Kontingentfestsetzung ein höheres Braurecht zugesprochen.

chen als den größeren Brauereien. Als vorübergehend 1915 das Mälzen verboten wurde, wurde eine Einrichtung vorgesehen und organisiert, der sogenannte »Malzausgleich«, damit die kleinen, mit Malz nicht eingedeckten Betriebe nicht zu kurz kämen. Tatsächlich konnten infolgedessen »Hunderte von Brauereien ihren Betrieb aufrechterhalten und dadurch vor dem wirtschaftlichen Ruin bewahrt bleiben«. ⁸ Ebenfalls im Interesse der kleineren Betriebe waren die Kontingente übertragbar gemacht worden, um ihnen im Falle einer Betriebseinstellung die Möglichkeit zu geben, sich durch Verkauf des Kontingents schadlos zu halten. Freilich sollte es sich zeigen, daß man über das Ziel hinausgeschossen war. Mit den Kontingenten wurde ein schwungvoller Handel getrieben, so daß sich die Regierung veranlaßt sah, für die Kontingente Höchstpreise festzusetzen und der Übertragung gewisse Beschränkungen aufzuerlegen. Eine völlige Abkehr von der bis dahin eingeschlagenen Politik bahnte sich dann aber seit dem Frühjahr 1917 an, als aus kriegswirtschaftlichen Gründen eine *Zusammenlegung der Brauereibetriebe* erforderlich wurde, um den Kohlenbedarf der Brauereien auf das geringste Maß herabzusetzen, Arbeitskräfte zu sparen und die vielen in den Brauereien noch reichlich vorhandenen Sparmetalle, vor allem Kupfer, für die Zwecke der Kriegführung freizumachen. Der Konzentrationsprozeß, der sich in der Brauindustrie schon vor dem Kriege angebahnt hatte, wurde stark beschleunigt. Mit über 10 000 Betrieben (ohne Elsaß-Lothringen) war das deutsche Braugewerbe in die Kriegswirtschaft eingetreten, nur etwa 4000 Betriebe wurden in die Friedenswirtschaft übergeführt.

ZWEITER ABSCHNITT

Die Umstellung der Viehwirtschaft

1. Das Problem

Die Umstellung der Viehwirtschaft auf die verkleinerte Futtermittelbasis und die sich daraus ergebende Anpassung des Konsums an geringeren Fleisch-, Fett- und Milchverbrauch stellte das

⁸ Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges, 6. Nachtrag. S. 24.

Zentralproblem der deutschen Kriegsernährungswirtschaft dar. In der Vorkriegszeit war mit dem wachsenden Wohlstande und der zunehmenden Verstädterung der deutschen Bevölkerung der Konsum an tierischen Erzeugnissen hoch angestiegen. In dem Zeitraum von 1897 bis 1912 hatte der *Fleischverbrauch* um 16 Kilo (von 36 auf 52 Kilo) je Kopf der Bevölkerung zugenommen. Fleisch war in Deutschland zu einem Volksnahrungsmittel geworden, das sich auch der kleine Mann fast tagtäglich zu leisten pflegte.

Mit Ausbruch des Krieges war die *Nachfrage* nach Fleisch keineswegs geringer geworden, im Gegenteil erhöhte sich der Fleischverbrauch infolge des Bedarfs der Heeresverwaltung ganz beträchtlich. Millionen von Männern, die sich, besonders soweit sie vom Lande stammten, im Frieden mit geringem Fleischgenuß begnügt hatten, erhielten nunmehr die den Durchschnittssatz von 52 Kilo weit übersteigende Fleischration der mobilen Truppen.

Wäre demnach die Freiheit des Handelns gegeben gewesen, so hätte die animalische Erzeugung eher vermehrt als vermindert werden müssen. Dem stand aber der Mangel an Futterstoffen im Wege. Vor allem die Schweinehaltung, die den Hauptteil des deutschen Fleischbedarfs befriedigt hatte, hatte sich zum guten Teil auf Auslandsfutter gestützt. Wenn im Jahre 1912 der deutsche Fleischverbrauch schätzungsweise 3 460 000 Tonnen betrug, so entfielen allein auf das Schweinefleisch 2 165 000 Tonnen, also nahezu zwei Drittel. Es liegt auf der Hand, von welcher einschneidenden Wirkung auf die gesamte Ernährungslage die Absperrung der für die Schweinehaltung unentbehrlichen Futtermittelzufuhr werden mußte. Natürlich blieben neben den Schweinen auch die anderen Tiergattungen von dem Mangel an Futtermitteln nicht unberührt, vor allem wurde die Milcherzeugung infolge des Mangels an eiweißreichem Futter beeinträchtigt. Doch war hier die Futtersversorgung nicht in dem gleichen Maße vom Auslande abhängig gewesen. Im späteren Verlaufe des Krieges hat auch die Rindviehhaltung schwer zu leiden gehabt, aber vorerst konnte sie keinen Gegenstand der Sorge bilden. Diese konzentrierte sich zunächst mit fast vollkommener Ausschließlichkeit auf die Frage der Schweinehaltung. Ob man wollte oder nicht, — eine Umstellung *mußte* erfolgen.

Durfte man die notwendig gewordene Anpassung an den verminderten Futtermittelstand dem freien Spiel der Kräfte über-

lassen? Das wäre nicht ungefährlich gewesen. Das Schwein nährt sich in der Hauptsache von Nährstoffen, die auch der Mensch zu seiner Nahrung gebraucht, nämlich von Getreide und Kartoffeln. Und zwar verschlingt es normalerweise in der kurzen Zeit seines Erdenlebens weit mehr Getreide und Kartoffeln, als der Mensch in einem ganzen Jahre gebraucht. Nimmt man an, daß das Schwein bis zur Schlachtreife durchschnittlich 20 Zentner Kartoffeln und daneben — niedrig gerechnet — 3 Zentner Körnerfutter frißt, und daß der Jahresverbrauch des Menschen 312 Pfund Kartoffeln (bei einer Wochenration von 6 Pfund) und 170 Pfund Brotgetreide beträgt, so ergibt sich, daß 10 Millionen Schweine soviel Kartoffeln wie 64 Millionen Menschen verbrauchen und daneben noch eine Menge an Getreide beanspruchen, mit der nahezu 20 Millionen Menschen ein Jahr lang auskommen können. Wohlgemerkt! 10 Millionen Schweine! Der tatsächliche Schweinebestand betrug bei Kriegsausbruch über 25 Millionen Schweine.

Die Folgerung, die sich daraus für die öffentliche Kriegsernährungspolitik ergeben mußte, war klar. Bei Getreide- und Kartoffelvorräten, die so knapp waren, daß sie für die unmittelbare menschliche Ernährung kaum ausreichten, durfte das Schwein nicht als unbeschränkter Mitverzehrter zugelassen werden. Dagegen hätte die Privatwirtschaft, vor die Frage gestellt, ob sie Getreide und Kartoffeln dem Schwein oder dem Menschen zuführen sollte, dem Prinzip des Eigennutzes folgend, die Neigung gehabt, die Entscheidung zugunsten des Schweines zu fällen. Da bei der gesteigerten Nachfrage nach Fleisch und Fett die Schweinepreise, sich selbst überlassen, steigen mußten, so versprachen die in Schweinefleisch umgewandelten Getreidemengen und Knollenfrüchte einen höheren Gewinn als ihr unmittelbarer Verkauf. Hätte man die Dinge laufen lassen, wie sie gingen, so wären die im Herbst geernteten Früchte in den ersten Wintermonaten verfüttert worden. Mangel und Not im Frühjahr und Sommer wären die unausbleibliche Folge gewesen.

Theoretisch war das Problem von primitiver Einfachheit. Es waren mehr Schweine da, als ohne Gefährdung der menschlichen Ernährung mit pflanzlichen Nahrungsmitteln durchgefüttert werden konnten. Die Schweinehaltung mußte daher durch Maßnahmen der öffentlichen Gewalt dem verminderten Futtermittelstande angepaßt werden. Alles das war schlüssig. Doch unlösbare

Schwierigkeiten gab die erforderliche Umstellung bei ihrer praktischen Ausführung auf. Welchen Weg sollte man einschlagen, um die gefährdeten Nahrungsstoffe sicherzustellen?

Das wirksamste und in seiner Ausführung einfachste Mittel wäre die völlige Beseitigung der Schweine gewesen. Ist doch ein allgemeines Verbot immer sehr viel leichter durchzuführen als eine Einschränkung, die naturgemäß viele Möglichkeiten zu ihrer Umgehung offen läßt. Es hat auch nicht an Stimmen gefehlt, die auf eine radikale Beseitigung der Schweine drangen. In der Tagespresse meldeten sie sich immer wieder zu Worte. Um zu zeigen, wie eindringlich diese Forderung gestellt wurde, sei auf eine Äußerung hingewiesen, die sich noch im dritten Kriegsjahre in einer wissenschaftlichen Zeitschrift fand. Dort wurde gesagt: »Hätten wir keine Schweine, hätten wir überhaupt keine Nahrungssorgen. Vielleicht lernen wir noch aus dem Kriege, daß die Schweinezucht ernährungspolitisch ein Wahnsinn ist.« Der Volkswirt brauche sich über die Gründe, weshalb den Juden das Schwein verboten wurde, den Kopf nicht zu zerbrechen. Das Schwein habe sich eben verboten für ein kleines Land in verkehrsarmer Zeit, selbst wenn es ein Land sei, »wo Milch und Honig fließt«. »Auch wir lebten in einem Lande, wo Milch und Honig fließt, — bis zu dem Augenblicke, wo wir zwangsweise wieder in die verkehrsarme Zeit zurückversetzt wurden, bis zu dem Augenblicke, wo uns die Futterzufuhr abgeschnitten wurde. Von diesem Augenblicke an aber schnappte das Schwein uns buchstäblich Milch und Honig vor der Nase weg — nicht nur, weil es uns die Magermilch und den Rübenzucker auffraß, sondern in noch größerem Maße, weil es die Rohmaterialien vertilgte, aus denen sie hergestellt werden: Getreide und Zuckerrüben... Für den Nichtwiederkäuer mit gespaltener Klaue und den Menschen ist kein Platz in der ‚geschlossenen Volkswirtschaft‘. Da heißt es, wo eines Platz greift, muß das andere weichen; wer nicht vertrieben sein will, muß vertreiben.«

Es ist ohne weiteres zu verstehen, daß die verantwortlichen Stellen diesen Weg nicht gehen mochten. Die Forderung einer völligen Beseitigung der Schweine schoß weit über ihr Ziel hinaus. Die deutschen Schweine waren ja nur zu einem Teil früher auf ausländisches Futter angewiesen gewesen, der Hauptteil des Futters war im Inlande erzeugt worden. Außerdem lebte das

Schwein nicht nur von Stoffen, die auch der Mensch ißt. Die Verfechter der Schweinebeseitigung pflegten ihre Forderung auf eine Kalorienberechnung zu stützen, indem sie ausrechneten, wieviel Nährwertmengen verloren gingen, wenn Zerealien und Hackfrüchte auf dem Wege durch den Tiermagen in Fleisch verwandelt würden. Sie beachteten häufig nicht, daß das Vieh außerdem Futterstoffe von menschlicher Un genießbarkeit frißt, die erst durch ihre Verarbeitung im Tiermagen für die menschliche Ernährung verwertbar werden. In besonders hohem Ausmaße ist es das Rind, das absolute, für den Menschen un genießbare Futterstoffe in menschliche Nahrungsmittel verwandelt. Aber bis zu einem beträchtlichen Ausmaße gilt das auch für das Schwein. Im Sommer auf die Weide getrieben, sucht es sich Futter, das sonst ungenutzt bliebe. Vor allem aber sei an die Abfallstoffe aus Küche und landwirtschaftlichen Nebenbetrieben erinnert, für die das Schwein der beste Verwerter ist. Insbesondere bedeutet auf dem Lande das Schwein des kleinen Mannes eine ausgezeichnete Ausnutzung von sonst unerfaßbaren Futterwerten. Gewiß, von solchen absoluten Futterstoffen allein wird kein Schwein fett. Aber diese bedeuten doch zumindest eine wertvolle Beigabe, und was das wichtigste ist, durch ihre Verfütterung werden Nährwerte erschlossen, die sonst ganz ungenutzt verkämen. Ein zu scharfes Vorgehen gegen die Schweinehaltung hätte unnötig eine wertvolle Nahrungsquelle verstopft.

Dazu kam, daß ganz ohne das Schwein selbst bei bescheidenen Ansprüchen eine Fleischversorgung nicht möglich war. Das Rind konnte auf die Dauer keinen ausreichenden Ersatz bieten. Das Rind wird, wenn man von der Kälberzeit absieht, erst in fortgeschrittenem Alter Schlachttier. Der Schlachtungskoeffizient ist deshalb vergleichsweise gering und mußte sich im Verlauf der Kriegswirtschaft noch verringern, weil die auf Kraftfuttermittel angewiesenen Abmelkwirtschaften, die die Tiere schneller umsetzten, sich mehr und mehr gezwungen sahen, die reine Abmelkwirtschaft aufzugeben. Die Kühe wurden wieder zugelassen und kamen erst in höherem Alter zur Schlachtung. Nichts rächt sich aber mehr, als wenn der Landwirt gezwungen wird, Rindvieh vor der Zeit abzustoßen. Das Rindvieh ist nicht wie das Schwein in erster Reihe Schlachttier, sondern Produktionsmittel. Natürlich ist auch das Schwein — als Düngerlieferant — für den Landwirt

Produktionsmittel. Aber das Rind ist es in viel höherem Ausmaße. Bei einer Einschränkung des Viehstandes hat man nicht nur weniger Fleisch, sondern man hat auch weniger Feldfrüchte. Die Viehhaltung ist ein notwendiger und unentbehrlicher Bestandteil des landwirtschaftlichen Betriebs. Wer viel Brotkorn haben will, muß auch einen starken Viehstand wünschen; eines hängt vom anderen ab. Von einem Baum, dem man eine Hauptwurzel abgräbt, kann man nicht viel Früchte erwarten. Es war ein Zeichen tiefster Not, daß die deutsche Kriegswirtschaft in den letzten beiden Kriegsjahren in Ermangelung von Schlachtschweinen tiefe Eingriffe in den Rindviehbestand machen mußte.

Doch sind wir vorausgeeilt. Die Forderung einer radikalen Beseitigung der Schweinehaltung war, wie gesagt, mit Recht abgelehnt worden. Andererseits stand fest, daß sich die Schweinehaltung im Vorkriegsumfange nicht aufrechterhalten ließ. Die Zahl der Schweine mußte auf diejenige Menge herabgedrückt werden, die, ohne die Versorgung der Bevölkerung mit pflanzlichen Nahrungsmitteln zu gefährden, der zur Verfügung stehenden Futtermenge entsprach. Wer aber wollte sich anheischig machen, zuverlässig die Frage zu beantworten, wie groß diese Futtermenge war? Wer Wirtschaftspolitik mit dem Rechenstifte machte, hatte freilich leichte Arbeit. Er rechnete sich aus, wieviel Futtergetreide und Futtermittel nach dem Durchschnitt der letzten Friedensjahre eingeführt worden waren, und welcher Anteil davon auf die Schweine entfallen sein mochte; er ließ sich dann von einem Sachverständigen sagen, wieviel Futter ein Schwein bis zur Mastreife beansprucht, dividierte die für die Schweine früher eingeführte Futtermenge durch diese Zahl, und er hatte die Zahl der Schweine, um die der deutsche Schweinestapel vermindert werden mußte.

Es lag auf der Hand, daß man auf diese Weise nicht zu richtigen Ergebnissen kommen konnte. Wieviel Schweine im Kriege aufgezogen werden konnten, richtete sich in erster Reihe nicht nach der Menge der fortgefallenen ausländischen Futtermittel, sondern danach, wieviel dafür aus den eigenen Ernten übrig war. Dieser Überschuß mußte aber in jedem Jahre verschieden groß sein. Wie hoch er tatsächlich war, ließ sich zunächst nicht feststellen, insbesondere nicht zu dem Zeitpunkte, wo es am meisten

erwünscht gewesen wäre: gleich nach der Ernte. Im Herbst war man über die Ernteergebnisse auf Schätzungen angewiesen. Daß sich diese von der Wirklichkeit stark unterscheiden konnten, hat man wiederholt erfahren müssen. Ein sicherer Anhalt ließ sich erst im nächsten Frühjahr gewinnen, wenn das Korn sämtlich ausgedroschen war und die Mieten geöffnet wurden. Dann aber konnte es zu spät sein. War die Ernte zu niedrig eingeschätzt und die Zahl der Schweine auf ein zu niedriges Maß herabgemindert worden, so gingen Futterwerte verloren, die Fleischproduktion wurde geschwächt und die Fleischversorgung der Bevölkerung in unnötiger Weise beeinträchtigt. Dieser Nachteil wog indes leicht im Vergleich zu dem Schaden, der entstanden wäre, wenn man den entgegengesetzten Fehler gemacht hätte. Hätte man in Überschätzung der Ernteergebnisse den Schweinebestand auf zu großer Höhe gelassen und im Winter zu viel verfüttert, so hätten im Frühjahr Getreide und Kartoffeln knapp werden müssen. Nicht einmal damit hätte man sich trösten können, daß man statt ihrer für die Monate des Mangels mehr Fleisch gehabt hätte. Fallen doch die Zeiten, in denen der Mensch mit den Früchten der Ernte reichen muß, und die Hauptschlachtzeit der Schweine nicht zusammen. Die Schweine werden mit Vorliebe in den kalten Wintermonaten geschlachtet, während neue Feldfrucht erst im Spätsommer der Ernährung des Menschen zuwächst. Eine unvorsichtige Haushaltung im Winter hätte sich daher im Sommer rächen müssen.

Man tappte im Dunkeln und ist auch während des ganzen Krieges aus diesem Dunkel nicht herausgekommen. Man hat gegen die Maßnahmen der Kriegsviehwirtschaft den Vorwurf der Unsicherheit und Unstetigkeit erhoben. Objektiv bestand dieser Vorwurf zweifellos zu Recht. Doch stand diese Unstetigkeit unter dem höheren Zwange unbeherrschbarer Vorgänge. Einer unserer klügsten Ernährungspolitiker hat einmal gesagt, wie der Krieg der Tod alles Planens sei, so sei der Wirtschaftskrieg eine Summe von Behelfen.⁹ Nirgends zeigte sich das deutlicher als auf unserem Gebiete. Man hat ständig herumexperimentiert. Und da jedes Experiment mehr oder weniger versagen mußte, weil letzten Endes das Problem überhaupt unlösbar war,

⁹ *Karl Thieß*, Die Ernährungslage in Deutschland zu Beginn des fünften Kriegsjahres. (Schmollers Jahrbuch, 43. 1919.)

war es ein leichtes, die ganze Politik in Bausch und Bogen zu verurteilen. Der objektiv urteilende Historiker wird das nicht tun. Denn alles verstehen, heißt alles verzeihen.

Wir wollen die auf diesem Gebiete getroffenen Maßnahmen im einzelnen betrachten.

2. Verfütterungsbeschränkungen

Das nächstliegende Mittel, um die Versorgung der Bevölkerung mit pflanzlichen Nahrungsmitteln sicherzustellen, hätte darin bestanden, daß man die Verfütterung verbot. Damit begann man schon sehr früh. Drei Monate nach Kriegsausbruch wurde am 28. Oktober 1914 ein Verfütterungsverbot für Brotgetreide und Mehl ausgesprochen. Ein Vierteljahr später ging man noch weiter, indem man durch die Bekanntmachung vom 25. Januar 1915 das Brotgetreide beschlagnahmte.

Man hätte meinen sollen, daß mit der Unterbindung der Brotgetreide-Verfütterung dem Bedürfnis, was das Getreide anbetraf, Genüge getan worden sei. Doch ging man noch weiter und unterwarf auch das *Futtergetreide* Verfütterungsbeschränkungen. Auf den ersten Blick mochte das befremden, denn zum Verfüttern ist das Futtergetreide doch da. Und doch bestand auch dazu eine Nötigung, erstens, weil das Futtergetreide, vor allem die Gerste, aber auch der Hafer, für menschliche Ernährungszwecke, und zwar in zunehmendem Maße, ebenfalls verwandt wurde, zweitens, weil die Heeresverwaltung einen gewaltigen Futtergetreidebedarf hatte, und drittens, weil bei der gegenseitigen Vertretbarkeit der Getreidearten der kriegsmäßige Verbrauch auf die besondere Eignung der einzelnen Getreideart für die besonderen Verwendungszwecke kein entscheidendes Gewicht zu legen pflegte. Bei dem allgemeinen Mangel an Körnerfrüchten verwischten sich die Unterschiede, und je länger je mehr gewöhnte man sich daran, im Getreide eine Einheit zu sehen, gleichgültig, ob es sich um Brot- oder um Futtergetreide handelte.

Bereits im Februar 1915 wurden *Hafer* sowohl wie *Gerste* beschlagnahmt und ablieferungspflichtig gemacht. Doch wurde den Erzeugern erstens für den Hausbedarf und zweitens für die Verfütterung an die eigenen Tiere ein bestimmtes Quantum belassen. Das Vieh wurde sozusagen auf Rationen gesetzt. Als normale

Hafer ration für die Einhufer — an andere Tiere, mit Ausnahme der Zuchtbullen, sollte grundsätzlich überhaupt kein Hafer verfüttert werden — hat während des Krieges gewöhnlich eine Tagesmenge von 3 Pfund ($1\frac{1}{2}$ kg) gegolten, eine außerordentlich schmale Portion, mit dem kein Tier recht auskommen konnte.

Bei der Gerste hatte man in den ersten drei Kriegsjahren den Erzeugern einen Teil der Ernte zur Verwendung nach eigenem Ermessen überlassen, und zwar im zweiten Kriegsjahr die Hälfte, im dritten Kriegsjahr vier Zehntel der eigenen Erzeugung. Im letzten Kriegsjahr, wo Hafer und Gerste in die Bewirtschaftung der Reichsgetreidestelle übergeführt worden waren, um von dieser Stelle aus zusammen mit dem Brotgetreide einheitlich bewirtschaftet zu werden, hörte das auf. Der Mangel war so groß geworden, daß die Gerstenverfütterung nach den gleichen Grundsätzen wie vorher die Haferverfütterung geregelt wurde. Für die Bemessung der Rationen war es in Zukunft gleichgültig, ob den Tieren Hafer oder ein Gemenge aus Hafer und Gerste gereicht wurde. Mehr als 3 Pfund Körnerfutter durfte kein Einhufer bekommen. Vom 15. November 1917 ab wurde die Ration für die Einhufer auf $2\frac{1}{2}$ Pfund herabgesetzt, doch erhielten die schwerarbeitenden Pferde eine Zulage, eine Parallele zu den Schwerarbeiterzulagen, wie sie bei der Rationierung menschlicher Lebensmittel durchgeführt worden waren. Luxus Pferde hatten überhaupt kein Körnerfutter zu beanspruchen. Auch das Verfüttern von Hafer oder Gerste an Schweine war im letzten Kriegsjahre verboten; nur für Zuchtschweine konnte ein gewisses Quantum bewilligt werden.

Was die *Kartoffeln* anbetraf, so war die deutsche Erzeugung in den ersten Kriegsjahren so stark, daß man von Verfütterungsbeschränkungen absehen konnte. Erst in den kartoffelarmen Zeiten des Jahres 1916 zeigten sich auch hier Eingriffe als unvermeidlich. Im Frühjahr 1916 wurde mit Verfütterungsbeschränkungen begonnen. An Pferde durften nicht mehr als 10 Pfund, an Zugochsen 7 Pfund, an Schweine 2 Pfund täglich verfüttert werden. Als sich im Juni 1916 die Kartoffelknappheit zur Krisis steigerte, wurde die Kartoffelverfütterung überhaupt verboten. Als die neue Ernte von 1916 über alles Erwartete schlecht ausfiel, wurde gleich zu Beginn des Erntejahres die Verfütterungsbeschränkung erneuert und am 1. Dezember 1916 das Verfüttern

der Kartoffeln überhaupt verboten. An diesem generellen Kartoffel-Verfütterungsverbot wurde auch in der Folgezeit festgehalten; nur solche Kartoffeln, die ungesund waren oder eine gewisse Mindestgröße nicht erreichten, wurden für die Verfütterung zugelassen.

Im Winter 1916/17, als zur Ergänzung der Kartoffelversorgung die *Kohlrüben* der öffentlichen Bewirtschaftung unterstellt wurden, wurden auch sie Verfütterungsbeschränkungen unterworfen. Nur in der Höhe von täglich höchstens $\frac{1}{200}$ ihrer Vorräte durften die Erzeuger verfüttern. In den folgenden Kriegsjahren ermöglichte der günstigere Ausfall und die bessere Erfassung der Kartoffelernten, von einem Verfütterungsverbot für Kohlrüben abzusehen.

Während in den Jahren 1914 und 1915 die Verfütterung von *Zuckerrüben* noch freigegeben war, ging die für das Wirtschaftsjahr 1916/17 getroffene Regelung von dem Grundsatz aus, daß die Zuckerrüben ausschließlich für die menschliche Ernährung verarbeitet werden sollten. Es wurde daher das Verfüttern von Zuckerrüben und Rohzucker verboten. Auch in den folgenden Jahren wurde daran festgehalten.¹⁰

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß seit 1916 das Verfüttern von *Zichorien* sowie von *Buchweizen* und *Hirse* ebenfalls verboten war.

Verfütterungsverbote boten gegen einen unrechtmäßigen Verbrauch nur einen bedingt sicheren Schutz. Da sich ihre Einhaltung nicht genau überwachen ließ, setzte ihre Wirksamkeit eine stark entwickelte Kriegswirtschaftsmoral voraus. Am ehesten mochten sich noch die Inhaber größerer Betriebe an die Verbote gebunden fühlen, einmal, weil nach dem Stande ihrer Bildung ihr Verständnis für die kriegswirtschaftlichen Notwendigkeiten stärker entwickelt war, und zweitens, weil ihr Tun den Augen der Angestellten nicht entgehen konnte. Dagegen fehlte gegenüber

¹⁰ Im Herbst 1917 und in noch höherem Maße in der Zuckerkampagne 1918/19 mußten große Mengen Zuckerrüben wegen des stets wachsenden Kohlenmangels und sonstiger Schwierigkeiten unverarbeitet bleiben. Um sie haltbarer und für den Transport an die Bedarfsstellen, insbesondere die Großstädte und Industrieorte geeignet zu machen, wurden die Rüben, soweit möglich, getrocknet und von der Reichsfuttermittelstelle übernommen. Durch die hohen Trocknungskosten gestalteten sich die Zuckerrüben als Futtermittel sehr teuer und wurden daher zum Teil zur Herstellung von Kaffee-Ersatz verwendet.

dem selbst wirtschaftenden Kleinbesitzer jede Kontrolle. Wer wollte feststellen, was der Bauer oder die Bauersfrau im Dunkel des Stalles den Schweinen in den Trog tat? Und man konnte solche Übertretungen nicht einmal allzu hart verurteilen. Die Einsicht in die bittere Notwendigkeit der Verfütterungsverbote mußte dem kleinen Mann abgehen, weil er die Folgen seines Tuns nicht voll zu ermessen vermochte. Er hatte gelernt: Der Gerechte erbarmt sich seines Viehes. Schrie das Vieh nach Futter, gab er ihm das letzte, was er hatte.

Die *Beschlagnahme* stellte eine schärfere Form der Beschränkung der Verfügungsfreiheit des Erzeugers dar. Indes konnte auch sie eine sichere Gewähr nicht dafür bieten, daß das von ihr betroffene Getreide nicht doch eine verordnungswidrige Verwendung fand. Wäre es möglich gewesen, das beschlagnahmte Getreide sofort in die öffentliche Hand zu bringen, dann würde ohne Frage die Beschlagnahme das gewünschte Ziel erreicht haben. Das war indes technisch nicht durchführbar. Die Verkündung der Beschlagnahme und die tatsächliche Ablieferung fielen für den Hauptteil der Mengen zeitlich nicht zusammen. Die mit der Bewirtschaftung beauftragten Stellen konnten das beschlagnahmte Getreide nur nach und nach abrufen, so wie es die Verwendungsmöglichkeit und wie es der Ausdrusch erlaubte. In der Zwischenzeit blieb das beschlagnahmte Getreide der Pflege des Erzeugers anvertraut. Ähnlich wie bei der Einhaltung der Verfütterungsverbote hing daher auch in diesem Falle alles von der Zuverlässigkeit der Landwirte ab.

3. Der Schweinemord

Solange überhaupt eine Möglichkeit zum Verfüttern vorhanden war, konnten weder Verbote noch Beschlagnahme einen sicheren Schutz dagegen gewähren, daß pflanzliche, der menschlichen Ernährung vorbehaltene Erzeugnisse nicht doch verfüttert wurden. Sicherer ging man, wenn man die Gefahrenquelle unmittelbar verstopfte, indem die Verfütterung für den Viehhalter entweder unmöglich oder unvorteilhaft gemacht wurde. Das konnte erreicht werden durch eine planmäßige Verminderung der Viehbestände oder durch Maßnahmen der Preispolitik.

Zunächst ist der erste Weg beschritten worden, und im Verfolg dessen kam es im Frühjahr 1915 zu einer Zwangsabschlachtung von Schweinen, zu dem großen »Schweinemord«, der das meist beachtete und meist umstrittene Ereignis der deutschen Kriegsernährungswirtschaft gebildet hat. Wie war man zu dieser radikalen Maßnahme gekommen? Kann man doch sonst der amtlichen Kriegsernährungswirtschaft nicht nachsagen, daß sie zum Radikalismus geneigt habe.

In den ersten Kriegsmonaten hatte man noch nicht im entferntesten an Eingriffe in den Viehbestand gedacht.¹¹ Im Gegenteil! Mit einem kurzen Kriege rechnend, glaubte man alles tun zu müssen, um den Viehstapel zu erhalten. Als im Herbst 1914 unter dem Druck der herannahenden Futtermittelknappheit der Auftrieb auf die Schlachtviehmärkte stärker wurde, erließ man *Schlachtverbote*. Zwar richteten diese Verbote sich vorzüglich gegen die Rinderschlachtung — Kälber unter 75 Kilogramm Lebendgewicht und weibliche Rinder bis zu sieben Jahren durften nicht geschlachtet werden —, doch erließen die meisten Bundesstaaten auch Schlachtverbote für Schweine unter einem bestimmten Lebendgewicht und für tragende Sauen. Obwohl der Schweinebestand bei Ausbruch des Krieges eine vorher nie erreichte Höhe erlangt hatte — nach der Zählung vom 2. Juni 1914 gab es 25,3 Millionen Schweine, 3½ Millionen mehr als am gleichen Tage des Vorjahrs —, fürchtete man doch, daß »das planlose und überstürzte Angebot in nicht allzu ferner Zeit in einen bedauerlichen Mangel an Schweinen umkehren würde«. Die Mitte Januar bekannt gewordenen Ergebnisse der Viehzählung vom 1. Dezember 1914 und der am gleichen Tage vorgenommenen Getreidebestandsaufnahme veränderten indessen die Sachlage von Grund aus. Die Schweine hatten sich nicht nur nicht vermindert, sondern noch um 35 000 Stück vermehrt.¹² Dagegen hatte es sich herausgestellt, daß schon am 1. Dezember 1914 die Getreide-

¹¹ Zum folgenden vgl.: *August Skalweit und Walter Klaas*, Das Schwein in der Kriegsernährungswirtschaft (Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 20/21). Berlin 1917.

¹² Doch darf man daraus nicht etwa schließen, daß in dem Halbjahr von Juni bis Dezember 1914 nur wenig Schweine abgeschlachtet worden wären. In diesem halben Jahre waren ja noch Millionen Schweine nachgewachsen. Um zu einer richtigen Vorstellung zu kommen, darf man nicht die Dezemberzählung 1914 mit der Junizählung 1914 vergleichen, sondern muß diese Zählungsergebnisse

bestände infolge umfangreicher Verfütterungen bis etwa auf die Hälfte der geschätzten ganzen Ernte zusammengeschrumpft waren. Nicht Mangel an Schweinen, sondern Mangel an Getreide und Kartoffeln für die menschliche Ernährung schien zu drohen.

Die Reichsregierung befand sich gerade damals in einem Zustande gesteigerter Entschlußkraft. Man kann sagen, daß in den Wochen um die Jahreswende 1914 auf 1915 für die Ausgestaltung der gesamten Kriegswirtschaft die grundlegenden Entschlüsse gefaßt wurden. Am 25. Januar 1915 wurde das Brotgetreide beschlagnahmt. Das Brotgetreide hielt man damit vor der Gefahr weiterer Verfütterung gesichert. Um aber auch die Kartoffel vor übermäßiger Verfütterung zu schützen, ordnete man am gleichen Tage eine Maßnahme zum Zwecke der Verminderung des Schweinebestandes an. Durch die Verordnung über »die Sicherung von Fleischvorräten« wurden die Städte und Landgemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern verpflichtet, sich einen Vorrat von Fleischdauerwaren zu beschaffen und seine Aufbewahrung sicherzustellen. Zur Erfüllung dieser Verpflichtung konnte den Gemeinden oder einem Dritten das Eigentum an den Schweinen von der zuständigen Behörde übertragen werden. Als Übernahmepreis galt die amtliche Preisfestsetzung des Schlachtviehmarktes nach dem Durchschnitt der beiden letzten Hauptmarkttag vor dem Eigentumsübergang.

Die Durchführung dieser Verordnung mußte auf große Schwierigkeiten stoßen. Allein schon in rein technischer Hinsicht. Die Schlächtereien waren auf die plötzlich zu verarbeitende Fleischmenge nicht eingestellt. Es fehlte an den nötigen Einrichtungen; es fehlte, bis dieser Mangel durch militärische Bereitstellungen beseitigt worden war, auch an Personal. Aber auch die finanzielle Belastung war groß, die den Gemeinden aus der Verpflichtung zur Herstellung von Fleischdauerwaren erwuchs.¹³ Zudem bestanden Zweifel an der Haltbarkeit der Vorräte. Es sollten näm-

neben die entsprechenden des Vorjahrs halten. Während vom 2. Juni 1913 bis zum 1. Dezember 1913 eine Zunahme des Bestandes um nahezu 4 Millionen Schweinen zu verzeichnen gewesen waren, war jetzt ihre Zahl bloß um 35 000 Tiere gewachsen.

¹³ In Preußen war den Gemeinden aufgegeben worden, für 15 Mark auf den Kopf der Bevölkerung Fleischdauerware zu beschaffen.

lich vorwiegend geringgewichtige Schweine verarbeitet werden, weil diese mehr Erhaltungsfutter beanspruchten als die ganz schweren Tiere. Gerade diese Tiere aber waren infolge ihres geringen Fettansatzes für die Aufbewahrung durch Salzen und Räuchern wenig geeignet. Die Regierung entschloß sich daher, die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft an der Aktion zu beteiligen, um die Gemeinden von einem Teile des Risikos zu entlasten. Eine weitere Schwierigkeit, die erst während der Ausführung der Maßnahme erwuchs, äußerte sich darin, daß naturgemäß infolge der gesteigerten Nachfrage die Schweinepreise stark anzogen. Es wurde daher erforderlich, für jene niedrigen Gewichtsklassen, die vor allem erfaßt werden sollten, Enteignungshöchstpreise auf der Grundlage der an den beiden letzten Berliner Hauptmarkttagen geltenden Preise festzusetzen. Überhaupt wurde von seiten der Regierung alles getan, um der Aktion eine möglichst durchschlagende Wirkung zu geben. Die preußischen Landräte wurden angewiesen, »ihren ganzen amtlichen und persönlichen Einfluß auf die ländliche Bevölkerung dahin aufzubieten, daß mit aller Beschleunigung und im weitesten Umfange mit der Abschachtung von Schweinen und Ansammlung von Dauerwaren vorgegangen würde.« Hingegen doch vom Gelingen der ganzen Maßnahme »die wirtschaftliche Durchhaltung des Krieges in der Ernährungsfrage zum großen Teil ab«.

Trotzdem wurden die getroffenen Maßnahmen von manchen Seiten als unzulänglich bezeichnet. Insbesondere taten sich in der Forderung noch radikalerer Eingriffe einige Berliner Professoren hervor. Man berechnete, daß, wenn nicht entschiedener vorgegangen würde, Ende Juli der Kartoffelvorrat verbraucht sein würde. Man müßte ungefähr 12 Millionen Schweine schlachten. Eine Zwangsabschlachtung auch der unreifen Schweine von 40 bis 45 Kilogramm, ja die Tötung aller Schweine über 35 Kilogramm wurde gefordert.

Es war der Regierung hoch anzurechnen, daß sie sich von diesen Stürmern und Drängern, die ihre Forderungen mit Leidenschaftlichkeit und unter dem Beifall des überwiegenden Teiles der öffentlichen Meinung vortrugen, nicht mit fortreißen ließ. Zumindest glaubte sie sich vorher darüber vergewissern zu müssen, ob die beabsichtigte Wirkung nicht bereits schon erreicht sei, ehe sie dem Drängen nachgab. Am 15. März 1915 wurde gleich-

zeitig mit einer Viehzählung eine Kartoffelbestandsaufnahme vorgenommen. Das Ergebnis war, daß zwar die Schweine um $7\frac{1}{2}$ Millionen abgenommen hatten, daß aber die Kartoffelbestände, die ja das Saatgut noch enthielten, nur 10 Millionen Tonnen betrugen. Mit gesteigertem Eifer setzte man daher die Aktion fort, die nunmehr ihren Höhepunkt erreichte. In den folgenden vier Wochen bis zur nächsten Schweinezählung am 15. April sank der Bestand um weitere $1\frac{1}{3}$ Millionen Tiere. Seit dem 1. Dezember 1914 hatte der Bestand um nahezu 9 Millionen oder 35 vH abgenommen. Die Regierung glaubt nunmehr abstoppen zu müssen. Anfang Mai 1915 wurde die Aktion eingestellt. Und wie Recht sie damit getan hatte, sollte sich zeigen, als die Kartoffelmieten geöffnet waren. Denn nun ergab sich, daß weit mehr Kartoffeln vorhanden waren, als bis zur neuen Ernte verzehrt und verfüttert werden konnten.

Die Kritik, die nunmehr einsetzte, war ebenso maßlos, wie vorher die Zwangsabschlachtung verfochten war. Vor allem wandte sich die Kritik gegen die weltfremden Professoren, die die »Bartholomäus-Nacht der Borstentiere« angezettelt hätten. Ein unnötiger Schaden sei angerichtet worden. Die ganze Zwangsabschlachtung hätte dem Volke im allgemeinen, der Landwirtschaft im besonderen erspart bleiben können. Und zwar wurden solche Stimmen nicht nur aus dem agrarischen Lager vernommen, sondern auch Organe jenes Teiles der öffentlichen Meinung, die Verbraucherinteressen vertraten, äußerten sich in ähnlichem Sinne.

Die Art, wie sich die angegriffenen Professoren zur Wehr setzten, war wenig glücklich. Sie behaupteten nämlich, die Zahl der zwangsweise geschlachteten Tiere habe sich kaum über das gewöhnliche Maß erhoben. Es habe in Wahrheit der »Schweinemord« gar nicht stattgefunden. Alle Vorwürfe seien daher gegenstandslos. Wie war man zu diesem, nach allem Vorgefallenen freilich erstaunlichen Ergebnis gekommen? Die Schweinezählungen hatten folgende Bestände festgestellt:

Ergebnisse der Schweinezahlungen im Deutschen Reich und in Preußen (in Millionen Stück)

	Deutsches Reich				Preußen			
	Über- haupt	Unter 1/2Jahr	1/2-1 Jahr	1 Jahr u. älter	Über- haupt	Unter 1/2Jahr	1/2-1 Jahr	1 Jahr u. älter
1. XII. 1913	25,7	15,3	7,4	2,9	18,0	10,7	5,2	2,1
2. VI. 1914	25,3	16,9	6,1	2,3	18,0	11,9	4,5	1,6
1. XII. 1914	25,3	14,7	7,7	2,9	17,7	10,1	5,4	2,1
15. III. 1915	17,9	12,4	3,9	1,6	12,5	8,6	2,8	1,1
15. IV. 1915	16,6	11,9	3,2	1,5	11,5	8,2	2,3	1,0

Danach ergab sich, daß sich in dem Zeitraum vom 1. Dezember 1914 bis zum 15. April 1915 die Schweine in ihrem Bestande um etwa 9 Millionen vermindert hatten. Indem nun auf der einen Seite diese Differenz mit der Schlachtungsziffer gleichgesetzt und auf der anderen Seite errechnet wurde, daß im Vorjahr in dem gleichen Zeitraum die Schlachtungsziffer nicht viel geringer gewesen sei, wurde gefolgert, daß eine anormale Mehrschlachtung nicht stattgefunden hätte. Natürlich war es falsch, die Differenz der beiden Bestandszahlungen mit der Schlachtungsziffer gleichzusetzen. Wenn der Bestand sich um 9 Millionen verringert hatte, mußte unter Einrechnung des Nachwuchses die Zahl der Schlachtungen sehr viel größer gewesen sein und etwa 13 bis 14 Millionen betragen haben.¹⁴ Nein, daran kann kein Zweifel sein: eine Mehrschlachtung hatte fraglos stattgefunden, und wenn diese über das normale Maß hinausgehende Mehrschlachtung auch nur 1,6 bis 1,7 Millionen betragen hat (wie es wahrscheinlich ist), so ist diese Menge nicht als gering zu erachten, wenn man bedenkt, daß es sich bei dem Mehr der geschlachteten Schweine zum großen Teil um Tiere handelte, die der Landwirt unter normalen Umständen nicht abgestoßen hätte. Auf der anderen Seite darf mit Recht bezweifelt werden, ob bei einem Unterlassen der erzwungenen Schlachtungen tatsächlich der befürchtete Kartoffelmangel eingetreten wäre. Die nach den Ergebnissen der Kartoffelbestandsaufnahme vom 15. Mai 1915 noch vorhandenen Vorräte waren so groß, daß die mehr geschlachteten Schweine nicht

¹⁴ Auf die Berechnungen im einzelnen sei hier nicht eingegangen. Ich verweise auf Skälweits Schrift »Das Schwein in der Kriegsernährungswirtschaft«, wo sich das Nähere darüber findet. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß nicht alle die angegriffenen Professoren diese fundamentalen statistischen Schnitzer gemacht haben.

imstande gewesen wären, sie bis zur Beeinträchtigung der menschlichen Ernährung aufzufressen.

Auf einem anderen Blatt steht, ob man der Regierung und denen, die ihr dazu rieten, Vorwürfe machen soll. Bei der Beurteilung der geschilderten Ereignisse ist davon auszugehen, daß man zu der Zeit, als sich die Regierung zu ihrem Vorgehen entschloß, unter dem Eindrucke von Bestandsaufnahmen stand, die zu den schwersten Befürchtungen berechtigten Anlaß gaben. Daß sich die von den Landwirten gemachten Angaben nachher als falsch erwiesen, war nicht vorauszusehen. Jedenfalls wäre es für eine, sich ihrer Verantwortung bewußte Regierung nicht zu rechtfertigen gewesen, wenn sie sich tatenlos verhalten hätte.

Aber wie man darüber auch denken mag, so wird man doch sagen müssen, daß die damals ausgeführte Zwangsschlachtung eine höchst rohe Form darstellte, den Schweinebestand den vorhandenen Futtermitteln anzupassen. Da man sich keinen Einfluß auf die Zahl der zu schlachtenden Schweine vorbehalten konnte, hatte man auch keinen Überblick darüber, in welchem Augenblick der Zweck der Aktion erreicht worden war. Den einzigen Anhalt dafür boten die Bestandsaufnahmen, die entweder unzuverlässig waren oder in ihren Ergebnissen zu spät kamen, um die Handlungen noch rechtzeitig zu beeinflussen. Es war daher nur zu erklärlich, daß das Exempel nicht glatt aufgehen konnte.

Weiter führte die über den eigentlichen Bedarf hinaus erzungene Schlachtung zu einem unwirtschaftlichen Mehrverbrauch von Fleisch. Allerdings lag es in der Absicht, die mehr geschlachteten Schweine zu Dauerware zu verarbeiten, um sie in einer späteren Zeit dem Verbrauch zuzuführen. Doch erwies sich das bei der Beschaffenheit der meist zu jung geschlachteten Tiere nicht immer als durchführbar. Ob die Behauptung zutraf, daß den Gemeinden größere Mengen der aufgestapelten Waren verdorben sind, lassen wir unerörtert; derartige Angaben haben sich gewöhnlich als übertrieben erwiesen.

Die staatlich angeordnete Zwangsschlachtung ist in der deutschen Kriegsernährungswirtschaft eine Einzelerscheinung geblieben. Man hat sie niemals wiederholt. Das ließ sich um so leichter vermeiden, nachdem seit Beginn des Jahres 1916 der Schlachtviehhandel in eine staatlich geregelte Bewirtschaftung übernommen worden war.

4. Die öffentlich geregelte Bewirtschaftung des Schlachtviehs

Unter normalen Verhältnissen würde der *Preis* den Regulator abgegeben haben, durch den die Produktion selbsttätig den allgemeinen Wirtschaftsbedingungen angepaßt worden wäre. Was geschieht im Frieden bei einer Futtermittelknappheit? Die erste Wirkung wird sein, daß der Landwirt einen Teil des Viehs abzustößen sucht; starkes Angebot mit meistens sinkenden Preisen sind die Folge. Diese Wirkung hält aber nicht an, weil nach einer gewissen Zeit der Auftrieb auf den Märkten wieder abnehmen und unter den Bedarf sinken wird. Das Angebot genügt nicht der Nachfrage, die Preise gehen in die Höhe. Und nun setzt die Gegenwirkung ein. Die hohen Preise geben den Anreiz zu vermehrter Erzeugung, die dann im weiteren Verlauf das Angebot fördern und die Preise abschwächen wird. Diese Erscheinung konnte in Friedenszeiten wiederholt und mit besonders hervortretender Deutlichkeit auf dem Schweinemarkte beobachtet werden. Gewöhnlich wechselten zwei billige mit zwei teuren Jahren ab. Es ergab sich nachfolgende Stufenfolge: geringe Futtermittel-ernte — vermehrte Abschlachtungen — sinkende Preise — verminderte Aufzucht und Mast — verringertes Angebot — steigende Preise — verstärkte Viehhaltung — sinkende Preise —, und so lief die Reihe entsprechend den Ernteaussfällen bald verstärkt, bald abgeschwächt fort.

Was wäre die Folge gewesen, wenn man in der Kriegswirtschaft diesem Spiel der Kräfte unbeschränkt Raum gegeben hätte? Darauf läßt sich eine ziemlich zuverlässige Antwort geben, weil man sich erst verhältnismäßig spät dazu entschloß, auf dem Viehmarkt in die Preisbildung einzugreifen.

Gleich nach Abschluß Deutschlands von der Futtermittelzufuhr setzte, wie bereits erwähnt, ein nie zuvor gesehener Auftrieb auf dem Schweine- und Rindermarkte ein. Die Preise sanken zeitweise auf einen so niedrigen Stand, daß die Regierung, eine ihr damals noch unerwünscht erscheinende Verminderung der Erzeugung befürchtend, im Spätherbst 1914 — im Widerspruch zu den gleichzeitig erlassenen Verfütterungsverboten — Schlachtbeschränkungen anordnen zu müssen glaubte. Es folgte dann der jähe Umschwung der Meinungen über das, was kriegswirtschaftlich geboten zu sein schien, mit den Zwangsabschlachtungen des

Frühjahrs 1915. Nach Abschluß dieser den Schweinebestand vermindern- den Maßnahme zogen die Preise naturgemäß an, und zwar in einem Grade, daß von neuem ein starker Anreiz zum Verfüttern von Brotgetreide und Kartoffeln gegeben wurde. Waren doch diese Vegetabilien mit Höchstpreisen bedacht worden, die in keinem Verhältnis zu den ins Maßlose gestiegenen Vieh- und Fleischpreisen standen. Das Erwünschte und Notwendige wäre aber gerade ein umgekehrtes Verhältnis gewesen: die Getreide- und Kartoffelpreise hätten so hoch sein müssen, daß auch aus Gründen gewinnbringender Verwertung ihre Verfütterung unrentabel gewesen wäre. Wäre von vornherein ein nach allen Seiten hin vorbedachter Wirtschaftsplan vorhanden gewesen, dann hätten gleichzeitig mit den Höchstpreisen für Getreide und Kartoffeln auch solche für Schlachtvieh eingeführt werden müssen. Dazu aber konnte man sich lange nicht entschließen. Man glaubte, daß allein schon aus technischen Gründen die Bestimmung von Viehhöchstpreisen nicht möglich sei. Man überschätzte die Schwierigkeiten, die eine Berücksichtigung der lokalen Preisunterschiede und der Qualitätsunterschiede boten. Man hatte auch wohl daran gedacht, ob man nicht durch die Festsetzung von Fleischpreisen seitens der Kommunalverbände einen Druck auf die Viehpreise ausüben könnte. Tatsächlich hatten einige Städte einen solchen Versuch gemacht. Doch erwies sich das als ein Versuch mit untauglichen Mitteln. Das Vieh wanderte dorthin, wo die höheren Preise gezahlt wurden. Die Märkte der Städte mit Fleischhöchstpreisen verödeten. Schleunigst mußten diese wieder aufgehoben werden.

Man hatte auch wohl geglaubt — und vom Erzeugerstandpunkt aus wurde wiederholt darauf hingewiesen —, daß die Preise von selbst mit gesteigerter Produktion fallen müßten. Nichts von alledem trat ein. Im Sommer 1915 nahm die Schweineerzeugung zu, aber die Preise stiegen in noch stärkerem Verhältnisse, als sich die Schweinebestände vergrößerten. Die Friedensregel, daß mit wachsendem Angebot die Preise niedriger werden, schien zu versagen. Die gleiche Erfahrung wurde später auf dem Rindermarkte gemacht. Im Januar 1916 stiegen die Rinderpreise auf eine vorher noch nicht dagewesene Höhe. Gleichwohl war der Auftrieb auf den Viehmärkten etwa doppelt so groß wie in Friedenszeiten. Die Erklärung dieser Preisbildung, die zu der öko-

nomischen Regel des Einflusses von Angebot und Nachfrage im Widerspruch zu stehen scheint, ist leicht zu finden. Die Nachfrage nach allem, was eßbar war, war in der deutschen Kriegswirtschaft so groß, daß ein einzelner begehrter Artikel, mochte er noch so stark angeboten sein, in seinem Preise ins Ungemessene stieg, solange man ihn sich frei überließ. Ein Schulbeispiel dafür boten die Gänsepreise des Winters 1916/17. Unbeengt durch Höchstpreise stiegen sie auf eine Höhe, daß in Berlin für eine fette Gans soviel bezahlt wurde wie für ein starkes Kalb. Gleichwohl gab es auch damals Leute, die diese Entwicklung begrüßten, in der naiven Annahme, daß, durch diese Preise angeregt, im nächsten Winter ein verstärktes Gänseangebot wieder zu angemessenen Preisen führen würde.

Da alle Hoffnungen fehlschlügen, durch andere Mittel eine Senkung der Schweinepreise zu bewirken, mußte man sich dem Zwange der Verhältnisse fügen und am 4. November 1915 *Höchstpreise für Schweine* einführen.

Der wöchentliche Auftrieb auf den Schweinemärkten

Schlachtviehmarkt 1915	Vor den Höchstpreisen Anfang November	Nach den Höchstpreisen Mitte November
Berlin	23 098	8 377
Danzig	1 038	459
Breslau	2 152	443
Magdeburg	3 443	1 041
Dresden	1 160	182
Leipzig	736	283
Hannover	1 767	409
Hamburg	10 954	1 399
Dortmund	1 070	308
Essen	2 478	755
Köln	3 938	885
Frankfurt a. M.	1 032	276
Mannheim	856	252
Stuttgart	1 126	493
Nürnberg	1 907	404
München	3 810	907
Zusammen	60 565	16 873

Die Wirkung entsprach nicht den Hoffnungen, die man sich davon in der öffentlichen Meinung, von der stürmisch die Höchstpreise verlangt worden waren, gemacht hatte. Der Auftrieb auf den Schweinemarkt ging auf einen kleinen Bruchteil seines früheren Umfangs zurück. Wo waren die Schweine geblieben?

Einmal suchte und fand man Wege, Schweine unter der Hand zu verkaufen — Tausende von Familien, die Bekannte auf dem Lande hatten, ließen dort ein Schwein schlachten und nahmen es als Dauerware wieder herein —, oder man gab sie an die Konservenfabriken ab, die, weil für ihre Erzeugnisse keine Höchstpreise galten, bessere Preise zahlten. Dieser letzte Fehler in der ersten Höchstpreisverordnung ließ sich zwar alsbald korrigieren. Was aber nicht verhindert werden konnte, war, daß die Erzeuger ihre im Preise gedrückten Schweine zurückhielten und lieber selbst verzehrten. Denn im Vergleich zu anderen Nahrungsmitteln war das Schwein so billig geworden, daß für den Erzeuger kein Anreiz zum Verkauf auf dem Markte mehr bestand.

So waren denn die Schweinehöchstpreise von einem eklatanten Mißerfolg begleitet. Die nach Höchstpreisen verlangenden Konsumenten hatten das zwar erreicht, daß die Schweine billiger geworden waren; doch gab es keine zu kaufen.

Noch schlimmer war die *Rückwirkung auf dem Rindermarkte*. Die Schweinehöchstpreise sollten das Schweinefleisch verbilligen, und sie verteuerten das Rindfleisch. Denn natürlich warf sich der Konsum nun auf das Rindfleisch, und da man nicht zugleich mit den Höchstpreisen für Schweine solche für Rinder eingeführt hatte, schnellten die Rinderpreise in die Höhe. Bei dem Mangel an Schweinefleisch konnte der Konsum auch nicht seinen Bedarf den gestiegenen Preisen entsprechend einschränken. Besonders die Heeresverwaltung nicht. Sie mußte kaufen, mochte es kosten, was es wollte. Die Spekulation bemächtigte sich der Lage. Da die Rinderpreise in unerschütterlicher Stetigkeit zunahmen, wurde der Rinderhandel zu einem Spekulativgeschäft, mit dem sich viel Geld verdienen ließ, und es warfen sich Leute auf ihn, die sich vorher niemals damit beschäftigt hatten. So kam alles zusammen, die Preise weiter in die Höhe zu treiben. Die Gefahr für die deutsche Rinderhaltung wuchs, tragende Kühe und schlachtreifes Vieh wurden in steigendem Maße zur Schlachtbank getrieben.

Es ging nicht an, diese Entwicklung auf dem Rindermarkte ruhig weiterlaufen zu lassen. Aber was sollte geschehen? Zur Festsetzung von Höchstpreisen mochte man sich nicht entschließen. In einer am 7. Januar 1916 unter dem Vorsitz des Landwirtschaftsministers abgehaltenen Sitzung der preußischen Landwirtschaftskammern wurden »allgemeine Höchstpreise für Rindvieh einstimmig nicht für durchführbar angesehen«. Man suchte daher nach einem anderen Wege, um einen Einfluß auf die Preisbildung zu bekommen. Indem man sich bewußt oder unbewußt die Industriekartelle zum Vorbild nahm, kam man auf den Gedanken, den Viehhandel in territoriale, unter Staatsaufsicht stehende Zwangssyndikate zusammenzufassen, von deren regelnder und kontrollierender Tätigkeit man eine Gesundung der gesamten Verhältnisse auf dem Rindermarkte erwartete. Es war damals gerade die Zeit, wo die Versorgung der Bevölkerung unter den Spekulationen und Preistreibereien des sogenannten wilden Handels litt. In der Annahme, daß hier auch bei dem Viehhandel die Wurzel des Übels säße, glaubte man allein schon dadurch, daß man den Viehhandel konzessionspflichtig machte, Besserung schaffen zu können. Nur wer schon vor dem Kriege mit Vieh gehandelt hatte und sich eines guten Leumunds erfreute, konnte die Mitgliedschaft des Syndikats und damit die Handelsberechtigung erwerben. Weiter war vorgesehen, daß die Geschäftsführung der zugelassenen Händler überwacht werden sollte. Es wurde verlangt, daß über jedes Kaufgeschäft sogenannte Schlußscheine mit Angabe der Gattung, des Gewichts und des bezahlten Preises des Tieres vom Händler ausgestellt und in einer Ausfertigung der Überwachungsstelle eingesandt werden sollten. — So entstanden die *Viehhandelsverbände*, in der Regel für jede Provinz einer mit dem Sitze in der Provinzialhauptstadt und mit einem höheren Staatsbeamten (in Preußen häufig dem Oberpräsidenten) an der Spitze des Vorstandes, der sich im übrigen gewöhnlich zur Hälfte aus Viehhändlern und zur Hälfte aus Landwirten zusammensetzte.

Die im Februar 1916 von den Viehhandelsverbänden aufgenommene Tätigkeit sollte sich zunächst, wie bereits gesagt, nur auf die Überwachung des Viehhandels erstrecken. Zwar waren ihnen satzungsgemäß größere Machtmittel übertragen worden, nämlich die Preisregelung und die selbständige Beschaffung von Vieh,

aber davon sollte kein Gebrauch gemacht werden, sondern erst abgewartet werden, welchen Erfolg die Ausschaltung des wilden Handels und die Überwachung des legitimierten Handels haben würden.

Die in dieser Hinsicht gehegten Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Zwar konnte einigen skrupellosen Geschäftsleuten das Handwerk gelegt werden. Daß aber dadurch die Marktlage verbessert worden wäre, trat äußerlich nicht in Erscheinung. Auch von irgendeiner Wirkung der Verkaufsanzeigen, der Schlußscheine, auf die Preisbildung war nichts zu merken. Überhaupt kam den Schlußscheinen in der Praxis nicht entfernt der Wert zu, den man sich von ihnen versprochen hatte. Die Preise für Rinder, Kälber und Schafe stiegen unentwegt weiter.

Die Viehhandelsverbände hätten sich zu völliger Unfruchtbarkeit verurteilt, wenn sie nicht unter diesen Umständen zu einer aktiven Viehhandelspolitik übergegangen wären. Der erste Schritt, der in dieser Richtung getan wurde, war die Einführung von *Rinderhöchstpreisen*, die Mitte März 1916 erfolgte. Die Rinderpreise waren bis Mitte März auf eine Höhe gestiegen, daß auf den Schlachtviehmärkten die amtlichen Preisnotierungen eingestellt werden mußten, weil man sich scheute, die gezahlten Phantasiepreise der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Der Landwirt widerstand den hohen Preisen nicht. Das Rindvieh, das in der deutschen Landwirtschaft in erster Reihe Produktionsmittel und erst in zweiter Reihe Schlachtvieh ist, war zum Konsumtionsgut geworden.¹⁵ Dem mußte Halt geboten werden. Es lag eine gewisse Ironie darin, daß ausgerechnet die erste Tat der Viehhandelsverbände darin bestand, Rinderhöchstpreise einzuführen, um deren Vermeidung willen sie eigentlich gegründet worden waren.¹⁶ Im April 1916 wurden die Schweine- und Rinderhöchstpreise durch solche für Kälber und Schafe ergänzt.

¹⁵ Vgl. *Friedr. Beckmann*, Die Organisation der agrarischen Produktion im Kriege (Zeitschrift für Sozialwissenschaft, VII. 1916).

¹⁶ Zugleich mit den Höchstpreisfestsetzungen wurden Bestimmungen über die zulässige Höhe des den Händlern beim Weiterverkauf zustehenden Handelsgewinns getroffen. In dieser Hinsicht hatten sich nämlich die Friedensbegriffe völlig verschoben. Hatte im Frieden der Handelsgewinn für ein Stück Großvieh im Durchschnitt 10 bis 20 Mark betragen, so war es seit Ende 1915 keine Seltenheit mehr, daß bei einem einzigen Rinde 100 bis 200 Mark vom Händler verdient wurden. Dem Verfasser ist aus seiner damaligen eigenen Tätigkeit als Vorsitzen-

Es blieb nur noch übrig, von der letzten und in ihrer Wirkung am tiefsten einschneidenden Befugnis Gebrauch zu machen und auch die Beschaffung und den Absatz des Schlachtviehs in die Regie der Viehhandelsverbände einzubeziehen. Die Festsetzung der Rinderhöchstpreise sollte dazu den Anlaß geben. Wie zu erwarten war, nahm das Angebot auf dem Rindermarkte nach Erlaß der Höchstpreise ab. Der vorher übermäßige Auftrieb war unnatürlich gewesen. Sobald für den Landwirt der Anreiz der hohen Phantasiepreise fortfiel und zugleich auch für den Händler die hohen Gewinnmöglichkeiten durch die Festsetzung fester Handelszuschläge beschnitten wurden, hörte mit einem Schlage der Rinderauftrieb fast völlig auf. Die Märkte zeigten gähnende Leere. In Köln sank der Auftrieb an Großvieh, der bis dahin ungefähr 1200 bis 1800 Tiere am Markttage betragen hatte, plötzlich auf 200 herab; in Frankfurt wurden nur 300 Stück aufgetrieben, in Berlin 400 usw. Das waren so geringe Zahlen, daß die gesamte Fleischversorgung in Frage gestellt wurde. Auch den Anforderungen der Heeresverwaltung war nicht mehr gerecht zu werden, obwohl die damals gerade in schweren Kämpfen befindlichen Truppen unbedingt kräftiger Fleischrationen bedurften.

Unter diesen Eindrücken entstand der Plan einer öffentlichen Regelung der Fleischversorgung für das ganze Reichsgebiet. In der *Reichsfleischstelle* wurde Ende März 1916 eine Zentralstelle geschaffen, die die Aufgabe erhielt, die Fleischversorgung und die Aufbringung von Vieh und Fleisch im Reichsgebiet zu regeln. Auf Grund eines von der Reichsfleischstelle errechneten Schlüssels wurden die von den einzelnen Bundesstaaten aufzubringenden und zu verteilenden Schlachtviehmengen kontingentiert und die Zentralbehörden mit der Aufbringung und Verteilung beauftragt. Die gegebenen Organe, deren sich die Zentralbehörden zur Ausführung dieser Aufgabe bedienten, waren die Viehhandelsverbände. Die Viehhandelsverbände, die ursprünglich in der Absicht geschaffen worden waren, in höchst schonender Weise die

den eines Viehhandelsverbandes ein Fall in Erinnerung geblieben, in dem zwei Rinder mit einem Reingewinn von 458 Mark verkauft worden waren. Von der beabsichtigten Strafanzeige mußte indes Abstand genommen werden, weil Sachverständige erklärten, daß »ein übermäßiger Gewinn im Sinne des § 5 der Bekanntmachung gegen übermäßige Preissteigerung vom 23. Juli 1915« nach der zur Zeit herrschenden Marktlage nicht vorläge.

Schlachtvieh-Marktverhältnisse regelnd zu beeinflussen, hatten ihren Wirkungsbereich bis zur denkbar höchsten Spitze, bis zum Viehhandelsmonopol ausgedehnt. Der Zwang der Verhältnisse hatte ihnen eine Aufgabe zugewiesen, mit der an Größe nur die Reichsgetreidebewirtschaftung zu vergleichen war.¹⁷

5. Der Preisausgleich landwirtschaftlicher Erzeugnisse

Der Kreis schließt sich. Da nunmehr fortlaufend die Zahl der Tiere vorher bestimmt werden konnte, die zur Schlachtung gebracht werden sollte, lag es in der Hand der leitenden Stellen, den Umfang der Viehhaltung mit den Bedürfnissen der allgemeinen Lage in Einklang zu bringen. Inzwischen war der Viehstand beträchtlich schwächer geworden. In der Zeit vom 1. Dezember 1914 bis zum 15. April 1916 war der Rinderbestand von 21,8 Millionen Tiere auf 19,9 Millionen, der Schweinebestand von 25,3 Millionen auf 13,3 Millionen zurückgegangen. Der Rückgang der Rinder scheint rein zahlenmäßig nicht so sehr groß gewesen zu sein, doch hatte sich auch ihr Altersaufbau — die Zahl der unreifen Tiere war relativ größer geworden — ungünstig verändert. Nach alledem konnte die Frage der Anpassung des Viehstandes an die schmale Futterbasis nicht mehr in dem Maße wie früher im Vordergrund des Interesses stehen. Doch war infolge der verschärften Absperrung vom Auslande und infolge der geschwächten landwirtschaftlichen Produktion das Maximum der möglichen Viehhaltung kleiner geworden. Der im Frühjahr 1917 eingeleitete und auf die eigene Initiative des Präsidenten v. *Batocki* zurückgehende »Preisausgleich landwirtschaftlicher Erzeugnisse« suchte dem Rechnung zu tragen.

Die Festsetzung der Viehhöchstpreise war erfolgt, weil man wohl oder übel dem Druck, den die im freien Verkehr ins Maßlose gesteigerten Preise ausübten, nachgeben mußte, nicht aber deshalb, weil man sie dazu benutzen wollte, die Fleischproduktion den allgemeinen Bedingungen der Nahrungsmittelerzeugung anzupassen. Dieses Vorgehen war für die Höchstpreise der ersten beiden Kriegsjahre überhaupt kennzeichnend. Da diese als ein

¹⁷ Vgl. *August Skalweit*, Die Viehhandelsverbände in der deutschen Kriegswirtschaft (Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 10). Berlin 1917.

Übel galten, dem man, solange es nur irgend anging, aus dem Wege zu gehen suchte, so entschloß man sich zu ihrer Einführung gewöhnlich erst dann, wenn ein Erzeugnis so teuer geworden war, daß notwendig eingegriffen werden mußte. Der Planlosigkeit ihrer Entstehung entsprach die Willkür ihrer Bemessung. Anstatt daß diese nach dem eigentlichen Erzeugungs- und Bedarfswerte der einzelnen Produkte bestimmt worden wäre, mußte sie notgedrungen auf die inzwischen im freien Verkehr gebildete Preislage eingestellt werden. So wurde man geschoben, anstatt zu schieben. Dazu kam die Neigung, in gutgemeintem Konsumtionsinteresse gewisse Güter des Massenverbrauchs möglichst niedrig im Preise zu halten, was sich namentlich auf den Gebieten der Kartoffel- und Milchversorgung bitter rächen sollte. Es fehlte jedes ordnende Prinzip. Die einzig zu erkennende Regel war die, daß die Höchstpreise für die einzelnen Erzeugnisse um so höher waren, je später sie eingeführt worden waren. Die Brotkornpreise aus dem Herbst 1914 waren niedriger als die Futtergetreidepreise des Sommers 1915. Die Höchstpreise für Schweine waren trotz der hohen Futteransprüche niedriger als die später eingeführten Rinderhöchstpreise, und so fort. So war eine Preisrelation der einzelnen Erzeugnisse zueinander entstanden, die sich im inneren Widerspruche sowohl zu den natürlichen Verhältnissen der Erzeugung als auch zu den besonderen Erfordernissen der Kriegswirtschaft befand. Die landwirtschaftliche Erzeugung wurde dadurch in einer für die Ernährungswirtschaft unheilvollen Weise beeinflußt. Brotkorn und Speisekartoffeln wurden zu Schweinefutter, Milchkühe zu Schlachtvieh. Verfütterungsverbote und Strafbestimmungen mußten zum guten Teil wirkungslos bleiben, solange bei dem bestehenden Futtermangel der Anreiz zu verbotener Verfütterung dadurch angeregt wurde, daß die Verwendung von Brotkorn und Kartoffeln als Viehfutter eine bessere Verwertung gewährte, als ihr Verkauf zu Speisezwecken. In jedem Frühjahr oder Frühsommer wiederholte sich die beängstigende Erscheinung, daß man sich zu tief einschneidenden Maßnahmen gezwungen sah, weil man nicht wußte, ob man noch jene Mengen Getreide und Kartoffeln bis zur neuen Ernte haben würde, auf die man im vorhergehenden Herbst noch mit Bestimmtheit gerechnet hatte.

Um mit diesem unerträglichen Zustande zu brechen, wurde für

das Erntejahr 1917/18 ein »Wirtschaftsplan« ausgearbeitet, der, ohne mit der Einrichtung der Höchstpreise zu brechen, einen »Preisausgleich« herstellen sollte.¹⁸ Die Höchstpreise sollten in eine nach bestimmten Grundsätzen geordnete Relation zueinander gebracht werden. Für alle von der öffentlichen Bewirtschaftung erfaßten Erzeugnisse wurde eine Preistafel aufgestellt, deren Sätze daraufhin abgestimmt wurden, daß erstens die Leistungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Erzeugung gewährleistet zu sein schien, und daß zweitens der Verkauf pflanzlicher Nahrungsmittel für den Landwirt vorteilhafter war als die Verfütterung. Die Getreide- und die Kartoffelpreise wurden erhöht, die Schlachtvieh-, vor allem die Schweinepreise, wurden herabgesetzt. Man wollte bewirken, daß der Landwirt, der Brotgetreide oder Kartoffeln verfütterte, sich selbst schädigte. Durch den Eigennutzen sollte der Landwirt veranlaßt werden, die Verfütterungsverbote einzuhalten. Auch die Staffelung der Preise verfolgte das gleiche Ziel. Waren zum Beispiel die Schweinehöchstpreise früher so gestaffelt gewesen, daß für die Gewichtseinheit um so mehr gezahlt wurde, je höher das Gewicht war — für Schweine von über 120 kg Gewicht wurde nahezu doppelt soviel gegeben wie für leichte Schweine —, so wurde nach der neuen Staffel bereits mit 85 kg der Höchstpunkt der Staffel erreicht. Man wollte dem Landwirt keinen Anreiz dazu geben, die Tiere auf ein höheres Gewicht zu bringen, als die ihm zur Verfügung stehenden Futtermittel erlaubten.

Somit war alles getan worden, um auch den Preis in den Dienst der Wirtschaftsumstellung zu stellen. Auch er sollte mithelfen, die landwirtschaftliche Produktion in die durch die Kriegslage vorgezeichneten Bahnen zu lenken. Mit außerordentlich großen Erwartungen war der Preisausgleich begrüßt worden, der sich in seinen Grundzügen auf das sachverständige Urteil von nicht weniger als elf ordentlichen Professoren der Landwirtschaftswissenschaft stützte. Doch konnten die dem Preisausgleich zugedachten Funktionen nur wirksam werden, wenn die ihm unterworfenen Produkte auch tatsächlich auf den Markt kamen. Gesah das nicht, stellte sich nur eines der einbezogenen Erzeugnisse außerhalb des Kreises des Preisausgleiches, indem es seine

¹⁸ Vgl. Heft 6 der Beiträge zur Kriegswirtschaft: »Preisverhältnisse landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Kriege«, Berlin 1917.

eigene Wege ging, dann mußte das ganze so klug ersonnene System in sich zusammenstürzen.

Wieder war es in erster Reihe das *Schwein*, das den ganzen schönen Plan zunichte machte. Der Preisausgleich hatte die Schweineproduktion im Interesse der menschlichen Ernährung mit pflanzlichen Nahrungsmitteln über das Ausmaß der vorhandenen absoluten Futtermittel unrentabel machen wollen. Für die in den regulären Verkehr gebrachten Schweine war das auch erreicht worden: der Erzeuger, der sein Schwein an den Viehhandelsverband verkaufte, erzielte keinen höheren Ertrag, als wenn er die verfütterten pflanzlichen Nahrungsmittel naturaliter verkauft hätte. Aber wie verhielt es sich mit jenen Schweinen, die für den *Eigenverbrauch* aufgezogen wurden? Waren doch nur solche Tiere unmittelbar von der Preisregelung abhängig, die zum Zwecke gewerblicher Schlachtung von der öffentlichen Hand erfaßt wurden. Tatsache aber war, daß die Marktbelieferung auf ein Geringes zusammengeschrumpft, während die Selbstversorgung mit Hausschlachtungsschweinen im früheren oder gar höheren Umfange bestehen geblieben war. Die Viehhaltung hatte einen anderen Sinn bekommen: sie arbeitete nicht mehr verkehrswirtschaftlich für den Markt, sondern hauswirtschaftlich für den Familienbedarf. Zur Illustration folgende Zahlen:

Schweineschlachtungen
April 1916 bis Oktober 1918
(in 1000 Stück)

	Kontrollierte Schlachtungen f. d. versorgungs- berechtigte Zivilbevölkerung	Hauschlach- tungen	Feldheer, Marine, immobile Truppen	Insgesamt
1916				
April	381,6	167,7	22,4	571,7
Mai	360,1	32,0	69,6	461,7
Juni	342,2	32,9	118,1	493,2
Juli	300,0	50,8	69,3	420,1
August	248,3	43,4	58,5	350,2
September	194,5	81,5	84,9	360,9
Oktober	212,7	590,6	96,7	900,0
November	237,5	1145,3	187,4	1570,2
Dezember	259,7	1391,9	137,9	1789,5
1917				
Januar	267,6	1209,7	141,7	1619,0
Februar	206,8	809,3	154,7	1170,8
März	237,8	667,6	181,2	1086,6
April	333,6	314,0	250,8	898,4
Mai	138,8	76,0	103,9	318,7
Juni	82,9	27,3	140,4	250,6
Juli	81,0	30,2	92,6	203,8
August	85,8	25,9	93,3	205,0
September	70,0	51,9	71,0	192,9
Oktober	82,9	325,2	87,0	495,1
November	94,7	1093,8	117,9	1306,4
Dezember	96,9	1673,6	103,8	1874,3
1918				
Januar	114,1	2083,8	153,5	2351,4
Februar	34,6	323,6	24,7	382,9
März	22,4	59,7	12,8	94,9
April	14,8	18,1	12,9	45,8
Mai	12,4	22,4	12,1	46,9
Juni	9,1	17,4	13,7	40,2
Juli	10,7	22,4	12,0	45,1
August	11,9	19,0	6,6	37,5
September	13,1	40,1	7,0	60,2
Oktober	19,4	217,8	11,3	248,5

Man erkennt, wie — insbesondere in der Hauptschlachtzeit der Wintermonate — die Hauptmasse aus Schweinen der *Hausschlachtung* bestand.

Was ließ sich dagegen tun? Die Hausschlachtung ganz zu verbieten, wäre für den *Landbewohner* eine kaum zu rechtfertigende Härte gewesen. Das selbst eingeschlachtete Schwein bildete vielfach auf dem Lande die einzig mögliche Form der Eindeckung mit Fleisch. Zudem gab es für die Wirtschaftsabfälle der Kleinbesitzer und der Landarbeiter kaum eine bessere Art der Verwertung als durch die Verfütterung an Schweine; ohne die Schweinehaltung wären beträchtliche Mengen absoluten Futters nutzlos verkommen. Auch folgendes psychologische Moment durfte nicht außer acht gelassen werden: Für den kleinen Mann auf dem Lande war die Aufzucht des Haushaltungsschweins so althergebracht, daß seine Entziehung eine Verbitterung hervorgerufen haben würde, die die Arbeitsfreudigkeit des Landmanns geschwächt hätte. Es liegt eben in der Natur der Sache begründet, daß der Erzeuger von Nahrungsmitteln in seiner Selbstversorgung nicht allzu sehr beschränkt werden darf. Allerdings war nicht zu leugnen, daß mit der Hausschlachtung auch viel Mißbrauch getrieben worden war. Als mit der Festsetzung der Höchstpreise die Schweine vom Markte verschwanden, hatte sich auch der *Städter* auf die Hausschlachtung geworfen. Es bestand zwar die Vorschrift, daß nur der hausschlachten dürfte, der das Schwein mindestens sechs Wochen lang im eigenen Stalle gefüttert hatte; das Halten sogenannter »Pensionsschweine« war verboten. Aber auch diese Vorschrift ließ sich umgehen; der Städter brauchte sich nur ein bereits fettes Schwein als sogenanntes Zuchtschwein zu kaufen, um es dann, selbst auf die Gefahr einer Gewichtseinbuße hin, bis zu dem vorgeschriebenen Termin kümmerlich durchzuhalten, falls nicht die ersehnte Notschlachtung schon vorher von dieser unangenehmen Pflicht entband. Solchen und ähnlichen Mißbräuchen wurde in der Folgezeit vorgebeugt. Tatsächlich wurde dem städtischen Verbraucher die Hausschlachtung sehr erschwert, ja zum gut Teil unmöglich gemacht, doch hatte das die unerwünschte Nebenwirkung, daß der Drang zu illegaler Versorgung mit dem vielbegehrten Schweinefleisch und Schweinefett verstärkt wurde. Das sogenannte »schwarze« Schlachten und der Vertrieb von Schweinefleisch durch den Schleichhandel nahm einen beängsti-

gend großen Umfang an. Es wurde behauptet, daß bereits im Jahre 1916 fünf Millionen Schweine heimlich geschlachtet worden wären. Mochte diese Zahl auch übertrieben gewesen sein, so blieben doch auch nach amtlichen Berechnungen etwa zwei bis zweieinhalb Millionen Schweine übrig, über deren Verbleib ein Nachweis nicht erbracht werden konnte.

Aber wie sich alles das auch verhalten haben mag, darüber besteht kein Zweifel, daß die Schweinehaltung insgesamt stark zurückgegangen war. Sie war bereits im Frühjahr 1917 nur etwa halb so groß wie bei Kriegsausbruch. Ihr Nutzwert war aber in noch viel stärkerem Maße gesunken, weil das Durchschnittsschlachtgewicht beträchtlich kleiner geworden war.¹⁹ Gleichwohl sah sich die Regierung veranlaßt, im Winter 1917/18 die Schweinehaltung durch Förderung der Abschlachtung von Ferkeln noch weiter zu reduzieren, weil sie ihr bei der allgemeinen Verschlechterung der Lage noch immer als zu groß erschien. Am 1. März 1918 wurden nur noch 5,7 Millionen Schweine gezählt.

Wenn zu Beginn des Krieges das Hauptziel der Wirtschaftsumstellung in einer Verminderung der Schweinehaltung gesehen worden war, so hatte man dieses Ziel erreicht. Doch die daran geknüpften Erwartungen einer gleichzeitig besseren Versorgung der Bevölkerung mit pflanzlichen Nahrungsmitteln haben sich nicht erfüllt. Es wurden erfaßt

	in dem Wirtschaftsjahre	
	1916/17	1917/18
	in 1000 Tonnen	
Brotgetreide	9,654	8,278
Futtergetreide	8,118	5,162
	17,772	13,440

Das war im letzten Kriegsjahre nicht einmal die Hälfte der statistischen Friedensernte und etwa zwei Drittel der nach Abzug der Aussaatz- und der Überhöhungsquote reduzierten Friedens-Inlandsmenge.

Nur die Kartoffelversorgung fiel im letzten Kriegsjahre rechnerungsmäßig besser aus als im Wirtschaftsjahre 1916/17. Doch war

¹⁹ Vor dem Kriege betrug das Durchschnittsschlachtgewicht 85 kg. Es war gesunken im April 1917 auf 72, im Juli auf 69, im Oktober auf 54 kg, im Januar 1918 auf 39 kg (Tiefstand), um dann wieder um einiges zuzunehmen.

das kein Wunder in Anbetracht der Tatsache, daß die Versorgung des Jahres 1916/17 unter einer beispiellosen Mißernte gelitten hatte.

Natürlich waren diese traurigen Ergebnisse noch kein schlüssiger Beweis dafür, daß die Verminderung der Schweinehaltung falsch gewesen sei. Nicht ohne Logik beriefen sich die Verfechter der Schweineabschlachtungen darauf, daß bei einem höheren Schweinebestande die erfaßten Getreidemengen *noch geringer* gewesen sein würden. Der Gegenbeweis ließ sich nicht erbringen.

Doch soviel steht fest, daß die verminderte Schweinehaltung eine höchst unerwünschte Rückwirkung auf die *Rinderbestände* gehabt hat. Da nun einmal ein so stark verstädtertes Volk wie das deutsche nicht ganz ohne Fleisch auskommen konnte, und da doch auch die Truppen ihr Fleisch nicht entbehren konnten, mußte der Ausfall an Schweinefleisch durch Rindfleisch ersetzt werden. Man kann sagen, daß mit dem dritten Kriegsjahre der Fleischbedarf der sich nicht selbst versorgenden Zivilbevölkerung und des Heeres in der Hauptsache durch die Schlachtung von Rindern bewirkt worden ist. Ja, als im Jahre 1917 eine Zeitlang als Ersatz für die verminderte Brot ration eine doppelte Fleischration gewährt wurde, mußten die Rinderbestände auch dafür erhalten.

Die auf der nächsten Seite wiedergegebenen Zahlen zeugen von Eingriffen in die Rinderbestände, wie sie nur auf Kosten der Substanz des Viehvermögens möglich waren. Wie schon hervorgehoben wurde, ist das Rind für die deutsche Landwirtschaft in erster Reihe Produktionsmittel. Die Bestellung der Felder wurde schlechter und brachte entsprechend geringere Erträge an pflanzlichen Nahrungsmitteln. Aber die schlimmste, sich unmittelbar für den Konsumenten äußernde Wirkung war die Abnahme der *Milcherzeugung*. Denn selbstverständlich hatten diese umfangreichen Abschlachtungen nicht unter Schonung der Milchkühe erfolgen können. In der Zeit vom 1. Dezember 1916 bis zum 4. Dezember 1918 hat sich die Zahl der Milchkühe von 9,5 Millionen auf 8,1 Millionen, also um 1,4 Millionen vermindert. Dabei war die durchschnittliche Milchergiebigkeit von 1800 Litern auf 1300 Liter gesunken. Auch das durchschnittliche Schlachtgewicht wurde um so geringer, je mehr Rinder geschlachtet wurden. Von 250 kg vor dem Kriege sank es bis auf 130 kg im Jahre 1918 herab.

Schlachtungen von Rindern und Kälbern

April 1916 bis Oktober 1918

(In 1000 Stück)

	Rinder				Kälber			
	Schlach- tungen f. d. vers- sorg., berecht. Zivilbev.	Haus- schlach- tungen	Feldheer Marine immob. Truppen	Ins- gesamt	Schlach- tungen f. d. vers- sorg., berecht. Zivilbev.	Haus- schlach- tungen	Feldheer Marine immob. Truppen	Ins- gesamt
1916								
April	173,9	1,0	64,4	239,3	240,2	1,8	—	242,0
Mai	136,8	0,5	95,1	232,4	236,8	0,9	—	237,7
Juni	109,0	0,5	132,6	242,1	208,4	1,4	8,9	218,7
Juli	101,7	0,7	125,1	227,5	175,8	1,4	7,2	184,4
August	120,1	0,7	134,9	255,7	169,5	1,3	6,9	177,7
September ...	124,3	0,8	134,6	259,7	124,3	1,4	5,5	131,2
Oktober	124,7	3,2	137,8	265,7	118,7	1,5	22,8	143,0
November ...	115,6	4,1	152,7	272,4	136,5	1,5	23,0	161,0
Dezember	102,2	4,2	132,1	238,5	154,3	2,3	5,2	161,8
1917								
Januar	97,6	4,2	134,9	236,7	168,3	2,6	6,3	177,2
Februar	92,8	3,7	146,5	243,0	162,3	2,1	6,7	171,1
März	106,3	2,9	148,7	257,9	241,7	2,9	8,2	252,8
April	188,1	1,4	138,8	328,3	245,8	2,4	6,6	254,8
Mai	368,9	1,0	135,2	505,1	284,2	2,1	7,6	293,9
Juni	368,4	0,7	112,7	481,8	238,5	1,1	7,1	246,7
Juli	387,6	0,8	150,3	538,7	214,5	1,5	5,9	221,9
August	284,2	0,9	113,8	398,9	207,2	1,5	5,7	214,4
September ...	213,3	1,0	136,8	351,1	155,3	1,3	5,0	161,6
Oktober	247,1	7,5	177,9	432,5	154,1	2,8	5,3	162,2
November ...	243,8	10,7	168,6	423,1	150,9	3,2	4,6	158,7
Dezember	218,3	7,3	133,6	359,2	152,1	4,1	4,7	160,9
1918								
Januar	213,4	12,4	154,0	379,8	185,7	7,8	5,3	198,8
Februar	216,1	4,1	200,0	420,2	156,1	3,3	5,6	165,0
März	234,9	2,2	211,4	448,5	169,6	4,0	5,5	179,1
April	229,4	1,5	213,9	444,8	154,1	3,4	6,7	164,2
Mai	260,5	1,5	179,6	441,6	162,9	4,5	6,7	174,1
Juni	240,9	1,1	164,0	406,0	149,9	4,0	6,1	160,0
Juli	266,0	1,3	178,9	446,2	141,5	5,5	6,5	153,5
August	201,9	1,2	182,8	385,9	105,2	4,5	6,0	115,7
September ...	164,7	1,8	191,9	358,4	83,4	4,5	5,2	93,1
Oktober	167,0	13,1	57,2	237,3	78,2	6,2	5,2	89,6

VIERTER TEIL

Die Höchstpreispolitik

1. Die ersten Höchstpreise

Es gibt Erscheinungen, die sich bei jedem Kriegsausbruch zu wiederholen pflegen. So kam es auch in den Tagen der deutschen Mobilmachung von 1914 zu einer Panik auf dem Lebensmittelmarkte. Die Bevölkerung drängte sich zu den Markthallen, Warenhäusern, Lebensmittelgeschäften, um Vorräte zusammenzukaufen. Den Anfang machten die Überängstlichen, die Besonnenen ließen sich anstecken. Aus den ängstlich gehüteten Ersparnissen der letzten Jahre wurde Geld hervorgeholt, um Mehl, Butter, Konserven, Fleischwaren, Hülsenfrüchte, Reis zu erraffen. Der Mietgroschen, den der Arbeiter sich Woche für Woche für den »Ersten« zurückzulegen pflegte, ging vor der Zeit für den Einkauf drauf. »Wenn man sich vorstellt,« schrieb *Jastrow* über diese in Berlin von ihm beobachteten Vorgänge, »daß zweihundert- bis dreihunderttausend Arbeiterfamilien, mit einem Betrage von zwanzig bis fünfundzwanzig Mark bewaffnet, den Lebensmittelmarkt stürmen, so kann man sich von den verheerenden Wirkungen einen Begriff machen.«¹ Die Konsumenten jagten sich gegenseitig die Waren ab. So wahllos griff man nach allem, was eßbar war, daß man selbst Salz und Zucker aufkaufte, woran doch nach menschlicher Voraussicht Mangel überhaupt nicht entstehen konnte. Das Pfund Weizenmehl stieg in Berlin an einem Tage von 25 auf 40 Pfennig. Für Salz, das 11 bis 12 Pfennig kostete, wurden 30, ja bis 60 Pfennig bezahlt. Die Berliner Warenhäuser mußten bereits am Vormittage des 31. Juli den Lebensmittelverkauf einschränken, zum Teil ganz einstellen. »Als am Mittag die Kunde von dem Ernst der Lage in die großen Warenpaläste drang, da wollte die Erregung kein Ende finden, und die Unruhe der Straße übertrug sich auf das Gewimmel in den Häusern.«²

¹ *Jastrow, I.*, Im Kriegszustand. Berlin 1914

² Berliner Tageblatt Nr. 384 vom 31. Juli 1914.

Durch Ermahnungen, durch Hinweise auf die großen Vorräte, die sie bereits aufgespeichert hätten, suchten die *Stadtverwaltungen* beruhigend zu wirken. Wo ein Detaillist bei offenbarem Wucher gefaßt wurde, schloß man ihm den Laden.

Unter den 16 Kriegsgesetz-Entwürfen, die bereits im Frieden für den Fall einer Mobilmachung vorbereitet worden waren, und die in erster Reihe die finanzielle Mobilmachung betrafen, war auch einer, der dieser Käuferpanik und ihren Folgen entgegenwirken sollte: das *Gesetz betreffend Höchstpreise*. Mit den anderen Kriegsgesetzen wurde es am 4. August 1914 vom Reichstag angenommen und gleich in Kraft gesetzt.³ »Für die Dauer des gegenwärtigen Krieges können für Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere für Nahrungs- und Futtermittel aller Art sowie für rohe Naturerzeugnisse, Heiz- und Leuchtstoffe Höchstpreise festgesetzt werden.« Gegen die Weigerung, zu den Höchstpreisen zu verkaufen, wird die Beschlagnahme durch die Behörde und der Zwangsverkauf für Rechnung des Besitzers vorgesehen, gegen Überschreitung der Höchstpreise, Verheimlichung von höchstpreisbetroffenen Waren werden Geld- und Gefängnisstrafen angedroht. Man denkt beileibe nicht an die Einführung einer allgemeinen Höchstpreisgesetzgebung. Es soll nur solchen Preissteigerungen entgegengewirkt werden, »die nicht in der Natur der Verhältnisse begründet sind« und auf spekulative oder unlautere Machenschaften zurückgehen. Man denkt an eine vorübergehende Wiederbelebung jener »Fürkaufsverbote«, wie sie in Zeiten unentwickelter Verkehrswirtschaft allorts in den Städten gang und gäbe waren; man spricht von »*Taxen*« in der Begründung zu dem Gesetz. Und nicht der Bundesrat, nicht das Reich will sich damit abgeben: die Landeszentralbehörden oder die von ihnen beauftragten Behörden sollen das Erforderliche veranlassen. In Preußen und ähnlich in anderen Bundesstaaten wurden die Organe der Kommunalverwaltung, die Landräte und Magistrate, mit dem Erlaß von Höchstpreisen für den Kleinhandel beauftragt. Wohlgemerkt! nur von *Kleinhandels*-Höchstpreisen ist die Rede! An Höchstpreise für den *Großhandel* denkt man noch nicht. Die lo-

³ Zum folgenden vergleiche außer der »Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges«: *Karl Thieß*, Höchstpreis-Politik (Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 1), Berlin 1916, — und *Fritz Terhalle*, Freie oder gebundene Preisbildung. Jena 1920.

kalen Folgen der Angstnachfrage, von Wucher und Zurückhaltung will man bekämpfen. Jeden gewaltsamen Eingriff in die natürliche, auf das Verhältnis von Angebot und Nachfrage zurückgehende Preisbildung lehnt man noch entschieden ab.

Das so gedachte und auch so gehandhabte Höchstpreisgesetz vom 4. August 1914 hat sich zunächst aufs beste bewährt. Die als bald von den Städten erlassenen Kleinhandels-Höchstpreise haben den ersten Wucherversuchen entgegengewirkt und erreicht, daß die in der Zeit der ersten Angstkäufe hochgetriebenen Preise auf einen angemessenen Stand zurückgingen.

In der Geschichte der deutschen Kriegsernährungswirtschaft gibt es kaum ein zweites Beispiel, wo, wie in diesem Falle, so gut und gleich auf Anhieb eine Maßnahme von weittragender Bedeutung geglückt wäre. Für die kommende Entwicklung sollte es von bestimmendem Einfluß werden, daß die Höchstpreise ihre erste Probe so glänzend bestanden. In den Gemütern setzte sich der Eindruck fest, daß mit Höchstpreisen, forsch angewandt und energisch durchgeführt, alles zu erreichen sei. Sobald sich in der Folgezeit die Teuerung irgendeiner Ware bemerkbar machte, schrie man nach Höchstpreisen. Stets wurde Wucher vermutet. Daß die Preissteigerung auch die Folge tatsächlicher Knappheit sein konnte, wollte man nicht glauben, und man war um so weniger dazu bereit, als die öffentliche Meinung sich darüber einig war und in diesem Sinne von der Regierung auch immer wieder beeinflußt wurde, daß *an sich* genug Lebensmittel vorhanden seien und erzeugt werden könnten, »um bis zum siegreichen Ende durchzuhalten«.

In Wahrheit war das Gelingen dieser ersten Höchstpreisaktion ganz besonderen Gründen zuzuschreiben. Die damaligen Höchstpreise stießen noch nicht auf den Widerstand einer wirklich vorhandenen Knappheit. Die Läger waren noch voll. Die in den Mobilmachungstagen auftretenden Störungen waren nicht auf einen tatsächlich vorhandenen Warenmangel zurückzuführen gewesen, sondern auf den sich stoßweise äußernden Andrang der Konsumenten und auf Verkehrsstockungen infolge der Beanspruchung der Eisenbahnen durch die Heeresverwaltung. Man bedenke, daß der Kriegsausbruch völlig überraschend gekommen war; kein Mensch in Deutschland hatte recht daran geglaubt. So traf denn die Furchtbarkeit des Ereignisses die breiten Massen völlig unvor-

bereitet — (nebenbei nicht nur die breiten Massen, es gab in Deutschland auch Minister, die noch in den letzten Julitagen den Kriegsausbruch für unwahrscheinlich hielten). Allmählich beruhigten sich die Gemüter. Von den Schlachtfeldern kamen die Berichte über die ersten großen militärischen Erfolge. Man glaubte fest an den nahen entscheidenden Sieg. Wer hätte bei einer solchen Sachlage noch Angsteinkäufe machen wollen! Auch der Handel trug Bedenken, sich stärker als nötig mit Vorräten einzudecken. Das »Friedensrisiko« (ein neuer, jetzt viel angewandter Fachausdruck der Wirtschaftskreise) schreckte von Spekulationen auf lange Sicht ab. Die ersten Höchstpreise standen somit nicht im Gegensatz zu der natürlichen Preisbildung, sondern waren eher geeignet, diese zu stützen.

Alles das wurde anders, sobald sich nach der Marneschlacht die Wirtschaft auf eine längere Kriegsdauer einzurichten begann. Die Preisbildung wurde nun durch die Einschätzung der Warenknappheit beeinflusst, wie sie bei einer anhaltenden Absperrung vom Ausland naturnotwendig zu erwarten war. Jetzt fingen die Vorsichtigen wieder an, auf Vorrat zu kaufen. Der Großhandel, der in der ersten Kriegszeit allein schon infolge der Transportschwierigkeiten stark gehemmt worden war, trat wieder voll in Aktion. Die Güterbewegung belebte sich, und naturgemäß bewegte sie sich dorthin, wo der Großhandel, selber durch keine Höchstpreise gehemmt, die besten Preise fand. Die Kleinhandelshöchstpreise, lokal festgesetzt, waren ja keineswegs überall gleich hoch. Die Städte mit niedrigen Höchstpreisen wurden gemieden. In der öffentlichen Meinung sprach man von »einer regelrechten Boykottierung einzelner Städte durch die Großhändler«.⁴ Was mußte die Folge sein? Da die Städte um dieselbe Ware konkurrierten, so überboten sie sich in den Höchstpreisen. Wenn eine Stadt aber ganz sichergehen wollte, dann ließ sie die Höchstpreise überhaupt fallen; sie zahlte dann zwar die höchsten Preise, aber bekam die meiste Ware. Die lokalen Höchstpreise versagten und wurden schließlich in der Regel aufgehoben.

Das Blatt hatte sich gewendet. Die mit so sicherem Kurs gesteuerte Höchstpreispolitik hatte Schiffbruch erlitten. Doch zog aus dieser Tatsache die öffentliche Meinung keineswegs die Kon-

⁴ Hugo Lindemann, Die deutsche Stadtgemeinde im Kriege (Kriegswirtschaftliche Zeitfragen, Heft 6/7). Tübingen 1917.

sequenz, daß sie überhaupt falsch sei. Nein, nach wie vor blieben die Höchstpreise populär. Wenn sie jetzt versagt hätten, so hieß es in der Presse, so läge das nur an ihrer falschen Gestaltung. Die lokalen Höchstpreise müßten durch allgemein gültige, auch den Großhandel erfassende Höchstpreise ersetzt werden. Die Regierung hatte zunächst demgegenüber »grundsätzliche Bedenken« und wies auch auf die technischen Schwierigkeiten hin, »die einer Festsetzung von Höchstpreisen im Großhandel für längere Zeit entgegenständen«. Schließlich gab sie nach. Die Bundesratsverordnung vom 28. Oktober 1914 bestimmte, daß fortan der Bundesrat Höchstpreise nach einheitlichen Gesichtspunkten festsetzen könnte. Nur soweit der Bundesrat von dieser Befugnis nicht Gebrauch machte, sollte es den Landeszentralbehörden oder den von ihnen beauftragten Stellen überlassen bleiben, Höchstpreise auszuschreiben.⁵

In der Begründung der Verordnung vom 28. Oktober 1914 war gesagt worden: »Über die Schwierigkeiten und die Bedenken solchen Eingreifens waren sich die verbündeten Regierungen nicht im Zweifel. Aber der Krieg ändert die natürlichen wirtschaftlichen Verhältnisse und erheischt daher besondere Maßnahmen. Selbstverständlich ist deren Eingreifen in das Wirtschaftsgetriebe auf das geringste Maß beschränkt worden, bei dem der angestrebte Erfolg noch erreichbar war. Besonders ist darauf Bedacht genommen worden, dem Handel innerhalb des durch die Preisfestsetzungen gespannten Rahmens Spielraum und Anreiz zu nützlicher Betätigung zu belassen.« In der Tat ist man zunächst nur zögernd vorgegangen. Die ersten allgemeinen Höchstpreise waren für Brotgetreide zugleich mit der Höchstpreisverordnung am 28. Oktober festgesetzt worden, denn gerade in Rücksicht auf die Brotversorgung war die Höchstpreisverordnung geschaffen worden. Man mag ursprünglich daran gedacht haben, daß es dabei sein Bewenden haben sollte. Aber sobald der Stein einmal ins Rollen gekommen war, gab es auch kein Halten mehr. Der Höchstpreis, auf einen Artikel gesetzt, zog

⁵ Die inzwischen von den Landeszentralbehörden eingeführten Höchstpreise blieben in Kraft, solange und sofern der Bundesrat von seiner Befugnis keinen Gebrauch machte. Daneben lief, durch Entscheidungen der obersten Gerichte bestätigt, die Befugnis der Militärbehörden zur Höchstpreisfestsetzung auf Grund des Belagerungszustandgesetzes. (Vgl. Thieß, a. a. O.)

zwangsläufig andere Höchstpreise nach, weil sich im gleichen Augenblicke die Spekulation preistreibend auf die vertretbaren, noch nicht höchstpreisgebundenen Waren warf. Noch im Jahre 1914 folgten den Höchstpreisen für Brotgetreide solche für Futtergetreide, Kleie, Futtermittel, Kartoffeln, Kartoffelfabrikate und Zucker. Der Hauptanstoß erfolgte aber zu Beginn des folgenden Wirtschaftsjahres 1915/16. In rascher Folge kamen Höchstpreisverordnungen heraus: im August für Abfälle der Müllerei, der Stärkefabriken und der Gärungsgewerbe, für Tierkörpermehl und Hülsenfrüchte — im September für zuckerhaltige Futtermittel und für Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei, im Oktober für Butter, Fische und Wild —, im November für Milch, Schlachtschweine und Schweinefleisch, Öle und Fette, Stroh und Häcksel, Buchweizen und Hirse, Gemüse und Obst, Obstmus und Marmeladen, Honig, Kunsthonig, Rübensirup und sonstige Brotaufstrichmittel, im Dezember für Zwiebeln, Sauerkraut, Süßwasserfische, im Januar 1916 für Eicheln und Roßkastanien. Am längsten setzte man, wie bereits erwähnt, der Einführung von Höchstpreisen auf Schlachtrinder Widerstand entgegen, bis Mitte März 1916 auch diese festgesetzt wurden. Seitdem verlangsamte sich das Tempo neuer Höchstpreissetzung; es gab ja aber auch kaum noch Lebens- oder Futtermittel, die noch nicht höchstpreisgebunden gewesen wären.

2. Die Bekämpfung der Höchstpreisüberschreitungen und des Preiswuchers

Zu Beginn des zweiten Kriegs- und Wirtschaftsjahres 1915/16 hatte die vorher von der Regierung geübte Zurückhaltung gegenüber Eingriffen in die Preisbildung aufgehört. Eine Flut von Höchstpreisbestimmungen hatte sich über die Wirtschaft ergossen. Keine Woche ohne neue Höchstpreise oder Abänderungen früherer Höchstpreisverordnungen. Auch das war unter dem Drucke der öffentlichen Meinung geschehen. Die Teuerung war größer geworden, und wieder sollte es der Wucher sein, der daran schuld war, und wieder waren es Höchstpreise, die helfen sollten.

Blättert man die Zeitungen jener Tage durch, so kreischt einem das Wort »Kriegswucher« in fetten Überschriften entgegen. Selbst

Martin Luther wurde als Kronzeuge für die Unredlichkeit der Kaufleute aufgerufen. »Nun ist bei den Kaufleuten eine große Klage über die Edelleute oder Räuber, wie sie mit großer Gefahr müssen handeln, und werden darüber gefangen, geschlagen, geschätzt und beraubt. Wenn sie solches um der Gerechtigkeit willen litten, so wären freilich die Kaufleute heilige Leute... Aber weil solch groß Unrecht und unchristliche Dieberei und Räuberei über die ganze Welt durch die Kaufleute, auch selbst untereinander, geschieht, was ist Wunder, ob Gott schafft, daß solch groß Gut, mit Unrecht gewonnen, wiederum verloren oder geraubt wird, und sie selbst dazu geschlagen oder gehangen werden?... Also stäubt Gott einen Buben mit dem andern, ohne daß er dadurch zu verstehen gibt, daß Reuter geringere Räuber sind denn die Kaufleute, sintemalen *die Kaufleute täglich die ganze Welt rauben*, wo ein Reuter im Jahr einmal oder zwei, einen oder zweien beraubt...«⁶ Mit »flammenden Worten« schrieb *Ferdinand Avenarius* in seinem »Kunstwart« über die »Mammonswolke Wuchergeist«, deren »Schatten die Welt wie mit Schmutz färbe«. »Von den Männern, die an Regierungstischen sitzen, bis zum bescheidensten Arbeiter an irgendeinem Maschinenrade geht das gleiche Staunen durch das deutsche Volk: daß es soundso viele Menschen im Lande gibt, die darben machen, indem sie sich bereichern, die darben machen die, welche ihnen die Möglichkeit geben, sich zu bereichern, die darben machen die, deren Gatten, Väter, Brüder und Söhne sich auch für sie, die Einkassierer und Spekulanten mit opfern... Seht euch unter den Kriegswucherern um, und ihr werdet neben den Schurken Leute finden — welche eher Blut hergeben als Geld. Als Geld hergeben? Auch das trifft nicht immer ganz zu. Es gibt schon Leute darunter, die gaben fürs Vaterland und tun das noch und dachten im Anfang gar nicht daran, zu wuchern. Dann aber — ja dann ergab sich die ‚Konjunktur‘. Die Konjunktur, wißt ihr, die *muß* der Händler benutzen. Soviel wie möglich verdienen, wißt ihr, das ‚*muß*‘ der Kaufmann, denn wenn er das nicht tut, so ist er kein *guter* Kaufmann. ‚Geschäft ist Geschäft‘, versteht ihr. Was der Kaufmann als Privatmann fühlt, das ist wieder eine Sache für sich. Als Mensch gebe ich tausend Mark fürs Rote Kreuz, sonst wäre ich ein schlechter Mensch, als Kaufmann stecke ich hunderttausend ein,

⁶ Vorwärts Nr. 223 vom 14. August 1915.

sonst wäre ich ein schlechter Kaufmann.«⁷ Und auf der Tribüne des Reichstages erklärte der Stellvertretende Reichskanzler: »Vor aller Welt muß klargelegt werden, wie verächtlich alle diejenigen Fälle sind, in denen der einzelne versucht, bei einer schweren Heimsuchung des Vaterlandes die Ernährung der Bevölkerung aus eigennützigen Gründen zu erschweren. Solche Leute, die sich in schwerer Zeit so vergehen wie diejenigen, die Lebensmittelwucher treiben, die müssen gebrandmarkt sein für den Rest ihres Lebens.« — Wenn dagegen ein Mann wie der Physiologe *Karl Oppenheimer* vor der »Wucherpsychose« warnte und die Ausführungen der Presse über die Bewucherung des Konsumenten als »gefährliche Schwätzerei« bezeichnete,⁸ so wurde er als »schnurriger Professor« hingestellt und ihm angeraten, sich von seinem Bruder, dem Nationalökonom *Franz Oppenheimer*, »ein Privatissimum über die elementarsten Dinge der Nationalökonomie halten zu lassen.«⁹

In der Regel hat die öffentliche Meinung verkannt, daß in ihrem Ursprung die Teuerung auf eine wirklich vorhandene Warenknappheit zurückging, wie ja überhaupt die vox populi die Neigung hat, für Mißstände eine persönliche Schuld zu konstruieren, anstatt nach deren sachlichen Gründen zu fragen.

Natürlich konnte nicht geleugnet werden, daß tatsächlich der *Kriegswucher* in Deutschland eine beängstigend große Rolle spielte. Doch war er Folgeerscheinung, nicht erste Ursache der Knappheit. Da das gestörte Wirtschaftsleben aus sich heraus keine ausgleichenden, mäßigenden Preiseinflüsse entwickeln konnte, mußte die einseitige, stets nur nach oben gerichtete Preis-

⁷ Für die damalige Einstellung der öffentlichen Meinung mag es kennzeichnend sein, daß ein Kaufmannsblatt wie die *Frankfurter Zeitung* (Nr. 288 vom 17. Oktober 1915) diesen Artikel abdruckte, freilich mit dem Zusatz, daß sich dieser »kaufmännische Geist« beim Landwirt und Industriellen ebensogut, und natürlich ebenso mit Ausnahmen, fände wie beim eigentlichen Händler.

⁸ »Was soll man dazu sagen, wenn am 16. Juli dieses Jahres ein großes westdeutsches Blatt seine Entrüstung darüber äußert, daß Milch und Eier teurer sind als im Frieden und dazusetzt: „Niemand wird wohl im Ernst behaupten wollen, daß die Kühe weniger Milch geben und die Hühner weniger Eier legen.“ Man sollte eigentlich annehmen, daß dem Verfasser solcher Artikel es bekannt sein dürfte, daß die Kühe nur dann Milch geben und die Hühner nur dann Eier legen, wenn sie ausreichend geeignetes Futter erhalten — und daran fehlt es!« (*Karl Oppenheimer* im *Weltmarkt* Nr. 26 vom 28. September 1915.)

⁹ *Vorwärts* Nr. 223 vom 14. August 1915.

entwicklung einen fruchtbaren Nährboden für wucherische Auswüchse abgeben. »Vor dem Kriege war es üblich gewesen, daß hinter einem Käufer zwei Verkäufer herliefen. Jetzt liefen hundert Käufer hinter einem Verkäufer her. Damit war jeder Verkäufer ein kleiner Monopolist geworden.«¹⁰ Wer Ware hatte oder Ware auftrieb, konnte auch gewinnsichere Geschäfte machen, einer besonderen Warenkunde, einer besonderen Branchenkenntnis bedurfte es nicht. Lebensmittel waren so dringlich begehrt, daß keine Kunst dazu gehörte, sie mit Gewinn an den Mann zu bringen. Nicht nur aus dem Handelsstande, sondern gerade auch aus zahlreichen anderen Gebieten des Wirtschaftslebens wandten sich spekulative Köpfe dem Nahrungsmittelhandel zu.¹¹ Mußten diese herandrängenden Außenseiter durch ihre Nachfrage schon an sich preissteigernd wirken, so waren sie auch in der Regel an größere Gewinnsätze gewöhnt, als im Lebensmittelhandel sonst üblich waren. Auch Handelsbräuche führten sie ein, die dieser niemals gekannt hatte. Wo irgendein »Posten« Ware angeboten wurde, da suchten ihn diese Gelegenheitsvermittler sich zu sichern und sofort in den Geschäftsformen

¹⁰ *Julius Hirsch*, Der Kettenhandel als Kriegerscheinung. (Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 3.) Zweite Auflage. Sonderheft. Berlin 1917, S. 3.

¹¹ Der *Vorwärts* (Nr. 152 vom 16. Juni 1916) hat die Firmen nachgeprüft, die innerhalb von fünf Tagen im Berliner Tageblatt Lebensmittelangebote inseriert hatten. Das Ergebnis war folgendes:

Von den 233 Inserenten waren 86 im neuesten Adreßbuch oder Fernsprechverzeichnis nicht aufzufinden, sie haben also entweder keine eigene Wohnung oder sind erst im Laufe des letzten halben Jahres »ansässig« geworden. 53 bezeichneten sich als »Kaufmann«, »Vertreter«, »Agent«, nur 25 haben bereits Oktober 1915 mit der gleichen Ware gehandelt, 69 dagegen haben »umgelernt« und kommen aus den gegensätzlichsten Berufen. Unter diesen befinden sich: 16 Architekten, Baugeschäfte, Grundstücksvermittler und Immobiliengesellschaften, 10 Chemische, Laboratorien, Ingenieurbureaus, Ölhandlungen, Farben- und Lackgeschäfte, 3 Wäschefabrikanten, 3 Stickerei- und Federnhandlungen, 1 Perlschmucklager, 1 Herrenartikelgeschäft, 1 Lombardgeschäft, 2 Zigarren-, 1 Schuhagent, 2 Hotel- oder Kaffeebesitzer, 1 Lieferscheindruckerei, 1 Musterkartenfabrik, 1 Instrumenten- und Sprechmaschinenhandlung, 2 Möbelfabriken, 2 Fabriken für kinematographische Films und Apparate, 1 Pianofabrik, 1 Gelegenheitskäufer, 1 Fabrik für Milchflaschen, 2 Hersteller von Buttermaschinen, 1 Kohlenhändler, 6 Rentiers oder Rentieren, 1 Übersetzungsbureau, 4 Zeitungs- und Kunstverleger, 1 Kassiererin, 1 Haushälterin. Die gesuchten und angebotenen Waren sind gar nicht aufzählbar, alle Lebensmittel, Seife, Öl, Leim, Kerzen, dazu alle möglichen und unmöglichen »Ersatzmittel«.

des reinen Spekulantentums weiterzugeben. Sie brachten aus dem Auktionssaale das öffentliche Auffordern zu Höchstangeboten, vor allem aber das Streben nach dem reinen Differenzgeschäfte auch in den Provinzgroßhandel, dazu jene im Warenhandel seltsame Geschäftsart aus dem Bank- und Börsensaale, bei der jemand zugleich als Käufer und Verkäufer für ein und dieselbe Ware auftritt. Man brauchte sich nur den billigsten Verkäufer, den meistbietenden Käufer auszusuchen; eine Postkarte an den Verkäufer, eine an den Käufer, und Tausende von Zentnern Nahrungsmitteln waren »vertrieben«, Zehntausende von Mark waren »verdient«.¹² Mit Vorliebe bediente man sich für dieses Geschäft des *Zeitungsinserates*. Die Anzeigenteile mancher großen Tageszeitungen wurden zu Warenbörsen, auf denen derselbe Händler, häufig in getrennten Anzeigen, anbot und nachfragte, ohne Preisangabe, dafür aber mit dem Zusatz »offeriere freibleibend«, »ab Lager freibleibend«, »sofort Preisofferten erbeten«, »gegen Höchstgebot«; oder es hieß auch kurzweg: »Was brauchen Sie? Besorge die meisten beschlagnahmefreien Waren durch meine guten Verbindungen.«¹³ Erstaunlich war dabei immer wieder die Vielseitigkeit des Warenkreises dieser Inseratenhändler. Wären sie wirklich Großhändler im Sinne des soliden Fachhandels gewesen, sie hätten wahre Koryphäen der Warenkenntnis und -behandlung im ganzen Umkreis des Warenlexikons sein müssen. Da will der eine zugleich Kunsthonig, Maismehl, Borax, Segeltuch, Tornister und Heizöl kaufen; der andere bietet gleichzeitig in großen Massen an: Kompottfrüchte, Reisstrohbesen, trockenes Seegras; ein dritter wiederum: Kokosnußmehl, Wollfettsäure, Lederleimfettsäure, Zitronensaft, Schwarzwachs-Ersatz, Pottasche, Heringe, Hafer, Pferdekraftfutter, Zuckerschnitzel, Schokolade, Malaga; in einem anderen Inserat desselben Anbieters dazu noch Kunsthonig, Rollmöpse, Leinölkitt, Ölsardinen, Borax, Harz und Vaseline.«¹⁴ Die Bevölkerung erregte sich aber dar-

¹² Hirsch, a. a. O., S. 13 f.

¹³ Solche Hinweise auf gute Verbindungen, besonders auf solche zu Militärbehörden waren beliebt. Man wollte sich dadurch den Charakter eines Heereslieferanten geben.

¹⁴ Hirsch, a. a. O., S. 31. — Das Bayerische Kriegswucheraamt hat Inseratenhändler festgestellt, von denen einer mit etwa 160 Artikeln, ein anderer mit mehr als hundert handelte.

über, welche gewaltigen Mengen der schönsten Dinge, die der gewöhnliche Sterbliche kaum noch zu Gesicht bekam, hier sich scheinbar in wenigen Händen befanden und zurückgehalten wurden. Da las man von Angeboten wie 100 000 Dosen Rindfleisch, 10 000 Dosen Rindgulasch, 10 000 Dosen Leberpastete, 5000 Pfund Leberwurst, 2000 Pfund Teewurst, 100 Zentner Schokoladenpulver — oder wie: 5000 Kilogramm Blockschokolade, 10 Zentner Käse, jedes Quantum Mischobst, Pflaumen usw. — oder wie: 25 000 Kilogramm Himbeersaft, 3000 Kilogramm rohen Zitronensaft, 6000 Kilogramm eingekochten Zitronensaft, 6000 Kilogramm Dörrgemüse, 24 000 Kilogramm Milkschokoladenpulver usw.¹⁵ Immer wieder schrieben dann die Zeitungen: Da seht ihr, wo die Vorräte stecken, die uns vorenthalten werden! Darum müssen wir darben! In Wirklichkeit verfügten die Inserenten gar nicht über alle die herrlichen Dinge, die sie da anboten, wollten sie auch gar nicht »effektiv« besitzen — die Inserate waren nur darauf berechnet, irgendwo Ware ausfindig zu machen, um dann das billigste Angebot dem höchstbietenden Reflektanten zuzuweisen und an der Differenz zu »verdienen«. Die Ware sollte nur von einer Hand in eine andere Hand »verschoben« werden.

Man darf daher die von den Schiebern erfaßten Warenmengen in ihrem realen Umfange nicht überschätzen. Was von ihnen verschoben wurde, wird, gemessen an dem großen Volksbedarf, nicht allzu viel gewesen sein, auf jeden Fall war es nur ein kleiner Bruchteil dessen, was die Volksmeinung auf Grund der Inserate und der aufregenden Pressemeldungen vermuten mußte. Sehr viel schwerer wog dagegen der *moralische Schaden*, den die Schieber anrichteten. Wenn ein schwer darbendes Volk tagtäglich zu hören und zu lesen bekommt, daß es Volksgenossen gibt, die die allgemeine Notlage dazu benutzen, um sich mühelos zu bereichern, — dann fragt sich mancher: warum soll gerade ich mich peinlich an die strengen Kriegsvorschriften binden? Warum soll gerade ich der Dumme sein? — Wenn im Verlauf der weiteren Entwicklung der im Kleinen betriebene, aber ein großes Viel ausmachende »Schleichhandel« die Kriegsernährungswirtschaft unterhöhlen

¹⁵ Nach Mitteilungen der Kreuzzeitung (Nr. 241 vom 12. Mai 1916), der Kölnischen Volkszeitung (Nr. 366 vom 6. Mai 1916), des Vorwärts (Nr. 142 vom 24. Mai 1916).

sollte, so ist es das Schieberunwesen gewesen, das zuerst die Kriegswirtschaftsmoral untergraben hat.

Doch war dem Schiebertum schwer beizukommen.

Zugleich mit der beginnenden Hochflut neuer Höchstpreissetze in der zweiten Hälfte des Jahres 1915 hatte man mit einer systematischen Bekämpfung des Preiswuchers begonnen. Eine Bundesratsverordnung vom 23. Juli 1915 bedrohte mit Gefängnisstrafe und hoher Geldstrafe jeden, der für Gegenstände des täglichen Bedarfs Preise forderte, die einen übermäßigen Gewinn enthielten. Auch wer Waren zurückhielt oder sich andere unlautere, preistreibende Machenschaften zuschulden kommen ließ, machte sich strafbar. Vom Reichsgericht wurde diese Verordnung sehr streng ausgelegt und der Grundsatz aufgestellt, daß niemand an seinen Waren mehr verdienen dürfte als im Frieden. Wer billig eingekauft hatte, sollte nicht etwa die »Notmarktlage« der Kriegszeit ausnutzen dürfen, sondern mußte sich beim Wiederverkauf mit einem angemessenen Aufschlag begnügen. Eine ergänzende Verordnung vom 23. März 1916 traf sogar die (übrigens später wieder fallengelassene) Bestimmung, daß selbst bei der Forderung und Annahme von gesetzlichen Höchstpreisen eine übermäßige Preissteigerung in solchen Fällen zu erblicken sei, wo die eigenen Gestehungskosten weit darunter geblieben waren. Eine Verordnung vom 23. September 1915 ermöglichte, solche Personen, die sich unzuverlässig im Handel erwiesen, insbesondere den Höchstpreis- und Preiswuchervorschriften zuwider gehandelt hatten, aus dem Handel zu entfernen. Den eigentlichen Höhepunkt dieser ganzen Gesetzgebungsmaterie bildete aber die *Kettenhandelsverordnung* vom 24. Juni 1916. Durch sie wollte man dem Schiebertum den Todesstoß versetzen. Der *Großhandel für Lebensmittel* wurde *konzessionspflichtig* gemacht. Der Inseratenhandel sollte dadurch unterdrückt werden, daß jede Kaufgesuchanzeige von der Genehmigung durch die Ortspolizeibehörde abhängig gemacht und außerdem jede Angabe unter Strafe gestellt wurde, die geeignet war, »einen Irrtum über die geschäftlichen Verhältnisse des Anzeigenden oder die Menge der ihm zur Verfügung stehenden Vorräte und über den Anlaß oder Zweck des Ankaufs, Verkaufs oder der Vermittlung zu erwecken.« Am wichtigsten aber war das in dieser Verordnung ausgesprochene Verbot des Kettenhandels.

Über die Entstehung des Kettenhandels als Kriegerscheinung hat *Julius Hirsch* auf Grund seiner im Preisprüfungswesen erworbenen Sachkenntnis belehrende Ausführungen gemacht.¹⁶ Bereits zu Beginn des Krieges, als die Preise schnell, oft sprunghaft stiegen, aber die ganze Marktlage höchst unsicher war, zog der Warenbesitzer häufig den schnellen Gewinn dem höheren vor. Er schlug seine Warenposten, anstatt sie auf Lager zu halten und auf Nachfrage stückweise zu verkaufen, im Ganzen an einen anderen los, um bei einer neuen, noch vorteilhafteren Partie sein Kapital — oder seinen Bankkredit — in raschem, leichtem Gewinne auszunutzen. So kam es zu den ersten Ketten. Ganze Warenpartien wurden geschlossen weiter und weiter verhandelt. Dem setzten die Höchstpreise für diejenigen Waren, die von ihnen betroffen wurden, ein Ziel. Nun war ein Kettenhandel nur noch für die Waren des freien Markts möglich. Diese Möglichkeit wurde auch nicht dadurch unterbunden, daß durch die bereits erwähnte Verordnung vom 23. Juli 1915 die »übermäßige Preissteigerung« als strafbar erkannt wurde. Im Gegenteil! Gerade diese Verordnung hat nicht unwesentlich dazu beigetragen, daß der Kettenhandel einen neuen Antrieb erhielt. Freilich konnte der einzelne Zwischenhändler keinen übermäßig hohen Aufschlag mehr nehmen, ohne sich strafbar zu machen. Doch nichts schien dem entgegenzustehen, daß der erste Händler einen noch eben zulässigen Gewinn aufschlug, an den zweiten Händler weiterverkaufte, der mit demselben Gewinn an den dritten weitervertrieb, und so fort vielleicht bis zum zehnten Händler. Es leuchtet ein, in welcher ungeheuerlichen Weise die Ware dadurch verteuert werden mußte.¹⁷ Solche Ketten brauchten sich gar nicht

¹⁶ *Julius Hirsch*, a. a. O.

¹⁷ »Wenn von zehn solchen Zwischenhändlern jeder auf seinen Einkaufspreis, wie nicht selten vorkommt, zum Beispiel 10 vH aufschlägt, so ist die Ware hernach doch um 100 vH verteuert — oder vielmehr um 158 vH, denn wenn der Warenposten vom ersten Kettenhändler mit 1000 Mark gekauft wird, so schlägt dieser 100 Mark auf seinen Einkaufspreis; den nächsten kostet die Partie dann 1100 Mark, dazu 10 vH = 1210 Mark; beim nächsten kommen schon 121 Mark hinzu, beim übernächsten 133 Mark und so fort, bis beim zehnten Händler die für zulässig erachteten 10 vH Aufschlag schon 235 Mark ausmachen. Durch die gesamte Kette wird also der Gesamtpreis der Ware von 1000 auf 2583 Mark hinaufgetrieben, schlimmer als durch jeden einzelnen Preiswucherer.« (*Hirsch*, a. a. O., S. 8.)

immer mit bewußter Absicht zu bilden. Je mehr beim einzelnen Zwischengliede die Verdiensthöhe eingeeengt wurde, um so mehr stieg der Wille, die Ware möglichst geschwind geschlossen abzuschieben. Die Parole hieß: schnell wieder verkaufen! Das war wichtiger, als billig einzukaufen. Ja die alte Kaufmannssorge um den billigen Einkauf schien sich in ihr Gegenteil verkehrt zu haben, weil ja mit höherem Einkaufspreis die gesetzlich zulässige Gewinnquote wuchs.

Durch die angeführte Verordnung vom 24. Juni 1916 wurde der Kettenhandel grundsätzlich verboten. *Grundsätzlich!* — denn es hätte sich schwer eine feste Formel finden lassen, die den berufsmäßig betriebenen Kettenhandel traf, ohne die Benutzung berechtigter Zwischenglieder durch den soliden Warenhandel zu stören, etwa in der Weise, daß eine bestimmte Höchstzahl von Händlern festgelegt worden wäre, die nacheinander beim Absatz der Ware mitwirken durften, oder daß zwischen Erzeugerpreis und dem Verkaufspreis an den letzten Verbraucher eine Höchstspanne gelegt worden wäre, die nicht überschritten werden durfte. Alles das wäre in der praktischen Ausführung auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestoßen. In Zukunft sollte das Berufsgewissen des ehrbaren Kaufmanns dafür bürgen, daß keine unnützen Glieder sich in die notwendige Handelskette einschoben. Man sagte sich, dadurch daß man den Großhandel mit Lebensmitteln *konzessionspflichtig* gemacht hat, ist dieser Geschäftszweig gleichsam ein privilegiertes Gewerbe geworden. Damit übernimmt er auch Pflichten. Der Kaufmann hat jetzt im Kriege kein Geschäft mehr, sondern ein *Amt* — ein Amt, das er zum Wohle der Allgemeinheit zu versehen hat.¹⁸

In der Tat mag erreicht worden sein, daß sich für den *soliden* Handel nunmehr ein Kettenhandel ausschloß. Gegenüber dem unlauteren Schiebertum aber, das in dem Dunkel von Winkelbörsen sein lichtscheues Gewerbe trieb und eine festgeschlossene und gerade auf den Kettenhandel angewiesene Interessengemein-

¹⁸ Das Kriegsernährungsamt hat sich in seinen Veröffentlichungen wiederholt zu dieser Auffassung, daß der Kaufmann im Kriege sein Geschäft als ein »*Amt*« zu betrachten habe, bekannt. Auch Hirsch und Thieß stellten sich auf diesen Standpunkt. *Terhalle* (a. a. O., S. 41) hält diese ganze Einstellung für falsch. »Ein Amt eigener Art,« sagt er, »ein Amt mit unter Umständen recht erheblichen finanziellem Risiko.«

schaft bildete, mußten aber auch in Zukunft Polizei und Staatsanwalt ihren mühseligen und letzten Endes erfolglosen Kampf weiterführen.¹⁹

Dem *Kleinhandel* gegenüber hatte man zunächst verhältnismäßig leichtes Spiel. Wenn wir erfahren, daß die Preise der zum Verkauf stehenden Waren, für jedermann sichtbar, auf einem Aushang vor dem Laden verzeichnet sein mußten, — daß Gegenstände des Wochenmarktverkehrs, die von außerhalb zum Markte kamen, nur auf dem Marktplatz verkauft werden durften, — daß es verboten war, einen Kleinverkaufspreis nachträglich zu erhöhen, — daß bei der Abgabe von Waren ein Kaufzwang zur Abnahme nicht verlangter Waren unstatthaft war, — dann fühlt man sich in die Zeiten der mittelalterlichen und merkantilistischen Stadtwirtschaft zurückversetzt, wo bei Teuerungen Maßnahmen dieser und ähnlicher Art zu den altbewährten Hausmitteln der Marktpolizei gehörten. Dem Kleinhandel waren die Hände gebunden. Ohnehin hatte die Entwicklung der Kriegs-ernährungswirtschaft dahin geführt, daß der Kleinhandel seine Bewegungsfreiheit eingebüßt hatte. Immer mehr der von ihm vertriebenen Waren hatten mit der Übernahme in die öffentliche Bewirtschaftung feste Preise bekommen. Was dem Kleinhandel mit Lebensmitteln, aber noch an »markenfreien Artikeln« ver-

¹⁹ »An gewissen Kaffeehaus-Tischrunden, an denen im Frieden das Abschließen von Rennwetten eine bedeutende Rolle gespielt hat, konnte man bis zur Kettenhandels-Verordnung, aber auch noch nachher ziemlich häufig, dieses Geschäft in den Mittagsstunden beobachten. Zwischen den noch immer gut gehenden Buchmachergeschäften, zwischen kleineren Händlern mit allerhand Wertstücken wird eine Partie Schmalz angeboten oder beschlagnahmefreie Gerste oder verkehrsfreier Reis unbekannter Herkunft. Dann kann man beobachten, wie sich die einzelnen an dem Geschäft »beteiligen«, entweder indem sie einen Teil der Partie übernehmen oder auch mit festen Geldbeträgen (x-mal 1000 Mark) an einem Umschlage teilnehmen oder endlich sich eine solche Partie »an Hand geben« lassen, um sie gegen eine festgesetzte Provision und gegen entsprechenden Anteil am »Überpreise« — das ist der über den vorgeschriebenen Verkaufspreis erzielte Mehrbetrag — weiter zu vertreiben. Nicht selten werden alle diese Geschäfte an der Tischrunde gleich schriftlich festgelegt, so daß man drei oder vier Kaufverträge über dieselbe Warenpartie vom selben Tage finden kann, die auch mit derselben Tinte geschrieben sind, aber doch nacheinander starke Preissteigerungen aufweisen. Daß solche Tafelrunden sich dann auf die Dauer zu ständigen Ketten auswachsen, die bei den verschiedenartigsten Waren in verhältnismäßig gleicher Zusammensetzung wiederkehren, konnte mehrfach beobachtet werden.« (Hirsch, a. a. O., S. 36.)

blieb, mußte in Packungen oder Behältnissen abgegeben werden, auf denen Preis, Inhalt und Gewicht verzeichnet waren. Man sieht, daß diese ganze »Kriegs-Fürkaufs-Gesetzgebung« darauf abgestellt war, den Kleinhändler der Kontrolle des Publikums zu unterwerfen. Und diese Kontrolle wurde vom Publikum, das sich ständig bewuchert fühlte, mit unerbittlicher Strenge gehandhabt. Sobald sich ein Krämer, Metzger oder Bäcker einen Verstoß zuschulden kommen ließ, erhob sich Geschrei. Erst als es bei größer werdendem Mangel vorkam, daß der Kunde mit dem Händler gemeinsame Sache machte, um sich von diesem »hintenherum« Schleichhandelsware zu verschaffen, hat diese Kontrolle versagt.

An der Preiswuchergesetzgebung ist herbe Kritik geübt worden. Ohne Frage mußte sie diejenigen enttäuschen, die, weil sie im Wucher die Wurzel alles Übels sahen, von ihr die Behebung der Teuerung erwartet hatten. Dagegen wird man gerechterweise feststellen müssen, daß sie zumindest Teilerfolge aufzuweisen gehabt hat, und daß sie, sobald man sich auf den dornigen Pfad einer Höchstpreispolitik hatte begeben müssen, ganz unentbehrlich war. Ohne die Bekämpfung der Übertretungen und Umgehungen des Höchstpreises wäre diese Waffe stumpf geblieben.

Auch über die *Preisprüfungsstellen*, die im Herbst 1915 zugleich mit der einsetzenden Hochflut von Preisverordnungen geschaffen worden waren, wird man heute zu einem ruhig abgewogenen Urteil kommen können. Damals waren »zur Sicherung von Unterlagen für die Preisregelung der Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs und zur Unterstützung der zuständigen Stellen bei der Überwachung des Verkehrs mit diesen Gegenständen« im ganzen Lande Preisprüfungsstellen errichtet worden. Gemeinden über 10 000 Einwohnern *mußten*, kleinere Gemeinden *konn-*
ten solche Stellen einrichten. Das ist denn auch mit Eifer geschehen, so daß es bald in Deutschland weit über tausend solcher Stellen gab. Die Preisprüfungsstellen waren Selbstverwaltungskörper mit einem Staats- oder Gemeindebeamten als Vorsitzendem und mit einer mehr oder weniger großen Zahl von Mitgliedern, die sich zur Hälfte aus den Kreisen der Warenerzeuger und Händler, zur anderen Hälfte aus unbeteiligten Sachverständigen und Verbrauchern zusammensetzten.

Weshalb man diese Organe ausgerechnet in einem Augenblicke schuf, als man bereits grundsätzlich zu einer Preisregelung

von Reichs wegen übergegangen war, mag befremdlich erscheinen und mag sich daraus erklären, daß der Plan zu dieser Einrichtung bereits zu einer Zeit ausgearbeitet worden war, als man die spätere Entwicklung nicht klar übersah. Denn wenn die Aufgabe der Preisstellen darin erblickt werden sollte, bestimmenden Einfluß auf die Preisregelung auszuüben, so waren sie dafür als lokale Stellen völlig ungeeignet. Lokale Höchstpreise waren, wie man damals bereits wußte, unbrauchbar und wurden mit zunehmender reichsrechtlicher Preisregelung auch ungültig. Auch zu einer beratenden Tätigkeit waren sie nicht recht imstande, weil ihnen in ihrer Zersplitterung dazu der rechte Überblick fehlte. Unter dem gleichen Mangel litt auch ihre begutachtende Tätigkeit für die Gerichte bei der Entscheidung über Vergehen gegen die Höchstpreis- und Preiswucherverordnungen. Wer selbst in einer solchen Preisprüfungsstelle gesessen hat, wird sich desindrucks der Belanglosigkeit der dort gefaßten Beschlüsse nicht haben entziehen können. Der Hauptnutzen der Preisstellen ist wohl darin zu erblicken, daß sie der allgemeinen Unzufriedenheit als Ventil dienten. Hier trafen in regelmäßigen Sitzungen Erzeuger, Händler und Verbraucher zusammen, um ihrem bedrückten Herzen Luft zu machen. Eine solche Aussprache wirkte immer beruhigend auf die erregten Gemüter, und diese Beruhigung übertrug sich bis zu einem gewissen Grade auch auf die von den einzelnen Mitgliedern vertretenen Interessentengruppen, wie es — massenpsychologisch genommen — überhaupt gut war, daß es an jedem Orte eine Stelle gab, wo der Bürger, mochte es auch erfolglos sein, in Preisfragen Beschwerde führen konnte.

Neben den örtlichen und Bezirkspreisstellen war auch eine *Reichsprüfungsstelle* errichtet worden, die aber nicht etwa den ersteren übergeordnet war, sondern ihren eigenen Aufgabenkreis hatte. Ihr lag ob:

1. den Reichskanzler in allen die Versorgung der Bevölkerung mit Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs betreffenden Fragen, namentlich über die Preisverhältnisse zu beraten, und
2. soweit erforderlich, mit den anderen zur Bestimmung der Höchstpreise berufenen Stellen in Verbindung zu treten, deren Arbeitsergebnisse zu sammeln sowie überhaupt sich über Zufuhr, Bestand und Preise von Gegenständen des not-

wendigen Lebensbedarfs fortlaufend zu unterrichten. Auch hatte sie

3. wichtige Ergebnisse ihrer Ermittlungen anderen Preisprüfungsstellen zugänglich zu machen.

Ursprünglich war sie ähnlich aufgezozen wie die örtlichen Preisstellen, mit einem Vorstand und mit einem Beirat, in dem alle wichtigen Verbände und Interessentengruppen vertreten waren. Ein Riesengremium, so groß wie ein Parlament.²⁰ Tatsächlich wurde anfangs mit diesem ganzen Apparat gearbeitet. Die ersten Sitzungen des Beirats fanden im Oktober 1915 statt. In Ausschüssen versuchte man weiterzuarbeiten, da aber die ganze Tätigkeit nur *beratend* war, so konnte der Betätigungsdrang der Beiratsmitglieder nicht zur Entfaltung kommen. Allmählich schloß die Tätigkeit des Beirats und des Vorstandes ein. Die eigentliche Arbeit konzentrierte sich nunmehr vollends in der Verwaltungsabteilung der Reichspreisprüfungsstelle, der »Reichspreisstelle«, wie sie kurz genannt wurde. Diese ging 1916 in der Volkswirtschaftlichen Abteilung des Kriegsernährungsamts auf. Sie hat bei der Ausarbeitung von Höchstpreis- und Preiswucher-Verordnungen mitgewirkt und dafür das reiche, bei ihr zusammenkommende statistische Material nutzbar gemacht. Sie war es auch, die für die Wucherbekämpfung die erforderlichen Voraussetzungen schuf. Für die anderen Preisprüfungsstellen, aber auch für die Gerichte, Polizeibehörden und Wirtschaftsverbände hatte sie einen gut arbeitenden Auskunftsdienst organisiert. Zur allge-

²⁰ »Der Beirat setzte sich zusammen aus Bundesratsbevollmächtigten, aus einer Anzahl von Reichstagsabgeordneten sowie aus Vertretern der verschiedenen Berufsstände und Berufsvereinigungen, so des Deutschen Landwirtschaftsrats, des Bundes der Landwirte, des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, des deutschen Handelstages, des Hansabundes, des Kriegsausschusses der deutschen Industrie, des Verbandes der Großhändler der Nahrungsmittel- und verwandter Branchen, des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages, des Deutschen Zentralverbandes für Handel und Gewerbe, des Reichsverbandes deutscher Städte, des Deutschen Städtetages, des Hauptverbandes deutscher gewerblicher Genossenschaften, des Allgemeinen Verbandes der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften, des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine sowie des Kriegsausschusses für Konsumenten-Interessen.« (*Stadthagen, Die Preisprüfungsstellen. Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 22/23. Berlin 1917. S. 24.*)

meinen Aufklärung gab sie eine Zeitschrift ›Mitteilungen für Preisprüfungsstellen‹ heraus.²¹ So wurde hier eine umfangreiche und höchst bedeutsame Tätigkeit entfaltet. Als Leiter und Referenten wirkten in ihr Professoren der Nationalökonomie, Statistiker und hervorragende Sachverständige mit.²² Es hat wohl keine Kriegszentralstelle gegeben, in der sich mehr Intelligenz und Sachkunde vereinigt fand. Und wenn auch diese Behörde keine selbständige Exekutive besaß und daher wohl von anderen Behörden über die Achsel angesehen wurde, so war ihr mittelbarer Einfluß, weil er sich auf überlegene Sachkunde stützte, doch groß.

3. Die Preise der öffentlich geregelten Nahrungsmittelwirtschaft

Doch sind wir dem historischen Gang der Ereignisse vorangeilt.

Die mit dem Sommer 1915 einsetzende Höchstpreisära schien durch ihre nächsten Wirkungen allen denen recht zu geben, die in Höchstpreisen die Lösung des Ernährungsproblems sahen. Thieß weist darauf hin, daß die Wirtschaftskosten, die sich nach den regelmäßigen Berechnungen *Richard Calwers* seit Kriegsbeginn in aufsteigender Richtung bewegt hatten, im Oktober 1915 ihren vorläufigen Höchststand erreichten. Es betrugen die Lebenshaltungskosten für eine fünfköpfige Familie in der Woche²³ in den ersten sieben Monaten des Jahres 1914: 25 M, im August 26,50 M, dann steigt nach einer kleinen Absenkung im September der Satz von Monat zu Monat um fast 1 M bis auf 29,65 M im Januar 1915, darauf im beschleunigten Tempo bis Juni 1915 auf 37,36 M, langsamer bis September auf 39,93 M und wieder stärker im Oktober auf 41,90 M. Dann aber folgt im November eine Absenkung um mehr als 3 M auf 38,86 M. Auch in den beiden folgen-

²¹ Diese bilden auch für diese Arbeit eine wertvolle Quelle.

²² Es bleibe nicht unerwähnt, daß in dem Schoße dieser Behörde auch die beste deutsche kriegswirtschaftliche Publikation erwuchs, die oft zitierten und im Umfang von 68 starken Heften herausgekommenen ›Beiträge zur Kriegswirtschaft‹.

²³ Freilich unter der — tatsächlich nicht zutreffenden — Voraussetzung gleichbleibender Ernährungsweise. Die Calwerschen Zahlen sind daher mehr für die Preisbildung als für die Lebenskosten kennzeichnend.

den Monaten, wo die Aufwärtsbewegung wieder leise einsetzt, bleiben die Lebenshaltungskosten noch unter der Oktoberhöhe.

Fraglos war das ein Erfolg. Doch hielt er nicht an. Sprungweise gingen die Preise seit dem Februar 1916 wieder aufwärts, auf 43,40 M (Februar), 48,47 (März) und 51,90 M (April) und so fort. Jetzt offenbarten sich die *Schwächen der Höchstpreispolitik*. Wie ließ es sich verstehen, daß trotz der sich ständig vermehrenden Höchstpreise die Lebenshaltungskosten stiegen?

Primitive quantit tstheoretische Argumente reichen aus, um die Erklärung dafür zu geben. Was war geschehen? Man hatte Höchstpreise gesetzt, um die für den Konsumenten schwer erträgliche Preissteigerung aufzuhalten. Da in der Regel der H chstpreissatz nach dem Marktpreise bemessen wurde, den die betreffende Ware zur Zeit der Höchstpreissetzung erlangt hatte, so mochte zunächst der Höchstpreis — man hatte den am freien Markt gebildeten Preis sozusagen legalisiert — der allgemeinen Marktlage, dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage, entsprechen. Doch nur zunächst! Denn da, am Gesamtbedarfe gemessen, die Nachfrage nach Lebens- und Futtermitteln größer war als der Vorrat, so mußte sich das Preisniveau sehr bald wieder verschieben. Es stiegen die Preise der begehrtesten, aber noch nicht preisgebundenen Waren. Die Folge war, daß nun auch sie in den Kreis der mit Höchstpreisen bedachten Waren einbezogen wurden. Nun warf sich die Preissteigerung auf andere Artikel, bis sich auch bei ihnen das gleiche Spiel wiederholte. Da aber, wie gesagt, jedesmal bei der Höchstpreissetzung der inzwischen erreichte Marktpreis zugrunde gelegt wurde, so ergab sich als Regel, daß eine Ware relativ um so höher im Höchstpreise stand, je später sie von der Preisbindung erfaßt worden war.²⁴

So wohnte dem H chstpreissystem eine immanente Kraft inne, aus sich heraus das allgemeine Preisniveau zu erhöhen. Diese Wirkung wurde aber noch durch einen weiteren Vorgang gesteigert. Bei der mangelnden Anpassungsfähigkeit der starren Höchstpreise an die fortschreitende Vorratsminderung »verschwand« die mit zu niedrigen Höchstpreisen belegten Waren »vom Markte«. Sie blieben beim Erzeuger hängen, weil es für ihn

²⁴ In anderem Zusammenhange ist bereits dargestellt, welche nachteiligen Folgen sich daraus für die Einstellung der G tererzeugung ergeben mußten. Vgl. S. 107.

vorteilhafter sein konnte, sie in eigener Wirtschaft zu verwenden, oder sie gingen — allen Strafbestimmungen zum Trotz — unkontrollierbare Wege. Welche Folgerung mußte sich aus dieser Sachlage für die leitenden Stellen ergeben? Um die Ware wieder an den Markt zu locken, sahen sie sich genötigt, die alten Höchstpreise durch neue, höhere Höchstpreise zu ersetzen oder dem Erzeuger Preisaufschläge in Form von Ablieferungsprämien zu gewähren. So trieb ein Keil den anderen, immer mit der Wirkung, die Lebenshaltungskosten zu steigern.

Unter dem Eindruck dieser Entwicklung im Frühjahr 1916 geriet die bisherige Höchstpreispolitik in Verruf. Doch nicht der Höchstpreis überhaupt! Nein — daran hielt man fest: eine Preisbindung war unentbehrlich. Doch erkannte man, daß zugleich mit der regiminellen Preisbindung auch die Ware selbst von der öffentlichen Hand erfaßt werden mußte. Es wurde der Satz aufgestellt: Höchstpreis und öffentliche Bewirtschaftung gehören zusammen; die zwangsläufige Ergänzung des Höchstpreises ist die öffentliche Bewirtschaftung.

Es war im Frühjahr 1916, als sich diese Erkenntnis durchsetzte. Es beginnt eine neue Ära der Kriegsernährungswirtschaft. Ein Lebensmittel nach dem anderen wird von der öffentlichen Hand erfaßt und verteilt. Auch vorher hatte es schon eine öffentliche Bewirtschaftung gegeben, — so für Brotgetreide und Futtermittel. Aber sie war die Ausnahme gewesen, jetzt wurde sie die Regel.

An dem System der Preisregulierung allein durch Höchstpreise hielt man nur als Notbehelf bei solchen Waren fest, die für eine allgemeine Verteilung nicht regelmäßig und massenhaft genug vorkamen. Doch konnte deren Preisentwicklung auch nicht sich selbst überlassen bleiben, denn dann hätte sie Höhen erklommen, »denen gegenüber die Hauptware des Massenverbrauchs im wesenlosen Schein versunken wäre«.²⁵ Die allgemeine Vorratsversorgung wäre dadurch zwar kaum geschwächt worden. Aber der öffentliche Verkauf solcher Ware zu unerschwinglich hohen Preisen hätte auf die breiten Massen aufreizend wirken müssen. Als man zum Beispiel sich 1917 dazu entschloß, für *Gänse* Höchstpreise festzusetzen, war man sich im Kriegsernäh-

²⁵ *Julius Hirsch*, Die Preisgebilde des Kriegswirtschaftsrechts (Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 24). Berlin 1917. S. 14.

rungsamt wohl bewußt, daß damit, was ja auch tatsächlich eintrat, nur das Verschwinden der Gänse vom Markte bewirkt werden würde. Der Städter hat seitdem keinen legal erworbenen Gänsebraten mehr zu sehen bekommen, obwohl kurz vorher noch die Gänse in langen Reihen in den Läden geprangt hatten. Das Kriegsernährungsamt durfte sich eben nicht auf den Standpunkt des Herrn von Oldenburg-Januschau stellen, der meinte, daß es keinen Menschen etwas anginge, wieviel er für eine Gans bezahlte.²⁶ Es sagte sich mit Recht: lieber soll keiner Gänsebraten essen, als daß sich nur eine kleine Anzahl Bevorrechtigter diesen Genuß verschafft! Ganz abgesehen davon, daß es in diesem und in ähnlichen Fällen nicht ganz gleichgültig sein konnte, wenn sich die Landwirte in ihrer Wirtschaft zum Schaden der Erzeugung unentbehrlicherer Güter auf unerwünschte Bahnen lenken ließen.

Aber im übrigen wurden die Höchstpreise zu »Bewirtschaftungspreisen«, zu Monopolpreisen der öffentlichen Bewirtschaftungsstellen. Die Höchstpreise änderten damit ihr Gesicht. Die »Bewirtschaftungspreise waren keine Grenzen für den Preiskampf, ... keine Festlegungen in einem freien Wirtschaftsverkehr. Sie waren vielmehr Grenzen für Gebühren, für Vergütungen ausführender Organe ... In dem Augenblicke, in dem die Ware zwangsläufig wurde, ... gab es keinen Preis mehr. Es wurden daher auch keine Preisgrenzen mehr festgesetzt, sondern Grenzen der Entgelte für Offizialleistungen.«²⁷

Gleichwohl hielt man auch für die bewirtschafteten Waren nicht nur an der Bezeichnung und dem juristischen Begriff des »Höchstpreises«, sondern auch an einer Höchstpreisfestsetzung fest. Das hatte seine guten Gründe. Einmal galt der von den Bewirtschaftungsstellen gewährte Übernahmepreis zugleich als Höchstpreis im eigentlichen Sinne für etwa noch im freien Verkehr befindliche freie Teile der betreffenden bewirtschafteten Ware. Es konnte ja vorkommen, daß die Hauptmasse einer Ware beschlagnahmt und öffentlich bewirtschaftet wurde, daneben aber gewisse Mengen frei blieben. So gab es gewisse landwirtschaftliche Erzeugnisse, welche, weil sie für den Landwirt unentbehrliche Produktionsmittel bildeten, nicht in vollem Umfange beschlagnahmt wurden, sondern teilweise den Erzeugern zur

²⁶ Im Tag Nr. 448 vom 1. September 1916.

²⁷ Ernst Stern, Der Höchstpreis. München 1923. S. 91.

freien Verfügung belassen wurden.²⁸ Diese Mengen durften nicht, wie die in den Anfängen der Kriegsernährungswirtschaft gemachten Erfahrungen gelehrt hatten, unbeschwert durch Höchstpreise dem Handel überlassen bleiben, sollte nicht die beschlagnahmefreie Ware — es gab alsbald »sogenannte« beschlagnahmefreie Ware — zu wucherischen Zwecken mißbraucht werden, und sollte nicht der Landwirt der Versuchung erliegen, die beschlagnahmten Mengen ebenfalls der Verstrickung zu entziehen. Ähnliche Erfahrungen hatte man auch mit der Auslandsware gemacht, die man ebenfalls zunächst von der Bindung an Höchstpreise freigelassen hatte. Sobald nämlich für ein Inlandsprodukt Höchstpreise eingeführt worden waren, während das gleiche Produkt, aus dem Auslande bezogen, frei blieb, verschwand die Inlandsware vom Markte, und es gab angeblich nur noch Auslandsware. Besonders drastisch machte sich das im Frühjahr 1916 als Folge der Einführung von Höchstpreisen für Käse und für Schweinefleisch bemerkbar. Es war so, als hätten sämtliche deutsche Käsefabrikanten plötzlich ihre eigene Produktion eingestellt. In Berlin gab es in den tausenden und aber tausenden Geschäften, in denen Molkereiprodukte und Delikatessen verkauft wurden, weder Elbinger, noch Tilsiter, noch Allgäuer Käse, sondern ausschließlich nur noch »ausländischen«, angeblich echten Holländer- und Schweizerkäse. Und von den Berliner Fleischern wurde damals nur noch »ausländisches« Schweinefleisch feilgeboten, dieses aber in einer Menge, die auch dem Gutgläubigsten Verdacht erwecken mußte.²⁹ Ähnliches wiederholte sich später bei der Butter. »Schleichhandel« hieß, worauf *Hirsch* hinweist, ursprünglich der Handel mit geschmuggelter Ware und hat erst später in Anlehnung an den Handel mit sogenannter beschlagnahmefreier Auslandsware die allgemeinere Bedeutung alles illegalen Handels erhalten. So willkommen es an sich gewesen wäre, wenn der freie Handel durch die Zuführung von Auslandsware die Nahrungsmittelvorräte vermehrt hätte, so mußte doch dieser Mißbräuche wegen auch die Auslandsware an die gleichen Höchstpreise wie die Inlandsware gebunden werden.³⁰

²⁸ Vgl. S. 187 f.

²⁹ Vossische Zeitung Nr. 116 vom 3. März 1916.

³⁰ Damit wäre bei dem höheren Preisstande der Lebensmittel im Auslande eine Einfuhr überhaupt nicht mehr möglich gewesen. Wir wiesen bereits in

Man kam also auch nach Einführung der öffentlichen Bewirtschaftung nicht ohne Höchstpreise aus. Wo ein Erzeugnis in vollem Umfange beschlagnahmt und bewirtschaftet wurde, wäre an sich die öffentliche Bewirtschaftungsstelle in der Preissetzung ganz frei gewesen. Da es für solche Waren einen freien Verkehr überhaupt nicht mehr gab, hatte sie es in der Hand, den Preis nach eigenem Ermessen festzusetzen. Doch behielt man auch hier das alte Verfahren der Höchstpreisfestsetzung bei. Nach wie vor wurden fortlaufend auch für die bewirtschafteten Waren Höchstpreise verkündet, ja man kann sagen, daß sie sorgfältiger denn je ausgearbeitet wurden, und daß die Haupttätigkeit des Kriegsernährungsamts und seiner nachgeordneten Stellen in dieser Arbeit aufging. Es beruhte auf einer ganz falschen Vorstellung von dem tatsächlichen Vermögen einer obersten Kriegswirtschaftsleitung, wenn man glaubte, das Kriegsernährungsamt hätte bei der Preissetzung nach Willkür handeln können. Mag sein, daß ihm die rechtlichen und wirtschaftlichen Machtmittel dazu in die Hand gegeben waren. Aber in praxi mußte auch für die bewirtschafteten Gegenstände die Preisnormierung unter dem Zwange von Verhältnissen erfolgen, wie sie für die bisherige Preisbildung bestimmend gewesen waren. Natürliche Preiseinflüsse, wie Ernteausschlag, Produktionskosten, Dringlichkeit des Bedarfs, Zahlungsfähigkeit des Käufers usw., durften nicht unbeachtet bleiben und mußten nach einem Preise suchen lassen, der als »angemessen« gelten konnte. Thieß weist darauf hin, wie auch bei diesen Kriegspreisen in Erscheinung getreten wäre, was man in der Theorie von den Monopolpreisen schon immer gewußt habe, daß nämlich auf sie schließlich die gleichen Einflüsse wirken wie auf die Preise der freien Konkurrenz, nur in anderer, indirekter und abgeschwächter Form. »Brauchte der Roggenpreis der Reichsgetreidestelle auch darauf keine Rücksicht zu nehmen, daß etwa im nächsten Laden billiger verkauft werden und der eigene Vor-

anderem Zusammenhange darauf hin, daß der Einfuhrhandel staatlich organisiert wurde. Die teurer eingeführte Ware wurde an die Verbraucher öffentlicher Hand abgegeben, also an Heer, Marine, Rotes Kreuz, Massenspeiseeinrichtungen, Krankenanstalten. Oder sie wurden von den Kommunalverbänden in besonderen Geschäften, in denen inländische Ware nicht verkauft wurde, vertrieben oder mit billigerer Inlandsware zu einem Einheitspreise verrechnet und abgegeben. Vgl. Hirsch, Preisgebilde, a. a. O., S. 13.

rat liegenbleiben könnte, so doch darauf, daß die politische Unzufriedenheit über hohe Preise nicht grundlos herausgefordert wurde, und auf der anderen Seite, daß nicht für den Landwirt der Anreiz übergroß wurde, sein Getreide zu verheimlichen und zu verfüttern, anstatt es billig abzuliefern. Es durfte ihm auch kein übergroßer Anreiz gegeben werden, im nächsten Jahre statt Brotgetreide Futtergetreide zu bauen oder gar ... überhaupt den Anbau einzustellen oder sonst durch Änderung des Wirtschaftsplans die Ziele der Kriegswirtschaft zu durchkreuzen. So hatte die Kriegswirtschaft auf Schritt und Tritt die natürlichen Preisbeziehungen zu beachten. Die Preisverschiedenheiten nach Orten mußten den wirklichen Transportkosten entsprechen, wenn nicht — öffentlich oder heimlich — die Waren in falsche Bahnen und auf Umwege gelenkt werden sollten. Die zeitlichen Preisverschiedenheiten mußten den Ausgaben für Lagerung und Schwund entsprechen. Sonst wurde die Ware frühzeitig verschleudert oder allzulange zurückgehalten.«³¹

Auf die Technik der Höchstpreisgestaltung, die, anfangs recht roh, im Laufe der Entwicklung immer mehr verfeinert wurde, auf die Staffelung der Höchstpreise nach Handelsstufen, nach Zeitabschnitten, nach Qualitäten, soll nicht eingegangen werden; das würde den Rahmen dieses Buches überschreiten.³² Doch muß noch ein Wort über den sogenannten »*Richtpreis*« gesagt werden. In der Praxis der Kriegspreisnormierung spielte der Richtpreis eine nicht belanglose Rolle, und nichts zeugte besser als seine Existenz für das Bestreben der preissetzenden Stellen, den Kriegspreis den realen und natürlichen Verhältnissen anzupassen.

Richtpreis bedeutete in der Kriegswirtschaft denjenigen Preis, der von einer amtlichen Stelle als für eine Ware als angemessen erachtet wurde, und dessen Überschreitung die Vermutung der übermäßigen Preissteigerung begründete. Sein Hauptanwendungsgebiet waren solche Waren, für die eine Festsetzung starrer Höchstpreise nicht zweckmäßig erschien, weil sie nach ihrem Ernteausschlag oder nach Ort und Zeit zu sehr wechselnd oder in der Bewertung zu verschiedenartig waren, wie zum Beispiel Saat-

³¹ Thieß, a. a. O., S. 29 f.

³² Grundlegende und unmittelbar aus der Verwaltungspraxis hervorgegangene Ausführungen liegen darüber auch bereits vor. Vgl. Hirsch, Preisgebilde, a. a. O.

kartoffeln, Gemüse, Obst usw.³³ Man wählte also den elastischen Richtpreis in solchen Fällen, wo man nach der Eigenart der Ware annehmen zu müssen glaubte, daß der starre Höchstpreis den besonderen Anforderungen nicht gerecht zu werden vermochte. Bei fortschreitender Bewirtschaftung, bei besserer Höchstpreistechnik sind, zumal im zweiten und dritten Kriegsjahr, in vielen wichtigen Fällen die Richtpreise durch Höchstpreise ersetzt worden.

Es zeigt sich deutlich, daß auch in der Periode vorwiegend öffentlicher Bewirtschaftung der Lebensmittel sich das Hauptziel der Preispolitik nicht gewandelt hatte. Ein »angemessener Preis« sollte gefunden werden, — angemessen in dem Sinne, daß man im Preise die allgemeine Wirtschafts- und Marktlage berücksichtigen, aber einen übermäßigen, allein aus der Kriegskonjunktur sich ergebenden Gewinn verhindern wollte.

Doch waren noch andere Rücksichten zu nehmen, die ein Abweichen von dieser Zielrichtung als erforderlich erscheinen ließen. Die Preise mußten so ausbalanciert werden, daß gleichermaßen sowohl Erzeuger wie Konsument bei ihnen bestehen konnte.

Es ist in anderem Zusammenhange bereits dargestellt worden, wie man sich, vor allem seit dem dritten Kriegsjahre, bemüht hatte, durch die Preisgestaltung die landwirtschaftliche Produktion und Produktionsrichtung zu beeinflussen. Die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse wurden so abgestuft, daß der eigene Nutzen den Landwirt veranlassen sollte, diejenigen Produkte zu erzeugen und in der Form an den Markt zu bringen, wie es für die Ernährungswirtschaft am vorteilhaftesten war. Das bedeutete noch nicht ein Abweichen vom Grundsatz des angemessenen Preises. Der selbst damals noch ziemlich weitverbreitete Glaube, daß durch gute Preise eine produktionserhöhende Wirkung ausgeübt werden könne, wurde in Anbetracht der damaligen Wirtschaftsverhältnisse auch von den zu Rate gezogenen land-

³³ Hirsch weist (a. a. O., S. 36) darauf hin, daß die von der Reichsstelle für Gemüse und Obst in ihren Normalverträgen festgesetzten Richtpreise teilweise solche nicht gewesen seien. Für Frühgemüse wären sie zwar der örtlichen Abwandlung durch Preiskommissionen fähig gewesen. Soweit aber eine solche Veränderung nicht erfolgt wäre, hätten diese Preise der Normalverträge den Charakter von Erzeugerhöchstpreisen gehabt.

wirtschaftlichen Sachverständigen nicht geteilt. Zu eigentlichen Anreizpreisen verstand man sich nur für einzelne Erzeugnisse, die für den landwirtschaftlichen Betrieb in seiner Gesamtheit nur eine Nebenbedeutung hatten, die aber für die Volksernährung besonders wertvoll waren, wie zum Beispiel Hülsenfrüchte und Ölfrüchte. Und auch insofern ging man von der Idee des angemessenen Preises ab, als man die Preise nach dem Gesetz der höchsten Kosten bemessen wollte. Auch der am ungünstigsten arbeitende Betrieb sollte nicht nur seine Kosten decken, sondern noch ausreichenden Gewinn abwerfen. Die Absicht war, auch den letzten Betrieb zur Nahrungsmittelerzeugung heranzuziehen.

Aber weiter ging man auch nicht. Denn ebenso wichtig wie die Aufrechterhaltung der Produktion war die billige Versorgung des Konsumenten. Allein schon Erwägungen politischer Art mußten die absolute Niedrighaltung der Lebensmittelpreise als eines der ersten Ziele der Preispolitik erscheinen lassen. Es mußte auf die Stimmung der breiten Massen Rücksicht genommen werden. Ohnehin waren die in diesem Kriege dem deutschen Volke auferlegten materiellen und seelischen Belastungen so ungeheuerlich groß, daß man alles vermeiden mußte, was die Spannung gesteigert hätte. Und wenn auch auf die Dauer das Ansteigen der Preise nicht abgewandt werden konnte, so durfte doch der Eindruck nicht aufkommen, daß die Staatsleitung in ihrem ehrlichen Kampfe gegen die Teuerung erlahmte.³⁴ Auch mit Rücksicht auf die Auffassungen des Auslands erschien es geboten, das Preisniveau der Lebensmittel nicht allzu hoch ansteigen zu lassen. *Le Coutre* hat daran erinnert, wie für die Feinde höhere Preise den Gradmesser für die Wirksamkeit ihrer Blockade bedeuteten hätten. Nicht ohne Absicht wurde von den amtlichen Stellen bei jeder sich bietenden Gelegenheit betont, daß die deutschen Brot- und Getreidepreise niedriger wären als in allen kriegsführenden und neutralen Ländern Europas.

Dazu kam noch eine weitere Erwägung, die für niedrige Lebens-

³⁴ *Walter Le Coutre* erzählt (in seinem Buche »Die Grundgedanken der deutschen Preispolitik 1914—1918. Berlin 1919), wie noch im Jahre 1918, als eine Preiserhöhung der Marmelade nötig gewesen wäre, auf Drängen von Reichstagsabgeordneten im Ernährungsbeirat auf den Pfennig genau gerechnet werden mußte, obwohl bei der Rationierung auf der einen, der Verteuerung vieler Waren auf der anderen Seite darauf gar nichts mehr angekommen wäre.

haltungskosten sprach. *Thieß* hat bereits während des Krieges wiederholt ausgesprochen, daß bei der Gestaltung der Preise auch an ihre Auswirkung auf die *Währung* gedacht werden mußte. Hätte man die Preise laufen lassen, so hätte man ein noch schnelleres Laufen der Notenpresse in Szene setzen müssen, was wiederum ein noch schnelleres Laufen der Preise zur Folge gehabt haben würde. Im gleichen Sinne — freilich erst einige Jahre nach dem Kriege — hat sich *Batocki* geäußert: »Was die allgemeine Preispolitik der letzten Kriegsjahre betrifft, so erfolgte sie weniger im Interesse der Konsumenten als zur Erhaltung der deutschen Währung. Der Konsument mußte, wie wir es in der Inflationszeit gesehen haben, in jedem Fall so viel Papiermark erhalten, daß er leben konnte. Bei freier Preisbildung während der Blockadenot hätten sich unbedingt schon 1916 Preise und Löhne und damit das Verhältnis der Papiermark zum Golde genau so entwickelt, wie wir es nach 1919 mit Schrecken erlebt haben. Der Zusammenbruch der Kaufkraft der Papiermark im Kriege hätte aber den alsbaldigen Zusammenbruch des Volkes überhaupt bedeutet. Nur die auf die Erhaltung der Kaufkraft der Mark gerichtete Zwangspreispolitik hat es zuwege gebracht, daß nicht nur die Kaufkraft, sondern auch der Goldwert der Papiermark im Auslande sogar noch monatelang nach dem Zusammenbruch mehr als 50 Goldpfennig betrug.«³⁵

Aus gleichen Gründen verbot es sich auch, die Lebensmittelpreise durch finanzielle Aktionen aus öffentlichen Mitteln zu verbilligen. Davon ausgehend, daß durch hohe Preise die Produktion angeregt werden würde, ist wohl von manchen Seiten empfohlen worden, die Wirtschaft frei laufen zu lassen und die daraus dem Konsumenten erwachsende Mehrbelastung von Reichs wegen zu übernehmen. Solche Aktionen hätten nur mit Hilfe der Notenpresse durchgeführt werden können. Man kann verstehen, daß sich die Regierung zu einer solch kühnen Finanzpolitik, deren Erfolg nicht einmal mit Sicherheit feststand, nicht entschließen konnte. Wenn der Kriegsernährungswirtschaft in den letzten Kriegsjahren Reichszuschüsse gewährt wurden, beschränkten sie sich auf ganz besondere Ausnahmefälle. So wurde im Jahre 1918, als zum Ausgleich der gekürzten Brotration vorübergehend höhere Fleischrationen gewährt wurden, ein Teil der

³⁵ Deutscher Landwirtschaftsdienst, Nr. 29.

dadurch für die Bevölkerung entstehenden Mehrkosten durch Reichszuschüsse gedeckt. Ähnliches war bereits im Frühjahr 1916 bei Gelegenheit der Erhöhung der Kartoffelhöchstpreise und bei der Frühdruschaktion im Jahre 1917 geschehen. Immerhin ein gewagter Schritt und ein leises Hinübergleiten auf jene schiefe Ebene, auf der die deutsche Finanzwirtschaft der Revolutionszeit rettungslos abrutschen sollte. Ganz unbedenklich war es hingegen, wenn man durch Vornahme eines Preisausgleichs gewisse Nahrungsmittel für die Bevölkerung verbilligte. So war es möglich, den Mundzucker unter Preis herzugeben, indem man Aufschläge auf den Industriezucker nahm. Oder es wurden Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei bei einer Verwendung zu technischen Zwecken teurer verkauft, damit man sie für die Brotstreckung um so billiger liefern konnte.

Da die Höchstpreise den Angelpunkt der gesamten Kriegsernährungswirtschaft bildeten, standen sie auch im Mittelpunkt der *Kritik*. Es lag in der Natur der Sache, daß eine Politik, die den Ausgleich divergierender Interessen im Auge hatte und in Befolgung dieses Zieles in die Bewegungsfreiheit des einzelnen tief eingriff, es keinem recht machen konnte. Die einen warfen der Regierung vor, sie verfolge nur die Interessen der Produzenten, die anderen, ihre Ernährungspolitik sei einseitig konsumentenfreundlich orientiert und schädige die Produktion. *Batocki* hat daher wohl geäußert, niemals wäre er mehr mit sich zufrieden gewesen, als wenn er aus den ihm allmorgendlich vorgelegten Zeitungsstimmen entnommen hätte, daß von allen Seiten auf ihn geschimpft worden wäre.

Ernst Stern ist in eingehenden Ausführungen diesem Meinungsstreite nachgegangen. In scharfen Worten hat er die Art und Weise, wie er ausgefochten wurde, gegeißelt — wie leere Phrase und Bamarbas das große Wort führten — wie die lautesten Rufer des »Hosianna« morgen »kreuziget ihn« schrieen — wie die meisten Kundgebungen der öffentlichen Meinung »den Stempel der Gedankenlosigkeit und mangelnden Verantwortungsgefühls« an der Stirne trugen. Dazu die erbärmliche Kleinlichkeit, die sich hier hinter der Front bekundete, während draußen an der Front Blut und Leben hingegeben wurde. »Ein Landwirt,« schrieb *Batocki*,³⁶ »der seinen Sohn willig dem Vater-

³⁶ Vorwärts vom 16. September 1916.

lande hingibt, der selbst, wenn er es noch könnte, am liebsten in den Schützengraben ginge, gibt in der Zeitung in zwar unbeabsichtigter, aber tatsächlich aufreizender Form seinem Ärger darüber Ausdruck, daß er für den Zentner Gerste eine Mark weniger bekommt, als er gern haben möchte, daß ihm ... mehr Kartoffeln abgenommen werden, als er in der Wirtschaft glaubt entbehren zu können, daß ihm sein Raps nicht auf dem Hofe, sondern an der Empfangsstation abgenommen wird usw. Ein Städter, dessen Opferwilligkeit für den äußeren Kampf hinter der jenes Landwirts nicht zurücksteht, sieht im Wirtschaftskampfe in Mücken Elefanten, bauscht Mißstände und Unbequemlichkeiten, die die Kriegsgesetzgebung ... ihm bereitet, in Form und Ausdruck, die dem Auslande Freude und im Reiche erneut Reibungen zwischen den Berufsgruppen hervorrufen, auf.

Unsere Aufgabe kann es nicht sein, zu alledem und zu der Kritik, die auch nach dem Kriege die Höchstpreispolitik in wissenschaftlichen Schriften gefunden hat, Stellung zu nehmen. Wir hatten hier nur zu beschreiben: *»wie alles kam«*.

Gewiß bot die Höchstpreispolitik nicht nur grundsätzlich breite Angriffsflächen. Auch im einzelnen sind Fehler gemacht worden. Letzteres ist auch von amtlicher Seite niemals geleugnet worden.³⁷ Letzten Endes haben wie mehr oder weniger alle Maßnahmen der deutschen Kriegsernährungswirtschaft auch die der Höchstpreispolitik versagt. Doch ob ein grundsätzlich anderes System Besseres geleistet hätte, steht dahin. Die Probe darauf ist nicht gemacht worden. Die Verfechter eines anderen Systems befanden sich daher in einer günstigeren Stellung. »Die Früchte des ersten Systems kennt man: daß sie nicht alle erfreulicher Art sind, weiß man. Wie es aber um uns bestellt sein würde, wenn das System der wirtschaftlichen Freiheit durchgeführt worden

³⁷ Thieß gibt die Unvollkommenheit der Höchstpreise zu. »Aber das ist alles Menschenwerk ... Hat schon jemand verlangt, das Strafgesetzbuch abzuschaffen, weil jetzt wieder mehr gestohlen wird als seit hundert Jahren? Würde denn weniger gestohlen werden, wenn der Diebstahl straffrei wäre, oder hundertmal mehr? Nur an die neuen und noch fremdartigen Einrichtungen stellt man so hohe Ansprüche. Da meint man, alles Neue müßte vollkommen sein, und alles Unvollkommene müßte schlecht sein.« (Als Manuskript gedruckter Vortrag auf dem Lehrgang des Kriegsernährungsamts, Januar 1918 im Preußischen Abgeordnetenhaus.)

wäre, das weiß man nicht; man kann infolgedessen alles Erfreuliche von ihm hoffen und erwarten.«³⁹

Auch jedes andere System hätte die Tatsache des absoluten Mangels nicht aus der Welt schaffen können, nicht die fehlenden Millionen Tonnen Brot- und Futtergetreide aus dem Boden stampfen, nicht die fehlende Zufuhr pflanzlicher und tierischer Nahrungsmittel ersetzen, nicht die fehlenden Kolonialprodukte herbeischaffen können. Gewiß, dieses Wunder hat auch das eingeschlagene System nicht vollbracht! Aber immerhin ist es doch bei diesem System möglich gewesen, daß ein auf Einfuhrgüter angewiesenes 70-Millionen-Volk, das die Feinde in wenigen Wochen rettungslos aushungern zu können geglaubt hatten, mehr als vier Jahre lang durchhalten konnte.

³⁹ *Dr. August Müller* in *Recht und Wirtschaft*, VI, Heft 3 (1917).

FÜNFTER TEIL

Die öffentliche Bewirtschaftung und Rationierung der Lebensmittel

1. Die Kommunalverbände

Der Übergang zur öffentlichen Bewirtschaftung der Nahrungsmittel stellte eine Fülle von organisatorischen Aufgaben. Weder in der obersten Zentralverwaltung noch bei den nachgeordneten Stellen gab es Organe, die bestimmungsgemäß hierfür die Eignung gehabt hätten. Nicht einmal ein Plan für den Aufbau und die Einrichtung einer solchen Organisation war vorhanden, ja auch nach Kriegsausbruch bestand zunächst nicht die Absicht, einen solchen zu schaffen, weil man mit der kurzen Dauer des Krieges rechnete.

Die Organisation, die erstand, erwuchs stoßweise nach Maßgabe des sich ergebenden und ständig wachsenden Bedürfnisses. Daraus ergab sich — gemessen an dem Maßstabe einer sorgsam durchgebildeten Behördenorganisation — ein scheinbar regelloses und wirr verästeltes Gebilde. In seinem Aufbau und seinen Funktionen nur den wenigen Eingeweihten durchschaubar, stand die breite öffentliche Meinung ihm ziemlich ratlos gegenüber, war aber davon durchdrungen, daß die ganze Organisation nichts taue. Harte Kritik wurde geübt, und da auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft sich jedermann für sachverständig hielt, fehlte es nicht an Vorschlägen, wie man es hätte besser machen müssen. Die Zahl der Artikel, Aufsätze, Flugschriften, Bücher, die zwar gut gemeint sein mochten, die öffentliche Meinung aber ständig beunruhigten, ging in die Legion. Es gab keine Maßnahme, an der man nicht mehr oder weniger auszusetzen gehabt hätte. Den anordnenden und ausführenden Organen wurde die Arbeit dadurch stark erschwert. Doch war diese Opposition nur allzu verständlich. Sie lag im Wesen der Sache begründet, war sozusagen naturnotwendig. Eine Umstellung so tief einschneidender Art, wie sie der Übergang von der freien zur Zwangswirtschaft

darstellte, konnte sich nicht vollziehen, ohne harte Reibungen und erbitterte Widerstände auszulösen. Der Historiker weiß, daß sogar die Allmacht des aufgeklärten Absolutismus früherer Jahrhunderte bei viel bescheideneren Versuchen, die wirtschaftliche Freiheit zu beschränken, dieser Widerstände nicht immer Herr geworden ist.

Wir wollen es unterlassen, ein genaues und bis ins einzelne gehendes Bild von dem Aufbau der kriegsernährungswirtschaftlichen Organisation zu entwerfen. Wen würde das heute noch interessieren? Uns genügt es, die Prinzipien oder — da von Prinzipien kaum die Rede sein kann — die Grundzüge dieser Organisation kennenzulernen. Wir werden dann die Schwierigkeit ermessen können, die allein schon die organisatorische Seite dieses Unternehmens machte. Ja, es drängt sich die Frage auf, ob ein glatt arbeitender Verwaltungsapparat überhaupt herstellbar gewesen wäre. Die Kritiker der deutschen Kriegsernährungswirtschaft pflegten zu bemängeln, daß nicht schon zu Friedenszeiten zur Vorbereitung des Wirtschaftskriegs ein »wirtschaftlicher Generalstab« geschaffen worden sei. Man erkennt, welche Konsequenzen sich aus der brutalen Logik einer Kriegführung ergeben, die mit wirtschaftlichen Mitteln kämpft. Der Grundsatz des »si vis pacem, para bellum« wird vom rein militärischen Gebiete auch auf das der Wirtschaft übertragen. Zu einer um des Friedens willen betriebenen militärischen soll »die wirtschaftliche Kriegsrüstung« hinzukommen.

Doch ist es leichter, einen solchen Grundsatz aufzustellen, als ihn auszuführen. Wie hätte auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung eine »wirtschaftliche Kriegsrüstung« beschaffen sein müssen, um den Anforderungen eines jahrelangen Weltkrieges zu genügen? Gewiß — manches hätte besser vorbereitet gewesen sein können; man hätte Vorräte aufspeichern und gesetzliche Maßnahmen zur Schonung und Streckung der Nahrungsmittelbestände vorbereiten können. Zweifellos wäre das durchaus nützlich gewesen; die Lebensmittelknappheit wäre dann nicht so früh eingetreten. Aber gekommen wäre sie auch. Es läßt sich ein vier Jahre lang dauernder Krieg nicht einmal militärisch, geschweige denn wirtschaftlich vorbereiten, zumal auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft nicht, wenn ein importbedürftiges Land vom Ausland ganz abgeschnitten ist. Ja, ohne die

Blockade wäre die zu bewältigende Aufgabe für ein Land mit so reichen Produktionsmöglichkeiten wie Deutschland nicht unlösbar gewesen. Es entsprach nur der allgemein herrschenden Auffassung, wenn *Helfferrich* kurz vor Ausbruch des Krieges äußerte, »daß es ihm nur Theorie erscheine, über die Nahrungsmittelversorgung Deutschlands im Kriege sich Sorge zu machen«. Ein Weltkrieg, in dem so viele Völker als Deutschlands Gegner aufträten, daß die Nahrungsmittelzufuhr gesperrt würde, wäre ein solches Mißtrauensvotum gegen die deutsche Diplomatie, wie er es sich niemals zu eigen machen wollte.¹

Nun war das Unvorstellbare doch eingetreten. Der Abschluß vom Auslande war so stark, die fehlende Bedarfsmenge so groß, daß eine anteilmäßige Verteilung der erfaßbaren Lebensmittel erforderlich war. Es galt eine Verwaltungsaufgabe zu leisten, die nicht nur materiell die allergrößten Schwierigkeiten machen mußte, sondern die auch verwaltungstechnisch völlig neu war.

Zur Lösung dieser Aufgabe wählte man den Weg der *Dezentralisation*, indem man auf den Organen der lokalen Selbstverwaltung die Kriegsernährungswirtschaft aufbaute. Für ein Land der Selbstverwaltung, wie es Deutschland bereits seit einem Jahrhundert war, war das der gegebene Weg. Freilich ist wiederholt behauptet worden, die Kriegsernährungswirtschaft hätte wie die Kriegführung *militärisch* aufgezogen werden müssen, mit militärischer Spitze und mit militärisch diktatorischer Ausführungsgewalt. Dann wären bessere Erfolge erzielt worden, und die Versorgung der Zivilbevölkerung wäre ebensogut geglückt wie die militärisch organisierte Heeresverpflegung.

Gewiß — theoretisch wäre auch dieser Weg gangbar gewesen. Praktisch aber hätte sein Beschreiten schon daran scheitern müssen, daß es zur Aufstellung eines solchen ganz neuen Apparats bereits an den erforderlichen ausführenden Kräften gefehlt hätte. Schon unter normalen Verhältnissen wäre es schwierig gewesen, einen solchen Apparat zu schaffen, völlig unmöglich aber für einen Staat, der, im Kriege befindlich, seine ganze Kraft für die militärische Aufgabe zusammenhalten und einsetzen mußte.

Aber auch sachlich wäre zentralistisch der Aufgabenkreis der deutschen Kriegsernährungswirtschaft nicht zu beherrschen gewesen. Der Vergleich mit der Heeresverpflegung paßte nicht.

¹ Zitiert von *Terhalle*, Freie oder gebundene Preisbildung. Jena 1920, S. 2.

Schon rein quantitativ machte es einen Unterschied aus, ob es ein Heer zu versorgen galt, selbst wenn es nach Millionen zählte, oder ein 70-Millionen-Volk. Dazu kam, daß die Armee ziemlich sicher vorhersehbare und qualitativ einheitliche Ansprüche stellte, während die Bedürfnisse der Zivilbevölkerung stark differenziert waren. Aber das war nicht einmal das Wichtigste. Die Heeresverpflegung erfolgte aus einem einheitlichen und stets gefüllten Topfe. Mußte doch die Bedarfsdeckung der Armee in erster Reihe sichergestellt sein. Die Heeresverwaltung arbeitete daher mit Vorräten, die ihrem Bedarf angepaßt waren. Für die Zivilbevölkerung dagegen mußte ausreichen, was gerade da war. Die hierfür zur Verfügung stehenden Mengen reichten aber an den tatsächlichen Bedarf in der Regel nicht heran und mußten von Fall zu Fall bemessen und gestreckt werden. Das war eine Aufgabe, welche, soweit sie überhaupt zu leisten war, nur im Einklang mit der ebenfalls dezentralisiert erfolgenden Produktion bewältigt werden konnte. Aus den örtlichen Bedürfnissen und Möglichkeiten mußte die Organisation der Kriegsernährungswirtschaft herauswachsen. Es ist allgemein menschlich, das Gute abseits zu suchen, und daraus mochte es sich erklären, wenn in einem Lande der Selbstverwaltung die öffentliche Meinung dazu neigte, das Heil von der Zentralisation zu erwarten, sich dem naiven Glauben hingebend, daß Zentralisieren Organisieren sei. So wie in Deutschland die Dinge lagen, wäre ohne die in der Ausführung selbständige und differenzierte Mitarbeit der kommunalen Selbstverwaltung die Kriegsernährungswirtschaft überhaupt nicht durchführbar gewesen.

Man darf indes nicht glauben, daß der Plan, die Kommunalverbände zu den Exekutivorganen der Kriegsernährungswirtschaft zu machen, bewußt entworfen worden und einem genialen Kopfe entsprungen sei. Es ergab sich ganz von selbst aus den Erfordernissen der Sache heraus. Schon bevor der Staat eingriff, hatten entschlossene Bürgermeister, Magistrate, Landräte von sich aus und aus eigenem Verantwortungsgefühl ernährungswirtschaftliche Maßnahmen getroffen. Vor allem mußte sich in den Großstädten die Notwendigkeit zu Maßnahmen aufdrängen, die die Lebensmittelzufuhr während der Mobilmachung sicherstellten und die Beschaffung von Vorräten in lagerfähigen Lebensmitteln bezweckten. Doch wurde zunächst noch nicht an eine umfassende

öffentliche Lebensmittelversorgung gedacht. Nur in den Festungsstädten kam es unter dem Druck der besonderen Verhältnisse zu einer stärkeren öffentlichen Betätigung. Sie hatten die Aufgabe, sich für den Belagerungsfall einzudecken, wollten sie der Gefahr vorbeugen, daß ihre Zivilbevölkerung gegebenenfalls ausgewiesen würde.

Um ein anschauliches Einzelbeispiel zu geben, greifen wir die Stadt *Straßburg* heraus, eine Festungsstadt, die nahe hinter der Front lag und deren Versorgung von vornherein ein so hohes Maß von Verantwortung in sich schloß, daß die Nahrungsmittelwirtschaft unmöglich dem guten Willen der Privatwirtschaft überlassen bleiben konnte. Es kam hinzu, daß Straßburgs Lebensmittelmarkt auch von Haus aus nicht sehr begünstigt war, so daß die Neigung zu einer öffentlichen Regelung auf gewissen Gebieten schon im Frieden vorhanden war. So reichten zum Beispiel die ersten Erwägungen zur Einführung einer kommunalen Milchbewirtschaftung, die dann im Kriege ausgeführt werden sollte, wie auch die Anfänge kommunaler Eingriffe auf dem Gebiete der Fleischversorgung in frühere Zeiten zurück. In Straßburg erfolgte gleich nach Kriegsbeginn eine Organisation der Nahrungsmittelwirtschaft, wie sie sich dann später, als ganz Deutschlands Lebensmittelversorgung in eine Zwangslage geriet, auch in anderen Städten entwickelt hat. Bereits am 28. Juli 1914 hatte der Bürgermeister von Straßburg zum Einkauf von Lebensmitteln für die Zivilbevölkerung Auftrag gegeben, um 100 000 Menschen für 180 Tage mit Lebensmitteln zu versorgen. Insbesondere sollten Mehl, Hülsenfrüchte, Reis, Fett und Öl und Eier beschafft werden. Tatsächlich konnten noch beträchtliche Mengen, zum Teil aus dem Auslande, beigebracht werden. Am Tage der Mobilmachung wurde eine örtliche Ausfuhrsperrre verfügt mit dem Zweck, nicht nur das Abströmen von Vorräten zu verhindern, sondern um auch Waren, die sich in privater Hand befanden, für die Stadtverwaltung zu erwerben. Natürlich war damit noch nicht genug getan. Die Stadt mußte auch auf eine fortlaufende Lebensmittelzufuhr bedacht sein. Der Gedanke lag nahe, die Großhändler für die Zwecke der Stadt zu einer Art Einkaufs-Gesellschaft zusammenzuschließen und ihr den städtischen Einkauf zu übertragen. Doch wollte das nicht recht glücken, weil es sich auch in diesem Falle zeigte, daß dem Handelsstande für eine solche Bildung das

erforderliche Solidaritätsgefühl fehlte. So sah sich denn die Stadtverwaltung veranlaßt, die Angelegenheit selbst in die Hand zu nehmen, indem sie gemeinsam mit benachbarten Landbezirken und Städten unter Heranziehung einiger weniger großer Straßburger Firmen zwei große Einkaufs-Gesellschaften gründete in der Form von Gesellschaften mit beschränkter Haftung auf gemeinnütziger Grundlage. Damit wurde eine Unternehmungsform gefunden, die sich durch die Art, wie in ihr privatwirtschaftliche Handlungseinrichtungen und kaufmännische Technik öffentlichen Bedürfnissen nutzbar gemacht wurden, als zweckentsprechend bewähren und bei zahlreichen später gegründeten deutschen Kriegsgesellschaften ähnlich wiederkehren sollte.²

Der erste Schritt, der dazu führte, grundsätzlich und allgemein den Kommunalverbänden die Exekutive der öffentlichen Kriegsernährungswirtschaft zu übertragen, wurde mit der Brotgetreideordnung vom 25. Januar 1915 getan. Durch sie wurden die »Kommunalverbände« mit der Bewirtschaftung des Mehles betraut. Der *Begriff des Kommunalverbandes* lag keineswegs von vornherein fest. Ihn festzulegen, war den Landesregierungen überlassen geblieben, und das war nicht immer ganz leicht. Zwar gab es überall im Reiche untere Verwaltungsstellen, die als kommunale Selbstverwaltungskörper wirkten, aber die Ausgestaltung und die Lebensformen dieser Selbstverwaltungskörper war im einzelnen ebenso grundverschieden wie ihr Umfang. Vielfach waren erst umständliche Verkuppelungen erforderlich, bis Kommunalverbände zustande kamen, die den kriegsernährungswirtschaftlichen Anforderungen genügen konnten; monate-, ja jahrelang hat das manchmal gedauert. Aber selbst wenn die Regelung so einfach war wie in Preußen, wo grundsätzlich alle Landkreise und kreisfreien Städte zu Kommunalverbänden im Sinne der Brotgetreideordnung erklärt wurden, blieben die Unterschiede im einzelnen sehr stark. Schon rein behördenorganisatorisch: die Selbstverwaltungskörper der kreisfreien Städte wurden in ihrer Eigenschaft als »Kommunalverbände« unmittelbar zu Exekutivorganen, während die Städte und Gemeinden auf dem Lande als Selbstverwaltungskörper nur ausführende Organe der als »Kom-

² Näheres hierüber und die Anfänge der Nahrungsmittelwirtschaft in den Städten findet sich bei *Skalweit*, Die Nahrungsmittelwirtschaft großer Städte im Kriege. (Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 7/8.) Berlin 1917.

munalverband« fungierenden Kreisverwaltung waren und ihre kriegswirtschaftlichen Funktionen im Auftrage und auf Anordnung dieser ihnen übergeordneten Stelle ausübten. Aber viel wesentlicher waren im einzelnen die materiellen Unterschiede! Die Landkreise verfügten über landwirtschaftliche Produktionsgebiete, die für den Bedarf der eigenen Bevölkerung gewöhnlich ausreichten; jene Seite der kriegsernährungswirtschaftlichen Aufgabe, die darin bestand, der Einwohnerschaft auskömmliche Bedarfsanteile zu sichern, war bei ihnen verhältnismäßig leicht zu lösen. Dagegen bestand in den Großstädten, deren Bevölkerung sich fast ausschließlich aus Verbrauchern zusammensetzte, die Hauptaufgabe in der Versorgungsregelung, während daneben die andere Seite der kriegsernährungswirtschaftlichen Aufgabe, nämlich die *Erfassung* der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, welche für ländliche Kommunalverbände im Mittelpunkt ihres Aufgabenkreises stand, so gut wie ganz zurücktrat.

Alles das mußte auf die Formen der Organisation von Einfluß sein. Aber auch die Landkreise auf der einen, die städtischen Kommunalverbände auf der anderen Seite bildeten in sich keineswegs homogene Verwaltungskörper. Welcher Unterschied in den kriegsernährungswirtschaftlichen Erfordernissen zwischen einem dünnbevölkerten ostpreußischen Landkreise mit einer fast ausschließlich aus landwirtschaftlichen Erzeugern bestehenden Bevölkerung und einem Landkreise des Ruhrgebiets mit einer dichten Industrie-Arbeiterbevölkerung! Und auch unter den städtischen Kommunalverbänden gab es solche, die verhältnismäßig begünstigt, und solche, die verhältnismäßig benachteiligt waren. Zunächst kam es auf die *Bevölkerungsgröße* der Stadt an. Je größer diese war, um so höher waren im allgemeinen die Ansprüche, die an die Verwaltung gestellt wurden. Nicht allein, daß größere Warenmengen zu beschaffen und zu bewegen und an ein größeres Viel von Menschen zu verteilen waren, es mußte auch eine umfangreiche Vorratswirtschaft getrieben werden, da andernfalls schon die kleinste Stockung in der regelmäßigen Zufuhr genügen konnte, um den Zusammenbruch herbeizuführen. Es mußten große Kredite bewilligt, Speicher bereitgestellt und angelegt, Erfahrungen über zweckmäßige Aufbewahrungs- und Konservierungsmethoden gesammelt werden. Die kleineren Städte wurden naturgemäß mit solchen Sorgen sehr viel weniger be-

schwert. Die Beschaffung wichtiger, besonders der leicht verderblichen Nahrungsmittel konnte meistens aus der unmittelbaren Umgegend in genügendem oder nahezu ausreichendem Maße und regelmäßig ohne den Zwang größerer Vorratswirtschaft erfolgen. Die Verteilung bedurfte einer sehr viel weniger umständlichen Behandlung. Die bei den großen Gemeinden unumgänglich nötige Kontrolle zur Vermeidung unrechtmäßiger Zuwendung rationierter Lebensmittel wurde bei den kleineren Gemeinden zum guten Teil durch die gegenseitige Kontrolle der Bürger ersetzt. Zweitens war die *Lage der Stadt* zu ihrem Versorgungsgebiet bedeutungsvoll. Lag die Stadt in einem reichen landwirtschaftlichen Erzeugungsgebiet, ohne daß eine zweite größere Stadt sich im näheren Umkreise befand, so zog daraus die Nahrungswirtschaft einer solchen Stadt große Vorteile. Uralte Marktbeziehungen sicherten die Zufuhr von Gemüse und Obst auf den Wochenmarkt, auf dessen Belieferung die Landleute angewiesen waren. Aber auch im übrigen stand eine solche Stadt besser da. Mit den benachbarten Landkreisen ließen sich für bestimmte Belieferungen Vereinbarungen treffen und Verbände schließen, die die Stadt von der Belieferung durch die Zentralstelle unabhängig machten. Die Kartoffelversorgung, dieses Sorgenkind der großstädtischen Ernährungswirtschaft, konnte aus der Nachbarschaft bewirkt werden und beanspruchte keine teuren und risikoreichen Transporte und verlustreichen Einkellerungen. Dazu kam die Fülle von nachbarlichen Beziehungen, auf Grund deren dem einzelnen Städter Zuwendungen aus den Überschüssen des ländlichen Haushalts zugute kamen. Je kleiner eine Stadt war, um so mehr vergrößerten sich die Vorzüge einer solchen Lage, doch blieben sie selbst bei sehr großen Städten wirksam. Drittens war die *Zusammensetzung* der Bevölkerung nach Altersklassen, Vermögensverhältnissen und Beschäftigung von Einfluß. Eine Stadt mit vorwiegender Arbeiterbevölkerung mußte ohne Zweifel die höchsten Anforderungen stellen. Die große Zahl von Schwerarbeitenden, die größere Rationen zu bekommen pflegten, machte eine verhältnismäßig größere Menge an Nahrungsmitteln erforderlich. Die Austeilung hatte besonders sorgfältig zu geschehen, weil es diesen weniger bemittelten Schichten nicht leicht möglich war, in den teuren Waren des freien Verkehrs Ersatz für die billigeren rationierten Waren zu finden. Dazu kam die bei der Ar-

beiterbevölkerung verhältnismäßig große Zahl der Kinder, deren Verpflegung mit Milch und leichtverdaulichen Nahrungsmitteln besondere Anforderungen stellte.

Aber wie auch immer die Verhältnisse geartet sein mochten, große und neue organisatorische Einrichtungen waren in jedem Einzelfalle erforderlich. Irgendwelche Voraussetzungen und Vorbilder waren dafür nicht vorhanden. Denn mochte auch die deutsche Kommunalverwaltung bereits vor dem Kriege auf einzelnen Gebieten eine bedeutende und ständig wachsende wirtschaftliche Betätigung entfaltet haben, so fehlte ihr doch fast jede Erfahrung für die Aufgaben, die ihr jetzt erwuchsen. Plötzlich und unvorbereitet und sich ständig steigernd mußten sozusagen über Nacht Einrichtungen geschaffen werden, die wirtschaftlich und geschäftlich von größter Tragweite waren.

Erleichtert wurde der organisatorische Auf- und Ausbau dadurch, daß den Kommunalverbänden Zeit gelassen wurde, allmählich in den neuen Aufgabenkreis hineinzuwachsen, weil die öffentliche Kriegsernährungswirtschaft nicht in ihrem ganzen Umfang auf einmal durchgeführt wurde, sondern schrittweise, indem ein Gegenstand nach dem anderen von der öffentlichen Hand erfaßt wurde. Von den Kritikern der deutschen Kriegsernährungswirtschaft ist wiederholt getadelt worden, daß nicht von vornherein *ganze* Arbeit gemacht worden sei; dann hätten gleich von Anfang an Erfassung und Verbrauch so geregelt werden können, daß ein Durchhalten bis zum Ende zu gewährleisten gewesen wäre. Macht man sich indes klar, welche organisatorische Leistung bereits die Bewältigung der Einzelaufgabe darstellte, so wird man sich fragen müssen, ob es überhaupt möglich gewesen wäre, anders als schrittweise vorzugehen, selbst wenn es solch ein organisatorisches Genie gegeben hätte, das dazu einen Gesamtplan entworfen hätte.

Welche Riesenleistung bedeutete gleich zu Anfang die durch die Brotgetreideordnung vom 25. Januar 1915 angeordnete Rationierung des Brotes und Mehlverbrauchs! Die *Brotkarte*, die jedem Verbraucher einen Anspruch auf eine bestimmte Menge nicht nur zusprach, sondern auch gewährleistete, war in dem Augenblick, wo sie geschaffen werden mußte, etwas unerhört Neues, noch nie Dagewesenes. Welche technischen Schwierigkeiten mußten überwunden, welche sachlichen und persönlichen

Widerstände mußten beiseitegeräumt werden, um das Kartensystem, für das es weder einheitliche Formen, noch klare Richtlinien gab, einzuspielen. Alles das hatten die Kommunalverbände mehr oder weniger selbständig zu vollbringen.

Neue Verpflichtungen wurden den Kommunalverbänden und Gemeinden bereits im Sommer und Herbst 1915 auferlegt, als durch die neue Reichsgetreideordnung die Kommunalverbände in erhöhtem Ausmaße zu Trägern der Organisation gemacht wurden. Grundsätzlich galt nunmehr alles Brotgetreide für den Kommunalverband, in dessen Bezirk es gewachsen war, als beschlagnahmt. Ausgebaut wurde ferner die Einrichtung der *selbstwirtschaftenden Kommunalverbände*, denen die Beschaffung, die Verwaltung, Lagerung und das Vermahlen der dem Bezirke zustehenden Brotgetreidemengen überlassen blieb, so daß sie lediglich die Überschüsse über ihren Bedarfsanteil der Zentralstelle zur Verfügung zu stellen hatten. Das hatte für die betreffenden Kommunalverbände mancherlei Vorteile, erweiterte aber auch ihren Aufgabenkreis und belastete sie mit einer Fülle von Geschäften, die zum Teil rein kaufmännischer Art waren. In ihren wesentlichen Grundzügen war damit die Regelung der kommunalen Brotgetreidewirtschaft abgeschlossen, doch wurde sie durch die Reichsgetreideordnungen der folgenden Jahre ständig verfeinert, um eine straffere Erfassung und Verteilung zu bewirken, bis dann die Einführung der »*Wirtschaftskarte*« durch die Reichsgetreideordnung vom 29. Mai 1918 den Schlußstein dieser ganzen Organisation brachte. Für jeden landwirtschaftlichen Betrieb seines Bezirks hatte der Kommunalverband eine Wirtschaftskarte anzulegen und laufend zu führen, um möglichst genau die Feststellung der Ernteerträge, des Eigenverbrauchs und der Ablieferungen zu kontrollieren. Um beim Getreide zu bleiben, so wurde bereits im Sommer 1915 die Beschlagnahme auch des Hafers und der Gerste zugunsten der Kommunalverbände angeordnet und damit ein Weg beschritten, der in seinem weiteren Verlauf zur Erfassung auch der anderen Zerealien und Leguminosen führen sollte.

Der Verkehr mit *Zucker*, die Bewirtschaftung der *Futtermittel*, die Versorgung mit *Eiern*, *Obst* und *Gemüse* bedeuteten weitere Etappen in der Entwicklung der kommunalen Ernährungswirtschaft und machten neue Einrichtungen erforderlich. Die Mono-

polisierung der Wareneinfuhr durch die *Zentral-Einkaufs-Gesellschaft* (ZEG.) zwang die Kommunalverbände, sich im ganzen Bereich des durch die ZEG. vermittelten Warenverkehrs Handelsstellen einzurichten. Die Zentralisierung und Rationierung der *Nährmittel* ergab für diese Einrichtungen neue und dauernde Aufgaben, zu denen sich sehr bald auch der Vertrieb aus der *Fischereiorganisation* gesellte. Besonders schwer waren die Verpflichtungen, die den Kommunalverbänden und Gemeinden aus der *Kartoffelversorgung* erwuchsen. In den Lieferkreisen mußte scharf zugefaßt werden, in den Bedarfsgemeinden war zunächst für das Herankommen der Kartoffeln zu sorgen, was eine Unsumme von Verwaltungsarbeit und Geschäftsmaßnahmen erforderte, und dann mußte für die Einlagerung und die Erhaltung der übernommenen Vorräte gesorgt werden. Bei den großen Mengen, um die es sich zu handeln pflegte, war es schwierig, die Kartoffeln vor dem Verderben zu schützen, wie sich ja überhaupt aus diesem ganzen kommunalen Warenverkehr gerade um deswillen so besondere Schwierigkeiten und so anspruchsvolle Aufgaben ergaben, weil Gütermengen bewegt und behandelt werden mußten, wie es im Frieden niemals in solcher Konzentration nötig gewesen war. Und alles das mußte von Stellen eingeleitet und ausgeführt werden, bei denen es zwar nicht an gutem Willen und Pflichtgefühl, aber doch an Erfahrung fehlte. Es konnte nicht ausbleiben, daß hin und wieder schweres Lehrgeld gezahlt werden mußte, wenn auch die Verluste keineswegs so groß waren, wie sie in der Presse hingestellt und von den Vertretern des ausgeschalteten und mißvergnügten freien Handels aufgebauscht zu werden pflegten.

Eine Fülle neuer Aufgaben wurde den Kommunalverbänden gestellt, als sie im Herbst 1916 zur Durchführung der Verordnungen über *Fette* und *Milch* und zur Regelung des Verkehrs mit *Schlachtvieh* und *Fleischwaren* herangezogen wurden. Der Milch- und Fettmangel war nachgerade so groß geworden, daß in den Verbrauchsgemeinden nur die schärfste Kontrolle und die sparsamste Verteilung ein Mindestmaß von Ansprüchen sicherstellen konnten, und daß in den Erzeugerkreisen ohne einen weitgehenden Molkereizwang und ohne eine beträchtliche Beschränkung des Verbrauchs der Selbstversorger nicht auszukommen war. Ein Praktiker der Kriegsernährungswirtschaft hat darauf hingewie-

sen, daß die besten Ergebnisse in denjenigen Bezirken erzielt worden seien, die das angeblich Unmögliche möglich gemacht und die gesamte ermolkene Milch beschlagnahmt und die Beschlagnahme auch wirklich mit Hilfe eines zuverlässigen Kontrollsystems durchgeführt hätten. In der Kriegswirtschaft hätte es sich erwiesen, daß *ganze Arbeit* halbe Arbeit bedeutete, aber doppelten Gewinn. Und das hätte sich auch bei der Regelung des Verkehrs mit Vieh und Fleisch bewahrheitet. Den besten Erfolg hätten nicht diejenigen Kommunalverbände gehabt, die sich mit dem Mindestmaß der Erfüllung der ihnen vorgeschriebenen Pflichten begnügt hätten, sondern diejenigen, die darüber hinaus Viehstandslisten aufgestellt und geführt, auch den Verkehr mit Nutz- und Zuchtvieh kontrolliert, die Schlachtungen zentralisiert und die bestmögliche Verwertung der Schlachtabfälle und Knochen durchgeführt hätten.³

Es waren demnach große Anforderungen, die an die Verwaltungsstellen der Kommunalverbände gestellt wurden. Doch waren sie mit dem Angedeuteten keineswegs erschöpft. Wenn in diesem Zusammenhange auch nicht näher darauf eingegangen werden soll, so darf doch nicht vergessen werden, daß den Kommunalverbänden neben der Erfassung und Verteilung von Nahrungsmitteln noch ein drittes Aufgabengebiet blieb: die Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Schon bald nach Kriegsbeginn war ihnen aufgegeben worden, für die restlose Bestellung des Ackerlandes Sorge zu tragen und, wenn nötig, sie auf Kosten der Besitzer auszuführen, da man mit Recht befürchtete, daß bei den Erschwernissen, mit denen manche Betriebe zu kämpfen hatten, manche Äcker liegenbleiben würden. Daneben hatten die Kommunalverbände eine Reihe aller derjenigen Maßnahmen einzuleiten und auszuführen, die in den Rahmen der bereits beschriebenen »*Wirtschaftsumstellung*« fielen. Wenn ihnen auf diesem Gebiete ein voller Erfolg versagt blieb, so lag es weniger an ihrem mangelnden Eifer als daran, daß es in Deutschland an allen materiellen Voraussetzungen für eine Produktionssteigerung fehlte. Immerhin war auch diese Arbeit nicht ganz erfolglos. Es sei nur darauf hingewiesen, wie durch die von den Kommunalverbänden

³ Medizinalrat Dr. *Alter*, Aufgaben der kommunalen und Verwaltungsstellen im Rahmen der Kriegswirtschaft. (Vortrag im »Lehrgang des Kriegsernährungsamts«, 8.—10. Januar 1918 im preußischen Abgeordnetenhaus.)

bewirkte Ausgestaltung der *Lieferungsverträge*, besonders im Verkehr mit Gemüse, ein Einfluß auf die Erzeugung in der erstrebten Richtung bis zu einem gewissen Grade erreicht wurde. Darüber wird später noch zu sprechen sein.

Immer breiter ausladend wuchs sich der kommunale Wirtschaftskörper aus. In den *Städten* wurden fast alle Ämter mehr oder weniger in den Dienst der Nahrungsmittelwirtschaft gestellt. Zunächst und in erster Reihe waren es die Statistischen Ämter und die Polizeiämter, die herangezogen wurden. Auch das lag in der Natur der Dinge begründet. Handelte es sich doch anfangs vor allem um Funktionen, die im Bereich der Polizei (Preisprüfungs- und Überwachungssachen) und der Statistik (Bestandsaufnahmen, Ernteertragserhebungen, Bevölkerungszählungen) lagen. Auch die Verteilung und Kontrolle der *Lebensmittelkarten* wurde in sehr vielen Städten den Statistischen Ämtern überlassen, die besondere Kartenstellen und Kartotheken einrichteten, gewöhnlich in Verbindung mit den Polizeiämtern, deren Meldekartensystem sich ohne weiteres mit den Lebensmittelkartenstellen und den Kontrollstellen verbinden ließ. Als dann die Aufgaben der Gemeinden mehr kaufmännisch wurden, mußten andere städtische Ämter und Einrichtungen mit herangezogen werden. Es wurden die Schlachthofsverwaltungen mit der Vieh- und Fleischverteilung betraut. Wo städtische Speicher vorhanden waren, wurden sie mit Lebensmitteln belegt. Die städtischen Markthallen machte man sowohl dem Großmarkt mit Gemüse und Obst dienstbar wie auch dem Kleinverkauf für alle möglichen Nahrungsmittel, ja manchenorts, wie vor allem in Berlin, wurden sie auch wohl für die Massenspeisung eingerichtet. Die Stadtgartenverwaltungen übernahmen es, das städtische Areal zu bebauen, und regelten das Pachtgärtenwesen, indem sie einerseits die Höchstpreisverordnungen für Pachtgärten durchführten und andererseits durch Gewährung von Saatgut und Belehrung zur Erzeugung von Kartoffeln und Gemüse anregten. Insbesondere mußten die städtischen Güter, wie sie fast alle Städte besaßen, für die Ernährung der städtischen Bevölkerung ausgenutzt werden und Vieh-, Milch, Kartoffeln und anderes liefern. Die Aufgaben der Preisprüfungsstellen wurden fast allerorts den städtischen Markt- und Gewerbebeamten übertragen. Die Armenverwal-

tungen übernahmen die Nahrungsmittelfürsorge für Minderbemittelte, für stillende Mütter, Säuglinge usw. Für die Verpflegungen der Kranken und Hilfsbedürftigen wurden die Stadtärzte herangezogen. Die Schulämter widmeten sich in Verbindung mit Schulküchen, Volksküchen, Zentralküchen usw. vielfach den Aufgaben der Massenspeisung. Für die Getreide- und Meherversorgung, Butter-, Fisch- und Eierversorgung, für das Trocknungswesen und andere Aufgaben, für die es besondere Stellen in den Städten noch nicht gab, mußte eine ganze Reihe neuer Dezerate geschaffen werden.

Schließlich trat das Bedürfnis nach einheitlicher Zusammenfassung aller mit der Lebensmittelwirtschaft beschäftigten Stellen hervor. Dabei ließen sich verschiedene Wege einschlagen. So wurde wohl eine Scheidung nach dem Ziele der Arbeit derart vorgenommen, daß ein Einkaufsamt einem Wirtschaftsamt gegenübergestellt wurde: das Einkaufsamt beschaffte die Lebens- und Futtermittel, das Wirtschaftsamt verwaltete und verteilte sie. Andere Städte haben diesen Dualismus nicht durchgeführt, sondern eine einzige gemeinsame Zentralstelle geschaffen, die in Spezialreferate zerfiel.⁴ Andere Städte wieder haben besondere Lebensmittelämter gegründet, örtliche Kriegsernährungsämter, die nach dem Vorgange bei den Zentralstellen eine Geschäftsabteilung und eine Verwaltungsabteilung besaßen. Die Verwaltungsabteilung war die Behörde, der die allgemeinen Dienstsachen, Personalfragen, die Finanzabteilung, Buchhalterei, die Überwachungsorgane und die Preispolitik unterstanden, während die Geschäftsabteilung mit den behördlichen Sachen nichts zu tun hatte und die kaufmännischen Funktionen übernahm. Doch vermied man es in der Regel, die Bewirtschaftung in städtische Regie

⁴ So war in *Berlin* die Zentrale der Magistrat selbst, der Oberbürgermeister, und ihm unterstanden die zahlreichen einzelnen Referate, die nicht nach dem Zweck der Arbeit, sondern nach der Kategorie der Lebensmittel getrennt waren. Berlin hatte infolgedessen eine Mehlmehlwirtschaftsstelle, eine Abteilung für Brotversorgung, eine Butterverteilung und eine Milch- und Käseverteilungsstelle, weitere Verteilungsstellen für Eier, Hafer, Kartoffeln, Fleisch, Gemüse, Fische, und so für jedes Nahrungsmittel eine besondere Stelle, die alle nur dem Oberbürgermeister und dem Magistrat verantwortlich waren. (Vgl. darüber wie überhaupt über diesen besonderen Gegenstand: *Dr. Krüger*, Die Gemeinden als Träger der Versorgungsregelung. Vortrag bei der Tagung für kriegswirtschaftliche Aufklärung am 25. August 1917.)

zu nehmen. Das hätte eine Belastung an Verwaltungsarbeit und Verantwortung erfordert, die über die Kraft gegangen wäre. Auch hätte den Beamten das erforderliche Sachverständnis, die nötige Kenntnis der Waren und Warenbehandlung gefehlt. Man schuf daher *Organisationen des Handels* und machte sie zu Exekutivorganen des Lebensmittelamtes. Diese Einschaltung des privaten Handels nahm eine große Breite an und führte in den Städten zu eigenartigen Gestaltungen. Der organisierte Mehlhandel schloß sich zu Mehlvertriebsgesellschaften, der Kartoffelhandel zu Kartoffelverteilungsgesellschaften, der Futtermittelhandel zu Futtermittelvertriebsgesellschaften zusammen, um im Auftrage des Lebensmittelamtes die Bewirtschaftung auszuführen. Vielfach wurden auch Verteilungsgesellschaften für Butter und Fette gegründet, es gab Milchversorgungsgesellschaften, Nahrungsmittelvertriebsverbände, Zweckverbände für Eiervertrieb, Gemüse und Obst, Zuckerverteilungsgesellschaften, Fleischverteilungsgenossenschaften, Fischhandelszweckverbände usw. Mit diesen Verbänden erhielt die Stadtverwaltung wirklich leistungsfähige Arbeitsorgane und erreichte zugleich, daß der Handel in den Dienst der Allgemeinheit gestellt wurde, statt schmollend beiseitezustehen. Natürlich wurde auch der Kleinhandel herangezogen. Er wurde zum eigentlichen Verteilungsinstrument gemacht. Wäre doch ein Kleinverkauf in eigener Regie bei einer breiten Durchführung der öffentlichen Lebensmittelversorgung kaum möglich gewesen. Der Kleinhandel besaß alle Einrichtungen dafür, um die öffentlich bewirtschafteten Waren an den Konsumenten heranzubringen. Zudem wurde ihm durch die Übertragung der Warenverteilung die Aufrechterhaltung des eigenen Betriebes gesichert. Wenn auch nicht viel dabei zu verdienen war, so konnte er sich doch über Wasser halten, während er sonst bei dem großen Mangel an Waren des freien Verkehrs ganz zugrunde gegangen wäre.

Man darf sich also die Organisationen der kommunalen Kriegsernährungswirtschaft nicht als ungefüge, bürokratisch aufgezogene Regieunternehmen vorstellen. Es waren Gebilde, die nur nach oben hin zentral zusammengefaßt, nach unten aber reich gegliedert waren und der Betätigung des Handels Spielraum ließen. Mag man die ganze Einrichtung als staatssozialistisch bezeichnen, so war sie doch erfüllt und getragen von dem Geiste

bürgerlicher Selbstverwaltung. Das kam auch in den Lebensmittel- oder Ernährungsausschüssen zum Ausdruck, die als beratende Organe den städtischen Verwaltungsstellen angegliedert wurden. Angesehene Bürger aller Interessenkreise und Berufe wurden dazu herangezogen, um an der schwierigen Aufgabe der Lebensmittelwirtschaft mitzuwirken. Auf diese Weise wurde unmittelbar ein Konnex der Verwaltungsstelle mit der Bürgerschaft hergestellt. Wünsche konnten gehört, Mißverständnisse beseitigt, Aufklärungen für die öffentliche Meinung gegeben werden.

In mancher Hinsicht leichter als in den größeren Städten waren die organisatorischen Aufgaben der *ländlichen Kommunalverbände*. Zum guten Teil versorgten sich die Einwohner mit den wichtigsten Nahrungsmitteln selbst. Die Lebensmittelverteilung beanspruchte daher nicht einen so großen Apparat wie in den Städten. Um so schwieriger aber waren bei den ländlichen Kommunalverbänden die Probleme, die die Erfassung und die Kontrolle der ablieferungspflichtigen Erzeugnisse aufgaben. Außerdem darf nicht vergessen werden, daß diese ländlichen Kommunalverbände nicht über die reichen sachlichen Einrichtungen und starken beruflichen und freiwilligen Hilfskräfte verfügten, wie sie die Städte besaßen. Da mit dem vorhandenen Verwaltungsapparat die Arbeit nicht zu leisten war, so ergab sich die Notwendigkeit besonderer organisatorischer Einrichtungen, die jeder Kreis wieder auf seine Art zu treffen suchte. Will man das Viel der sich so ergebenden Sondererscheinungen auf gemeinsame Nenner bringen, so lassen sich organisatorisch zwei Systeme unterscheiden: bei dem einen behielt sich die Kreisverwaltung unmittelbar die Führung der Kriegsernährungswirtschaft vor, beim anderen bevorzugte sie die Einrichtung und Benutzung einer besonderen Körperschaft. Im ersten Falle bildete der Kreis eine Wirtschaftsstelle, in der wieder eine Trennung der Verwaltungsarbeit von der Geschäftstätigkeit vollzogen wurde. Bei der Verwaltungsarbeit verstand es sich von selbst, daß sie in der Hand der Kreisverwaltung blieb. Dagegen erwies es sich als zweckmäßig, für die geschäftlichen Funktionen den privaten Handel, Händlervereinigungen und Genossenschaften zu Exekutivorganen zu machen. Doch ließ sich das in der Praxis nicht immer verwirklichen, weil es in diesen Landkreisen vorkam, daß weder der Handel noch die Genossenschaften geeignete Kräfte dar-

boten, um mit gewisser Selbständigkeit Aufgaben der öffentlichen Bewirtschaftung zu übernehmen. In solchen Fällen mußte dann wohl oder übel die Kreisverwaltung auch die Leitung einzelner oder aller Geschäftsabteilungen übernehmen. Doch konnten in der Regel für den Unterbau sowohl Genossenschaften wie Handelsfirmen als Zwischenglieder, Kommissionäre usw. in die öffentliche Kriegsernährungswirtschaft eingeschaltet werden. — Bei dem anderen System wurde ein privatrechtlicher Rechtsträger geschaffen, um ihm die Durchführung der Kreisaufgaben auf ernährungswirtschaftlichem Gebiete zu übertragen. Gewöhnlich wurde die Rechtsform der Gesellschaft mit beschränkter Haftung gewählt mit dem Kreisoberhaupt — also in Preußen dem Landrat — als Vorsitzenden des Aufsichtsrats und mit einem oder mehreren Geschäftsführern. Gesellschafter waren der »Kreis« selbst und Gemeinden, aber auch wohl Werke, Privatpersonen und Genossenschaften. Als Funktionäre der Gesellschaft ließen sich dann, ganz wie es auch sonst zu geschehen pflegte, der Einzelhandel, Handelsvereinigungen oder Genossenschaften einstellen. Dieses zweite System hatte den Vorzug, daß sich formalrechtlich der kriegswirtschaftliche Aufgabenkreis von der übrigen Kreisverwaltung loslösen ließ. Es leuchtet ein, daß dadurch der Geschäftsgang und die Rechnungsführung übersichtlicher wurden. Sachlich blieb indes auch bei diesem System bestehen, daß der Kommunalverband in allen Angelegenheiten zuständig und verantwortlich blieb, und daß auch die geschäftlichen Aufgaben nur unter seiner ständigen Aufsicht erledigt wurden.⁵

2. Die Reichs- und Landesstellen und die Kriegsgesellschaften

Die kriegsernährungswirtschaftliche Organisation der Kommunalverbände war in sich wohlgefügt und leistungsfähig. Wäre es möglich gewesen, sie ganz auf sich zu stellen, indem man es ihnen allein überließ, sich aus den Erträgen der eigenen Erzeugung und durch Hinzukauf des Fehlenden aus dem freien Verkehr zu versorgen, so hätte es weiterer organisatorischer Maßnahmen nicht bedurft. Eine solche unbeschränkte Selbstwirt-

⁵ Vgl. v. Hassel, Die Einrichtungen der preußischen Landkreise auf dem Gebiete der Kriegswirtschaft. (Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 60.) Berlin 1918.

schaft der Kommunalverbände war aber nicht möglich, weil die Erzeugung zu ungleich verteilt war. Den ländlichen Kommunalverbänden, die mit den Erträgen der eigenen landwirtschaftlichen Produktion gut ausgekommen wären, stand die große Zahl jener Kommunalverbände gegenüber, die wenig oder fast gar keine landwirtschaftliche Eigenerzeugung hatten und daher auf Zufuhr angewiesen waren. Es mußte also ein Ausgleich zwischen den ländlichen Überschußverbänden und den städtischen Bedarfsverbänden vorgenommen werden, und dazu waren allein *behördliche Zentralstellen* imstande, die, den Kommunalverbänden übergeordnet, den erforderlichen Ausgleich vollzogen. Der freie Handel wäre dieser Aufgabe, die er in der Friedenswirtschaft reibungslos bewältigt hatte, bei der allgemeinen Warenverknappung nicht gewachsen gewesen. Denn was wäre geschehen, wenn man die Kommunalverbände unbeschränkt hätte schalten und walten lassen? Naturgemäß hätten sich die Überschußverbände von den Bedarfsverbänden abgeschlossen, um erst einmal den eigenen Bedarf zu decken, während die übrigen Volksgenossen hätten sehen können, wo sie blieben. Auf dem Lande hätte Überfluß geherrscht, während die städtische Bevölkerung verhungert wäre. Immer wieder wurde die Erfahrung gemacht, daß jedesmal, wenn irgendein Nahrungsmittel knapp wurde, die begünstigten Gebiete und Kommunalverbände sich — womöglich durch Ausfuhrverbote — abzusperren suchten. Eine patriotische Handlungsweise war das sicherlich nicht, aber menschlich war sie verständlich. Not kennt kein Gebot, und bei knurrendem Magen pflegt der Mensch alle anderen Rücksichten zu vergessen.

Die unbeschränkte Kommunalwirtschaft hätte rettungslos zum Kriege aller gegen alle geführt. Es mußte von Reichs wegen ein zentraler Oberbau errichtet werden, der den Kommunalverbänden vorschrieb, wieviel sie zu bekommen und abzugeben hatten, der dem Warenumlauf die Wege wies, der die Preisbildung regelte, — mit einem Worte: der dafür sorgte, daß jeder Volksgenosse zu einem erschwinglichen Preise seinen Anteil an der knapp gewordenen Warenmenge zugeteilt erhielt.

Dieser zentrale Oberbau mußte von der Wurzel aus neu geschaffen werden, und das war um so schwieriger, als dem Reiche eine oberste Zentralstelle mit Anordnungsgewalt für die Durch-

führung kriegswirtschaftlicher Aufgaben fehlte. Bei dem bundesstaatlichen Charakter des Deutschen Reiches gab es keine allgemeinen oder besondere wirtschaftlichen Verwaltungsbehörden. Die wirtschaftliche Verwaltung lag in den Händen der Einzelstaaten. Das *Reichsamt des Innern*, das für Wirtschaftsfragen zuständig war, konnte wohl Richtlinien geben, Gesetze und Verordnungen ausarbeiten und nach Genehmigung durch die gesetzgebenden Körperschaften ihre Verkündung erwirken, aber eine eigene Exekutive besaß es nicht.

Die mangelnde Reichsexekutive verhinderte von vornherein die Unterwerfung der Kriegsernährungswirtschaft unter einen einzigen leitenden Willen. Während des ganzen Krieges — um das vorwegzunehmen — hat man daran gekrankt, daß die in Berlin erlassenen Verordnungen nicht mit Sicherheit darauf rechnen konnten, in allen Bundesstaaten gleichmäßig ausgeführt zu werden. Bald fühlte sich dieser, bald jener Bundesstaat von einer Verordnung besonders hart betroffen und suchte ihr auszubiegen. Dem Reiche nur ja nicht mehr zu leisten, als die anderen taten, war von jeher die Quintessenz bundesstaatlicher politischer Weisheit gewesen. Sie schien sich zwangsläufig aus dem Wesen des Bundesstaates zu ergeben. Die Einzelstaaten glaubten nur pflichtgemäß zu handeln, wenn sie dem Reichsministerium gegenüber, das das Reichsinteresse wahrzunehmen hatte, mit Eifer ihr Sonderinteresse vertraten und durchzusetzen suchten. Aber auch von der anderen Seite, von der Reichsstelle, wurden Fehler gemacht. Da die von ihr erlassenen Verordnungen nicht von ihr selbst, sondern von den bundesstaatlichen Regierungen ausgeführt wurden, mußten sich bei ihrer praktischen Ausführung vorher nicht genügend beachtete Widerstände und Reibungen ergeben. An allen Ecken und Enden traten Hemmungen ein. Es wurde gegeneinander oder aneinander vorbei regiert. Nicht allein, daß viel Aufwand unnütz vertan wurde, schlimmer war, daß die Nahrungsmittelversorgung die erwünschte Gleichmäßigkeit vermissen ließ. Neid und Unzufriedenheit waren die Folge. Konnte man sich darüber wundern, daß es den hungernden Sachsen verstimmte, wenn er hörte, daß angeblich der Bayer bei vollen Fleischtöpfen säße?

In erster Reihewar seitens des Reiches für die Angelegenheiten der Kriegsernährungswirtschaft das *Reichsamt des Innern* zustän-

dig. Doch stand diese Zuständigkeit keineswegs immer und uneingeschränkt von vornherein fest. Nicht in allen Fällen war man sich darüber einig, welches der Reichsämter zuständig war, besonders dann, wenn es sich um Angelegenheiten handelte, die verschiedene Reichsressorts zugleich berührten. Dann mußten die Reichsämter vor der Entscheidung miteinander »Führung nehmen« und zu Beratungen zusammentreten.

Eigentlich hätte bei den meisten kriegswirtschaftlichen Maßnahmen auch noch der *Reichstag* vorher befragt werden müssen. Doch hatte sich dieser beim Ausbruch des Krieges selbst ausgeschaltet, indem er durch ein Gesetz vom 4. August 1914 den *Bundesrat* ermächtigte, »während der Zeit des Krieges diejenigen gesetzlichen Maßnahmen anzuordnen, welche sich zur Abhilfe wirtschaftlicher Schädigungen als notwendig erwiesen«. Auf Grund dieses sogenannten »*Ermächtigungsgesetzes*«, das die gesetzliche Grundlage für die meisten im Laufe des Krieges getroffenen gesetzgeberischen Maßnahmen zu bilden berufen war, konnte von der Reichsregierung eingegriffen werden, ohne erst die ganze Maschine der Gesetzgebung in Bewegung zu setzen. Als sich der Krieg dann jahrelang hinschleppte, empfand der Reichstag diese in der ersten Begeisterung erteilte Ermächtigung als eine zu weitgehende Beschränkung seiner Zuständigkeit, und da er sich bei ihrer Erteilung vorbehalten hatte, daß ihm alle auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Maßnahmen jedesmal, wenn er neu zusammentrat, zur Kenntnis zu bringen und auf sein Verlangen aufzuheben wären,⁶ so wurde nachträglich von ihm darüber sowohl im Plenum wie in Kommissionen ausgiebig verhandelt. Den leitenden Reichsstellen erwuchs daraus eine Fülle von zeitraubender Arbeit, ohne daß bei diesen Beratungen »post festum« viel herausgekommen wäre. Doch wollte man die Reichsboten nicht zu stark verstimmen, so mußte man ihnen wenigstens die Gelegenheit zur Aussprache geben, ja, um sie bei Laune zu erhalten und ihnen das Bewußtsein eigener Mitwirkung zu geben, schuf man im Januar 1916 einen ständigen parlamentarischen »*Beirat für Volksernährung*«, der regelmäßig unter dem Vorsitz des leitenden Ministers oder seines Stellvertreters tagte

⁶ Diesem Vorbehalt verdanken wir die »Denkschriften über die wirtschaftlichen Maßnahmen aus Anlaß des Krieges«, die von der Reichsregierung ausgearbeitet und in regelmäßiger Folge dem Reichstag vorgelegt wurden.

und von allen Maßnahmen sofort Kenntnis und auch wohl bereits vorher die Möglichkeit zur Äußerung erhielt. Gleichwohl darf nicht verkannt werden, daß das Ermächtigungsgesetz die Kriegswirtschaft ganz ungemein erleichtert, ja überhaupt erst ermöglicht hat. Denn wenn jede der zahllosen kriegswirtschaftlichen Verordnungen eine vorherige Beratung und Zustimmung des Reichstags erfordert hätte, dann wäre man gleich in den ersten Anfängen steckengeblieben. Auch so blieb das Verfahren noch weitläufig genug. Das Ermächtigungsgesetz ermächtigte den *Bundesrat*, nicht etwa die Reichsregierung, den Reichskanzler. Die Reichsregierung hatte sich also jedesmal der Zustimmung des Bundesrats zu versichern. Zwar konnte die Erwirkung dieser Zustimmung keine ernstlichen Hindernisse finden — die preußischen Stimmen hatten im Bundesrat ein so starkes Gewicht, daß der Reichskanzler mit Hilfe der preußischen Stimmen, über die er in seiner Eigenschaft als preußischer Ministerpräsident verfügte, die Wünsche der Reichsregierung auszudrücken vermochte, — doch blieben Verhandlungen notwendig, und zwar Verhandlungen, die nicht nur innerhalb des Bundesrats, sondern auch im preußischen Staatsministerium als der im Bundesrat entscheidenden Potenz auszutragen waren. Es ergab sich der Zustand, daß fast tagtäglich Minister, Unterstaatssekretäre, Direktoren, Referenten gewisser Reichs- und preußischer Ressorts zu Beratungen zusammenkamen, um die nötigen Entschlüsse zu fassen. Dieser Apparat war trotz des hohen Maßes von Intelligenz, das sich in ihm vereinigte, nicht nur schwerfällig, sondern absorbierte auch viel Kraft und Zeit. Der einzelne Beamte, von einer Fülle von Sitzungen in Anspruch genommen, konnte nur durch ein Übermaß von Arbeitsleistung seinen übrigen Pflichten gerecht werden.

Vor allem war das *Reichsamt des Innern* schwer belastet. Schon im Frieden war es das meistbeschäftigte deutsche Ministerium gewesen. Sein Ressort war so groß, daß man leicht ein halbes Dutzend Ministerien daraus hätte machen können. Nun waren die kriegswirtschaftlichen Aufgaben hinzugekommen. Zum Teil wurden sie ihm von anderen Stellen, vor allem dem Kriegsministerium, abgenommen, doch verblieb ihm unter anderem die Ernährungswirtschaft. Solange man sich auf generelle Verfügungen, wie Höchstpreisfestsetzungen, Verfütterungsverbote,

Backvorschriften und ähnliches beschränkte, mochte das Reichsamt des Innern der Aufgabe gewachsen sein. Das änderte sich aber sofort, als sich die unmittelbare Bewirtschaftung von Lebens- oder Futtermitteln als notwendig erwies. Denn nun ermangelte dem Reichsamt des Innern das dazu erforderliche Exekutivorgan. Jetzt hieß es dafür eigene Apparate schaffen. Dabei ging man aber zunächst nicht in der Weise vor, daß man die Kriegsernährungswirtschaft in ihrer Gesamtheit loslöste und einer eigens dafür gegründeten Stelle unterordnete, sondern man schuf für die Bewirtschaftung der einzelnen Lebens- und Futtermittel oder von Gruppen von ihnen besondere zentrale Organisationen, die der Aufsicht und obersten Leitung des Reichsamts des Innern unterstellt blieben. Dabei ließ man sich nicht von einem großen, das Gesamtgebiet der Ernährungswirtschaft umfassenden Plane leiten. Nach und nach, dem nächstdringenden Gebote der Stunde folgend und in Anpassung an die besonderen Zwecke, wurden die einzelnen zentralen Organisationen geschaffen.

Der Anfang wurde mit der *Brotgetreidewirtschaft* gemacht. Die für sie geschaffene Einrichtung wurde vorbildlich für die anderen Organisationen. Auf sie sei daher näher eingegangen.⁷

Zwei Hauptaufgaben waren es, die sich für die Zentralstelle der Brotgetreidewirtschaft ergaben:

1. Die allgemeine Regelung der gesamten Bewirtschaftung und Versorgung (die Bestimmung des Ausmahlsatzes, die Festsetzung der zu verteilenden Mehl- und Brotmenge) erforderte eine in ihren Befugnissen sich über das ganze Reich erstreckende *Verwaltungsstelle*.
2. Das Verfügen über die erworbenen Kornmengen (ihre Bezahlung, ihre Verteilung auf die Mühlen, die Leitung der Vermahlung und die Zuführung des Mehls an den Bedarf) erforderte eine *kaufmännische Zentralstelle*.

Zur Bewältigung der ersten Aufgabe wurde in der »*Reichsverteilungsstelle*« eine besondere Reichsbehörde geschaffen, die sich aus 16 Bundesratsmitgliedern unter Hinzunahme der Vorsitzenden des Deutschen Städtetags, des Deutschen Landwirt-

⁷ Vgl. Otto Wiedfeldt, Die Bewirtschaftung von Korn, Mehl, Brot im Deutschen Reich. (Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 50/53.) Berlin 1919. — Wiedfeldt hat als Vortragender Rat im Reichsamt des Innern an dieser Schöpfung selbst mitgewirkt.

schaftsrats und des Deutschen Handelstags zusammensetzte. Für die Funktionen der kaufmännischen Zentralstelle besaß man bereits in der »Kriegsgetreidegesellschaft«, die bereits Ende November 1914, als die ersten Befürchtungen drohenden Mangels auftauchten, auf Betreiben des preußischen Finanzministers »zum Erwerb und zur Lagerung inländischen Roggens zwecks Veräußerung nach Ende Mai« gegründet worden war, ein geeignetes Organ. Ihrer eigentlichen Aufgabe hatte die Gesellschaft infolge mangelnder Befugnisse nur unzureichend gerecht werden können, doch verfügte sie bereits über ein Netz von Kommissionären, und in den zahlreichen Mühlen, mit denen sie über Ausmahlung und Lagerung des Korns Verträge abgeschlossen hatte, besaß sie eine ausreichende Zahl von Geschäftsstellen. Da die lokale Bewirtschaftung und Verteilungsregelung den Kommunalverbänden und Gemeinden überlassen blieb, so waren damit die Fundamente der Organisation gelegt.

Diese Fundamente blieben bestehen, wenn auch im Auf- und Ausbau noch manches geändert wurde. So war es zunächst ein Mangel, daß der eigentliche Sachwalter fehlte, der sich mit Leidenschaft für das große Ziel eingesetzt hätte. Der Reichsverteilungsstelle, als einer Körperschaft von 19 Mitgliedern, die größtenteils an Weisungen gebunden waren, ging die durchgreifende Aktionsfähigkeit ab. Sie konnte nicht in wirklichem Sinne handeln oder gar führen und beschränkte sich daher in der Hauptsache auf ihre statistischen Aufgaben. Die Ausführung der Bewirtschaftung mußte sie, ohne den entscheidenden Einfluß darauf zu haben, den anderen Organen überlassen. Die aber vermochten zunächst nicht zu einem ersprießlichen Zusammenarbeiten zu kommen. Die Kriegsgetreidegesellschaft stieß auf allgemeines Mißtrauen und begegnete passivem Widerstand. Da sie, um ihrer eigentlichen Aufgabe gerecht werden zu können, zuerst sich einen genügend großen Kornvorrat verschaffen zu müssen glaubte, verstimmt sie in gleicher Weise die Überschuß- wie die Bedarfsverbände. Die ersten beklagten sich über übermäßige Anforderungen von Kornlieferungen, die zweiten beschwerten sich über mangelhafte Belieferung. Um diese Gegensätze zu überbrücken, wurde ein »Reichskommissar« eingesetzt, von dessen Eigenschaft als hohem Staatsbeamten man erwarten durfte, daß er den Kommunalverbänden gegenüber die erforder-

liche Autorität besaß. Es war das der Unterstaatssekretär im preußischen Finanzministerium *Dr. Michaelis*, der spätere Reichskanzler. Um die Stellung des Reichskommissars gegenüber der öffentlichen Meinung zu stützen, wurde ihm ein *Beirat* von je drei Vertretern der Landwirtschaft und der Verbraucherschaft beigegeben, der in wichtigen Angelegenheiten zu hören war. Diese Berufung eines Beirats machte für die gesamte spätere Kriegswirtschaft Schule. Es erwies sich für die Bürokratie als ein einfaches, wenn auch nicht immer bequemes Mittel, unter Hinweis auf die der Praxis entstammenden Beiräte den Vorwurf mangelnden Sachverständnisses zu entkräften.⁸ Für die Brotgetreidebewirtschaftung gab es nunmehr drei zentrale Organe: die Reichsverteilungsstelle, den Reichskommissar mit seinem Beirat und die Kriegsgetreidegesellschaft mit ihren beiden Geschäftsführern und ihrem Aufsichtsrat. Sie waren durch Personalunion des Reichskommissars, der sowohl in der Reichsverteilungsstelle als auch im Aufsichtsrat der Kriegsgetreidegesellschaft (und zwar als Vorsitzender) saß, miteinander verbunden. Bei Gelegenheit der Regelung der Brotgetreidewirtschaft für das Erntejahr 1915 ging man daran, diese verschiedenen Organisationen in einem einheitlichen Aufbau zu vereinigen. Der Weg, den man hierzu wählte, war die Trennung der regiminellen von den geschäftlichen Aufgaben und die Sicherung des Zusammenarbeitens der beiden sich daraus ergebenden Stellen durch Personalverknüpfung in den maßgebenden Posten. So entstand die *Reichsgetreidestelle* mit ihren beiden Abteilungen, der Verwaltungsabteilung und der Geschäftsabteilung. Die *Verwaltungsabteilung* war eine Behörde und bestand erstens aus einem *Direktorium*, in das der Reichskommissar und seine Mitarbeiter unter Hinzugesellunge eines Vertreters des Reichsamts des Innern und des preußischen Landwirtschaftsministeriums sowie eines angesehenen praktischen Landwirts übergingen, und zweitens aus einem *Kuratorium*, in das die Reichsverteilungsstelle und der Beirat des Reichskommissars aufgingen. In die Geschäftsabteilung wurde die Kriegsgetreidegesellschaft übergeführt, die ihre Firma in »Reichsge-

⁸ Über den »Parlamentarischen Beirat«, der aber lediglich aus politischen Gründen berufen wurde, ist schon gesprochen worden. Wir werden aber auch im übrigen dieses Bestreben, »sich mit beirätlichen Bekleidungsstücken auszustatten«, immer wiederkehren sehen.

treidestelle, Geschäftsabteilung G. m. b. H. umänderte. Die Gesellschaft arbeitete — ebenso wie früher die Kriegsgetreidegesellschaft — gemeinnützig, doch nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Die Dividende der Gesellschaft war auf 5 vH beschränkt, etwaige Überschüsse fielen dem Reich zur Verwendung für die Versorgung der Kriegshinterbliebenen zu. Da ihre Tätigkeit nunmehr vollends zur Reichsaufgabe geworden war — die Kriegsgetreidegesellschaft war ursprünglich eine Gründung des preussischen Staates gewesen —, so beteiligte sich das Reich an ihrem Geschäftskapital; ihr Aufsichtsrat wurde stark erweitert.

So kompliziert dieser Apparat, der sich in seiner Eigenart nur aus seiner historischen Entstehung erklären ließ, auch sein mochte, so stellte er doch eine recht zweckmäßige Lösung der für die Reichsregierung neuen Aufgabe dar, ein großes geschäftliches Unternehmen mit dem Verwaltungskörper organisch zu verbinden. Denn wenn auch Verwaltungsabteilung und Geschäftsabteilung ihre besonderen Aufgaben hatten, so ließ sich doch ein einheitliches Zusammenwirken beider Teile durch zahlreiche Personalunionen unschwer erreichen. Der Vorsitzende des Direktoriums, *Dr. Michaelis*, war zugleich Vorsitzender des Kuratoriums und des Aufsichtsrats. Die Vertreter der Ministerien im Direktorium, im Kuratorium und im Aufsichtsrat waren möglichst die gleichen Personen. Um noch stärker die Einheitlichkeit der ganzen Bewirtschaftung zu sichern, war die Geschäftsabteilung an die Weisungen der Verwaltungsabteilung gebunden. In geschäftliche Einzelheiten hatte diese selbstverständlich nicht hineinzureden, doch wurden bedeutsame Geschäftsvorfälle von den Geschäftsführern dem Vorsitzenden vorgetragen und unter Hinzuziehung von Mitgliedern des Direktoriums mit den Geschäftsführern beschlossen. Umgekehrt wurden die Geschäftsführer zu den Sitzungen des Direktoriums hinzugezogen. Dank der glücklichen Auswahl der mit der Leitung betrauten Persönlichkeiten hat die Reichsgetreidestelle sicher und reibungslos zu arbeiten vermocht.

Nach dem Muster der Reichsgetreidestelle wurden im weiteren Verlauf der Kriegsernährungswirtschaft auch für andere Nahrungs- und Futtermittel Reichsstellen errichtet. So entstand die *Reichskartoffelstelle*, die *Reichszuckerstelle*, die *Reichsfleischstelle*, die *Reichsfettstelle*, die *Reichsbranntweinstelle*, die *Reichs-*

futtermittelstelle u. a. m. Sie waren nicht etwa schematisch der Reichsgetreidestelle nachgebildet worden. Jeder Bewirtschaftungsgegenstand machte eine seinen Eigenschaften und den speziellen Bedürfnissen entsprechende besondere Bewirtschaftungsweise und damit auch eine ihm eigentümliche Bewirtschaftungsorganisation erforderlich. Doch in den Grundzügen zeigte sich das fast stets wiederkehrende Bild, daß die geschäftlichen und die regiminellen Funktionen durch besondere in Arbeitsgemeinschaft miteinander verbundene Organe behandelt wurden, von denen das eine die Gestalt einer privatwirtschaftlichen Unternehmung hatte, während das andere eine Behörde war.

Kennzeichnend ist, daß die eigentliche Exekutive dieser Zentralstellen in die Hand einer »Gesellschaft« gelegt worden war, welche auch, wenn sie die Firma einer »Geschäftsabteilung« annahm, rechtlich eine Gesellschaft — der Rechtsform nach gewöhnlich eine »Gesellschaft mit beschränkter Haftung« —, materiell eine spezifische »Kriegsgesellschaft« war, wie ja auch die »Reichsgetreidestelle, Geschäftsabteilung G. m. b. H.« unmittelbar aus der »Kriegsgetreidegesellschaft m. b. H.« hervorgegangen war. Solche Kriegsgesellschaften, deren erster Schöpfer *Walter Rathenau* gewesen war, gab es auf allen Gebieten der Kriegswirtschaft. In der Regel stellten sie Zwangszusammenschlüsse von Herstellern oder Händlern einer Ware dar. In Anlehnung an den Gedanken der sogenannten »gemischtwirtschaftlichen Unternehmung« waren öffentliche Körperschaften — Reich, Bundesstaaten, Kommunalverbände — mit Kapital an ihr beteiligt. Grundsätzlich arbeiteten die Kriegsgesellschaften »gemeinnützig«, das heißt außer einer mäßigen Verzinsung ihres Kapitals erhielten die Gesellschafter keinen Anteil am Gewinn; ein etwa erzielter Überschuß verfiel spätestens bei Auflösung der Gesellschaft dem Fiskus. Ursprünglich hatte Rathenau für die Kriegsgesellschaften die Form der Aktiengesellschaft gewählt, doch erwies sich die G. m. b. H. als die leichter zu handhabende Form. Die Aktiengesellschaft wäre zur Offenlegung ihrer Verhältnisse durch den Veröffentlichungszwang der Bilanzen genötigt gewesen, während bei der G. m. b. H. das Geheimnis über Namen und Art der Gesellschafter und über den Umfang und Art der geschäftlichen Betätigung weit sicherer gewahrt werden konnte, was bei kriegswirtschaftlich wichtigen Transaktionen dem

Feinde gegenüber als geboten erschien. Zudem trat die Frage der Kapitalhöhe bei den Kriegsgesellschaften mehr und mehr in den Hintergrund. Denn selbst wo die Kriegsgesellschaften nur zuweisende, disponierende Funktionen hatten, war doch die Übernahme von Warenreserven, die für Notfälle gestapelt oder aus dem Auslande zugewiesen wurden, erforderlich, so daß es sich bald um Kapitalmassen handelte, neben denen die ursprünglichen Grundkapitalien unbedeutend wurden. Oft wurde das Vielfachfache, nicht selten das Tausendfache des Grundkapitals umgesetzt.⁹ Daraus ergab sich die Notwendigkeit, daß für die großen Risiken ein anderer Garant eintrat, als es sonst bei Gesellschaften bürgerlichen Rechts üblich ist, nämlich das Reich.¹⁰

Nicht immer war die Errichtung ganz neuer Gesellschaften erforderlich. Überall dort, wo bereits starke Friedenskartelle eine Zusammenfassung der Warenverwaltung ermöglichten, wurden vielfach diese mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Kriegsgesellschaft betraut, indem sie sich, was die Gewinnverteilung und die Beaufsichtigung anging, den gleichen Bedingungen unterwerfen mußten wie die eigentlichen Kriegsgesellschaften. In solchen Fällen war dann nur die Errichtung einer Verwaltungsabteilung nötig, während an die Stelle der Geschäftsabteilung das Kartell trat, um die beschlagnahmten und zugewiesenen Rohstoffe und Waren im öffentlichen Auftrage zu bewirtschaften und zu verteilen. So war die eigentliche Geschäftsabteilung der Reichsbrandtweinstelle die »Spiritus-Zentrale G. m. b. H.«. Ähnlich verhielt es sich bis zum Ende des Jahres 1917 bei der Reichsfuttermittelstelle, wo wichtige Aufgaben der Geschäftsabteilung durch das starke Friedenssyndikat der »Bezugsvereinigung der Deutschen Landwirte« durchgeführt wurden. Als Geschäfts-

⁹ Julius Hirsch erzählt in seinem Aufsatz »Kriegsgesellschaft und Reichsstelle« (Deutsche Wirtschaftszeitung, XV, 1918), auf den auch im übrigen verwiesen sei, von einer Kriegsgesellschaft mit 28 000 Mark Stammkapital, die über 500 Millionen Mark umsetzte.

¹⁰ Es ergab sich die weitere Notwendigkeit, daß innerhalb der Gesellschaften für Risikenausgleich Kapitalansammlungen stattfanden, die das finanzielle Gleichgewicht beim Umschlag solcher Riesensummen einigermaßen ermöglichten. Diese Reservefonds wurden dann aber wieder bei einer Ausgleichsstelle des Reichsschatzamtes gesammelt und so schon vor ihrer endgültigen Ablieferung an das Reich der öffentlichen Wirtschaft zugänglich gemacht. (Vgl. Hirsch, a. a. O.)

stellen der Reichszuckerstelle wirkten der »Verein der Deutschen Zuckerindustrie«, der »Verband der Kandiszuckerfabriken«, zwei Verbände der Kunsthonigfabrikanten usw. Nicht selten schichteten sich auch zwei Gesellschaftssysteme übereinander. So wurden innerhalb der Getreidewirtschaft Graupen und Grieß von einer »Graupenzentrale« und einer »Grießzentrale«, die aus dem Zusammenschluß der Graupen- und Grießmühlen entstanden waren, — die Teigwaren von dem »Verbande der Teigwarenfabrikanten« bewirtschaftet, doch arbeiteten sie unter Kontrolle und nach Anweisung der »Reichsgetreidestelle, Geschäftsabteilung G. m. b. H.«, von der sie auch allein die ihnen zugedachten Rohstoffe überwiesen bekamen. Die Geschäftsabteilung der Reichsstelle bildete hier also den Zusammenschluß nachgeordneter Kriegsgesellschaften. Ähnliche Konstruktionen gab es auch bei anderen Reichsstellen, besonders zahlreich waren die nachgeordneten Kriegsgesellschaften bei der Reichsgemüsestelle vertreten.

Seitens der öffentlichen Meinung sind gegen das ganze System der Kriegsgesellschaften immer wieder die schwersten Vorwürfe erhoben worden. Nicht genug, daß man ihnen die Schuld an allen Unzulänglichkeiten der Kriegswirtschaft zuschrieb und ihnen schlechte und verschwenderische Wirtschaft vorwarf, man bezeichnete sie überhaupt als Schädlinge, als Schmarotzer am Wirtschaftskörper. Diese Auffassung konnte entstehen, weil das Wesen der Kriegsgesellschaften von der öffentlichen Meinung niemals recht durchschaut und in ihnen privilegierte Handelsgesellschaften gesehen wurden, deren Gesellschafter sich auf Kosten des freien Handels- und Gewerbebetriebes sowie der Verbrauchermassen schamlos bereicherten. Alle diese und ähnliche Vorwürfe konnten bei der strengen Kontrolle, der die Kriegsgesellschaften unterstanden, und bei ihrer gemeinnützigen Wirtschaftsweise einer objektiven Prüfung natürlich nicht standhalten. Im Jahre 1917 wurde eine scharfe Nachprüfung der ernährungswirtschaftlichen Kriegsgesellschaften von durchaus unabhängigen, erprobten Treuhändern vorgenommen. Obwohl die Treuhänder bei der allgemein gegen die Kriegsgesellschaften herrschenden Mißstimmung mit begreiflichem Mißtrauen an ihre Aufgabe herantraten, erwiesen sich die erhobenen Anklagen als völlig haltlos. Im Hinblick auf die Ergebnisse dieser Unter-

suchung konnte der damalige Präsident des Kriegsernährungsamts erklären, daß wohl kaum eine andere Nation der Welt einen Kaufmannsstand hervorgebracht hätte, der, wie die Leiter der großen deutschen Kriegsgesellschaften, dauernd über Hunderte von Millionen und selbst Milliarden disponiert habe, und bei dem doch keine wirklich ernste Verfehlung zu rügen, wohl aber in vielen Fällen erstaunliches Organisationstalent und nahezu überall rest- und rastlose Pflichterfüllung und Hingabe zu bewundern gewesen wäre.¹¹

Auch das Urteil des Kriegswirtschafts-Historikers wird den Kriegsgesellschaften Gerechtigkeit widerfahren lassen müssen. Es mag sein, daß nicht immer alles bei ihnen geklappt hat, und daß auch Mißgriffe vorgekommen sind. Doch lagen solche Fehlschläge weniger im System, als darin begründet, daß die den Kriegsgesellschaften gestellten Aufgaben vielfach überhaupt nicht glatt lösbar waren; auch die beste Organisation hätte nicht Nahrungsmittel beschaffen und verteilen können, die an sich unerschaffbar waren. Aber wie dem auch sein mag, so bleibt unerfindlich, wie man, wenn die öffentliche Bewirtschaftung nicht zu umgehen war, eine bessere Organisation hätte schaffen wollen. Die Behörden, für die die Nahrungsmittelwirtschaft ein ihnen fremder Boden war, wären ohne die sachverständige Mitarbeit der Kriegsgesellschaften völlig ratlos gewesen. Im großen und ganzen wird auch der Historiker die Verbindung des Beamtenkörpers mit dem »warmblütigen kaufmännischen Gebilde« der Kriegsgesellschaft als eine durchaus glückliche Lösung der der Kriegswirtschaft gestellten organisatorischen Aufgabe bezeichnen können.

Weil dieses System sachlich so ganz und gar den Bedürfnissen entsprach, setzte es sich in der gesamten Kriegswirtschaft durch. Von den Kommunalverbänden wissen wir bereits, daß auch sie sich auf dem gleichen Prinzip beruhende Gesellschaften zur Ausführung ihrer ernährungswirtschaftlichen Aufgaben schufen. Sie entstanden aber auch an den *bundesstaatlichen* kriegsernährungswirtschaftlichen Zentralstellen. Zur Durchführung der Aufgaben, die von den Reichsstellen gegeben wurden, waren von den Bundesstaaten *Landesstellen* gegründet worden, die in Preußen und mehreren anderen Bundesstaaten »Landesämter«

¹¹ Julius Hirsch, a. a. O.

genannt wurden. So gab es zum Beispiel neben der Reichsgetreidestelle das Preußische Landesgetreideamt, neben der Reichskartoffelstelle ein Landeskartoffelamt, neben der Reichsstelle für Gemüse und Obst ein Landesamt für Gemüse und Obst usw. Auch sie schufen sich vielfach in der Form von Kriegsgesellschaften Geschäftsabteilungen. Weiter brauchten die Ober- und die Regierungspräsidenten, denen viele Warenmengen zur Unterverteilung zugewiesen wurden, Geschäftsabteilungen, um die in ihren behördlichen Betrieb nicht hineinpassenden kaufmännischen Aufgaben durchzuführen. Teils im Anschluß an bereits bestehende kommunale Lebensmittelgesellschaften, teils auf neuer Grundlage begründete die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft (ZEG.) seit Beginn des Jahres 1916 provinzielle »Einkaufszentralen« zum Vertriebe ihrer Waren. Sie brauchte dann nicht mehr einzelne Gemeinden oder sonstige lokale Abnehmer zu beliefern, sondern konnte die weitere Verteilung den Bezirkszentralen überlassen, wodurch ihr Geschäftsbetrieb eine Vereinfachung und eine Entlastung von viel Kleinarbeit erfuhr. Im November 1916 bestanden insgesamt 29 solche Bezirkszentralen der ZEG., von denen zusammen nahezu 60 Millionen Menschen versorgt wurden. Als die zunehmende Verknappung des Inlandsmarktes notgedrungen eine planmäßige Verteilung auch der Auslandswaren erforderlich machte, wurde bei der ZEG. insofern ein Abbau durchgeführt, als, wie bereits in anderem Zusammenhange erwähnt wurde, die von ihr eingeführten Waren meistens beim Weitervertrieb ihrer Zuständigkeit entzogen und der Verteilung der besonderen Reichsstellen unterstellt wurden. Infolge dieser Neugestaltung änderte sich nicht nur die Stellung der ZEG. zu den Bezirkszentralen, sondern auch die Bezirkszentralen mußten sich diesen neuen Verhältnissen anpassen. Aus Beschaffungsgesellschaften, die in engem Anschluß an die ZEG. arbeiteten, wurden sie zu Verteilungsstellen. Ihr Arbeitsgebiet umfaßte im allgemeinen sämtliche der öffentlichen Bewirtschaftung und der planmäßigen Verteilung unterstellten Lebensmittel, mit Ausnahme derjenigen Lebensmittel, für deren Verteilung es besondere Organe gab.¹²

Provinziell aufgebaut war, um das auch noch einmal in diesem

¹² Vgl. Elsaß, Die gemeindlichen und provinziellen Lebensmittelversorgungsgesellschaften. Tübingen 1917.

Zusammenhänge zu erwähnen, die *Schlachtviehaufbringung* und *-verteilung*. Der Wirkungskreis der damit betrauten *Viehhandelsverbände* umfaßte in der Regel den Bereich einer Provinz. Sie waren die eigentlichen Ausführungsorgane — wenn man so will, die Geschäftsabteilungen — der *Reichsfleischstelle*, freilich in loserer Form, da sie der Reichsfleischstelle nicht unmittelbar, sondern den Landeszentralbehörden unterstanden. In Preußen waren die Viehhandelsverbände im »Preußischen Zentral-Viehhandelsverbände« zusammengeschlossen, ohne daß jedoch dadurch die Selbständigkeit des einzelnen Viehhandelsverbandes wesentlich geschmälert wurde. Auf die in Einzelheiten abweichende Organisation der Schlachtviehaufbringung in anderen Bundesstaaten sei nicht näher eingegangen.

In dem Bilde der ernährungswirtschaftlichen Organisation, wie es im vorhergehenden in großen Zügen skizziert wurde, klafft noch eine große Lücke. Es darf nicht übersehen werden, daß die bisher aufgeführten Organe eigentlich nur der Versorgung der Zivilbevölkerung dienten. Nebenher ging die *Heeresverpflegung*, und wenn diese auch in dem vorliegenden Buche nicht beschrieben werden soll, so ist doch ein Hinweis auch auf sie unumgänglich, weil sie sich mit der Zivilversorgung kreuzte, und weil im Verlauf der weiteren Entwicklung sich eine organische Verbindung mit ihr als unabweisbar erwies und erstrebt werden mußte.

Bereits während der Mobilmachung stellte sich heraus, daß die im Frieden übliche Beschaffung des Heeresbedarfs, namentlich an Getreide, Mehl und Vieh, durch freihändigen Ankauf der Proviantämter auf Widerstände stieß. Der an den zahlreichen einzelnen Beschaffungsstellen plötzlich vorgenommene Ankauf führte zu Überbietungen und zu einer durch die allgemeine Marktlage an sich keineswegs gerechtfertigten erheblichen Preissteigerung. Der nächstliegende Gedanke, den Heeresbedarf an lebendem Vieh, Brotmaterial, Hafer, Heu und Stroh auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes vom 13. Juni 1873 durch Landlieferungen sicherzustellen, mußte fallen gelassen werden, weil diese Art der Aufbringung, wenigstens bei Getreide, Mehl und Vieh, als unzweckmäßig erschien. Deshalb wurde Mitte August 1914 zur Beschaffung der Lieferungen eine einheitliche Organisation für das ganze Reich beschlossen, die sich auf die landwirtschaftlichen Verbände (Landwirtschaftskammern und ähnliche Körper-

schaften) unter gleichzeitiger Heranziehung des Handels stützen sollte. Die Bestellungen der Heeresverwaltung sollten einer »Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung« übermittelt werden, die als eine dem Reichsamt des Innern angegliederte Reichskommission mit behördlichem Charakter und mit dem Sitze in Berlin errichtet wurde. Zur Wahrnehmung der bei Vergabung und Verteilung der Lieferungen in Frage kommenden öffentlichen und Reichsinteressen und zur allgemeinen Aufsicht über den Geschäftsbetrieb wurde bei ihr ein Reichskommissar bestellt. Der Geschäftsgang war folgendermaßen gedacht: Die Heeresverwaltung meldete ihren Monatsbedarf an Getreide, Mehl, Heu, Stroh und lebendem Vieh der Zentralstelle an. Diese verteilte die Lieferung auf die Bezirke der landwirtschaftlichen Organisationen, indem sie diesen gleichzeitig für ihre Ankäufe die Höchstpreisgrenzen mitteilte, die von einer hierfür gebildeten ständigen Kommission nach der jeweiligen Marktlage für die Hauptmarktorde festgesetzt wurden. Die Eindeckung der den einzelnen Bezirken überwiesenen Aufträge erfolgte durch die Genossenschaften, die Landwirte und den Handel des Bezirks. Von den Landwirtschaftskammern waren dafür besondere Kommissionen gebildet worden, in denen der Handel und die Genossenschaften vertreten waren. Nicht angeschlossen an diese Organisation waren die Heeresverwaltungen Bayerns und Württembergs, und ebenfalls nicht die Kaiserliche Marine, die sich vor der Begründung der »Zentralstelle« eine eigene Organisation zur Proviantbeschaffung in den deutschen Küstengebieten beiderseits der Elbe geschaffen hatte.

Die Aufbringung durch die »Zentralstelle für die Heeresverpflegung« erstreckte sich auf Getreide, Futtermittel und Schlachtvieh. Es sei nebenbei vermerkt, daß die übrigen zahlreichen Verpflegungsmittel durch bestimmte Korpsintendanturen besorgt wurden, von denen namentlich die stellvertretenden Intendanturen des IX. Armeekorps in Altona und des III. Armeekorps in Berlin stark in Anspruch genommen wurden.

Die auf Lieferungsabmachungen mit den landwirtschaftlichen Verbänden aufgebaute Heeresversorgung, wie sie eben gekennzeichnet wurde, sollte sich indes nicht bewähren. Sie wurde nur so lange den Anforderungen gerecht, als noch in gewissem Umfang ein Angebot vorhanden war. Aber sowie die Vorräte knapp

wurden, versagte die ganze Organisation, weil dann die ausgemachten Lieferungen ausblieben und auch nicht erzwungen werden konnten. Da man mit dieser Eventualität gerechnet haben mochte, war schon bei der Begründung der »Zentralstelle« vorgesehen worden, daß etwaige Fehlbeträge auf eigene Faust von den Proviantämtern aufgebracht werden dürften. Sobald das aber nicht die Ausnahme blieb, sondern zur Regel wurde, war das ganze System einer zentralisierten Beschaffung durchbrochen. Man befand sich dort, wo man angefangen hatte; alle die unerwünschten Folgen, denen man durch die Gründung der »Zentralstelle« zu entgehen gesucht hatte, stellten sich mit verstärkter Wucht ein. Sollte nicht ein allgemeiner Wirrwarr entstehen, dann mußten andere Organisationen und die Hilfe der Zivilbehörden in Anspruch genommen werden. Diese Notwendigkeit stellte sich zuerst bei der Beschaffung des für das Heer erforderlichen *Brotgetreides* ein. Hier sprang die Kriegsgetreidegesellschaft ein. Die Belieferung der »Zentralstelle« mit Brotgetreide und Mehl ist dann während des ganzen Krieges von der Kriegsgetreidegesellschaft und ihrer Nachfolgerin, der »Reichsgetreidestelle, Geschäftsabteilung« ausgeführt worden, so daß auf diesem Versorgungsgebiet der »Zentralstelle« als eigene Aufgabe nur die weitere Zuweisung der erhaltenen Korn- und Mehlmengen an die militärischen Abnahmestellen verblieb. Aber auch mit den *Haferlieferungen* an die Heeresverwaltung begann es sehr bald zu hapern. Schon im November 1914 kamen die angeforderten Mengen nicht voll herein. Als alle an die Landwirtschaftskammern gerichteten Appelle erfolglos blieben, sah man sich genötigt, die den Proviantämtern erteilte Eventualermächtigung zu eigenen Ankäufen zu erweitern und militärische Requisitionen anzuordnen. Aber obwohl die stellvertretenden Generalkommandos in der Anwendung ihrer Befehlsgewalt nicht schüchtern zu sein pflegten, kam man auch auf diese Art nicht zum Ziel. Es blieb nichts weiter übrig, als auch den Hafer in öffentliche Bewirtschaftung zu übernehmen. Das geschah im Januar 1915, und zwar zunächst in der Weise, daß die »Zentralstelle für die Beschaffung der Heeresverpflegung« vom Bundesrat ermächtigt wurde, die von ihr benötigte Hafermenge auf die Bundesstaaten umzulegen, wobei die Aufbringung selbst den Landeszentralbehörden überlassen blieb. Nach der Gründung der »Reichs-

futtermittelstelle« im Juli 1915 änderte sich dieses Verfahren insofern, als sich zwischen die »Zentralstelle« und die Bundesstaaten die neue Reichsstelle einschob und von hier aus die Überweisung der für die Heeresverpflegung benötigten Hafermengen an die »Zentralstelle« erfolgte. Am längsten währte die Selbständigkeit der »Zentralstelle« bei der Aufbringung von *Schlachtvieh*. Als aber auch hier die Bestände so knapp wurden, daß sich eine öffentliche Bewirtschaftung als unabweisbar erwies, hörte auch das auf, und seitdem wurde die »Zentralstelle« durch die öffentlichen Organe der Schlachtviehaufbringung, die Viehhandelsverbände, beliefert. Wie die Aufbringung von *Rauhfutter* für das Heer geregelt wurde, mag übergangen werden.

3. Das Kriegsernährungsamt; v. Batocki

Überblickt man den Gesamtaufbau der kriegsernährungswirtschaftlichen Organisation, so läßt er sich als Ergebnis seiner historischen Entwicklung durchaus begreifen und unter den gegebenen Umständen auch als die zweckentsprechende Lösung einer ungewöhnlichen Aufgabe bezeichnen, doch litt er, je mehr sich die leitenden und ausübenden Stellen häuften, an einer Zersplitterung der Zuständigkeiten. Jedes auftretende Bedürfnis schlug sich sofort in einer besonderen Organisation nieder. Die Folge war eine Hypertrophie an organisatorischer Arbeit, die in dem Außenstehenden gerade den entgegengesetzten Eindruck, nämlich den mangelnder Organisation hervorrief. Die Reichsregierung hatte von sich weg, statt zu sich hin organisiert, und man begreift, wenn in Berlin die Anekdote umlief, ein Witzbold habe einst in der Nacht dem geschäftigen Reichsamt des Innern als Inschrift an die Haustür geschrieben: »Arbeiten und nicht Organisieren!«

Wenn der Krieg nicht so lange gedauert hätte, wären bei dem allgemeinen Enthusiasmus und Opfermut, von dem die Bevölkerung getragen war, diese Mängel willig mit in den Kauf genommen worden, zumal sich während der beiden ersten Kriegsjahre drückender Mangel noch nicht fühlbar machte. Als sich dann aber das gegen Ende des zweiten Kriegsjahres änderte und die Lebensmittelversorgung bedenklich schlechter wurde, kam die

allgemeine Unzufriedenheit zum Ausbruch. So laut und mit solcher Eindringlichkeit äußerte sich die Kritik der öffentlichen Meinung an den bestehenden Zuständen, daß man nicht achtlos daran vorbeigehen konnte. Es erhob sich der Schrei nach einem *Lebensmitteldiktator*, der Ordnung in das vermeintliche Chaos bringen und die öffentliche Lebensmittelversorgung auf eine neue Grundlage stellen sollte.

Ende Mai 1916 wurde das *Kriegsernährungsamt* gegründet und an seine Spitze ein Mann von ungewöhnlicher Leistungsfähigkeit gestellt, der ostpreußische Oberpräsident v. *Batocki*, der beim Wiederaufbau der von den Russen geplünderten und niedergebrannten Provinz Ostpreußen ein hohes Maß von Energie und Tüchtigkeit bewiesen hatte.

Mit den allergrößten Hoffnungen und Erwartungen wurde dem Wirken dieses Mannes und des Kriegsernährungsamts entgegen gesehen. Jetzt, so meinte man, müsse sich alles, alles zum Besseren wenden. Diese Hoffnungen sollten grausam zerstört werden. Nicht weil Batocki und seine Mitarbeiter versagt hätten. Was von ihnen im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten geleistet worden ist, verdient die höchste Anerkennung. Doch entsprach die Zuständigkeit der neuen Behörde nicht entfernt den Vorstellungen, die sich die öffentliche Meinung davon machte. Die Bezeichnung »Diktator« zeigt, was man erwartete. Seit den Tagen des Cincinnatus war ein Diktator ein Mann der unumschränkten Gewalt gewesen. Man erwartete eine Zentralstelle zur Durchführung der nach einheitlichem Plan getroffenen Entscheidungen bis ins letzte Dorf, ja, womöglich dachte man sich ihre Tätigkeit so, daß sie gewissermaßen die ganzen Lebensmittel des Reichs an sich zöge, um sie vom Zentrum aus wieder zu verteilen. Selbst wenn das technisch durchführbar gewesen wäre, so hätte doch eine solche Regelung die Ausschaltung der bestehenden verfassungsmäßigen und behördenorganisatorischen Zuständigkeiten zur Voraussetzung gehabt. Zur Beschreitung eines solchen Weges hätte sich aber weder Bundesrat noch Reichstag bereit finden lassen.

Liest man die Presseäußerungen, die Ende Mai zur Gründung der neuen Behörde Stellung nahmen, so erkennt man, wie stark die Zuständigkeit des Kriegsernährungsamts und seines Präsidenten überschätzt wurde. So schrieb am 23. Mai die »Frankfur-

ter Zeitung»: »Man kann ruhig sagen, es wird in allen Ernährungsfragen eine Reichsexekutive geschaffen . . . Eine Reichsstelle wird zum ersten Male direkter Vorgesetzter einzelstaatlicher Behörden.«

Was war dagegen tatsächlich geschehen? Durch die Bundesratsverordnung vom 22. Mai 1916 übertrug der Bundesrat seine ihm auf Grund des Ermächtigungsgesetzes zustehende Verordnungsgewalt — »in gewissen Grenzen« — auf den Reichskanzler. Zugleich erhielt der Reichskanzler das Recht der Subdelegation: Er konnte seinerseits seine Befugnisse einer neu zu schaffenden Behörde übertragen, was er dann mittels einer besonderen Verordnung, durch die das Kriegsernährungsamt errichtet wurde, — »in gewissen Grenzen« — auch tat.

Es fragt sich also, wie erstens die Befugnisse des Reichskanzlers zu den Befugnissen des Bundesrats abgegrenzt wurden, und inwieweit zweitens der Reichskanzler von seinem Recht der Subdelegation Gebrauch machte.

Zu Rechtsverordnungen entgegen dem am 22. Mai 1916 geltenden Ernährungssystem war der Reichskanzler in der Regel nicht berechtigt. Die vor dem 22. Mai 1916 vom Bundesrat zur Sicherung der Volksernährung erlassenen Verordnungen sollten unberührt bleiben, durften also vom Reichskanzler nicht ohne weiteres geändert werden, vielmehr behielt sich der Bundesrat das Recht der Systemänderung selbst vor. Nur soweit der Bundesrat eine Materie nicht geregelt hatte, konnte der Reichskanzler von sich aus verordnen. Lediglich »in dringenden Fällen« konnte der Reichskanzler Bestimmungen treffen, die von bereits erlassenen Verordnungen des Bundesrats abwichen. Des Reichskanzlers Zuständigkeit blieb auf die Fürsorge für die Ernährung des *Volkes* beschränkt: nicht zuständig war er für die Versorgung des *Heeres*. Der Reichskanzler konnte nur die im Bereich des Deutschen Reiches vorhandenen Lebensmittel in Anspruch nehmen; auf das besetzte Gebiet erstreckte sich seine Zuständigkeit nicht. Ebenso unterlag die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion nicht seiner Kompetenz; sie blieb den einzelstaatlichen Landwirtschaftsministerien vorbehalten.

Welche von diesen Befugnissen hat der Reichskanzler dem Kriegsernährungsamt übertragen? Vorbehalten hatte er sich einmal die Legislative. Die Verordnungen, die er, sei es contra legem,

sei es praeter legem, an Stelle der Bundesratsverordnungen erlassen wollte, wurden zwar im Kriegsernährungsamt vorbereitet und bearbeitet, die Entscheidung darüber aber blieb Sache des Reichskanzlers. Ferner hatte er sich die Regelung der Ein-, Aus- und Durchfuhr vorbehalten, weil diese Angelegenheiten das Reichsamt des Innern nicht abgeben wollte, unter der Begründung, daß dabei eine große Reihe auch sonstiger Interessen in Betracht käme.

Macht man sich diesen Tatbestand klar, so erkennt man, daß die Kompetenzen der neuen Behörde auch nicht entfernt so weit gingen, wie es sich die öffentliche Meinung vorstellte. Freilich hatte sich der Bundesrat für alle Angelegenheiten ausgeschaltet, die außerhalb des schon vorhandenen Ernährungssystems lagen. Da aber dieses bereits in der Hauptsache festgelegt war, so blieb der Bundesrat nach wie vor in widestem Umfange zuständig. Von weittragender Bedeutung hätte allerdings die Bestimmung werden können, daß »in dringenden Fällen« auch über die Köpfe des Bundesrats hinweg Verordnungen erlassen werden durften, und tatsächlich hatte man sich in weiten Kreisen dem Glauben hingegeben, daß von dieser Ermächtigung weitester Gebrauch gemacht werden würde. Aber gerade dagegen hatte sich der Bundesrat zu wahren gewußt. Bereits am 24. Mai 1916 konnte aus Stuttgart offiziös gemeldet werden, es sei »Sicherheit dafür gegeben«, daß die Rechte und die berechtigten Interessen der Einzelstaaten seitens des Kriegsernährungsamtes Beachtung finden werden würden, und daß in ihre Versorgungsregelung, die sich bewährt habe, nicht ohne zwingenden Grund eingegriffen werden würde. Tatsächlich ist denn auch von der Ermächtigung, in dringenden Fällen auf eigene Faust zu verordnen, obwohl doch im Kriegsernährungswesen eigentlich alle Fälle »dringend« waren, so gut wie niemals Gebrauch gemacht worden, und gleich bei seinem ersten Auftreten im Deutschen Reichstage unterstrich Bactocki die Tatsache, wie abhängig die Zentralstelle von der Mitarbeit und dem guten Willen der ausführenden Gewalten sei.

Auch in dem Verhältnis zu den militärischen Stellen wurde grundsätzlich nichts geändert, obwohl gerade das Nebeneinander-, ja womöglich Gegeneinanderarbeiten ziviler und militärischer Stellen auf dem Gebiete des Ernährungswesens wiederholt Anlaß zu Klagen gegeben hatte. Es hätte daher erwünscht er-

scheinen können, auch die Heeresversorgung dem Kriegsernährungsamt zu übertragen. Das geschah aber nicht, wie bereits erwähnt wurde. Das Kriegsministerium glaubte die Verantwortung für die Versorgung des Heeres nicht ohne weiteres abgeben zu können. Doch wurde zugesagt, daß fortan das Kriegsministerium in engster Fühlungnahme mit dem Kriegsernährungsamt arbeiten sollte, was auch äußerlich dadurch zum Ausdruck gebracht wurde, daß dem Präsidenten des Kriegsernährungsamts ein höherer Offizier beigegeben wurde. Die stellvertretenden Generalkommandos aber wurden durch Allerhöchste Kabinettsorder angewiesen, sich in Ernährungssachen an die Weisungen des Kriegsministeriums zu halten und alle selbständigen Maßnahmen zu unterlassen. Dadurch sollte bewirkt werden, daß die Einheitlichkeit der Versorgung nicht mehr durch Verordnungen der Generalkommandos gestört wurde, was bisher wiederholt geschehen war. Das war gewiß ein Fortschritt, wenn auch der weitergehende und durchaus nicht unberechtigte Wunsch, die stellvertretenden Generalkommandos in allen die zivile Bevölkerung angehenden Ernährungssachen allein dem Kriegsernährungsamt zu unterstellen, nicht erreicht wurde.

Überblickt man den Tatbestand, so lief, bei Lichte besehen, die Gründung des Kriegsernährungsamts auf nichts anderes hinaus, als daß das frühere Unterstaatssekretariat für Volksernährung im Reichsamt des Innern zu einer selbständigen Behörde erhoben wurde, wie ja auch in der Tat die Akten und der Hauptteil der Beamtenschaft dieses Unterstaatssekretariats auf das Kriegsernährungsamt übergeleitet wurden. Immerhin darf man die materielle Bedeutung dieses Vorgangs nicht unterschätzen. Daß es nunmehr eine oberste Reichsbehörde gab, die sich ausschließlich dem Ernährungswesen widmete, mußte die Eindringlichkeit steigern, mit der diese Angelegenheiten nunmehr behandelt wurden. Die zahlreichen Kriegsstellen und Kriegsgesellschaften, die je nach dem Bedürfnis ohne festen Plan und ohne einheitliches System geschaffen worden waren, und bei denen es an einer klaren Abgrenzung ihrer Kompetenzen zu fehlen schien, wurden der neuen Behörde unterstellt und zu einheitlichem Zusammenwirken gebracht.¹³ Auch die Geschäfte der Reichspreisprüfungs-

¹³ Doch wurden die Kriegsgesellschaften nur insoweit dem Kriegsernährungsamt unterstellt, als sie ausschließlich *inländische* Lebens- und Futtermittel be-

stelle für Lebensmittelversorgung wurden auf das Kriegsernährungsamt übergeleitet und dort von der Volkswirtschaftlichen Abteilung wahrgenommen.

Das Gewicht der neuen Behörde wurde noch dadurch verstärkt, daß ihr eine Organisation gegeben wurde, die ihrer Tätigkeit die Anteilnahme der nächstinteressierten Kreise sicherte. Dem Präsidenten wurde ein Vorstand und ein Beirat beigegeben. In der Geschichte der deutschen Behördenorganisation stellte das ein Novum dar. Der Vorstand war ein kleines Gremium von anfangs sieben, später zwölf Mitgliedern. In ihm saßen neben den drei obersten Beamten des Kriegsernährungsamts, einem Vertreter des preußischen Landwirtschaftsministeriums und einem Vertreter des Kriegsministeriums ehrenamtlich Vertreter der wichtigsten Interessengruppen, angesehene und qualifizierte Persönlichkeiten, von denen erwartet werden konnte, daß sie einsichtig und stark genug waren, um nicht einseitigen Berufsinteressen, sondern den Interessen der Allgemeinheit zu dienen. Dieser Vorstand versammelte sich wöchentlich unter dem Vorsitz des Präsidenten zu Beratungen, bei denen unter Hinzuziehung der Referenten die gesamten Angelegenheiten des Amts durchgesprochen wurden. Es geschah nichts, wovon der Vorstand nicht Kenntnis erhalten hätte. Sein Einfluß war groß. Denn wenn er auch nur beratende Stimme hatte und die Entscheidung allein dem Präsidenten vorbehalten blieb, so entwickelte sich doch zwischen diesem und den Vorstandsmitgliedern ein so enges kollegiales Vertrauensverhältnis, daß sich in der Regel die Entscheidungen des Präsidenten mit den Beschlüssen des Vorstandes deckten. Dieser glücklichen Gestaltung der persönlichen Beziehungen, die auf den Takt und das Geschick Batockis zurückzuführen war, war es zu danken, daß die Stellung des Präsidenten durch die Teilnahme des Vorstandes an den Geschäften eher gestärkt als geschwächt wurde; konnte er sich doch der öffentlichen Meinung gegenüber bei seinen Entscheidungen auf die Mitwirkung der im Vorstande sitzenden Sachverständigen berufen. Auch unmittelbar leisteten die Vorstandsmitglieder nützliche

wirtschafteten. Die *Zentraleinkaufsgesellschaft*, die ihre Waren vom Auslande bezog, und der *Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette*, der auch in den besetzten Gebieten arbeitete, verblieben dem Ressort des Reichsamts des Innern.

Arbeit. Durch ihre ständige Beschäftigung mit den Ernährungsfragen entwickelten sie sich zu hervorragenden Sachkennern, ja einige von ihnen, wie *Dr. August Müller, Dr. Krüger, Stegerwald*, übernahmen auch besondere Fachreferate, um noch inniger mit den Geschäften des Amts zu verwachsen.

Sehr viel geringer war die Bedeutung und der Einfluß des *Beirats*. Er bestand aus Vertretern der obersten Reichsbehörden, der Kriegsstellen und Kriegsgesellschaften und einer großen Anzahl anderer Sachverständiger. Da er sich aus über hundert ehrenamtlichen Mitgliedern zusammensetzte, wurde er nur selten berufen. Einen tatsächlichen Einfluß auf die Gestaltung der Dinge hatte der Beirat daher nicht. Immerhin gaben diese Versammlungen die Gelegenheit zu einer Aussprache, die aufklärend und beruhigend auf die öffentliche Meinung wirkten. Das gleiche ist von dem *Frauenbeirat* zu sagen, den der Präsident des Kriegsernährungsamts von sich aus berufen hatte, ohne daß er ursprünglich vorgesehen gewesen war. Gleich in diesem Zusammenhange mag erwähnt werden, daß das Kriegsernährungsamt gemeinsam mit dem Kriegsamt einen »*Ausschuß zur Förderung der Landwirtschaft*« einsetzte, der aus neun Mitgliedern bestand und beratende Funktion hatte. Auch dieser Gründung lag die Absicht zugrunde, das Kriegsernährungsamt vor dem Vorwurf einer bureaukratischen Erledigung der Geschäfte zu schützen, wie Bactocki es überhaupt meisterhaft verstand, mit »Sachverständigen« zu arbeiten, um seine Maßnahmen als Willensvollstreckung der nächstinteressierten Kreise erscheinen zu lassen.

Wir erinnern uns, mit wie großen und übertriebenen Hoffnungen die öffentliche Meinung die Gründung des Kriegsernährungsamts begrüßt hatte. Die Enttäuschung konnte nicht ausbleiben. Das Unglück wollte es, daß gerade im Jahre 1916 die Kartoffelernte mißriet. Eine schwere Hungersnot brach im Winter 1916/17 herein — der entsetzliche Kohlrübenwinter! Wieder gab man sich der Hoffnung hin, durch eine organisatorische Maßnahme Rettung bringen zu können. Der Diktatortraum war verflogen. Dem Kriegsernährungsamt, hieß es, fehle die Exekutivgewalt, — es führe ein Schwert, dem die Schärfe fehle. Das müsse anders werden. Da die Schaffung einer Reichsexekutive verfassungsrechtlich nicht möglich war, so entschloß man sich im Februar 1917 zur Errichtung einer Spezialexekutivgewalt in dem

größten deutschen Bundesstaat, in Preußen. Hier waren bisher drei Minister nebeneinander für die Ernährungsangelegenheiten zuständig gewesen, das Landwirtschaftsministerium, das Ministerium für Handel und Gewerbe und das Ministerium des Innern. Man nahm an, daß es hierauf zurückzuführen sei, wenn die Verordnungen des Kriegsernährungsamts nicht zur erforderlichen Auswirkung gekommen seien. Und zwar nicht nur in Preußen, sondern im Reich überhaupt. Denn fraglos berührten die Spezialangelegenheiten des größten Bundesstaats in ihrer räumlich und sachlich weittragenden Wirkung das ganze Reichsgebiet, wozu hinzukam, daß Preußen für die meisten Nahrungsprodukte Überschußgebiet war und andere Bundesstaaten mitzuversorgen hatte. Zum »Zwecke einheitlicher Durchführung der Anordnungen auf dem Gebiete der Volksernährung« wurde durch Verfügung vom 17. Februar 1917 ein »*Preußischer Staatskommissar für Volksernährung*« eingesetzt. Ihm wurden auf dem Gebiete der Volksernährung alle Exekutivbefugnisse der preußischen Landeszentralbehörden übertragen, das heißt die Vollmachten der drei eben angeführten Ministerien. Die Befugnisse der Exekutive wurden stark erweitert, indem der Staatskommissar unter Durchbrechung des Grundsatzes der Dezentralisation ein unmittelbares Anweisungsrecht bis zur untersten Verwaltungsbehörde und die Aufsicht über die Kommunalverbände erhielt. Zur Vermittlung des Verkehrs mit den ausgeschalteten Ressortministerien wurden dem Staatskommissar besondere Kommissare beigegeben. An die Spitze des neuen Amts wurde der Leiter der Reichsgetreidestelle, der Unterstaatssekretär *Michaelis* berufen. Durch die starken Worte, mit denen er sich im Preußischen Landtag einführte, machte er großen Eindruck. Von einem Manne, der von hoher Tribüne aus den Ausspruch tat: »Mich beirrt keiner! Wer mich kennt, weiß das. Ich übernehme kein Amt, das ein Schwert ohne Schärfe ist. Ich wollte wissen, wer mir in den Arm fallen will!« —, von einem solchen Manne versah man sich auch starker Handlungen. Es hätte nahegelegen, daß man dem Präsidenten des Kriegsernährungsamts das neue Amt übertragen und so eine Personalunion der beiden obersten Ernährungsämter im Reich und in Preußen geschaffen hätte. Erst als im August 1917 Batocki zugleich mit der Ernennung *Michaelis*' zum Reichskanzler bedauerlicherweise aus dem Amte scheiden mußte, wurde

dann diese Personalunion hergestellt. Zugleich wurde das Kriegs-
ernährungsamt zu einer obersten Reichsbehörde erhoben; der
Präsident wurde zum Staatssekretär ernannt und in seiner
gleichzeitigen Eigenschaft als Staatskommissar zum preußischen
Minister ohne Portefeuille. Durch alles das wurde die Stellung
des Nachfolgers Batockis, des pommerschen Oberpräsidenten
v. *Waldow*, wesentlich verbessert und gestärkt.¹⁴

4. Die Bewirtschaftungsformen der wichtigsten Lebensmittel

Die einzelnen Lebensmittel ließen sich nicht alle in gleicher
Weise bewirtschaften und verteilen. Jedes Lebensmittel stellte
nach seiner Beschaffenheit und nach Art und Massenhaftigkeit
seines Vorkommens besondere Ansprüche.

Das erste und zugleich vorbildliche Beispiel einer völlig durch-
gebildeten Bewirtschaftung war die am 25. Januar 1915 angeord-
nete *Mehl- und Brotgetreidewirtschaft*. Wie die hierfür eingerich-
tete Organisation in ihren wichtigsten Grundzügen beschaffen
war, ist bereits in anderem Zusammenhange dargestellt wor-
den.¹⁵ Hier wäre noch folgendes nachzutragen:

Alles Getreide, das in Deutschland gewachsen war, galt als be-
schlagnahmt. Was nach Abzug der für die Selbstversorgung der
Wirtschaftsangehörigen bestimmten Mengen und des Saatgetrei-
des übrigblieb, wurde teils von der Reichsgetreidestelle, teils von
den Kommunalverbänden aufgekauft, nötigenfalls enteignet.

Die Kommunalverbände waren berechtigt, die Versorgung
ihrer Bevölkerung mit dem in ihrem Bezirke gewachsenen Ge-
treide selbst zu übernehmen, selbstverständlich unter Bindung
an die von der Reichsgetreidestelle festgesetzten Höchstver-
brauchsmengen. Diejenigen Getreidemengen, die über diesen
Bedarfsanteil gewachsen waren, erwarb die Reichsgetreidestelle.
Nur wo Kommunalverbände von ihrer Berechtigung zur Selbst-
wirtschaft nicht Gebrauch machten, übernahm die Reichs-
getreidestelle die ganze Ernte (natürlich aber auch in diesen Fäl-

¹⁴ Vgl. *Adolf Löwe*, Die ausführende Gewalt in der Ernährungspolitik (Euro-
päische Staats- und Wirtschaftszeitung, II. 1917) und die Berliner Dissertation
desselben Verfassers »Die rechtliche Entstehung und Ausgestaltung des Kriegs-
ernährungsamts« (Manuskript).

¹⁵ Vgl. S. 167 ff.

len nach Abzug dessen, was die Erzeuger für sich zurückbehalten durften).

Bis zum Erntejahr 1917 hatte sich die Kompetenz der Reichsgetreidestelle nur auf das *Brotgetreide* erstreckt, also auf Roggen und Weizen und die Abarten von Weizen, wie Spelz, Dinkel usw. Das *Futtergetreide* war nicht von ihr bewirtschaftet worden, sondern der Hafer von der Reichsfuttermittelstelle beziehungsweise der Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung und die Gerste von der Reichsgerstengesellschaft. Bei der im Verlauf der Kriegswirtschaft ständig wachsenden Fungibilität zwischen Brotgetreide und Futtergetreide erwies es sich als zweckmäßig, die Bewirtschaftung des Futtergetreides in dieselben Hände zu legen, die das Brotgetreide bewirtschafteten. Aus praktischen Gründen wurden die *Hülsenfrüchte* noch dazugenommen.

Wenn naturaliter auch nur ein Bruchteil der Erntemengen von der Reichsgetreidestelle unmittelbar erfaßt wurde — der Hauptteil blieb in der Hand der Kommunalverbände und Selbstversorger —, so stellte doch die *Lagerhaltung* ein schwieriges Problem dar. Die Lagerfähigkeit des deutschen Getreides leidet unter seiner Feuchtigkeit. Im Frieden wurde die Volksernährung dadurch kaum berührt. Nahezu ununterbrochen floß Deutschland aus allen Teilen der Erde ausländisches Getreide zu, während deutsches Brotgetreide in nicht unbeträchtlichen Mengen gleich nach der Ernte exportiert oder auch verfüttert wurde. Die verbleibenden Mengen konnten, mit ausländischem Getreide gemischt, vermahlen werden, wobei die feuchte und wenig lagerfeste Ware zuerst verarbeitet wurde. Ganz anders lagen die Verhältnisse im Kriege, wo während des ganzen Wirtschaftsjahres die Volksernährung auf das deutsche Getreide angewiesen war, und wo auch schlechtes und nasses Getreide der menschlichen Ernährung zugeführt werden mußte. Um den hierin liegenden Schwierigkeiten zu begegnen, hatte die Reichsgetreidestelle mit der Lagerhaltung die Müller beauftragt, die als berufene Sachverständige dafür gelten konnten. Sie erhielten Lagergeld und Mahllohn. Das Eigentum am Getreide verblieb der Reichsgetreidestelle. Die Müllerei veränderte ihren Charakter. Handelsmüllerei gab es in der Kriegswirtschaft nicht mehr; die Müller waren nur noch Lagerhalter und Lohnmüller.

Das so erstellte Mehl wurde von der Reichsgetreidestelle an

die Heeres- und Marineverwaltung und an die nicht selbst wirtschaftenden Kommunalverbände verkauft. Die *Verbrauchsregelung* für Mehl und Getreide lag dann den Kommunalverbänden ob. Sie hatten dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung das ihr zustehende Brot und Mehl rechtzeitig und in der richtigen Menge erhielt. Die Kontrolle des Verbrauchs der Bezugsberechtigten erfolgte durch die *Brotkarte*; die Erzeuger erhielten *Mahlkarten*, von deren Vorlegung bei dem Müller die Erlaubnis zur Ausmahlung des den Selbstversorgern zuerkannten Getreides abhängig gemacht wurde. Die Zahl der Selbstversorger betrug etwa vierzehn Millionen.

Die öffentliche Bewirtschaftung des Brotgetreides ist relativ gut geglückt. Während des ganzen langen Kriegs hat die Brotversorgung kaum einen Tag ausgesetzt. Sicherlich eine hervorragende organisatorische Leistung! Die Reichsgetreidestelle galt als das Paradestück der deutschen Kriegsernährungswirtschaft.

Doch wäre es ungerecht, wollte man die Leistungen anderer Reichsstellen nur deshalb herabwürdigen, weil ihre Erfolge an die der Reichsgetreidestelle nicht heranreichten. In der Regel waren ihre Aufgaben ungleich undankbarer.

Ein Sorgenkind der Kriegsernährungswirtschaft war die *Kartoffelversorgung*. Daß es hiermit während des ganzen Kriegs nie recht klappen wollte, hat die öffentliche Meinung, aber auch mancher Fachmann nie recht begriffen. Hatte es doch im Frieden Kartoffeln immer im Überfluß gegeben. Selbst als dann bereits im Frühjahr 1915 die Kartoffelpanik ausbrach — sie hatte, wie wir wissen, den »Schweinemord« zur Folge —,¹⁶ dachte noch niemand an die Notwendigkeit einer systematischen Verbrauchsregelung ähnlich der, wie sie für die Brotversorgung bereits eingeführt worden war. Die am 12. April gegründete *Reichskartoffelstelle* sollte lediglich dem Zwecke dienen, durch Einkäufe den, wie man glaubte, vorübergehend gefährdeten Bedarf der Bevölkerung, insbesondere der minderbemittelten, sicherzustellen.¹⁷

¹⁶ Vgl. S. 94 f.

¹⁷ Vgl. Fritz Arnoldi, Die Kartoffel in der Kriegswirtschaft (Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 2), Berlin 1916, und außerdem den von dem gleichen Verfasser gehaltenen, als Manuskript gedruckten Vortrag: Die öffentliche Bewirtschaftung der Kartoffel in der Kriegszeit, Berlin 1918. Arnoldi war Stellvertreter der Vorsitzender der Reichskartoffelstelle.

Bekanntlich haben sich nachher diese Einkäufe als überflüssig herausgestellt, weil in Wahrheit viel mehr Kartoffeln vorhanden waren, als man vorher vermuten konnte. Unter dem Eindruck dieses Tatbestandes zog man die durchaus verständliche Forderung, daß sich auch in Zukunft eine staatlich organisierte Regelung der Kartoffelversorgung erübrigte. Man beschloß daher, die Kartoffelversorgung des kommenden Jahres dem freien Verkehr zu überlassen. Nur vorsichtshalber wurde für den Fall, daß der freie Handel doch versagen sollte, vorgesehen, daß die größeren Erzeuger 10 vH ihrer Ernte der Reichskartoffelstelle zur Verfügung zu halten hätten. Aus dieser »verstrickten« Menge sollte ein etwaiger Fehlbedarf gedeckt werden. Also nur eine Hilfs- und Reservestellung war der Reichskartoffelstelle zugedacht.

Die Erwartungen, daß der freie Wirtschaftsverkehr die Aufgabe der Kartoffelversorgung bewältigen würde, sollten sich indes nicht erfüllen. Bereits im Oktober 1915 wurde die Reichskartoffelstelle von den Bedarfskommunalverbänden mit Anträgen auf Belieferung bestürmt, weil vom Handel nicht genug Kartoffeln zu bekommen waren.

Woraus erklärte sich dieses Versagen des freien Verkehrs?

Das normale Kräftespiel zwischen Angebot und Nachfrage war gelähmt. Während auf der einen Seite die Nachfrage der Konsumenten auf das Mehrfache des Friedensverbrauchs gestiegen war, hatte auf der anderen Seite das Angebot sich stark vermindert, weil der Landwirt die Kartoffel viel mehr noch als früher für die eigene Wirtschaft brauchte. Dazu kam als weitere Behinderung der Kartoffelversorgung die Erschwerung der Transporte. Nicht allein, daß die druck-, stoß- und frostempfindliche Kartoffel in weit größeren Massen verfrachtet werden mußte und daß sich diese Transporte mit starker Einseitigkeit in der einen Richtung von Osten nach Westen zu bewegen hatten — es fehlte auch an den dafür erforderlichen Waggonen. Schon im Frieden hatte es im Spätherbst auf den deutschen Bahnen Wagenmangel gegeben, jetzt war dieser durch die Ansprüche der Heeresbewegung und Heeresversorgung beträchtlich gesteigert worden.

Dieser Situation konnte der freie Handel unmöglich gewachsen sein. Die Reichskartoffelstelle mußte eingreifen. Sie stellte den Bedarfskommunalverbänden Bezugsscheine aus und gab ihnen

anheim, sich auf Grund dieser Legitimationen in bestimmten Kreisen, wo die Reichskartoffelstelle über ihr verstrickte Kartoffeln verfügte, die benötigten Vorräte zu kaufen.

Dieses Bezugsscheinsystem hat sich indes nicht bewährt. Es mag kennzeichnend sein, daß damals die Bezugsscheine den Namen »Jagdscheine« erhielten: wegen der Jagd, die auf die Kartoffeln gemacht werden mußte. Für das neue Wirtschaftsjahr 1916/17 wurde daher die öffentliche Kartoffelbewirtschaftung straffer organisiert.

Sie wurde auf dem System der *Zwangsumlage* aufgebaut. Zu Trägern der Versorgungs-, Lieferungs- und Abnahmepflicht wurden die Kommunalverbände gemacht, die je nach den in ihrem Bezirk vorhandenen Kartoffeln entweder Bedarfs- oder Überschußverbände waren oder Verbände, die sich zwar selbst versorgten, aber einen Überschuß nicht hatten. Die Bedarfsverbände meldeten die zur Ernährung ihrer Bevölkerung erforderlichen Mengen bei der Reichskartoffelstelle an, während die Überschußverbände ihren Überschuß anzugeben hatten. Von der Reichskartoffelstelle wurde ein Verteilungsplan aufgestellt, auf Grund dessen den Überschußverbänden die Lieferung an die einzelnen Bedarfsstellen aufgegeben wurde. Das Lieferungs- und Abnahmengeschäft zwischen den Bedarfs- und Überschußverbänden vollzog sich auf Grund unmittelbarer Abmachungen. Auch der Bedarf des Heeres und der Marineverwaltung, ebenso wie der Bedarf der Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft wurde bei der Reichskartoffelstelle angemeldet und auf die Überschußverbände umgelegt.

Die Position der Reichskartoffelstelle war also sehr viel schwächer als die der Reichsgetreidestelle. Die Reichsgetreidestelle verfügte über eigene Lager; die Mengen des dringendsten und eines unvorhergesehenen Bedarfs hatte sie in eigener Hand. Die Reichskartoffelstelle war nur eine Zentralverteilungsstelle. Wegen der Eigenart der Ware verbot sich die eigene Lagerhaltung. Um richtig gepflegt zu werden, mußten die Kartoffeln, soweit sie noch nicht im Herbst abgeliefert waren, im Gewahrsam des Landwirtes bleiben, der am besten die schwierige Kartoffelbehandlung verstand.

Aus dieser ganzen Sachlage erklärt es sich, daß immer wieder bei der lokalen Versorgung der Bedarfsverbände, vor allem

der großen Städte, Störungen entstehen konnten. Der vorgesehene Bezug durfte nur an irgendeiner Stelle versagen, und die rechtzeitige Belieferung der Bevölkerung war in Frage gestellt. So war zum Beispiel die Kartoffelverteilung niemals besser aufgezogen gewesen als im Herbst 1916. Man brauchte nur noch auf den Knopf zu drücken, und zehntausende Waggons rollten die Nahrung durch das Reich. Da kam der Russenvorstoß: Ostgalizien mit seiner reichen Ernte ging verloren. Rumänien schlug los. Die Bahnwagen wurden nötiger nach Rumänien gebraucht. Die Kartoffeln blieben liegen. Um das Maß des Übels voll zu machen, trat ein harter Frostwinter ein. So mußten denn als letzte Rettung die Kohlrüben herhalten.¹⁸

Eine wiederum andere Bewirtschaftungsform erforderte die seit 1917 geregelte öffentliche *Gemüse- und Obstversorgung*. Hier hatte man es mit einer Ware von größter Vielgestaltigkeit zu tun, mit einer Summe von Sorten und Arten, von denen jede ihre eigene Ernte hatte und ihre besondere Behandlung bei der Bewirtschaftung erheischte. Im frühesten Frühjahr wurde mit den Ernten begonnen, und erst im Winter hörten die Ernten auf. Dazu die leichte Verderblichkeit dieser Ware! Eine zentrale Erfassung schloß sich daher ebenso aus wie eine von einer Zentralstelle aus generell geregelte Verteilung. Die einzelnen Sorten ließen sich ja nicht untereinander austauschen. Wenn jemand zum Krautschneiden Weißkohl haben wollte, konnte er keine Zwiebeln brauchen. Von keiner Sorte war aber so viel Ware da, daß sie sich anteilmäßig verteilen ließ.

Gemüse und Obst sind daher *nicht rationiert* worden. Sie unterlagen zwar Absatzbeschränkungen, wurden aber nur ganz ausnahmsweise beschlagnahmt und nur ganz ausnahmsweise auf anderem Wege als durch den freien Handel den Verbrauchern zugeführt. Doch galt das nur für Obst und Gemüse im frischen Zustande. War es verarbeitet, war daraus Sauerkraut, Marmelade oder dergleichen hergestellt worden, so wurden auch diese Erzeugnisse in abgemessenen Mengen, also rationiert, zugeführt.

In der Hauptsache blieb der freie Handel in seiner Betätigung. Doch konnte man die Verteilung, wie sich bereits im zweiten Kriegsjahr gezeigt hatte, nicht uneingeschränkt seiner Willkür

¹⁸ Vgl. *Karl Thieß*, Die Ernährungslage in Deutschland zu Beginn des fünften Kriegsjahres. (Schmollers Jahrbuch 43. 1919.)

überlassen. Dazu war die Nachfrage nach Gemüse und Obst viel zu stürmisch geworden. Wohl oder übel war der Deutsche während des Kriegs zum Vegetarier geworden. Das Angebot blieb hinter der unersättlichen Nachfrage stets zurück. Dem freien Handel allein überlassen, wären die Preise ins Uferlose gestiegen.

Die Aufgabe der am 3. April 1917 gegründeten *Reichsstelle für Gemüse und Obst*, die die ihr anvertraute Ware weder in der Regel erfassen noch verteilen konnte und wollte, mußte vor allem darauf gerichtet sein, daß der Bevölkerung das beanspruchte Gemüse und Obst zu *angemessenen Preisen* zugeführt wurde. Sie war mit dem Recht ausgestattet worden, Höchstpreise festzusetzen, von denen man damals bereits wußte, daß sie, nicht unterstützt durch öffentliche Bewirtschaftung, die Ware vom Markt vertrieben. Damit daher auch wirklich geliefert wurde, vermittelte die Reichsstelle für die Bedarfsverbände *Landlieferungsverträge*, für welche die von ihr festgesetzten Erzeuger-Richtpreise als vorläufige Vertragspreise galten. Die Kommunalverbände erreichten dadurch, daß für sie schon vor der Aberntung ein Teil derjenigen Gemüsezufuhren gesichert wurde, die sie unerläßlich brauchten.

Dieses Verfahren hat sich im allgemeinen durchaus bewährt. Die Reichsgemüsestelle ging aber noch weiter: Um bei Notständen eingreifen und die Versorgung von Heer und Marine sicherstellen zu können, ließ sie unter Umständen *Absatzeinschränkungen* eintreten derart, daß der Erzeuger zwar behalten durfte, was er für seinen eigenen Betrieb zu benötigen glaubte, daß er aber, wenn er Erzeugnisse verkaufen wollte, den Weg für den Absatz vorgeschrieben bekam. So wurde im August 1917, als es sich darum handelte, die Marmeladefabriken mit dem benötigten Rohstoff zu beliefern, die Obsternte auf diese Weise in Anspruch genommen, mit dem Erfolg, daß tatsächlich das unentbehrliche Brotaufstrichmittel in der vorgesehenen Menge hergestellt werden konnte. Ähnlich ging man damals auch beim Herbstgemüse vor, um die Eindeckung der gemüseverarbeitenden Industrien zu sichern. Nach und nach wurden in einer Reihe von gewissen Erzeugergebieten die betreffenden Landes- oder Provinzial- oder Bezirks-Gemüsestellen ermächtigt, für Weißkohl, Rotkohl, Wirsingkohl, Möhren, Rüben, Zwiebeln Absatzbeschränkungen durchzuführen.

Man wird der Reichsstelle für Gemüse und Obst das Zeugnis

ausstellen dürfen, daß sie erfolgreich gearbeitet hat. Die Gemüseversorgung war während des Kriegs relativ gut. Freilich kam ihrer Arbeit zugute, daß die Gemüseanbaufläche sich während des Krieges vervielfältigt und daß auch die Einfuhr eher zu- als abgenommen hatte. Sie befand sich also in weit günstigerer Lage als alle anderen Versorgungsstellen, die im Gegensatz zu ihr mit abnehmenden Vorräten zu rechnen hatten.¹⁹

Über die Organisation der *Bewirtschaftung des Schlachtviehs* wurde bereits gesprochen.²⁰ Das von der *Reichsfleischstelle* auf die Viehhandelsverbände umgelegte und von diesen aufgebraachte Schlachtvieh wurde an die Kommunalverbände weitergeleitet, die für die Abnahme und Bezahlung der Tiere zu sorgen, die Schlachtungen zu regeln und das Fleisch an die Fleischläden zu verteilen hatten. Die jedem Versorgungsberechtigten zustehende Fleisch-Wochenmenge wurde von der Reichsfleischstelle festgesetzt. Doch konnte auf diese Menge nicht auch ein Anspruch erhoben werden. Da die Kommunalverbände von der Belieferung durch die Viehhandelsverbände und diese wieder von der Belieferung durch die Viehhalter abhingen, so ließ sich eine mit exakter Regelmäßigkeit arbeitende Fleischverteilung praktisch nicht durchführen.

Die *Bewirtschaftung des Fetts*, von Butter, Butterschmalz, Margarine, Kunstspeisefett, Schweineschmalz, Speisetalg und Speiseöle war seit dem Sommer 1916 der *Reichsstelle für Speisefette* übertragen worden. Als Unterbau für die Versorgung dienten die Landesfettstellen der Bundesstaaten, von deren Bezirken der preußische wieder in Provinzial- und Bezirksfettstellen gegliedert war. Das unterste Glied bildeten wieder die Kommunalverbände. Grundsätzlich waren die Kommunalverbände, Bezirks-, Provinzial- und Landesfettstellen Selbstwirtschaftler. Sie hatten das in ihren Bezirken erzeugte Speisefett aufzubringen und davon die eigene Bevölkerung zu versorgen. Dabei waren sie an die Höchstmenge gebunden, die von der Reichsstelle auf den Kopf der Bevölkerung festgesetzt wurde. Von der übergeordneten Verteilungsstelle wurde bestimmt, ob vom Kom-

¹⁹ Vgl. v. Tilly, Versorgung mit Gemüse und Obst (als Manuskript gedruckter Vortrag, Berlin 1918), und außerdem Reichardt, Das Gemüse in der Kriegswirtschaft. (Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 41/42.) Berlin 1918.

²⁰ Vgl. S. 99 ff.

munalverband ein Überschuß an Speisefett abzuliefern war, oder ob noch ein Fehlbedarf gedeckt werden mußte. In gleicher Weise hatten die Provinzial- oder Landesfettstellen zu wirtschaften. Der Verteilungsplan für das Reichsgebiet wurde durch die Reichsfettstelle aufgestellt. Die Überschüsse standen der Reichsstelle zur Verfügung, die durch ihre Geschäftsabteilung für die rechtzeitige Absendung, Abnahme, Bezahlung, Unterbringung sorgte. Dabei war bemerkenswert, daß das nach dem Verteilungsplan sich ergebende Ablieferungssoll an erster Stelle zu leisten war und daß die Deckung des eigenen Bedarfs dieser Ablieferungspflicht nachstand.

Den Hauptanteil des der Bewirtschaftung unterliegenden Speisefettes bildete die *Butter*. Die gesamte in Molkereien hergestellte Butter wurde für die öffentliche Bewirtschaftung beschlagnahmt. Um eine möglichst umfangreiche Erzeugung von Molkereibutter zu bewirken, wurde daher möglichst der Anschluß der Kuhhalter an die Molkereien erstrebt und die Neigung der Erzeuger bekämpft, durch Herstellung von Butter in Handzentrifugen sich der Erfassung zu entziehen. Denn die Erfassung der »Bauernbutter« war sehr viel schwieriger durchzuführen. Zur Aufbringung dieser Butter wurde von den Kommunalverbänden in der Regel angeordnet, daß die Butter nur an bestimmte Aufkäufer abgesetzt und nur von solchen erworben werden durfte.

Neben der im Inland erzeugten Molkerei- und Bauernbutter stand der Reichsfettstelle die durch den »Kriegsausschuß für tierische und pflanzliche Fette und Öle« aufgebrachte *Margarine* und das *Speiseöl* sowie die durch die »Zentral-Einkaufs-Gesellschaft« eingeführte Auslandsbutter zur Verfügung.

Die *Bewirtschaftung der Milch* ließ sich von der Bewirtschaftung der Butter nicht trennen, da ein übermäßiger Verbrauch von Vollmilch die Aufbringung von Speisebutter erschwerte, wenn nicht gefährdet hätte. Ähnlich hing die Margarinefabrikation, die dank der Tätigkeit des eben genannten Kriegsausschusses in wachsendem Maße betrieben wurde, von der Belieferung mit Magermilch ab. Die Bewirtschaftung der Milch war daher der Reichsfettstelle ebenfalls übertragen worden, ebenso die des *Käses*.

Über die Formen, in denen die öffentliche *Eierversorgung* und die öffentliche *Fischbewirtschaftung* geregelt worden waren, können wir hinweggehen. Ihre Kenntnis hätte ein fast rein theo-

retisches Interesse, weil von diesen Waren, seit sie bewirtschaftet wurden, so wenig an die Verbraucher gelangte, daß sie für die allgemeine Volksernährung nicht mehr einen wesentlichen Bestandteil bildeten. Dieses zeitliche Zusammentreffen des Beginns der öffentlichen Bewirtschaftung mit dem Aufhören der Zufuhr hat in der öffentlichen Meinung den Eindruck hervorgerufen, daß die Eier und die Fische »wegorganisiert« worden seien. Das ist natürlich nicht richtig. Die Bewirtschaftungsstellen waren erst eingerichtet worden, als die Verhältnisse auf dem freien Markt unhaltbar geworden waren. Es darf auch nicht übersehen werden, daß die öffentliche Bewirtschaftung auf diesen beiden Gebieten wenigstens so viel erreicht hat, daß, abgesehen von den schmalen der Zivilbevölkerung zugeführten Portionen, die Heeres- und Marineverwaltung, die Krankenanstalten und Lazarette einigermaßen versorgt werden konnten.

5. Die Technik der Rationierung

Der Zweck der öffentlichen Bewirtschaftung und ihrer Organe war die nach Grundsätzen der Billigkeit und Gleichmäßigkeit geregelte Verteilung der Lebensmittel, die *Rationierung*. Da die vorhandene Warenmenge geringer war, als dem in der Nachfrage zum Ausdruck kommenden Bedarfe entsprach, mußte, wenn der Arme nicht darben sollte, jedem Volksgenossen ohne Ansehen der Person sein Anteil zugemessen werden.

Die Form, in der man die Rationierung praktisch zu regeln suchte, war die *Lebensmittelkarte*. Sie verwies den Verbraucher auf den Bezug einer bestimmten Warenmenge. Zu einer höheren Forderung, als nach der Karte ihm zustand, war er nicht berechtigt. Durch die Lebensmittelkarte wurde demnach der Verbrauch des einzelnen auf eine bestimmte Menge beschränkt. Sie stellte eine in ihrer Art höchst einfache und zuverlässige Überwachung des Verbrauchers dar. Ihre Wirksamkeit konnte seitens des Verbrauchers nur durchbrochen werden, wenn er sich auf Umwegen ihm nicht zustehende Karten, echte oder gefälschte, verschaffte oder Ware an sich brachte, die der öffentlichen Bewirtschaftung widerrechtlich entzogen war.

Allein mit dieser dem Verbraucher gegenüber angewandten

Kontrolle war den Ansprüchen der Rationierung noch nicht Genüge geschehen. Auch die mit der Zuteilung an den Verbraucher Beauftragten mußten überwacht werden. Wo und insoweit die Verteilung an den Verbraucher vom Kommunalverband unmittelbar selbst vorgenommen wurde, war die Aufgabe nicht so sehr schwer. Die Ware blieb in der Hand der Verwaltung bis zu dem Augenblick, wo sie den Verbraucher erreichte. Unregelmäßigkeiten konnten kaum vorkommen. In diesem Falle konnte man auch auf die Lebensmittelkarte verzichten. Es genügte, daß dem Verbraucher eine Bescheinigung darüber abgenommen wurde, daß er seinen Anteil erhalten hatte. In der Tat ließen sich Beispiele dafür anführen, daß — zumal in kleineren Gemeinden — die Verteilung mancher Lebensmittel in dieser Weise vorgenommen wurde. In der Regel aber wurde die Zuteilung nicht durch Beamte, sondern, wie bereits erwähnt,²¹ von Gewerbetreibenden ausgeführt. Hier schienen die Karten unentbehrlich zu sein, weil nur so eine Gewähr dafür geboten war, daß auch tatsächlich so viel Ware ausgegeben wurde, wie der Verbraucher beanspruchen konnte. Durch die von den Verbrauchern eingezogenen Lebensmittelkarten mußte die ausgeteilte Warenmenge belegt werden können. Praktisch gestaltete sich der Vorgang in der Weise, daß der mit der Zuteilung beauftragte Händler neue Ware nur dann erhielt, wenn er vorher mit dem Kommunalverband über die geleistete Warenausgabe abgerechnet hatte.

Diese Kontrolle war nach der Beschaffenheit der Ware verschieden zuverlässig. Bei Waren, die von dem Verkäufer in derselben Form ausgegeben wurden, wie er sie erhalten hatte, wie etwa Grieß, Graupen, Zucker, Butter usw., bildeten die eingezogenen Kartenabschnitte einen vollen Beleg. Unregelmäßigkeiten konnten höchstens infolge falscher Verwiegung, Vertauschung und ähnlicher betrügerischer Handlungen entstehen. Anders verhielt es sich bei Waren, die vor der Abgabe an den Verbraucher noch einer Verarbeitung durch den Gewerbetreibenden unterlagen, wie Brot und Fleisch. Hier handelte es sich um die Schwierigkeit, dem Gewerbetreibenden möglichst genau von den Urprodukten diejenige Menge zu geben, die im verarbeiteten Zustand der zgedachten Verbrauchsmenge entsprach. Mit der Rückgabe der eingezogenen Kartenabschnitte durch den Bäcker

²¹ Vgl. S. 160.

oder Fleischer war ja noch nicht alles erreicht; es mußte auch das richtige Verhältnis zwischen Rohprodukt und verarbeitetem Erzeugnis gefunden und seine Einhaltung überwacht werden. Da der *Bäcker* verschiedene Backware herzustellen pflegte, deren Preisbildung unter Umständen den Verkauf eines bestimmten Gebäcks als besonders vorteilhaft erscheinen ließ, so entstand die Gefahr, daß auf Kosten des dem unentbehrlichen Verzehr dienenden Brotes Mehl zu Weißbrot oder gar Kuchen verbacken wurde. Gänzlich beseitigen ließ sich die Möglichkeit dieses Mißbrauchs nur durch ein Kuchenbackverbot und durch Herstellung eines Einheitsbrots. Wo man sich aber zu diesen drakonischen Maßnahmen nicht entschließen mochte, war die allerschärfste Überwachung geboten. Denn hätte man sich lediglich auf die selbsttätig wirkende Kontrolle der Markenrückgabe verlassen, indem man es damit genug sein ließ, dem Bäcker stets nur so viel neues Mehl zu geben, als er Marken abgeliefert hatte, so hätte die Gemeinde in schwere Verlegenheiten kommen können. Zwar wäre der Bäcker, der einen Teil seines Mehls vorschriftswidrig verwirtschaftet hatte, dadurch gestraft worden, daß er auf eine niedrigere Mehlmenge gesetzt worden wäre. Aber zugleich mit dem schuldigen Bäcker wäre der unschuldige Verbraucher gestraft worden. Denn wenn sich dieser Vorgang fortgesetzt oder bei einer größeren Anzahl von Bäckern wiederholt hätte, dann wäre sehr bald der Zeitpunkt eingetreten, wo die Bäcker nicht mehr imstande gewesen wären, der Nachfrage nach Brot zu genügen. Es wäre Brotknappheit mit allen ihren unangenehmen Begleit- und Folgeerscheinungen eingetreten, und letzten Endes wäre der Leidtragende der Kommunalverband geblieben, der, weil er die Einwohnerschaft nicht hungern lassen konnte, die Bäcker wieder hätte »aufbessern«, das heißt mit Mehl beliefern müssen, auf das sie eigentlich keinen Anspruch hatten. Das auf diese Weise mehr zugewiesene Mehl wäre vertan gewesen, ohne daß außer dem unzuverlässigen Bäcker irgendwer einen sichtbaren Vorteil gehabt hätte. Solche Vorkommnisse sind in der ersten Zeit der Regelung nicht selten gewesen. Später haben dem die Kommunalverbände durch ständig bei den Bäckern vorgenommene Kontrollen vorzubeugen gewußt.²²

²² Vgl. dazu *Skalweit*, Die Nahrungsmittelwirtschaft großer Städte (Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 7/8). Berlin 1917.

Dem *Schlächter* gegenüber war die Möglichkeit, zuverlässig zu kontrollieren, daß er das ihm überlieferte Fleisch ordnungsgemäß verteilte, noch weniger sicher gegeben. Die ihm überwiesene Fleischmenge ließ sich niemals bis auf die letzten Pfunde genau bestimmen. Bemaß man sie knapp, so konnte ein Teil der Bezugsberechtigten nicht befriedigt werden; bemaß man sie reichlicher, dann behielt der Schlächter Fleisch übrig, dessen Absatz er nicht mit Marken belegen mußte, und wurde dazu verleitet, es an bevorzugte Kunden abzugeben, womöglich unter Übertretung der Höchstpreise. Ganz hat sich dieser Übelstand niemals vermeiden lassen. Immerhin hat man durch Einführung der »Kundenliste«, über die noch zu sprechen sein wird, einen gewissen Ausweg gefunden. Außerdem hat man durch ständige Nachprüfungen und Probeschlachtungen das richtige Verhältnis zwischen dem Fleisch in großen Stücken, wie es der Schlächter erhielt, und dem ausgehauenen Fleisch, wie es der Kunde erhielt, zu finden gesucht.

Haben diese beiden Beispiele gezeigt, daß die Lebensmittelmarke allein noch keine zuverlässige Rationierung gewährleistete, so mußte sie völlig ihren Zweck verfehlen bei Waren, die der Händler ohne Markenrückgabe bekommen konnte, wie zum Beispiel Wild und Hühner, die unmittelbar vom Jäger oder Produzenten zu beziehen waren. Die Folge war, daß der Kleinverbraucher — selbst auf Marken — wenig oder gar nichts bekam, während in den Wirtschaften Wild- und Hühnerspeisen verabreicht werden konnten. Die Rationierung auf Grund von Marken konnte eben nur dann ihrer Aufgabe gerecht werden, wenn die Marke dazu diente, nicht nur den Verbraucher, sondern auch den Gewerbetreibenden sicher zu kontrollieren. Andernfalls war die äußere Form eines an sich guten Systems für den Inhalt genommen worden: es blieb die mit jeder Rationierung notwendig verknüpfte Belästigung, ohne der Bevölkerung dafür die erwünschten Vorteile zu gewähren. Verwirrung, Unzufriedenheit, Untergrabung der Gesetzesautorität wurden ausgelöst.

Außerordentlich wichtig war natürlich, daß sich die Zahl der ausgegebenen Karten mit der Zahl der ortsanwesenden Bevölkerung deckte. Das traf keineswegs immer zu. So hatte eine am 1. Dezember 1916 vorgenommene Volkszählung das überraschende Ergebnis, daß es in Deutschland mehr Lebensmittel-Bezugsbe-

rechtigte als Menschen gab. Die auf die polizeiliche Anmeldung fußende Listenführung der Kommunalverbände hatte versagt. Durchaus erklärlich! Denn wenn auch jeder Zugezogene, jeder Neugeborene sofort gemeldet wurde, um in den Bezug der Rationen zu kommen, so lag doch kein Anlaß vor, es mit der Abmeldung ebenso genau zu halten. Die kompliziertesten Maßnahmen waren erforderlich, um diesem Übelstand vorzubeugen. So weiß ich von einer Stadt, wo für *jedes Haus* ein verantwortlicher Brotmarkenverwalter bestellt war, der über die Hausbewohner Liste führte und für sie den Verkehr mit der Kartenausgabestelle vermittelte.

Eine Ergänzung der einfachen Markenausgabe durch andere Zuteilungsmittel wurde bei solchen Waren erforderlich, deren Belieferungsmenge nicht ein für allemal, wie zum Beispiel beim Brot und Mehl, feststand, sondern periodisch schwankte, weil die betreffenden Waren nicht regelmäßig und in gleichen Mengen zu beschaffen waren. Wie stellte man es an, daß auch in diesen Fällen der Verbraucher den ihm zustehenden Anteil wirklich erhielt?

Jedem Deutschen, der den Krieg miterlebt hat, ist noch das *Schlangenstehen* — von »Polonäsen« sprach der Berliner Volkshumor — in Erinnerung, das in der ersten Zeit der Zuteilung solcher unregelmäßig zugewiesener Lebensmittel unvermeidlich schien.

Hören wir folgenden Bericht, der diese häßlichste und unwürdigste Erscheinung der öffentlichen Lebensmittelbewirtschaftung, wie sie im Mai 1916 in Berlin beobachtet werden konnte, beschreibt:²³

»Das Einholen ist heute eine Kunst geworden, die im wahrsten Sinne des Wortes nach Brot geht, eine Askese, die Gelegenheit zur Übung von Geduld und Demut bietet.

Mit dem Petroleum hat es im Herbst 1915 angefangen. Da erschienen zum erstenmal die seither dem Auge so gewohnt erscheinenden Ansammlungen vor den Läden. Die Petroleumpolonäsen haben ein Ende gefunden, weil man überhaupt kein Petroleum mehr zu kaufen bekommt. Aber in wie vielen anderen Nahrungs- und Gebrauchsmitteln haben sich seither diese Polonäsen wiederholt! Bei einigen sind sie nur sporadisch aufgetreten, bei den meisten zu stän-

²³ Berliner Tageblatt Nr. 256 vom 19. Mai 1916. Der Bericht wird von uns stark gekürzt wiedergegeben.

digen täglichen Erscheinungen im Straßenbild Berlins geworden. Um nur eine Auswahl zu geben: Man ‚steht‘, wie der Fachausdruck lautet, nach:

Fleisch	Weizen- oder
Wurst	Kaiserauszugmehl
Speck	Kaffee
Linsen	Zucker
Schmalz	Kartoffeln
städtischem Schweinefleisch	Milch
städtischem Schmalz	Brot
Butter	Eiern
Margarine	Sauerkohl usw.

Wer sich frühmorgens nach einem Bahnhof, zum Beispiel nach 7 Uhr früh zum Anhalter Bahnhof begeben will, der wird finden, daß man dort ›steht‹ und die Landfrauen erwartet, die allerhand Seltenheiten, wie Weißkäse, Butter, Geflügel, Eier usw., bringen und damit in den umliegenden Gasthäusern einen schwunghaften Handel betreiben.

Manche der erwähnten Bittprozessionen sind, wie gesagt, zu dauernden Einrichtungen geworden. Im Anfang ging es noch. Man begab sich möglichst bald nach Eröffnung der Geschäfte in den Verkaufsladen, in die Markthalle oder auf den Wochenmarkt und wartete geduldig, bis man an die Reihe kam. Da kam Frau Lehmann auf die Idee, um ja sicher ihre Ware zu erhalten, schon eine Viertelstunde vor der Verkaufszeit vor dem Laden zu warten. Frau Schmidt beobachtete diesen Schlich und kam eine halbe Stunde früher. Neiderfüllt stand Frau Schulze am dritten Tage schon eine Stunde früher da. So war der Anfang gemacht, und aus dieser Käuferinnen-Konkurrenz entwickelten sich Verhältnisse, wie man sie früher kaum für möglich gehalten hätte. Wer in diesen kühlen Frühlingsnächten einen Gang durch die Straßen der Stadt nicht scheut, der wird schon vor Mitternacht vor den Markthallen, zeitweise auch vor den verschiedenen Warenhäusern und Lebensmittelgeschäften Gestalten hin und her schleichen sehen, die mit allerhand Hausgerät bepackt sind. Erst sind es nur wenige, aber mit dem Eintritt der Mitternacht werden die Gruppen zu Ansammlungen. Im überwiegenden Teil bestehen sie aus Frauen. Sie kauern anfangs auf den Stufen der umliegenden Geschäfte und auf den eisernen Parkzufriedungen. Bald aber kommt eine und legt in der Nähe des Eingangs einen Strohsack hin, auf dem sie es sich bequem macht. Das ist das Signal zu einer allgemeinen Bewegung. Hinter der glücklichen Besitzerin des Strohsacks stellt eine zweite Frau einen Liegestuhl auf. Dicht neben ihr nimmt eine anspruchslosere auf einem einfachen Rohrstuhl Platz, den sie von ihrer weiß Gott wie weit entfernten Wohnung hierhergebracht hat. Eine vierte hat nur ein ›Stockerl‹, und so geht es in bunter Abwechslung fort. Zwischen und hinter den Glücklichen nehmen in immer länger anwachsender Reihe zu fünf bis acht Personen nebeneinander, Frauen, in geringer Zahl auch Männer, ja sogar Kinder, Aufstellung. Ein lebhaftes Geplauder geht durch die Reihen.

Mit der Zeit verstummen die Gespräche. Die Frau mit dem Strohsack streckt sich zu einem kurzen Schlummer darauf nieder. Die Frau mit dem Liegestuhl

folgt ihrem Beispiel. Apathisch stehen die anderen da, manche schlafen im Stehen, und das Mondlicht läßt die blassen Gesichter noch fahler erscheinen. Schutzleute erscheinen und gehen verdrossen auf und ab.

Der Morgen graut. Neue Scharen ziehen heran. Frauen mit Kinderwagen. Die Kleinen, die sie ja doch nicht allein lassen können, sorgsam bis zur Nasenspitze eingehüllt. Kinder, von den Müttern vorzeitig aus dem Bett gejagt, halb verschlafen, frieren sie in der kalten Morgenluft. Zum Teil können die Eltern nicht selbst kommen, zum Teil sind sie auch Spekulationsobjekte bequemer Mütter, die ganz gut wissen, daß die wartenden Frauen gutherzig die ‚armen Würmer‘ gern in die vorderen Reihen schmuggeln, damit sie nicht so lange warten müssen. Jetzt werden die Kaffeekannen und Stullen hervorgeholt, manche der Frauen greifen nach dem mitgebrachten Strickstrumpf, um die bleiernen Stunden zu kürzen.

Endlich beginnt der Verkauf. Und das Ergebnis: je ein armseliges halbes oder, wenn man besonderes Glück hat, ganzes Pfund Fleisch, Schmalz oder Butter für die eine Hälfte der Käufer, während die andere leer abziehen muß.

Das Mittel, um diesem unerträglichen Zustand ein Ende zu machen, wurde in der Verbindung der Lebensmittelkarte mit der *Kundenliste* gefunden. Eine ebenso einfache wie sinnvolle Einrichtung. Die mit der Abgabe rationierter Waren beauftragten Händler und Gewerbetreibenden wurden angewiesen, über ihre Kunden eine Liste zu führen und Ware nur an solche Personen abzugeben, die sich in ihrer Kundenliste hatten eintragen lassen. Jetzt wußte jeder Verbraucher, wo er, ohne erst anstehen zu müssen, jederzeit seine für ihn bereitgestellte Ration abholen konnte. Der Kommunalverband wiederum konnte dem verteilenden Händler die Warenmenge zuweisen, die dem Bedarf seiner listenmäßig nachgewiesenen Kundschaft entsprach, zumal dann, wenn von den Kunden *Vorbestellung* verlangt wurde. Denn wenn auch die Kundenliste den Kunden an eine bestimmte Belieferungsstelle verwies, so verbürgte sie ihm doch eine volle Belieferung nur dann, wenn der Kommunalverband die der Kundenzahl und Anteilhöhe entsprechende Warenmenge zur Verfügung stellte. Doch wie sollte der Kommunalverband diese Warenmenge genau berechnen? Es war ja keineswegs so, daß alle Kunden die ihnen zustehende Ware auch immer abgeholt hätten. Ein Teil, wenn er meistens auch nur klein war, fiel regelmäßig aus. Es blieb dann in der Hand der Abgabestelle ein Restbestand. Schrieb man mit Rücksicht darauf einen höheren Kopfanteil aus, so entstand die Gefahr, daß unter Umständen ein Teil der Kundschaft unbefriedigt blieb. Die Lebensmittelkarte wirkte dann lediglich

als Sperrkarte. Fand dagegen eine Vorbestellung durch die Kunden statt, dann wußte die Verwaltung bis auf das letzte Pfund genau, wieviel Ware sie dem einzelnen Händler zuweisen mußte. Dem Verbraucher wurde damit zwar die Mühe eines doppelten Weges zugemutet, er genoß dafür aber den Vorteil, daß er sicher beliefert und daß sein Kopfanteil so hoch wie möglich gehalten wurde, weil keine Ware unausgeteilt liegenblieb. Eine *überflüssige* Warenhaltung, die im allgemeinen einen Nachteil der öffentlichen Warenbewirtschaftung darstellte, wurde vermieden.

Ein Verteilungsproblem besonderer Art bildeten jene Waren, die so knapp waren, daß sie eine Kopfanteilbestimmung überhaupt nicht mehr zuließen. Überließ man ihren Verkauf ganz der Willkür des freien Handels, so mußte es zu Mißständen kommen, die vor allem im Kettenstehen in Erscheinung traten. Die Ware erhielt nicht, wer ihrer am dringendsten bedurfte, sondern wer die meiste Zeit und Lust zum Herumstehen hatte. Zudem wurden diejenigen begünstigt, die die größte Ausdauer hatten, von Geschäft zu Geschäft zu laufen, um das wenige zu hamstern. Auch eine Bevorteilung der Großverbraucher trat ein, denen es dank ihrer guten Beziehungen zu den Geschäftsleuten in der Regel gelang, den Hauptteil solcher Ware an sich zu bringen. Gut geleitete Kommunalverbände haben Mittel und Wege gefunden, um auch diesen Übelständen zu begegnen. Doch befand man sich hier bereits auf der Grenzlinie, wo alle Rationierungskunst zu versagen begann. Ganz ist das Kettenstehen während des Krieges nicht zu beseitigen gewesen.

»Rationierung« — das sagt sich so leicht. Nur wer an ihrer Übersetzung in die Praxis mitgearbeitet hat, kann ermessen, wie unsagbar schwer sie durchzuführen war, welchen gewaltigen Apparat an Einrichtungen und Beamten sie erforderte, mit wieviel Scherereien für Handel, Gewerbe und Konsumenten sie verbunden war. Man darf nie vergessen, daß die Rationierung eine völlige Umkrempelung der überkommenen und eingespielten Distributionsformen darstellte.

Doch sind wir noch nicht am Ende. Eine vernunftgemäße Rationierung konnte sich nicht mit der schematischen Zuweisung von *gleichen* Kopfanteilen begnügen. Nach Alter sowohl wie nach Arbeitsleistung und Einkommen der Verbraucher war der Bedarf an einzelnen Nahrungsmitteln verschieden groß. Eine ein-

gehende Berücksichtigung aller dieser Umstände war freilich nicht möglich. Das ohnehin nicht einfache Kartenwesen wäre dadurch bis zum undurchsichtbaren Wirrwarr verwickelt worden. Man hat sich mit bescheidenen Ansätzen, die in dieser Richtung lagen, begnügen müssen. So bekamen die kleinen Kinder nur halbe Fleischrationen, während sie für die Milchbelieferung vorzugsberechtigt waren. Die Jugendlichen erhielten eine größere Brotration usw. Auf diese Weise fand eine gewisse Staffellung statt, die die rohe Form primitiver Rationierung verfeinerte.

Das schwierigste Problem stellte die Belieferung der *schwer Arbeitenden* dar.²⁴ Vor allem in der Rüstungsindustrie! Das Raseln der Räder, das Rollen der Riemen, das Geknarre der Maschinen, der Flackerglanz des Feuers, das Gedröhne der Hämmer und Krane, die Glut des Feuers, die giftigen Dämpfe, das Dunkel des Bergwerks — schufen so ungünstige Arbeitsbedingungen und waren mit einem so starken Verbrauch an Energie und Muskelkraft verbunden, daß mit der Normalration nicht auszukommen war. Auf der anderen Seite fehlte gerade in den Bezirken der Rüstungsindustrie gewöhnlich die Möglichkeit, sich außerhalb des Kartensystems Lebensmittel zu beschaffen, weil sich die Bevölkerung hier am engsten zusammendrängte und einer Belieferung unmittelbar aus ländlicher Nachbarschaft ermangete.

Schon früh hatte man damit begonnen, solchen Arbeitern in Form von Sonderzulagen höhere Lebensmittelrationen zu gewähren, teils indem die Werke von sich aus mit Hilfe des Handels Vorräte beschafften und dann austeilten, oder indem vom Kriegsernährungsamt Sonderzuweisungen an Hülsenfrüchten, Gefrierfleisch, Margarine und Speck den Rüstungsbetrieben bereitgestellt wurden.

Aber alles das reichte auf die Dauer nicht aus, um die berechtigten Ansprüche der Arbeiterschaft zu befriedigen. Die Unzufriedenheit wuchs. Es erhob sich die Gefahr, daß die Herstellung von Munition und Kriegsgerät in Verzug kam.

Aus dieser Sachlage heraus kam es zu der seinerzeit so großes Aufsehen erregenden Aktion der *Hindenburgspende*. Im No-

²⁴ Zum folgenden sei auf das Heft 26/27 der Beiträge zur Kriegswirtschaft, die »Schwerarbeiterfrage«, Berlin 1917, verwiesen, mit Aufsätzen von *Stegerwald*, *Rich. Lenz* und *Wiernik*.

vember 1916 richtete der Generalfeldmarschall ein Schreiben an den Reichskanzler, in dem er auf die Gefahren hinwies, die der Kriegführung aus einer unzureichenden Lebensmittelbelieferung der Rüstungsarbeiter erwüchse.

»Es ist unmöglich, daß unsere Arbeiterschaft auf die Dauer leistungsfähig bleibt, wenn es nicht gelingt, ihr eine nach gerechten Gesichtspunkten verteilte, ausreichende Menge Fett zuzuführen. Sowohl aus dem Ruhrkohlenrevier, dem Siegerland, wie auch aus anderen Industrievieren wird mir berichtet, daß es noch immer nicht gelungen ist, eine ausreichende, einigermaßen gerechte Fettverteilung zu bewirken. Im Siegerland soll seit Monaten nur eine ganz geringfügige Fettmenge verfügbar gewesen sein.

Von diesen Dingen scheint man in den rein landwirtschaftlichen Gebieten Deutschlands und in den Kreisen der führenden Männer unserer Landwirtschaft nicht genügend unterrichtet zu sein. Für die Landwirtschaft ist die Aufgabe nicht nur in der selbstverständlichen Steigerung der Produktion zu erblicken, sondern auch darin, ihre Produkte, insbesondere das Fett, in weitestem Maße freiwillig dem Verbrauch zuzuführen. Mit staatlichem Zwang wird erfahrungsgemäß nur wenig erreicht, wohl aber verspreche ich mir Erfolg von einer umfassenden, großzügig organisierten Propaganda durch die Führer der Landwirtschaft zugunsten der Ernährung unserer Kriegindustriearbeiter.

Alle staatliche Regelung des Verbrauchs muß versagen, wenn nicht verständnisvolle, freiwillige Mitwirkung aller Schichten der Bevölkerung in Stadt und Land zu Hilfe kommt und jeder Deutsche im Innersten davon durchdrungen ist, daß die Mitwirkung ebenso vaterländische Pflicht ist wie die Hingabe von Leib und Leben im Kampfe an der Front.«

Das Schreiben schließt mit der Bitte an den Reichskanzler, in eindringlicher Weise allen Bundesregierungen, Verwaltungs- und Kommunalbehörden den Ernst der Lage vor Augen zu führen und sie aufzufordern, die ausreichende Ernährung der Kriegindustriearbeiter mit allen Mitteln zu betreiben, starke Persönlichkeiten aller Parteien als Führer des »Heimatheeres hinter Pflug und Schraubstock zu einmütigem Handeln zu verbinden und den Furor Teutonicus in der Heimat beim Bauern wie beim Industriearbeiter und Städter zu wecken«.

Der Appell richtete sich an die Landbevölkerung. Freiwillig

sollte sie Lebensmittel, vor allem Fett an die Rüstungsarbeiter abgeben. In Berlin wurde eine »Verwaltungsstelle der Hindenburgspende der deutschen Landwirte« errichtet. Gebende sollten die außerhalb der anteilmäßigen Lebensmittelzuteilung stehenden *ländlichen Selbstversorger* sein, soweit sie Fettvorräte besaßen und Hausschlachtungen vornahmen. In den Landkreisen wurden Kreissammelstellen eingerichtet, die die Spenden in Empfang nahmen und bezahlten. Der Name der Spender und die Größe der Spende wurden in den Kreisblättern veröffentlicht. Es war also alles getan, um dem Appell des populären Heerführers Wirkung und Nachdruck zu verleihen.

Eine rege Sammeltätigkeit begann. Es kam auch wirklich einiges zusammen. Wer jedoch geglaubt hatte, mit freiwilligen Gaben die kritische Ernährungslage der Rüstungsarbeiter beheben zu können, mußte eine schwere Enttäuschung erleben. Gewiß war es aner kennenswert, wieviel zusammenkam — die Geber lebten ja selber nicht im Überfluß, sondern mußten sich vom Munde absparen, was sie gaben —, aber gemessen an dem Bedarf war es so wenig, daß eine fühlbare Wirkung nicht wahrzunehmen war. Heute kann man nur leise darüber lächeln, wenn Ende Januar 1917 eine Münchener Zeitung freudig verkündete, es seien nun in Bayern 500 Zentner zusammengekommen und an die 200 000 Munitionsarbeiter verteilt worden, »so daß jeder *ein Viertelpfund* erhalten hätte oder noch in den nächsten Tagen erhalten würde«.²⁵ In Preußen waren bis Ende März 1917 insgesamt 2645 Tonnen Schmalz, Speck, Fleisch und sonstige Nahrungsmittel aufgebracht worden. Was wollte das bedeuten? Und welchen Aufwand an Arbeit machte die Sammlung und Weiterleitung dieser aus vielen Hunderttausenden von Einzelwirtschaften zusammengebrachten Spenden! Wie schwierig war die letzte Verteilung an die Arbeiter! Wer im Ruhrgebiet ein solches, aus kleinsten Teilmengen verschiedenster Art und Qualität zusammengesetztes Hindenburg-Spendenlager mit eigenen Augen gesehen hat, begreift, daß die mit der Verteilung betrauten Stellen ziemlich ratlos dieser Aufgabe gegenüberstanden.

Mit freiwilligen Spenden ließ sich die Schwerarbeiterfrage nicht lösen. Durch einen Erlaß des Präsidenten des Kriegsernährungsamts vom 14. Mai 1917 wurden die Grundsätze festgelegt,

²⁵ Münchener Neuesten Nachrichten Nr. 34 vom 20. Januar 1917.

nach denen die Versorgung der Schwer- und Schwerstarbeiter geregelt werden sollte. Danach wurden die Betriebe nicht mehr unmittelbar von den Reichsstellen beliefert, sondern die für die Schwerarbeiter bestimmten Lebensmittel flossen dem Kommunalverband zu, in dem das Werk seinen Sitz hatte. Die Grundlage für die Oberverteilung bildeten die Angaben der Kommunalverbände über die Anzahl der in ihrem Bezirk vorhandenen Zulageberechtigten (getrennt nach Schwer- und Schwerstarbeitern, unter letzteren wieder besonders die Bergarbeiter unter Tage) und die vom Kriegsamt als in der Rüstungsindustrie tätig bezeichneten Werke. Den Kommunalverbänden war, um Härten auszugleichen, für die Unterverteilung insofern freie Hand gelassen, als sie innerhalb eines gewissen Rahmens die Zulagen je nach der Schwere der Arbeit nach ihrem Ermessen staffeln konnten. Die Zulage an Brot zum Beispiel konnte sich für die Schwerarbeiter in den Grenzen von 15 bis 40 vH der Grundration halten, für Schwerstarbeiter von 40 bis 80 vH. An Fett sollten auf jeden Schwerstarbeiter mindestens 100 Gramm wöchentlich entfallen, die Höhe der Zuweisung an Schwerarbeiter blieb freigestellt. An Kartoffeln erfolgte eine Mehrzuweisung von Reichs wegen nicht, doch wurde es den Kommunalverbänden anheimgegeben, den Wochenkopfsatz innerhalb der zugewiesenen Gesamtmenge (also auf Kosten der übrigen Verbraucher) unter Berücksichtigung der Arbeitsleistung verschieden zu bemessen. Der »Spannrahmen« für die Zuweisungen wurde so weit gehalten, damit die Kommunalverbände, denen nach Anhörung der Arbeiterausschüsse die Unterscheidung zwischen Schwer- und Schwerstarbeiter überlassen blieb, weiteste Bewegungsfreiheit bei der Zuteilung hatten. Doch war zur unzweideutigen Feststellung der »Schwerstarbeiter« vom Kriegsernährungsamt eine Liste aufgestellt worden, die als Richtlinie zu gelten hatte.²⁶ Dagegen war die Begrenzung des Begriffs »Schwerarbeiter« den Kommunalverbänden nach Anhörung der Arbeiterausschüsse selbst überlassen.

Vollkommen war auch dieses System der Schwer- und Schwerstarbeiterbelieferung natürlich nicht. Immerhin bedeutete es zweifellos eine wesentliche Verbesserung. Wünschenswert wäre auch eine Verfeinerung der rohen Rationierung in der Form gewesen, daß den *Inhabern kleiner Einkommen* für die Belieferung mit

²⁶ Auf S. 233 wird diese Liste wiedergegeben.

manchen Waren eine besondere Bevorzugung gewährt worden wäre, in Berücksichtigung der Tatsache, daß ihnen der Zukauf noch freier Ware sehr viel schwerer fiel als den wohlhabenderen Schichten der Bevölkerung. Außerdem stellte es sich heraus, daß die ärmeren Schichten einen Teil der zugewiesenen Lebensmittel, insbesondere Fleisch und Eier, infolge des hohen Preises nicht immer kauften, obwohl die ihnen zustehenden Mengen vorhanden waren. Daraus entwickelte sich dann nicht selten ein reger privater *Markenaustausch*. Die Marken für die teuren Lebensmittel wurden (zum Teil hatte sich ein bestimmter Preis dafür entwickelt) ausgetauscht gegen Brot- und Kartoffelmarken, die bei den Bessersituierten nicht in gleicher Zahl wie bei den Ärmern benötigt wurden. Wenn auf diese Weise ein alle Teile befriedigender Ausgleich bewirkt worden wäre, hätte sich dagegen wenig einwenden lassen. Bei der Knappheit aber, mit der die einzelnen Rationen bemessen waren, mußte der Markenaustausch zu dem Übelstande führen, daß sich die Ernährungsbedingungen für die Minderbemittelten noch mehr verschlechterten. Es mußte also auf anderen Wegen ein Ausgleich zwischen den verschiedenen Einkommensschichten erstrebt werden. Zum guten Teil wurde dem schon durch die Gewährung der Schwerarbeiterzulage entgegengekommen. In gleicher Richtung wirkten anfangs die Massenspeisungen, als diesen noch Sonderzuweisungen gemacht werden konnten. Manche Städte haben die allgemeine Lebensmittelkarte, auf die Öl, Eier, Kunstfett, Kaffee, Tee usw. abgegeben wurden, für die Minderbemittelten in einer besonderen Farbe ausgegeben, um daraufhin eine Vorzugsbehandlung zu ermöglichen, oder es wurden für die Minderbemittelten besondere Brot- und Kartoffelzulagen gewährt. Doch waren die Möglichkeiten zu allen solchen Maßnahmen gering und wurden, je länger der Krieg dauerte, immer schwächer. Denn fast alle diese Sonderzuweisungen mußten (im Gegensatz zu den Schwerarbeiterzulagen, wofür besondere Mittel zur Verfügung standen) aus den allgemeinen Beständen der schon an sich äußerst knapp belieferten Städte entnommen werden. Das gleiche galt für die Sonderzuweisungen an *Kinder, Greise, Kranke, hoffende Frauen*. Auch hier suchte man sein Bestes zu tun. Wollte man aber die Höhe der allgemeinen Grundrationen nicht zu stark drücken, so durfte man allzu große Rücksichtnahme auf diese Schwachen

nicht nehmen. Die Jugendlichen mit ihrem besonders großen Bedarf an Eiweiß und Fett, die Kranken und Greise, die das grobe Brot nicht vertragen konnten, haben denn auch unter dem Kriege wohl am schwersten gelitten.

Das für die deutsche Rationierung geltende Prinzip: Jedem das »Seine«, nicht jedem das »Gleiche« — ließ sich nur unvollkommen durchführen. Doch wurde, je länger der Krieg dauerte, bei der Rationierung immer stärker differenziert, schon deshalb, weil bei der zunehmenden Knappheit sorgsam darauf Bedacht zu nehmen war, daß der dringlichste Bedarf nicht unbefriedigt blieb. So wurden im letzten Kriegsjahr bei der Fleischzuteilung die Industrieorte und die Städte über 100 000 Einwohner mit größeren Rationen bedacht als die Städte mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern, und diese wieder erhielten mehr als die kleineren und als die kleinsten Städte. Die Nahrungsmittel wurden nach einem Schlüssel verteilt, der je nach der Zusammensetzung der Bevölkerung fünf Gruppen unterschied.

Doch darf man nicht meinen, daß die auf diese oder ähnliche Art besserbedachten Gemeinden sich nun auch einer allgemein besseren Ernährungslage zu erfreuen gehabt hätten. Was hier geschah, war nur Ausfluß eines Strebens nach ausgleichender Gerechtigkeit. Denn trotz der generell eingeführten öffentlichen Bewirtschaftung aller wichtigen Lebensmittel wies die Lebensmittelversorgung von Ort zu Ort starke Gegensätze auf. Der Kleinstädter lebte besser als der Großstädter, am schlimmsten aber sah es in den sächsischen und rheinisch-westfälischen Industriezonen aus, weil hier kein nachbarlicher Verkehr zu landwirtschaftlichen Überschußgebieten gepflegt werden konnte. Denn obwohl die Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse immer schärfer und die gegenüber dem Landmann geübte Kontrolle immer strenger gehandhabt wurde, so kam vom Lande doch immer noch mancherlei herein.

Dafür sorgte schon die Art, wie die Lebensmittelversorgung der Erzeuger geregelt war. Im Verlauf der Darstellung ist wiederholt vom »Selbstversorger« die Rede gewesen. Der Erzeuger stand zwar nicht außerhalb der Rationierung — auch ihm waren nur festzugemessene Verbrauchsmengen zuerkannt worden —, doch stand er für die wichtigsten Lebensmittel außerhalb der öffentlichen Lebensmittelzuteilung. Was ihm an selbsterzeugten

Nahrungsmitteln für den Eigenbedarf zugesprochen wurde, konnte er vorweg behalten. Das war, gemessen an dem, was der Städter bekam, eine große Bevorzugung. Nicht genug, daß er das Zuerkannte auch wirklich bekam, während es in der Stadt mit der Belieferung ständig haperte, — die Selbstversorger-Rationen waren auch *höher* bemessen, indem das Kriegsernährungsamt nach dem Grundsatz handeln zu müssen glaubte: »Du sollst dem Ochsen, der da drischt, nicht das Maul verbinden!« So war die Brotration des Selbstversorgers wesentlich größer und die Fleischration fast doppelt so hoch. Dazu kam, daß ihm Kartoffeln, Gemüse und vieles andere ins Haus wuchsen, während sich der Städter mit knappen Rationen begnügen mußte. Der Landmann hatte Milch, der Landmann hatte Eier; der Städter bekam im letzten Kriegsjahr nur noch wenig davon zu sehen.

Der Selbstversorger war in der Tat in einer verhältnismäßig günstigen Lage. Er wurde vom städtischen Konsumenten wild beneidet, und dieser Neid hat nicht unwesentlich dazu beigetragen, einen höchst unerfreulichen Gegensatz zwischen Stadt und Land wachzurufen. Doch hätte keine Macht der Welt ausgereicht, diesen Zustand zu beseitigen. Man darf vom Menschen nichts Unmögliches verlangen. Wenn es so weit gekommen wäre, daß auch der Landmann gehungert hätte, dann wäre alles aus gewesen. Natürlich hat man auch den Verbrauch des Selbstversorgers ständig zu beschneiden gesucht. Seine Fleischration, vorübergehend auch seine Brotration, wurde herabgesetzt. Wer hausschlachtete mußte gegen Ende des Kriegs einen gewissen Anteil Speck abliefern. Aber durch alles das ließ sich eine große Wirkung nicht erzielen. Denn trotz aller Kontrolle blieb für eine illegale Zurückhaltung immer noch ein Türchen offen.

6. Die ausgeteilten Rationen

Die Größe der ausgeteilten Rationen hing von den jeweils vorhandenen Vorräten und dem jeweiligen Ausfall der Ernte ab. Es bedarf nach dem bereits Gesagten keines Hinweises mehr, daß entsprechend der im Verlauf des Krieges zunehmenden Knappheit die Mengenzuteilung eine nach unten gerichtete Tendenz hatte. Auch innerhalb der einzelnen Jahre gab es Schwankungen

in der Versorgung. Wollte man diese Entwicklung graphisch darstellen, so würde sich das Bild einer abwärtsgerichteten Zickzacklinie ergeben.

Relativ am festesten hielt sich die *Brotration*. Doch hat auch sie ihre Wandlungen durchgemacht.²⁷ Zu Beginn der Brotgetreideverteilung im Februar 1915 war für die Oberverteilung ein Tageskopfsatz an Mehl von 225 Gramm festgesetzt worden. Nach dem Ergebnis einer damals vorgenommenen Vorratserhebung mußte dieser Satz bereits vom 15. März ab auf 200 Gramm ermäßigt werden. Nach der Ernte 1915 ging man wieder zu 225 Gramm über, doch als auch jetzt die Vorratserhebung hinter den Erwartungen zurückblieb, wurde vom 1. Februar 1916 ab der Tageskopfsatz auf 200 Gramm herabgesetzt. An diesem Satz hielt man dann Jahr und Tag fest. Die Bevölkerung gewöhnte sich an diese Ration und hielt sie für unerschütterlich, bis dann im Gefolge des Kohlrübenwinters 1916/17 die erste große Herabsetzung kam. An die Reichsgetreidestelle waren gesteigerte Ansprüche gestellt worden, da Mehl unter anderem auch als Ersatz für Kartoffeln verteilt worden war. Wie in den Vorjahren hatte die Vorratserhebung ein sehr unbefriedigendes Ergebnis. Wollte man bis zur neuen Ernte durchhalten, dann mußte die Brotration gekürzt werden. Das geschah mit Wirkung vom 15. April 1916 ab. Die als Höchstverbrauch zulässige Tageskopfmenge für die versorgungsberechtigte Bevölkerung wurde auf 170 Gramm herabgesetzt. Auch die Selbstversorger, die bisher stets eine Monatsmenge von 9 Kilogramm selbstgebauten Brotgetreides zugebilligt bekommen hatten, mußten sich eine Kürzung auf 6½ Kilogramm gefallen lassen. Die bis dahin an Jugendliche gewährte Zulage von 50 Gramm wurde beseitigt. Die Schwerarbeiter- und Schwerstarbeiterzulagen wurden um je 25 vH gekürzt. Nach der Ernte vom 1. August 1917 ab wurde die Mehlration wieder erhöht, und zwar gleich auf den Satz von 220 Gramm. Doch war dieser hohe Satz nicht zu halten; vom 1. November 1917 ab wurde er wieder auf die althergebrachten 200 Gramm ermäßigt. Im Frühsommer 1918 mußte auf 160 Gramm heruntergegangen werden, nachdem bereits Ende März 1918 die Ration der Selbstversorger wieder auf 6½ Kilogramm herabgesetzt worden war. Nach der

²⁷ Über die gleichzeitige qualitative Verschlechterung des Brotes soll hier nicht gesprochen werden. Vgl. S. 30 ff.

neuen Ernte, Mitte August 1918 wurde dann der alte Zustand mit einer Ration von 200 Gramm für die Versorgungsberechtigten und mit einer Monatsmenge von 9 Kilogramm für die Selbstversorger wiederhergestellt.

Die zeitweiligen Herabsetzungen der Brotration wurden von der Bevölkerung immer besonders schwer empfunden. Denn mit der Gewährung des täglichen Brotes verknüpften sich für sie auch Gemütswerte. Die Herabsetzung der Brotration löste jedesmal nicht nur einen physischen, sondern auch einen psychischen Druck aus. Man war daher bemüht, in diesen Fällen Ersatzlieferungen eintreten zu lassen. So entschloß man sich im Frühjahr 1917 zu dem außerordentlich gewagten Schritt, für die Zeit des verminderten Brotbezuges die doppelte Fleischration zu geben. Im Sommer 1918 konnte man dank einer vorher weise geübten Zurückhaltung in erhöhtem Umfange Nahrungsmittel ausschütten.

Um keinen Irrtum aufkommen zu lassen, muß nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die eben angegebenen Kopfsatzmengen nicht identisch waren mit den in *Brot* ausgeteilten Rationen. Die Zahlen beziehen sich auf die Sätze, die der Oberverteilung zugrundegelegt wurden, und zwar in *Mehl* für die Versorgungsberechtigten und in *Korn* für die Selbstversorger. Wieviel Brot aus diesen Rohstoffen dann tatsächlich hergestellt wurde, war eine Angelegenheit, die den Kommunalverbänden und den Selbstversorgern überlassen blieb. Die Höhe der Brotration ist in den einzelnen Kommunalverbänden ganz verschieden groß gewesen. Während manche Kommunalverbände ihren Ehrgeiz darin erblickten, unter Verwendung der gegebenen Mittel möglichst viel Brot zur Verteilung kommen zu lassen, haben andere Kommunalverbände auf Kosten der Brotration Mehl für besondere Zwecke einzusparen gesucht, um Sonderzulagen geben zu können oder um sich eine stille Mehlreserve zu schaffen. Viel kam natürlich für die Größe der Brotration auch darauf an, ob und in welchem Umfange Brotstreckungsmittel vorhanden waren.

Die Höhe der Brotration wechselte, wie gesagt, von Ort zu Ort, doch waren die Unterschiede in der Regel nicht so groß, als daß sie von der Bevölkerung schwer empfunden worden wären. Anders verhielt es sich mit den *Kartoffeln*. Hier hing die Größe der von den einzelnen Kommunalverbänden ausgegebenen Mengen ganz von den Zufälligkeiten der Anlieferung ab. Die Reichs-

kartoffelstelle hatte zwar ebenfalls Tageskopfmengen festgesetzt, doch daß nun auch in dieser Höhe tatsächlich die Belieferung an die Konsumenten erfolgte, brauchte nicht die Regel zu sein. Denn in der glücklichen Lage, womöglich gleich im Herbst den Versorgungsberechtigten die gesamten Jahreskartoffeln zur Einkellierung überweisen zu können, waren nur jene Kommunalverbände, die eine starke ländliche Bevölkerung hatten. In den großen Konsumtionszentren war es dagegen die Regel, daß je nach Vorrat und Anlieferung allwöchentlich die zur Ausgabe gelangende Kartoffelration bekanntgegeben wurde.

Als man im Frühjahr 1916 mit der Kartoffelrationierung begann, wurde die Tageskopfmenge für die Selbstversorger auf $1\frac{1}{2}$ Pfund, für die Versorgungsberechtigten auf 1 Pfund bemessen. In der Zeit der größten Kartoffelknappheit, die jedesmal in jenen Wochen einzutreten pflegte, wo die Winterkartoffeln zur Neige gingen, die Frühkartoffeln aber noch nicht reif waren (Mitte Juni bis Mitte Juli), mußte den Versorgungsberechtigten Mehl als Ersatz gegeben werden. Gleichzeitig wurde die Selbstversorgerration auf 1 Pfund heruntergesetzt. Nach Einsetzen der Frühkartoffelernte war die Kartoffelnot beseitigt, ja es kam zeitweise zu einer regelrechten Kartoffelschwemme auf den Märkten. Die Ernte der Winterkartoffeln fiel dagegen schlecht aus. Die für die nächstjährige Winterkartoffelverteilung (1916/17) vorgesehenen Sätze von $1\frac{1}{2}$ Pfund für die Selbstversorger und 1 Pfund für die Versorgungsberechtigten ließen sich nicht einhalten und mußten bereits vom Januar 1917 ab auf 1 Pfund und $\frac{3}{4}$ Pfund zurückgeschraubt werden. Doch konnten selbst diese niedrigen Rationen nicht erfüllt werden, als infolge des langen, bis Ende April dauernden Frostwinters die Transporte nicht in Gang kamen. Zum erstenmal seit Kriegsbeginn kam es zu schweren Notständen. Der Deutsche ist Kartoffeleßer. Wenn er alles ertragen könnte, die Kartoffel kann er nicht entbehren. Die als Ersatz gewährten Kohlrüben konnten selbst dem Anspruchlosesten nicht genügen. Glücklicherweise fiel die neue Ernte besser aus. Man konnte daher im Herbst 1917 zu dem Normalsatz von $1\frac{1}{2}$ und 1 Pfund zurückkehren.

Über die schwierigen Aufgaben, welche die öffentliche Fleischbewirtschaftung stellte, ist wiederholt schon gesprochen worden. Eine allgemeine *anteilmäßige Fleischverteilung* ließ sich nur

durchführen, wenn man sich von vornherein an nur ganz minimale Rationen band. Ursprünglich hatte man sich an eine einheitliche, für das ganze Reichsgebiet geltende Verbrauchsregelung bei der Einführung der öffentlichen Fleischbewirtschaftung (27. März 1916) nicht herangetraut, vielmehr waren die Gemeinden verpflichtet worden, eine Verbrauchsregelung von Fleisch und Fleischwaren in ihren Bezirken vorzunehmen. Außerdem waren die Landeszentralbehörden ermächtigt worden, dahingehende Anordnungen zu treffen. Doch befriedigte der sich daraus ergebende Zustand in keiner Weise. Die in den einzelnen Gebieten gewährten Fleischrationen unterschieden sich in ihren Mengenverhältnissen so stark, daß daraus allgemeine Unzufriedenheit entstand. So wurden in den viehreichen süddeutschen Ländern Fleischportionen ausgeteilt, die selbst an Friedensverhältnissen gemessen als reichlich bezeichnet werden konnten, während in den norddeutschen, sächsischen und westdeutschen Großstädten Fleisch nur noch in winzigen Zumessungen zu bekommen war. Man entschloß sich daher im Herbst 1916 zur Einführung der *Reichsfleischkarte*. Als Wochenkopfmenge wurden statt 600 und 700 Gramm, die einige süddeutsche Staaten gewährt hatten, allgemein 250 Gramm für jeden erwachsenen Versorgungsberechtigten festgesetzt; Kinder bekamen die Hälfte. An diesem Satze wurde im Prinzip in der Folgezeit festgehalten. Die erwähnte Verdoppelung der Ration im Sommer 1917 war nur eine vorübergehende Maßnahme gewesen. Im letzten Kriegsjahre trat insofern eine Änderung ein, als die Rationen nach der Größe der Gemeinden differenziert wurden. Nur die Städte mit über 100 000 Einwohnern erhielten die Ration von 250 Gramm. Die kleineren Gemeinden bekamen weniger, und zwar die mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern 200 Gramm, die mit 2000 bis 50 000 Einwohnern 150 Gramm und die mit weniger als 2000 Einwohnern nur 100 Gramm.

Was die Selbstversorger anbetraf, so waren diese aus den bereits angegebenen Gründen²⁸ sehr viel besser gestellt. Nach der ersten Reichsverbrauchsregelung sollten ihnen nur drei Fünftel vom Schlachtgewicht des selbstgemästeten und geschlachteten Tieres in Anrechnung gebracht werden. Bei den Schweinen ging die Vergünstigung zum Nutzen der Kleinmäster noch weiter: das

²⁸ Vgl. S. 209.

erste Schwein, das innerhalb eines Jahres geschlachtet wurde, sollte nur mit der Hälfte seines Schlachtgewichts angerechnet werden. Im Laufe der Entwicklung haben sich dann aber auch die Selbstversorger einige weitergehende Beschränkungen auferlegen lassen müssen.

Trotz der bereits sehr knapp bemessenen Fleischzuteilung wurde im Sommer eine weitere Einschränkung erforderlich. Nicht nur daß für die Zeit vom 1. August bis 31. Oktober 1918 in den Gemeinden über 2000 Einwohner die Fleischration um je 50 Gramm gekürzt wurde, es wurden gleichzeitig für diese drei Monate vier fleischlose Wochen eingeführt.²⁹ Man war am Ende.

Die seit Gründung der Reichsfettstelle im Juli 1916 ausgeteilten *Fettrationen* waren von Anfang an sehr knapp gewesen. Aus der nachfolgenden Tabelle wird ersichtlich, daß bei der Bemessung der Rationen ebenfalls nach der Größe der Gemeinden differenziert wurde, doch nicht in dem Ausmaße, wie es im letzten Kriegsjahre beim Fleisch geschehen war. Auch die im Höchsthalle gewährte Dosis — von Mengen kann man nicht mehr sprechen — war so gering, daß Abzüge kaum noch möglich waren. Was schließlich am Ende des Krieges der einzelne noch an Fett bekam (es darf

Durchschnittlich verteilte Wochenmengen an Speisefett Juli 1916 bis November 1918

Zeit	In Gramm			
	a	b	c	d
1916				
Juli	84	80	—	—
August	83	76	—	—
September	77	73	—	—
Oktober	72	71	—	—
November	66	62	64	—
Dezember	69	63	63	—

²⁹ Der Ausfall sollte durch Ersatz entweder in Mehl oder in Kartoffeln ausgeglichen werden, und zwar sollten in den Gemeinden mit einer festgesetzten Wochenration von

200 Gramm Fleisch, 250 Gramm Mehl oder 1500 Gramm Kartoffeln

150 Gramm Fleisch, 185 Gramm Mehl oder 1250 Gramm Kartoffeln

100 Gramm Fleisch, 125 Gramm Mehl oder 750 Gramm Kartoffeln

zur Verteilung gelangen.

Zeit	In Gramm			
	a	b	c	d
Durchschnitt.....	75	71	—	—
1917				
Januar	67	64	65	67
Februar	69	66	65	67
März	67	65	65	67
April	70	66	65	66
Mai	72	67	65	66
Juni	72	69	65	70
Juli	70	69	66	67
August	70	67	64	67
September	67	63	61	62
Oktober	66	63	60	62
November	66	61	59	62
Dezember	65	63	59	62
Durchschnitt.....	68	65	63	63
1918				
Januar	60	59	57	60
Februar	62	59	58	60
März	64	59	59	58
April	63	60	57	58
Mai	63	61	58	59
Juni	63	60	57	59
Juli	63	59	57	58
August	59	57	55	54
September	59	56	54	50
Oktober	62	55	54	50
November	60	54	55	50
Dezember	—	—	—	—
Durchschnitt.....	62	58	56	56

a) Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern,

b) „ „ 25 000—100 000 Einwohnern,

c) „ „ 10 000—25 000 Einwohnern,

d) Reichsdurchschnitt einschl. der Städte mit weniger als 10 000 Einwohnern.

nicht übersehen werden, daß es sich bei den Angaben der Tabelle nicht um Tages-, sondern um Wochenmengen handelt), ließ sich auf der Briefwage abwiegen.

Noch trauriger verhielt es sich mit der *Milch*. Was daran rechnungsmäßig auf den Kopf des einzelnen zur Austeilung kam, waren nur noch Tropfen. Die Verteilung war daher so geregelt worden, daß der Hauptmasse der Bevölkerung jeder Anspruch auf Milchverbrauch überhaupt abgesprochen wurde, um mit dem

wenigen, was noch vorhanden, die kleinen Kinder, die sonst umgekommen wären, die schwangeren Frauen und die Kranken zu versorgen.

**Die in den Großstädten je Kopf der Einwohnerschaft
verteilten Milchmengen
1917 und 1918**

Jahr und Monat	Groß- Berlin	Düssel- dorf	Chem- nitz	Halle a. d. S.	Dort- mund	Duis- burg	Durchschn. d. Städte ü. 10 000 Einw. wohner
1917	Je Kopf und Tag (in Litern)						
Januar	$\frac{1}{9}$	$\frac{1}{10}$	$\frac{1}{11}$	$\frac{1}{10}$	$\frac{1}{12}$	$\frac{1}{13}$	$\frac{1}{10}$
Februar	$\frac{1}{10}$	$\frac{1}{12}$	$\frac{1}{10}$	$\frac{1}{9}$	$\frac{1}{12}$	$\frac{1}{14}$	$\frac{1}{11}$
März	$\frac{1}{10}$	$\frac{1}{12}$	$\frac{1}{11}$	$\frac{1}{9}$	$\frac{1}{12}$	$\frac{1}{13}$	$\frac{1}{11}$
April	$\frac{1}{10}$	$\frac{1}{12}$	$\frac{1}{12}$	$\frac{1}{10}$	$\frac{1}{12}$	$\frac{1}{13}$	$\frac{1}{11}$
Mai	$\frac{1}{10}$	$\frac{1}{10}$	$\frac{1}{13}$	$\frac{1}{9}$	$\frac{1}{9}$	$\frac{1}{8}$	$\frac{1}{10}$
Juni	$\frac{1}{10}$	$\frac{1}{7}$	$\frac{1}{10}$	$\frac{1}{8}$	$\frac{1}{7}$	$\frac{1}{7}$	$\frac{1}{8}$
Juli	$\frac{1}{11}$	$\frac{1}{8}$	$\frac{1}{11}$	$\frac{1}{10}$	$\frac{1}{8}$	$\frac{1}{7}$	$\frac{1}{9}$
August	$\frac{1}{12}$	$\frac{1}{8}$	$\frac{1}{12}$	$\frac{1}{12}$	$\frac{1}{9}$	$\frac{1}{8}$	$\frac{1}{10}$
September	$\frac{1}{12}$	$\frac{1}{9}$	$\frac{1}{12}$	$\frac{1}{12}$	$\frac{1}{11}$	$\frac{1}{8}$	$\frac{1}{10}$
Oktober	$\frac{1}{13}$	$\frac{1}{9}$	$\frac{1}{13}$	$\frac{1}{12}$	$\frac{1}{11}$	$\frac{1}{8}$	$\frac{1}{10}$
November	$\frac{1}{13}$	$\frac{1}{9}$	$\frac{1}{13}$	$\frac{1}{11}$	$\frac{1}{12}$	$\frac{1}{8}$	$\frac{1}{11}$
Dezember	$\frac{1}{12}$	$\frac{1}{10}$	$\frac{1}{13}$	$\frac{1}{12}$	$\frac{1}{14}$	$\frac{1}{10}$	$\frac{1}{12}$
1918							
Januar	$\frac{1}{12}$	$\frac{1}{13}$	$\frac{1}{12}$	$\frac{1}{13}$	$\frac{1}{14}$	$\frac{1}{13}$	$\frac{1}{13}$
Februar	$\frac{1}{12}$	$\frac{1}{13}$	$\frac{1}{11}$	$\frac{1}{13}$	$\frac{1}{13}$	$\frac{1}{14}$	$\frac{1}{13}$
März	$\frac{1}{12}$	$\frac{1}{13}$	$\frac{1}{12}$	$\frac{1}{14}$	$\frac{1}{13}$	$\frac{1}{13}$	$\frac{1}{13}$
April	$\frac{1}{13}$	$\frac{1}{14}$	$\frac{1}{14}$	$\frac{1}{15}$	$\frac{1}{11}$	$\frac{1}{11}$	$\frac{1}{13}$
Mai	$\frac{1}{11}$	$\frac{1}{10}$	$\frac{1}{14}$	$\frac{1}{13}$	$\frac{1}{7}$	$\frac{1}{6}$	$\frac{1}{10}$
Juni	$\frac{1}{11}$	$\frac{1}{9}$	$\frac{1}{13}$	$\frac{1}{13}$	$\frac{1}{6}$	$\frac{1}{6}$	$\frac{1}{9}$
Juli	$\frac{1}{12}$	$\frac{1}{9}$	$\frac{1}{13}$	$\frac{1}{14}$	$\frac{1}{7}$	$\frac{1}{6}$	$\frac{1}{10}$
August	$\frac{1}{13}$	$\frac{1}{9}$	$\frac{1}{13}$	$\frac{1}{15}$	$\frac{1}{8}$	$\frac{1}{8}$	$\frac{1}{10}$
September	$\frac{1}{12}$	$\frac{1}{9}$	$\frac{1}{13}$	$\frac{1}{14}$	$\frac{1}{8}$	$\frac{1}{8}$	$\frac{1}{10}$
Oktober	$\frac{1}{13}$	$\frac{1}{9}$	$\frac{1}{12}$	$\frac{1}{14}$	$\frac{1}{9}$	$\frac{1}{9}$	$\frac{1}{11}$

Im Anhang ist eine Zusammenstellung der unmittelbar nach Kriegsende gewährten Rationen wiedergegeben worden, wie sie als Sätze für die Oberverteilung galten. Wie sich diese Oberverteilung auf die Unterverteilung durch die Kommunalverbände auswirkte, zeigt eine weitere Aufstellung, die die zur gleichen Zeit in Berlin festgesetzten Lebensmittelrationen aufführt. Es wird daraus ersichtlich, daß es trotz der geringen Milchezufuhren

möglich war, die kleinen Kinder und schwangeren Frauen, indem man der übrigen Bevölkerung die Milch so gut wie ganz entzog, verhältnismäßig gut zu versorgen. Das war sicherlich eine rühmliche Leistung! In der Tat ist die Kindersterblichkeit während des Krieges nicht übermäßig groß gewesen.

7. Der Kampf mit dem Schleichhandel

Je knapper im Verlaufe des Kriegs die Vorräte wurden, je enger der Schmachtriemen geschnallt werden mußte, um so mehr steigerte sich die Versuchung zu illegaler Versorgung. Der erste Anstoß dazu mag von dem mangelleidenden Städter ausgegangen sein, aber der ländliche Erzeuger kam ihm auf halben Wege entgegen. Schon im zweiten Kriegsjahre hatte mancher Städter damit angefangen, sich Lebensmittel zu beschaffen, indem er unter Überschreitung der Höchstpreise unmittelbar vom Erzeuger kaufte. Zuerst in der Form, daß er zu hohen Preisen der Marktfrau abnahm, was sie heimlich unter der Schürze hervorholte. Solange das in bescheidenem Ausmaße geschah, ließ sich ein Auge zudrücken. Aber bereits zu Beginn des Jahres 1916 wurde über die Sammelwut nervös gewordener Hausfrauen geklagt, die, unter dem Zwange einer Angstpsychose handelnd, sich weit über den unmittelbaren Bedarf hinaus mit Lebensmittelvorräten einzudecken suchten. Von grotesken Einzelbeispielen dieser Art war die Presse voll. Im April 1916 drohte das bayerische Kriegsministerium, dagegen vorgehen zu wollen: »Wenn durch die Einhamsterung von Vorräten bei irgendeinem notwendigen Gebrauchsgegenstand Mangel eintreten sollte, so verfügen die militärischen Befehlshaber jederzeit über die Möglichkeit, rücksichtslos einzuschreiten und die aufgestapelten Vorräte zwangsweise dem Markte wieder zuzuführen. Die unbedachten Leute, die sich Lebensmittel über den laufenden Bedarf zusammengetragen haben, setzen dabei nicht nur aufs Spiel, daß sie ... ihren guten Namen schädigen, sondern es werden unter Umständen ihre Vorräte zu Preisen eingezogen, die die von ihnen bezahlten Einkaufspreise kaum decken. Wer also größere Vorräte über seinen Bedarf vorgekauft hat, tut gut daran, ... diese Waren sofort freiwillig den für die Lebensmittelversorgung eingesetzten gemeindlichen Or-

ganisationen zur Verfügung zu stellen.« In München waren für die Haushaltsvorräte bestimmte Höchstmengen festgesetzt worden. Zuwiderhandlungen wurden mit Geld- oder Gefängnisstrafen geahndet.

In derselben Richtung bewegte sich eine allgemeine Bestandsaufnahme der wichtigsten Lebensmittel, die für den 1. September 1916 vom Stellvertretenden Reichskanzler angeordnet wurde. Durch sie sollten nicht nur die Vorräte der Gewerbe- und Handelsbetriebe, der Anstalten, der öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Verbände aller Art erfaßt werden, sondern auch die Familien- und Einzelhaushaltungen. Wer falsche Angaben machte, wurde mit Gefängnisstrafe bis zu 12 Monaten und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bedroht.

Der Erfolg solcher Maßnahmen war gering. Denn selbst wenn sich der eine oder andere durch solche leeren Drohungen hätte einschüchtern lassen, so waren doch die materiellen Voraussetzungen für eine größere Vorratshaltung längst nicht mehr vorhanden. Bereits hatten die »Hamsterfahrten« eingesetzt. Der Städter begnügte sich nicht mehr damit, in seinen unmittelbaren Kaufbereich gelangte Ware aufzukaufen, er ging selbst auf die Dörfer, um den Erzeuger unmittelbar »anzugreifen«. Der übliche Sonntagsausflug wurde dazu benutzt. Doch ging man nicht nur selbst aufs Land, um für die eigene Familie einzukaufen. Nach allen Richtungen wurden Aufkäufer ausgeschickt. So entwickelte sich ein regelrechter »Hamsterhandel«. Man überbot sich gegenseitig und trieb die Preise in die Höhe. Bei der Jagd um die Ware kam es nicht selten zu häßlichen Auftritten, deren Folgen (Körperverletzungen, Sachbeschädigungen, Beamtenbeleidigungen) nachher die Strafgerichte beschäftigten.

Den Landbewohnern konnte zunächst dieser Wettbewerb um ihre Erzeugnisse nur recht sein; sie bekamen hohe Preise.³⁰ Aber allmählich arteten die Hamsterfahrten derart aus, daß sie für das Land eine Plage wurden. Nicht genug, daß das platte Land selbst vom Notwendigsten entblößt wurde, — den zahlungskräftigen Einkäufern folgte der Großstadt-Janhagel, um auch heimlich und

³⁰ Anfang März 1917 ging ein Artikel durch die Zeitung: »Was Gerard für Eier ausgab.« Daraus ging hervor, daß der amerikanische Botschafter Gerard den Bauern in der Nachbarschaft seiner Jagd 75 Pfennig für ein Ei gezahlt hatte. Berliner Tageblatt Nr. 110 vom 1. März 1917.

mit Gewalt Nahrungsmittel an sich zu bringen. Unreife Früchte wurden abgerissen, Felder zertreten.

Jetzt griffen die stellvertretenden Generalkommandos und die Behörden ein. Auf den Landstraßen, in den Eisenbahnzügen, auf den Bahnhöfen wurden Rucksäcke, Taschen, Koffer und Pakete revidiert und rücksichtslos beschlagnahmt, was an bewirtschafteter Ware gefunden wurde. Nun begannen des Hamsters Leiden.

»Wenn früher, in jubelnden Friedenszeiten, Monarchen ausfahren, glitten sie an einem Spalier von Schutzleuten vorbei, heute erfreut sich das gemeine bürgerliche Individuum, wenn es aufs Land fährt, um sich ‚einzudecken‘, derselben polizeilichen Fürsorge. Am Dorfausgange steht ein Gendarm, und hast du den durch irgendeinen Zufall glücklich passiert, tritt plötzlich hinter dem Wegweiser an der Chaussee, wenn du dich zu orientieren suchst, eine grünuniformierte breitstämmige Gestalt mit rasselndem Säbel und umgeschnallter hellbrauner Säbeltasche hervor und fragt dich lieblich, wie weiland Elisabeth Herrn Lohengrin aus Monsalvath, woher du kommst und wie dein Nam' und Art. Ehe du dich's versiehst, hat er auch schon dein Päckchen, Körbchen, Handtäschchen oder was du sonst auch bei dir hast, betastet und — beschlagnahmt. Hast du aber selbst das Glück, auch diesem Späher auf einem Umwege zu entgehen, an der Bahn packt dich sicherlich der Gendarm im Genick, nimmt dir rücksichtslos weg, was du aus dem Kreise ausgeführt hast und — beschlagnahmt es.

Aber die Leiden und Freuden des Hamsters sind damit nicht erschöpft. Viele sind auf den schlaun Einfall gekommen und lassen sich, was sie brauchen, aus Bayern und Württemberg zum Beispiel, den Ländern, da noch heute Milch und Honig fließt, im verschwiegenen Paket, sogar im Wertpaket, mit soundso viel hundert Mark deklariert, schicken. Aber selbst diese Sendungen weiß der lange Arm des Gendarmen zu erreichen. ‚Eigentum ist Diebstahl‘, hat der französische Sozialdemokrat Proudhon einmal gesagt und damit die Notwendigkeit der Enteignung alles Privateigentums zugunsten der sozialistischen Gesellschaft zu beweisen versucht. Der bayerische Staat ist zwar nicht sozialistisch — beileibe nicht —, aber den Hamsterern gegenüber verfährt er, selbst bloß im Vermutungsfalle, streng nach Proudhonschem Rezept. Wo er in einem Postpaket Lebensmittel wittert, und sei es auch nur ein Pfündchen Heidelbeeren, flugs erbricht er es, beschlagnahmt die Waren und schickt dem Adressaten hohnlachend den leeren Karton zu. Demselben Schicksal verfallen die Koffer, wenn sie die Landesgrenze überschreiten.«⁸¹

Das Hamstern beschränkte sich indes nicht nur auf die Einzelkonsumenten. Im Großen wurde es von Industrierwerken und Gemeinden betrieben. »Während das Handtäschchen der reisenden Dame streng auf gehamsterte Lebensmittel kontrolliert wird,« so

⁸¹ *Erich Dombrowski* im Berliner Tageblatt Nr. 417 vom 16. August 1917.

schrieb im Dezember 1917 eine Berliner Zeitung,³² »hat das Auge des Gesetzes nicht die ganzen Waggonladungen gesehen, die sich große Industriebetriebe oder städtische Gemeinden auf verbotenen Spuren besorgt haben.« Industrierwerke hatten eigene Einkäufer angestellt, um Waren heranzuschaffen, wobei auf die Preise nicht gesehen wurde. Das geschah, um den Arbeitern und Angestellten zusätzliche Lebensmittel abgeben zu können. Doch waren die Arbeiter damit nicht voll einverstanden. Sie klagten über die hohen Preise und darüber, daß es bei der Verteilung nicht gerecht zuginge, daß die Beamten und die Mitglieder der sogenannten Werkvereine dabei begünstigt würden. Welchen Umfang gegen Ende des Jahres die illegale Eindeckung mit Lebensmitteln seitens einiger Kommunalverbände angenommen hatte, erhellt ein Rundschreiben des Kriegsernährungsministers. Darin wird gesagt, daß sich die Zuwiderhandlungen der Kommunalverbände und anderer amtlicher Stellen gegen die kriegswirtschaftlichen Gesetze in bedauerlichem Maße vermehrt hätten. Der Einkauf von Lebensmitteln unter rücksichtsloser Überschreitung der Höchstpreise und gewissenloser Überbietung anderer, weniger kapitalkräftiger Kauflustigen hätte es der Bevölkerung vielerorts nahezu unmöglich gemacht, ihren Bedarf zum Höchstpreise zu decken. Es wird unterstrichen, wie verderblich es auf die öffentliche Moral wirken müßte, wenn diejenigen Stellen, die zur Durchführung der Gesetze berufen wären, die zum Wohl der Allgemeinheit erlassenen Vorschriften überträten. Nachgewiesenermaßen hätten sich Kommunalverbände am Schleichhandel mit Vieh beteiligt, auch sei festgestellt worden, daß einzelne Kommunalverbände die von ihnen auszustellenden Saatkarten mißbräuchlich zur Beschaffung von Lebens- und Futtermitteln benutzt hätten. Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen die schuldigen Beamten und Anzeige bei der Staatsanwaltschaft wurde angedroht.

Zum öffentlichen Skandal kam es, als der Vorwärts eine »vertrauliche Denkschrift« veröffentlichte, die der Neuköllner Magistrat dem Kriegsernährungsminister überreicht hatte.³³ Die in

³² Berliner Tageblatt Nr. 643 vom 17. Dezember 1917.

³³ Denkschrift vom 3. Dezember 1917. Veröffentlicht im Vorwärts Nr. 344 vom 16. Dezember 1917.

der Lebensmittelversorgung herrschenden Zustände, hieß es darin, schreien zum Himmel. Die amtlichen Stellen überträten die Höchstpreisverordnungen und müßten sie übertreten, wenn sie die ihrer Fürsorge anvertraute Bevölkerung ernähren wollten. Ganz offen bekennt der Neuköllner Magistrat: »Um keine Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft eintreten zu lassen, sahen wir uns genötigt, Lebensmittel im freien Handel aufzukaufen... In diesen Fällen war es nötig, auch die Höchstpreise zu überschreiten.« Damit hätte man nur getan, was andere auch täten. Die Großbetriebe zögen alle nur erreichbaren Lebensmittel an sich. Ein großer Teil der Stadtgemeinden wäre diesem Beispiele gefolgt, und diejenigen Gemeinden, die sich bemüht hätten, den grundlegenden Vorschriften der geltenden Verordnungen wenigstens in der Hauptsache gerecht zu werden, ständen in der Lebensmittelversorgung ihrer Bewohner vor unlösbaren Aufgaben. »Diese Zustände sind dadurch herbeigeführt worden, daß das Wirtschaftssystem der Reichsstellen für Lebensmittelversorgung vollkommen versagt hat.« Das wird des weiteren im einzelnen nachzuweisen gesucht. Alles wäre in Tausenden von Zentnern zu haben, wenn man tüchtig Geld in seinen Beutel täte. In der Organisation der Getreidebewirtschaftung bestände insofern eine Lücke, als die Bewirtschaftung des Saatguts einzelnen Gütern zugestanden worden wäre. Das hätte dazu geführt, daß über den Weg des Saatgutes noch große Mengen Getreide in den freien Handel gelangten. »Von Schiebern gehen uns in großem Umfang Angebote auf Lieferung von Saatgut zur Verwendung als Lebensmittel ohne Saatschein zu. Es handelt sich hierbei in Einzelangeboten um Mengen von 3000 und mehr Zentnern.« Bei Hülsenfrüchten wäre es ebenso. Auch Kartoffeln bildeten Gegenstand des freien Handels und würden erheblich über Höchstpreis bezahlt. Es werden dann die Mißstände bei der Gemüsebelieferung beschrieben. Beim Käse hielte sich niemand an die Höchstpreise; täglich gingen dem Magistrat Angebote für alle Sorten von Käse zu. Obwohl der Viehhandel ausschließlich in den Händen der dafür geschaffenen Organisationen läge, wären bei Innehaltung der Höchstpreise Schweine nur in ganz geringen Mengen zu haben gewesen, dagegen gleich zu Tausenden durch dieselben Organisationen, sobald höhere Preise gezahlt worden seien. Die Fett- und Buttersversorgung wäre so kläglich, daß der Magistrat

sich genötigt gesehen hätte, durch Vermittlung von Schiebern Fleischwaren, Fett und Butter zu beziehen.

Es erübrigt sich, auf weitere Einzelheiten einzugehen. Wenn die Denkschrift den Eindruck erwecken wollte, als ob die Heranschaffung der Lebensmittel durch den Schleichhandel das Normale, das Festhalten an den Höchstpreisen die Ausnahme gewesen sei, so war das eine maßlose Übertreibung. Man muß wissen, auf welchem Hintergrund die Denkschrift entstanden war. Es schwebte nämlich gegen den Neuköllner Magistrat wegen kriegswirtschaftlicher Übertretungen ein Verfahren; durch den Hinweis auf die Verfehlungen anderer sollten die eigenen Verfehlungen entschuldigt werden. Doch behielt die Denkschrift ihre große symptomatische Bedeutung. Die Kriegszwangswirtschaft zeigte bereits Zeichen innerer Zersetzung. Die Lebensmittel waren so knapp geworden, daß alle Verteilungskunst zu versagen begann.

Für die öffentliche Meinung war die Neuköllner Denkschrift ein gefundenes Fressen. Sie hatte es ja immer gesagt, daß das ganze System nichts taue. Eine wüste Hetze gegen den Nachfolger Batockis, gegen das »System Waldow« setzte ein. Das System Waldow habe die Kriegsernährungswirtschaft an den Rand des Abgrunds gebracht.

Diese Vorwürfe waren natürlich völlig unberechtigt. Waldow hatte die Grundzüge des überkommenen Kriegswirtschaftssystems in keiner Weise angetastet. Er hatte zwar die Erfassung einiger Lebensmittel durch Lieferungsverträge weiter ausgebaut, aber auch darin war er nur Anregungen gefolgt, die von seinem Vorgänger ausgegangen waren. *Lieferungsverträge* zwischen Kommunalverbänden auf der einen, Erzeugerorganisationen auf der anderen Seite waren keine spezifischen Kriegswirtschaftserscheinungen, sondern hatte es bereits im Frieden hier und da gegeben. Es sei nur erinnert an die Verträge, die in vielen Bezirken die städtischen Milchwändler mit den Milchproduzenten unterhielten. Aber es ließen sich noch andere Beispiele anführen, wie zum Beispiel die Versuche, die in dieser Richtung gelegentlich der letzten großen Fleischteuerung vor dem Krieg gemacht worden waren. Es lag nahe, daß im Krieg von den Städten die Lieferungsverträge als ein Mittel ergriffen wurden, um sich eine zuverlässige Lebensmittelzufuhr zu sichern. Als im Jahre 1916

die Schweine knapp wurden, wurden Schweinemastverträge abgeschlossen auf der Basis, daß die Städte den Erzeugern Futtermittel lieferten und Schweine dafür bekamen. Einen weiteren Ausbau der Lieferungsverträge hatte Ende 1916 Batocki angeregt, indem er sie grundsätzlich auf alle jene Lebensmittel ausgedehnt wissen wollte, die sich ihrer ganzen Natur nach für die zentralisierte Bewirtschaftung mit Höchstpreisfestsetzung, Beschlagnahme und Rationierung nicht eigneten, aber doch für die Ernährung so wichtig waren, daß man sie nicht ungeschont der Willkür des freien Handels überlassen konnte. Gedacht war vor allem an Gemüse, Kohl, Obst, Frühkartoffeln. In der Tat ist, wie wir bereits wissen,³⁴ in den letzten Kriegsjahren die Belieferung der Bedarfsgemeinden mit solchen Dingen gewöhnlich auch auf diese Art erfolgt. Doch bildeten die Lieferungsverträge lediglich eine Ergänzung des im übrigen beibehaltenen Systems. So waren sie von Batocki gedacht gewesen, und so waren sie auch von Waldow gehandhabt worden. Ja, man wird feststellen müssen, daß sich Waldow mit zäher Entschiedenheit gegen alle Forderungen einer Systemänderung gewehrt hat. Auch jetzt, als sich unter dem Eindruck der Neuköllner Denkschrift eine Flut von *Entwürfen*, die eine *Systemänderung* bezweckten, auf sein »schuldbeladenes« Haupt ergoß, blieb er fest.

Unter ihnen war der im Reichstagsausschuß eingebrachte »*Antrag Roesicke*« am ernstesten zu nehmen. Dieser Antrag lief darauf hinaus, nicht mehr alle Erzeugnisse ablieferungspflichtig zu machen, sondern nur einen Teil, den Rest aber dem freien Verkehr zu überlassen:

1. Das Reich soll nur eine gewisse Anzahl Millionen Tonnen Getreide beschlagnehmen und durch Brotkarten nur diejenigen Teile der Bevölkerung versorgen, die mit diesem Quantum in der bisher üblichen Form versorgt werden können, und zwar gegen ein dem bisherigen Preise entsprechendes Entgelt. Versorgt wird zunächst die Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen. Das übrige Brotgetreide ist völlig freizugeben.
2. Die Kartoffeln sollen für das Reich durch Lieferungsverträge sichergestellt werden, die dem Landwirt so hohe Preise zusichern, daß er das Interesse daran hat, zuerst das Reich zu

³⁴ Vgl. S. 193 f.

beliefern. Einen Ausgleich des Preises zur billigeren Abgabe an die unbemittelte Bevölkerung hat das Reich in geeigneter Weise herbeizuführen. Das durch Lieferungsverträge festzulegende Quantum ist so zu berechnen, daß für Tag und Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung ein Pfund Kartoffeln gesichert ist. Im übrigen bleibt die Kartoffel von jeder Bewirtschaftung frei.

3. Die Milchpreise sind gemäß den Produktionskosten auf Sätze zu bringen, die Marktpreisen entsprechen würden, wie sie bei freiem Markt berechtigt wären. Die Kommunen haben Einrichtungen zu treffen, daß die minderbemittelte Bevölkerung die Milch zu ermäßigten Preisen empfängt.
4. Die Bewirtschaftung des Viehes und Fettes bleibt zur Zeit bestehen.
5. Obst, Gemüse, Eier bleiben von jeder Bewirtschaftung frei.

Auf den ersten Blick mochte dieser Plan bestechend sein. Davon ausgehend, daß neben dem legalen Verkehr ein illegaler Verkehr sich entwickelt hätte, der trotz aller dagegen angewandten Mittel nicht zu beseitigen war, sollte eine Formel gefunden werden, die allen zum Frommen diesen Zustand sozusagen legalisierte. Die erloschene Lieferfreudigkeit des Erzeugers sollte wieder belebt, der Handel wieder ehrlich gemacht werden.

Doch litten diese und ähnliche Pläne daran, daß die eigentliche Voraussetzung für ihre Verwirklichung nicht gegeben war: es fehlten jene, über den allernotwendigsten Bedarf hinausgehenden Lebensmittelmengen, die unbeschadet der allgemeinen Versorgung dem freien Verkehr hätten überlassen werden können.

Angenommen, der Kreis der nach wie vor auf Karten belieferten ärmeren Bevölkerungsschichten wäre sehr weit gezogen worden, dann hätten so große Pflichtlieferungen auf die Erzeuger umgelegt werden müssen, daß für den freien Verkehr so gut wie nichts mehr übrig geblieben wäre. Umgekehrt, wäre bei einer zu engen Begrenzung der öffentlich Belieferten ein so starker Ansturm auf die frei gebliebenen Lebensmittel erfolgt, daß die Preise maßlos in die Höhe getrieben worden wären. Die hohen Preise wiederum hätten für die Landwirte den Anreiz gebildet, sich ihren Pflichtlieferungen möglichst zu entziehen. Nur bei einer gewissen Reichlichkeit von Vorräten und Erzeugungsmög-

lichkeiten wäre der Antrag Roesicke durchführbar gewesen. Später, als man nach dem Krieg an den allmählichen Abbau der Kriegszwangswirtschaft heranging, hat diese auf partiellen Pflichtlieferungen der Erzeuger beruhende *Umlagewirtschaft* ihre Schuldigkeit tun können; die landwirtschaftliche Erzeugung hatte sich wieder gehoben, und das Ausland leistete Zuschüsse. Damals aber, im letzten Kriegsjahr, hätte man mit dem gleichen Verfahren sicherlich Schiffbruch erlitten. Es waren ja nicht Überschußmengen, die der Schleichhandel erfaßte, sondern dem aller-
notwendigsten Verteilungsbedarf entzogene Mengen. Es war völlig irrig, in dem Schleichhandel nur den Ausfluß eines fehlerhaften Systems zu sehen. Wäre so viel Ware dagewesen, daß einigermaßen ausreichende Rationen auszuteilen gewesen wären, hätte auch der Schleichhandel nicht solche Formen angenommen. Der Vater alles Schleichhandels war der *Hunger*.

Für einen sich seiner Verantwortung bewußten Ernährungsminister blieb unter diesen Umständen nichts anderes übrig, als an der Zwangswirtschaft festzuhalten. Das einzige, was er tun konnte, war die energische Bekämpfung des Schleichhandels. Dafür gab es zwei Wege, die wieder miteinander in Verbindung standen: es mußte sowohl gegen das *unerlaubte Angebot* wie gegen die *unzulässige Nachfrage* angegangen werden.

Bei der Verfolgung *des ersten Weges* kam es darauf an, die Erfassung der Vorräte beim Erzeuger möglichst wirksam zu gestalten. Daran hatte sich die Ernährungswirtschaft schon während des ganzen Krieges abgemüht. War doch die Erfassung die notwendige Voraussetzung für alle Verteilung. Aber schon hier, bei dem ersten Akt öffentlicher Bewirtschaftung stieß man auf Widerstände. Der Weg zur Erfassung ging über die einwandfreie Feststellung der Erntemengen. Dabei war man indes auf die Angaben der Erzeuger angewiesen, also gerade jener Personen, die unmittelbar ein materielles Interesse daran hatten, daß möglichst wenig erfaßt wurde. Die raffiniertesten Kontrollen wurden geschaffen, doch immer nur mit der Wirkung, daß die Kontrollen um so raffinierter umgangen wurden. Nunmehr im letzten Kriegsjahr wollte man versuchen, das Getreide möglichst schnellausdreschen zu lassen und es gleich an der Dreschmaschine zu erfassen. Durch Gewährung von Druschprämien und Bereitstellung militärischer Druschkommandos sollte das erreicht wer-

den. War das Korn erst aus dem Stroh gekommen, glaubte man es auch in der Hand zu haben. »Feststellungs-Ausschüsse«, aus unabhängigen, auch aus den Verbraucherkreisen stammenden Personen zusammengesetzt, hatten die ablieferungspflichtigen Mengen bis ins einzelne zu ermitteln. Die bisher noch vorhandene Lücke, daß auf dem Wege angeblichen Saatguthandels Getreide hinterzogen werden konnte, wurde geschlossen. Die Hinterziehung von Schlachtvieh, die auf dem Kanal eines angeblichen Zucht- und Nutzviehhandels vor sich gegangen war, wurde unterbunden. Durch alle diese Mittel, die darauf hinausliefen, das Angebot von illegaler Ware unmöglich zu machen, wollte man das Übel am Sitz des Herdes treffen.

Die *illegale Nachfrage* suchte man damit zu bekämpfen, daß man den gewerbsmäßigen Schleichhandel mit noch schärferen, mit drakonischen Strafen belegte. Geldstrafe bis zu 100 000 Mark sollte erhoben, im Rückfall auf Gefängnis nicht unter drei Monaten, im wiederholten Rückfall auf Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Auf's nachdrücklichste wurde den Kommunen eingeschärft, in Zukunft peinlicher auf die Einhaltung der Höchstpreisvorschriften zu achten. Die Selbstversorgung der Industriewerke mit zusätzlichen Lebensmitteln wurde unterbunden, und besondere »Industrie-Versorgungsstellen« wurden eingerichtet, um mit legalen Mitteln den Sonderbedarf der Rüstungsarbeiter zu befriedigen.

Und was war der Erfolg?

Es waren aus der Inlandsernte erfaßt worden:

	Wirtschaftsjahr 1916/17 (Millionen Tonnen)	Wirtschaftsjahr 1917/18 (Millionen Tonnen)
Brotgetreide	9,65	8,28
Futtergetreide	8,12	5,16

Also ein beträchtlicher Rückgang, der auch dann groß genug bleibt, wenn berücksichtigt wird, daß im letzten Jahre die Ernte schlechter ausgefallen war. Allen Maßnahmen zum Trotz war der Schleichhandel eher stärker als schwächer geworden. Der nagende Hunger, der Männer schwächte, Frauen auszehrte, Kinder verwelken ließ, hatte die Zwangswirtschaft bereits unter-

wühlt, ehe der Krieg beendet war. Im Juni 1918 stand in einer Berliner Zeitung: »Noch laufen Gendarmen und beauftragte Soldaten die Landstraßen, die Dörfer ab, prüfen das Gepäck der Reisenden auf den Bahnhöfen, während die Herren Wachtmeister im fahrenden Zuge Nachschau halten — aber das Volk kümmert sich nicht mehr um sie. Kümmert sich um sie so wenig wie um die im Winter und Sommer niederschneierenden Verordnungen der Behörde, die ihm bestenfalls ein augenzwinkerndes Lächeln entlocken. Niemand im Reiche begnügt sich mit der ihm zugewiesenen Nahrungsmittelration.«³⁵ Zu gleicher Zeit schrieb ein Berliner Rechtsanwalt: »Eine Kriegswirtschaftsfahrt nach Ost und West innerhalb der schwarz-weiß-roten Grenzpfähle hat mir die schreckliche Gewißheit gebracht: Das Kriegsernährungsamt lebt — gewollt oder notgedrungen — in wilder Ehe mit dem Schleichhandel. Mit der starken Hand des Staatsanwalts *Falk* vom Kriegswucheramt läßt es den Schleichhandel verfolgen und droht ihm sogar mit Zuchthaus; auf der anderen Seite sieht es in ihm eine wertvolle Stütze der Hausfrau, die täglich Millionen von Kindern satt machen muß.«³⁶ Als durch die Presse die Nachricht ging, daß sich bei einem Wucher- und Schleichhandelsprozeß die sämtlichen Richter für befangen erklärt hätten — da erregte das kaum noch Erstaunen.³⁷

Doch es wäre falsch, wollte man aus alledem nun den Schluß ziehen, daß am Kriegsende die allgemeine Volksernährung auf der Versorgung durch den Schleichhandel beruht hätte. Die »hinten herum« besorgten Lebensmittel dürfen quantitativ nicht überschätzt werden. Es konnte sich immer nur um einige zusätzliche Nahrungsmittel handeln, die auf diesem Wege beschafft wurden. Vielleicht daß die Schleichhandelsware etwas reichlicher jenen wenigen zufloß, die skrupellos und wohlhabend genug waren, um mit beiden Händen aus diesen Quellen zu schöpfen. In seiner großen Gesamtheit hat das deutsche Volk *schlecht und recht gehungert*. Und auch das muß hervorgehoben werden: mochte unter dem Drucke der Not die Kriegswirtschaftsmoral stark erschüttert gewesen sein, so hat es doch bis zuletzt im

³⁵ *Richard Nordhausen* im Tag Nr. 134 vom 11. Juni 1918.

³⁶ Deutsche Tageszeitung Nr. 277 vom 2. April 1918.

³⁷ Handel und Industrie Nr. 1391 vom 3. August 1918.

deutschen Volke breite Kreise gegeben, die so viel Verantwortungsgefühl besaßen, daß sie bestrebt waren, die strengen Ernährungsvorschriften leidlich einzuhalten. Auf den »Schieber«, auf den »Raffke« wurde mit Fingern gedeutet. Freilich, als dann die Erschütterung des furchtbaren Zusammenbruchs kam, da lösten sich auch diese letzten Bande frommer Scheu.

Das war das Ende.

ANLAGEN

1. Liste der Schwerstarbeiter

Anlage A zum Rundschreiben des Präsidenten des Kriegs- ernährungsamtes vom 26. Oktober 1917 (G. 3907)

1. Bergarbeiter unter Tage, einschließlich der mittleren und unteren Grubenbeamten (Fährhäuser, Steiger, Fähr-, Wetter- und Obersteiger), soweit sie unter Tage beschäftigt sind.
2. Die an den Koksöfen (Arbeiter in Gasanstalten sind wie Arbeiter an Koksöfen zu behandeln), Eisenerzrostöfen und in Brikettfabriken beschäftigten Arbeiter, soweit sie die Einwirkung der Gase, des Rauches und der Hitze der Öfen unmittelbar ausgesetzt sind.
3. Feuerarbeiter in der Eisenindustrie, insbesondere
 - a) von den Arbeitern an den Hochöfen: Erz- und Koksfahrer, Gichter, Schmelzer, Schlackenarbeiter und sonstige Ofenarbeiter sowie Gießbettmacher und Arbeiter bei den Winderhitzern;
 - b) von den Arbeitern in den Stahlwerken: Arbeiter an Generatoren, Konvertern, Martinöfen, Tiegeln und Elektrostahlöfen; ferner Gießgruben- und Wärmegrubenarbeiter, Kranführer in Ofen- und Gießhallen und über den Wärmegruben;
 - c) von den Arbeitern in Walz-, Hammer- und Preßwerken; Walzer und Arbeiter an Schweiß-, Wärm- und Glühöfen, Arbeiter an Hämmern, Pressen sowie Arbeiter an Sägen, Scheren, Richtmaschinen, soweit sie an warmem Metall arbeiten;
 - d) von den Arbeitern in Eisen- und Stahlgießereien solche, die unter großer Hitze oder schädlichen Gasen besonders zu leiden haben.
4. Arbeiter in der Waffen- und Munitionsindustrie, die den unter 3. aufgeführten Arbeiterkategorien entsprechen, insbesondere Arbeiter an Presse-, Wärm- und Glühöfen sowie in der Härterei und Vergütere.
5. Arbeiter in Zink-, Kupfer-, Aluminium- und sonstigen Metallhütten und Metallgießereien, soweit ihre Arbeit der der Arbeiter der unter 3. aufgeführten Arbeitergruppen gleicht; Ofenarbeiter in Zinkweißfabriken.
6. In Kalk- und Dolomitbrennereien, Zementfabriken, in der Tonwarenindustrie (Porzellan-, Steinzeug-, Steingutfabriken), Ziegeleien und Fabriken feuerfester Produkte, einschließlich Asbestglühereien und in Glashütten, soweit diese Industrien für den Kriegsbedarf arbeiten: Arbeiter, die unter großer Hitze oder schädlichen Gasen besonders zu leiden haben.
7. In der Maschinen-, Metall- und Kleineisenindustrie sowie in Eisenbahnwerkstätten, Brückenbauanstalten und Seeschiffswerften, soweit diese Industrien

für den Kriegsbedarf arbeiten und soweit ihre Arbeiter nicht schon unter die aufgeführten Gruppen fallen: Ofen- und Hammerleute, Schmiede, Kesselschmiede, Warmnieter und Beizer für schwere Gegenstände.

8. Von den Arbeitern der chemischen und Sprengstoffindustrie solche, die unter großer Hitze, schädlichen Gasen oder giftigen Stoffen besonders zu leiden haben.
9. Kesselheizer im Bergbau und in den vorgenannten Industrien mit Ausnahme solcher Heizer, die eine Gasfeuerung oder eine Feuerung mit mechanischer Beschickung bedienen. Die Rostreiniger und Aschenzieher der letzteren Anlagen fallen nicht unter diese Ausnahme.
10. Arbeiter im Bergbau und in den vorgenannten Industrien, die an sich nicht unter die aufgeführten Gruppen fallen, aber regelmäßig in Tag- und Nachtschicht arbeiten, für die Zeit, in der sie Nachtschichten leisten. Wird in drei Schichten gearbeitet, so gilt nur eine Schicht als Nachtschicht.
11. Lokomotivführer und Heizer auf Dampflokomotiven; Maschinen- und Heizpersonal der See- und Binnenschifffahrt.

Allgemeine Bemerkungen

1. Arbeiterinnen, auf welche die vorstehenden Merkmale zutreffen, sind wie Arbeiter zu behandeln.
2. Freie ausländische Arbeiter stehen inländischen gleich. Die Vorschriften für Kriegsgefangene bleiben unberührt.

2. Einfuhr und Ausfuhr 1916 bis 1918

Brotgetreide (in Tonnen)

Zeit	Brotgetreide		Mehl	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
1916				
Januar	8 590	150	1 604	5 142
Februar.....	39 676	2 844	2 239	7 518
März	31 880	1 447	1 258	5 844
April.....	33 859	—	590	6 500
Mai	25 118	20	991	6 290
Juni	40 178	—	494	22 773
Juli	9 587	5	217	21 412
August	24 495	260	209	9 823
September	13 049	1 710	276	6 551
Oktober	4 600	438	205	4 761
November	5 184	410	49	3 995
Dezember	4 534	149	47	7 597
Zusammen.....	240 750	7 433	8 179	108 206
1917				
Januar	2 076	580	27	4 018
Februar	3 870	1 568	61	9 144
März	4 712	1 439	46	3 502
April.....	1 981	728	27	1 310
Mai	1 039	628	12	1 192
Juni	994	159	10	1 114
Juli	1 182	40	4	1 840
August	9 270	142	35	478
September	6 429	180	6	421
Oktober	1 941	352	36	120
November	1 388	110	5	647
Dezember	2 184	—	6	1 040
Zusammen.....	37 066	5 926	275	24 826
1918				
Januar	1 192	1	46	3 586
Februar.....	1 585	15	6	1 384
März	1 327	265	14	6 954
April.....	703	3 082	41	4 191
Mai	791	668	26	1 557
Juni.....	334	131	696	868
Juli	333	—	138	1 061
August	8 567	12	157	68
September	13 769	357	397	74
Oktober	10 524	358	372	288
November	3 473	36	331	—

3. Einfuhr und Ausfuhr 1916 bis 1918

Lebendes Vieh (in Stück)

Zeit	Lebendes Rindvieh		Leb. Schafe u. Zieg.		Schweine	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
1916						
Januar.....	19 627	123	25	—	143	—
Februar.....	52 759	—	—	1	99	—
März.....	74 542	9	55	200	1 493	308
April.....	28 866	2	59	40	546	250
Mai.....	46 612	—	375	—	126	770
Juni.....	24 424	52	1 506	5	205	249
Juli.....	10 107	112	2 666	22	133	1
August.....	7 887	—	1 469	30	101	2
September.....	17 757	10	1 672	—	161	99
Oktober.....	23 000	6	1 497	—	95	52
November.....	25 696	—	1 650	—	127	14
Dezember.....	24 952	257	3 082	—	626	29
Zusammen.....	356 229	571	14 056	298	3 855	1 374
1917						
Januar.....	15 429	—	205	—	699	1
Februar.....	21 511	32	—	—	34	478
März.....	18 912	19	98	—	84	60
April.....	19 834	13	72	—	158	84
Mai.....	20 524	9	481	4	76	396
Juni.....	16 349	253	317	42	56	153
Juli.....	10 230	—	188	3	23	596
August.....	12 874	119	103	2	49	408
September.....	18 338	16	391	23	38	191
Oktober.....	24 546	—	4 604	8	117	221
November.....	26 098	7	1 842	20	47	—
Dezember.....	31 744	493	252	1	11	6
Zusammen.....	236 389	952	8 523	113	1 392	2 594
1918						
Januar.....	18 748	169	7	2	7	—
Februar.....	10 473	26	150	—	11	8
März.....	7 848	10	7	2	13	4
April.....	5 967	—	114	—	51	4
Mai.....	8 780	5	11	7	91	1
Juni.....	6 321	2	126	34	26	3
Juli.....	12 108	—	1	12	161	18
August.....	23 172	182	1 081	67	2 676	18
September.....	11 656	12	7 636	1	551	24
Oktober.....	9 774	6	2 049	1	269	27
November.....	15 800	15	2 886	10	86	75

4. Einfuhr und Ausfuhr 1916 bis 1918
Fleisch und Fleischwaren (in Tonnen)

Zeit	Fleischwaren		Frisches Fleisch	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
1916				
Januar	6 508	1,1	10 699	1 151
Februar.....	6 789	0,9	15 018	1 726
März	6 771	5,3	13 232	1 813
April.....	3 113	0,9	5 949	2 311
Mai	5 884	0,3	4 699	1 585
Juni.....	6 360	0,8	5 669	348
Juli	3 755	—	1 657	152
August	2 789	0,4	3 040	156
September	2 934	—	1 415	122
Oktober	1 492	0,1	2 031	130
November	1 865	0,1	1 695	117
Dezember.....	2 328	9,9	4 221	623
Zusammen	50 588	19,8	69 325	10 234
1917				
Januar	2 607	—	5 630	755
Februar.....	2 577	4,9	2 831	598
März	2 024	3,0	2 828	1 001
April.....	1 681	—	2 733	922
Mai	2 309	1,3	2 344	1 125
Juni.....	1 586	1,2	1 913	879
Juli	1 312	0,5	1 661	231
August	1 253	0,3	953	56
September	2 460	0,5	327	58
Oktober	1 777	0,8	536	120
November	1 119	0,6	224	546
Dezember	2 235	0,7	187	391
Zusammen	22 940	13,8	22 167	6 682
1918				
Januar	986	0,8	214	277
Februar.....	1 112	0,9	241	1 430
März	1 092	0,7	185	686
April.....	482	3,6	282	0,9
Mai	206	0,4	360	10
Juni.....	444	0,4	182	294
Juli	495	0,5	685	0,2
August	536	3,7	123	0,3
September	425	1,3	195	0,3
Oktober	308	1,9	168	29
November	155	—	129	—

5. Einfuhr und Ausfuhr 1916 bis 1918

Pflanzliche und tierische Öle und Fette (in Tonnen)

Zeit	Butter u. and. tierische Fette		Pflanzenöle und -fette		Margarine		Käse	
	Einf.	Ausf.	Einf.	Ausf.	Einf.	Ausf.	Einf.	Ausf.
1916								
Januar.....	11 397	7	1652	6	2200	—	8 198	15,2
Februar.....	12 158	33	2409	11	201	0,1	6 927	0,4
März.....	9 758	94	801	3	1118	0,1	9 118	0,2
April.....	8 165	58	709	2	350	—	3 266	0,3
Mai.....	7 455	37	463	2	670	—	7 790	1,5
Juni.....	6 979	268	244	0,6	390	0,4	9 734	0,1
Juli.....	8 417	23	627	0,8	178	31	10 359	6,7
August.....	7 773	155	646	3	264	19	7 007	19,5
September.....	7 189	383	697	61	319	97	6 277	38,0
Oktober.....	5 742	320	397	2	193	—	3 244	—
November.....	5 010	46	164	37	236	21	4 657	42,8
Dezember.....	5 687	471	683	152	542	91	2 051	114,1
Zusammen.....	95 730	1895	9492	280,4	6661	259,6	78 628	238,8
1917								
Januar.....	4 395	179	420	68	356	19,5	2 974	0,7
Februar.....	4 170	73	240	0,9	345	41,6	4 807	115,7
März.....	4 180	335	229	44	228	—	2 787	33
April.....	4 278	143	155	20	136	1,3	2 379	1,9
Mai.....	5 267	118	335	39	167	1,6	3 613	1,7
Juni.....	6 181	94	96	1	19	—	4 926	12,2
Juli.....	3 349	13	210	11	14	—	6 268	0,7
August.....	1 992	102	27	6	2	—	2 698	—
September.....	2 140	16	12	0,6	1	0,1	862	33
Oktober.....	1 897	110	18	9	2	—	1 351	—
November.....	2 379	177	19	0,8	0,2	—	2 180	32,7
Dezember.....	1 925	61	14	0,7	2	0,2	3 399	13,6
Zusammen.....	42 153	1421	1775	201,0	1272,2	94,3	38 244	245,2
1918								
Januar.....	1 826	28	27	0,4	5,2	0,1	1 891	20,3
Februar.....	1 605	57	2	12	0,5	0,1	1 586	13,7
März.....	1 325	45	7	8	0,8	0,1	1 601	8,3
April.....	1 062	94	22	11	0,7	0,1	533	32,3
Mai.....	782	42	30	3	0,5	—	488	44,8
Juni.....	2 354	3	23	12	5,1	0,1	1 446	16,9
Juli.....	2 445	23	7	0,8	0,5	—	1 452	102,8
August.....	1 530	2	3	0,6	0,7	1,7	1 464	52,4
September.....	928	2	1	0,3	0,4	0,1	1 375	73,5
Oktober.....	759	85	117	7	0,3	0,1	1 273	45,1
November.....	533	77	58	—	0,2	—	781	—

6. Einfuhr und Ausfuhr 1916 bis 1918

Fische (in Tonnen)

Zeit	Frische Fische		Gesalzene und getrocknete Fische		Konservenfische	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
1916						
Januar.....	15 336	486	11 253	307	752	1,4
Februar.....	23 300	508	13 659	2 145	817	0,5
März.....	25 420	360	19 348	121	1 801	2,0
April.....	17 245	293	18 619	1 377	2 075	0,9
Mai.....	17 634	130	26 888	174	2 973	1,4
Juni.....	17 746	101	18 199	159	2 659	2,9
Juli.....	17 685	111	17 532	1 558	2 854	4,2
August.....	18 608	100	12 206	1 631	2 451	21,3
September.....	19 617	459	23 468	1 644	2 136	0,2
Oktober.....	17 400	764	19 117	988	1 498	4,4
November.....	9 440	267	11 936	122	841	1,2
Dezember.....	11 442	19	10 054	354	791	2,3
Zusammen.....	210 873	3598	202 279	10 580	21 648	42,7
1917						
Januar.....	3 669	16	6 194	604	239	1,0
Februar.....	4 291	239	5 225	63	361	3,8
März.....	7 686	528	4 290	369	254	—
April.....	4 967	56	6 816	107	890	1,4
Mai.....	12 051	80	9 565	307	895	—
Juni.....	8 829	236	8 171	51	821	6,0
Juli.....	4 846	49	6 096	106	1 991	8,3
August.....	6 484	108	6 500	10	1 063	0,3
September.....	1 843	23	5 225	75	406	7,2
Oktober.....	4 148	118	4 820	274	921	9,0
November.....	3 394	248	4 008	234	1 218	—
Dezember.....	2 780	158	5 739	151	1 153	44,5
Zusammen.....	64 988	1 859	72 649	2 351	10 312	81,5
1918						
Januar.....	1 298	94	5 211	170	887	—
Februar.....	2 093	101	6 592	319	904	2,2
März.....	1 172	26	11 127	231	1 391	0,5
April.....	3 436	179	7 134	170	2 941	—
Mai.....	4 126	529	4 860	55	2 730	—
Juni.....	1 543	221	4 668	340	1 326	—
Juli.....	1 879	158	3 675	900	641	65,6
August.....	2 517	207	3 706	740	221	60,7
September.....	847	63	3 292	42	13	20,9
Oktober.....	1 166	46	3 897	585	93	—
November.....	2 036	22	618	200	592	76,5

**7. Verzeichnis der der Aufsicht des Kriegsernährungsamts
unterstellten Kriegsstellen und Kriegsgesellschaften**
Stand vom 1. Dezember 1917

Namen	Gründung	Aufgaben
1. Reichsgetreidestelle a) Verwaltungsabteilung	28. VI. 1915	Erledigung aller öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten in der Bewirtschaftung von Brotgetreide, Gerste, Hafer, Hülsenfrüchten, Buchweizen und Hirse, soweit diese für die Ernährung des Heeres und der Zivilbevölkerung in Betracht kommen.
b) Geschäftsabteilung G. m. b. H.	25. I. 1915	Erwerb, Lagerung und Verarbeitung der obenerwähnten Früchte, Versorgung des Heeres, der Kommunalverbände und der Betriebe mit diesen Früchten und den daraus hergestellten Erzeugnissen.
2. Reichskartoffelstelle	9. X. 1915	Regelung des Verbrauchs und Vornahme der Verteilung von Kartoffeln, Umlage auf Überschußverbände und Durchführung der Zwangslieferungen durch Provinzial- bzw. Landeskartoffelstellen. Erstattung von Reichs- und Staatsbeiträgen. Einkauf von Kartoffelreserven. Beschaffung des Verpackungsmaterials.
3. Trockenkartoffel-Verwertungsgesellschaft m. b. H. (Teka)	24. X. 1914	Bewirtschaftung der Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation.
4. Kriegskartoffel-Gesellschaft Ost m. b. H. (Karto)	22. X. 1915	Ausfuhr von Kartoffelprodukten in die besetzten russischen Gebiete.
5. Stärke-Sirup-Zentrale für das deutsche Nahrungsmittel-Gewerbe	1. I. 1916	Verteilung des Stärkesirups und Stärkezuckers an gewerbliche Betriebe.

Namen	Gründung	Aufgaben
6. Reichsbranntweinstelle	15. IV. 1916	Einheitliche Bewirtschaftung des Branntweins, insbesondere Sicherstellung des Heeresbedarfs.
7. Reichszuckerstelle	10. IV. 1916	Regelung des Verkehrs mit Zucker und Süßstoff, Verteilung der Vorräte auf die Kommunalverbände, die zuckerverarbeitenden Betriebe, Heer und Marine.
mit Unterabteilung: Verteilungsstelle für Rohzucker	19. II. 1915	Verteilung des Rohzuckers auf die Verbrauchs-Zuckerfabriken.
8. Zucker-Zuteilungsstelle für das deutsche Süßigkeiten-Gewerbe	I. 1916	Verteilung des Verbrauchszuckers auf die zum Süßigkeiten- und Schokoladen-Gewerbe gehörenden Betriebe.
8a. Beschwerdeausschuß bei der Zucker-Zuteilungsstelle für das deutsche Süßigkeiten-Gewerbe		Entscheidung von Streitigkeiten.
9. Reichs-Zuckerausgleich-Gesellschaft m. b. H.	25. X. 1916	Erfüllung der durch die Gesetzgebung überwiesenen Aufgaben, insbesondere Ausgleich der Zuckerpreise.
10. Reichsstelle für Gemüse und Obst		Die Förderung der Erzeugung, Verwertung und Haltbarmachung von Gemüse und Obst.
a) Verwaltungsabteilung	18. V. 1916	Abnahme, Bezahlung, Unterbringung und Verwertung des Gemüses und Obstes.
b) Geschäftsabteilung G. m. b. H.	23. V. 1916	
11. Kriegsgesellschaft für Sauerkraut m. b. H. (vom 1. Januar 1918 ab in Liquidation)	15. VII. 1916	Beschaffung von Weißkohl und Rüben sowie deren Verteilung an Sauerkrautfabriken. Verteilung von Sauerkraut an Heer und Zivilbevölkerung.

Namen	Gründung	Aufgaben
12. Gemüsekonserven- Kriegsgesellschaft m. b. H.	20. VII. 1916	Einkauf und Verwertung aller zur Herstellung von Gemüsekonserven, einschließlich der Faßgemüse (ausgenommen Gurken und Sauerkraut), geeigneten und benötigten Gegenstände sowie von Gemüsekonserven und Faßgemüse selbst.
13. Kriegsgesellschaft für Weinobst-Einkauf und -Verteilung m. b. H. (vom 1. Januar 1918 ab in Liquidation)	14. VII. 1916	Einkauf von Äpfeln und Birnen und deren Verteilung zur Herstellung von Obstweinen und Regelung der Preise für Obstweine, einschl. Beerenweine. Die Geschäfte gingen vom 1. Januar 1918 ab auf die Reichsstelle für Gemüse und Obst G. m. b. H. über.
14. Kriegsgesellschaft für Obstkonserven und Marmeladen m. b. H.	12. VII. 1916	Einkauf und Verwertung aller zur Herstellung von Obstkonserven und Marmeladen erforderlichen Rohmaterialien, Überwachung der Fabrikation, Verteilung der Fertigprodukte, Beschaffung der Verpackungsmaterialien.
15. Kriegs-Rübensaft-Gesellschaft m. b. H.	5. VI. 1916	Verwertung von Rübensaft aller Art.
16. Kriegsgesellschaft für Dörrgemüse m. b. H.	17. VII. 1916	Ein- und Verkauf von Frischgemüse zu Dörrzwecken sowie Ein- und Verkauf von Dörrgemüse.
17. Kriegs-Gemüsebau- und -Verwertungs-Gesellschaft m. b. H.	1. III. 1916	Förderung des feldmäßigen Gemüsebaues und der wirtschaftlichen Verwertung von Gemüse.
18. Zentralstelle für den Gemüsebau im Kleingarten	II. 1916	Vermittlungsstelle für alle den Gemüsebau im Kleingarten betreffenden Fragen, desgleichen für Gemüsesämereien, künstlichen Dünger und dergleichen.

Namen	Gründung	Aufgaben
19. Reichshülsenfruchtstelle G. m. b. H. (Ihre Aufgabe ging mit der Ernte 1917 auf die Reichsgetreidestelle über, sie selbst trat in Liquidation)	28. VIII. 1916	Die Bewirtschaftung von Buchweizen, Hülsenfrüchten und Hirse.
20. Reichsfuttermittelstelle	23. VII. 1915	Sicherung und Verteilung der inländischen und eingeführten Futtermittel. Durchführung der Vorschriften des Bundesrats über den Verkehr mit Heu, Stroh, zuckerhaltigen und anderen Futtermitteln einschließlich der Kleie.
21. Reichsgerstengesellschaft m. b. H. (Ihre Aufgabe ging mit der Ernte 1917 auf die Reichsgetreidestelle über, sie selbst trat in Liquidation)	3. VIII. 1916	Die Bewirtschaftung der Gerste.
22. Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte G. m. b. H.	1897	1. Einfuhr von Futtermitteln, Hilfsstoffen und Kunstdünger und deren Verteilung an inländische Verbraucher. 2. Verteilung von Futter- und Düngemitteln, die durch die Zentral-Einkaufs-Genossenschaft eingeführt werden. 3. Verteilung von zuckerhaltigen Futtermitteln. 4. Verteilung der Kleiebestände. 5. Verteilung anderer Futtermittel.
23. Kriegsausschuß für Ersatzfutter G. m. b. H.	3. IX. 1915	Förderung aller Maßnahmen zur Herstellung von Ersatzfutter aus im Inland vorhandenen Rohstoffen und zum Absatz dieses Futters. Bewirtschaftung von Leim und Leimleder.

Namen	Gründung	Aufgaben
24. Gesellschaft für deutsches Milchkraftfutter m. b. H. (Gesellschaft zur Verwertung von Speiseresten, Küchenabfällen usw.)	18. IX. 1916	Die Verwertung von Speiseresten, Küchenabfällen und sonstigen geeigneten Abfällen zu Futterzwecken beziehungsweise zur Verarbeitung zu Milchkraftfutter.
25. Kriegs-Stroh- und Torf-Gesellschaft m. b. H.	1. XI. 1915	Die Verteilung von Melasseträgern an die Melassefutterfabriken des Deutschen Reiches.
26. Hafer-Einkaufs-Gesellschaft m. b. H. (in Liquidation)	14. IX. 1915	Haferereinkauf f. Nahrungsmittelzwecke. Die Geschäfte gingen auf die Reichsgetreidestelle über.
27. Reichsstelle für die Versorgung mit Vieh und Fleisch (Reichsfleischstelle)	27. III. 1916	Regelung der Fleischversorgung, insbesondere der Aufbringung von Vieh und Fleisch im Reichsgebiet und deren Verteilung; Verteilung des aus dem Ausland eingeführten Schlachtviehs und Fleisches einschließlich der Fleischwaren.
28. Reichskommissar für die Fischversorgung	28. XI. 1916	Regelung des Absatzes und der Preise von Fischen und von Zubereitungen von Fischen sowie Maßnahmen zur Hebung des Fischfangs.
29. Kriegsgesellschaft für Teichfischverwertung m. b. H.	12. VII. 1916	Die gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung mit Erzeugnissen der Teichwirtschaft, insbesondere mit Karpfen und Schleien.
30. Fischereiförderung-Gesellschaft m. b. H.		Geschäftliche Maßnahmen zur Hebung der Fischversorgung und damit zusammenhängende Geschäfte.

Namen	Gründung	Aufgaben
31. Überwachungsstelle für Seemuscheln	2. XI. 1916	Überwachung des Fanges und des Handels mit Seemuscheln sowie Herstellung von Seemuschelkonserven.
32. Reichsverteilungsstelle für Nahrungsmittel und Eier (in Erweiterung der am 2. August 1916 gegründeten Reichsverteilungsstelle für Eier)	21. XI. 1916	Verteilung von Hafer- und Gerstefabrikaten, von Weizengraupen, Grieß, Teigwaren, Grünkern, von Sago und dergleichen, von Hülsenfrüchten (Buchweizen, Hirse). Herstellung u. Verteilung von Suppenfabrikaten, Speisepulvern, Würze, Würfeln und dergleichen. Verteilung der aus dem Auslande eingeführten und der aus den inländischen Überschußgebieten abzuliefernden Eier.
32a. Kriegsnahrungsmittelgesellschaft m. b. H.		Belieferung der Hersteller von Suppenwaren und ähnlichen Nahrungsmitteln und Rohstoffen.
33. Reichsstelle für Speisefette a) Verwaltungsabteilung	20. VII. 1916	Feststellung der Verbrauchsmengen an Speisefetten, die auf den Kopf der Bevölkerung kommen, und Aufstellung eines Verteilungsplans.
b) Geschäftsabteilung G. m. b. H.	20. VII. 1916	Abnahme, Bezahlung und Unterbringung der an sie abzuliefernden Fettmengen und Verwaltung der Bestände.
34. Zentralstelle für Beschaffung der Heeresverpflegung	11. VIII. 1914	Beschaffung des Gesamtbedarfs des Heeres an Roggen, Weizen, Mehl, Kleie, Hafer, Gerste und lebendem Vieh.

Namen	Gründung	Aufgaben
35. Landwirtschaftliche Betriebsstelle für Kriegswirtschaft a) Verwaltungsabteilung b) Geschäftsabteilung m. b. H.	VI. 1916 VI. 1916	Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung durch Unterstützung der Bewirtschaftung der besetzten Gebiete und durch Lieferung und Austausch landwirtschaftlicher Betriebsmittel und Erzeugnisse im Verkehr mit den besetzten Gebieten und mit den verbündeten Staaten.
36. Kriegsausschuß f. Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel G. m. b. H.	6. IV. 1916	Beschlagnahme, Einfuhr und Verteilung von Kaffee und Tee. Herstellung und Verteilung von Kaffeeersatzmitteln, Einfuhr von Rohstoffen für solche.
37. Kriegskakaogesellschaft	16. II. 1916	Beschlagnahme, Einfuhr und Verteilung von Rohkakao, Kakaoerzeugnissen, Kakaoabfällen, Schokoladen und dergleichen.
38. Zentralstelle für das Trocknungswesen	V. 1916	Förderung der Trocknung landwirtschaftlicher Erzeugnisse zur Gewinnung und Erhaltung von Nahrungs- und Futtermitteln. Auskunftsstelle für alle Fragen des Trocknungswesens.
39. Reichs-Trocknungsgesellschaft m. b. H.		Errichtung, Betrieb und Förderung von Anlagen zum Trocknen und Eindicken von Milch und anderen Nährstoffen tierischer und pflanzlicher Herkunft sowie von Sera, Nährboden und dergleichen.
40. Überwachungsstelle für Ammoniakdünger		Überwachung des Verkehrs mit Ammoniakdünger.

8. Die im Dezember 1918 geltenden Rationen der Versorgungsberechtigten sowie der Selbstversorger in der Oberverteilung

Als Rationen der Oberverteilung gelten die Sätze, die den Zuweisungen an die Kommunalverbände seitens der Reichsstellen oder der Landeszentralbehörden zugrunde liegen

Gegenstand	Selbstversorger	Versorgungsberechtigte	
		Grundration der Oberverteilung	Zulagen
Mehl (wöchentlich)	9 kg Getreide monatlich = 2000 g wöchentlich,	1680 g 140 g für Brodstreckung (soweit keine Kartoffelstreckung)	Zulagen zu d. Grundration: Schwerarbeiter 105 g Schwerstarbeiter 130 g
Nährmittel (monatlich)	2 kg Gerste od. Hafer 1 kg Hülsenfrüchte,	Schlüsselmäßige Verteilung, die je nach der Zusammensetzung der Bevölkerung 5 Gruppen unterscheidet. Das volle Schlüssel Soll in dieser beträgt: 250 g 500 „ 750 „ 1000 „ 1250 „ Im Durchschnitt der Wirtschaftsjahre 1917/18 sowie der Gruppen wurden 56,5 des vollen Schlüssel Solls verteilt.	
Kartoffeln (wöchentlich)	5250 g Außerdem 600 g für Brodstreckung	3500 g (ausschließlich 500 g Schwund) 750 g f. Brodstreckg.	Für Fabrikarbeiter, die an Massenspeisungen teilnehmen, wurden der Industrieversorgungsstelle 1,5 kg je Woche zugewiesen.

Gegenstand	Selbstversorger	Versorgungsberechtigte	
		Grundration der Oberverteilung	Zulagen
Verbrauchszucker (monatlich)	800 g je Kopf und Monat für die bürgerliche Bevölkerung, 120 g durchschnittlich je Kopf und Monat für Apotheken, Gasthäuser und Konditoreien, 250 g jährlich zur Erhöhung der Ration für Säuglinge und stillende Mütter. Ferner Verteilung von Einmachzucker in noch nicht feststehender Höhe (bisher 1500 g je Kopf).		
Zuckerhaltige Aufstrichmittel	Oberverteilung an die Bundesstaaten: Der für die Verteilung in den einzelnen Bundesstaaten bestimmte Schlüssel berücksichtigt die Einwohner der Gemeinden bis 5000 Einwohner einfach, von 5000—100 000 Einwohner zweifach, über 100 000 Einwohner dreifach, zieht bei den Gemeinden bis 5000 Einwohner die landwirtschaftliche Bevölkerung ab und rechnet bei allen Gemeinden die gewerblich Tätigen noch einmal hinzu. Unterverteilung an die Kommunalverbände in Preußen: je nach der Zusammensetzung der Bevölkerung 1250 g, 1000 g, 760 g, 500 g, 250 g je Monat.		
Dörrgemüse, Sauerkraut, Gemüsekonserven	Bisher galt derselbe Schlüssel wie für Brotaufstrichmittel. Das Heer wurde vorweg beliefert. Der verbleibende Rest wurde vorwiegend in Gegenden mit industrieller Bevölkerung verteilt, falls er für eine allgemeine Verteilung nicht ausreichte.		
Vollmilch (täglich)	Bis $\frac{1}{4}$ l täglich.	Stillende Mütter und Kinder im 1. und 2. Lebensjahr 1 l täglich 3. „ 4. „ $\frac{3}{4}$ l „ 5. „ 6. „ $\frac{1}{2}$ l „ Schwangere Frauen 3 Monate vor der Entbindung $\frac{3}{4}$ l „ Die übrige Bevölkerung erhält keine Milch.	
Fleisch (wöchentlich)	400 g gleichmäßig für alle Viehgattungen.	Höchstrationen: Industrieorte und Städte mit mehr als 100 000 Einw. 200 g 50 000—100 000 150 g unter 50 000 100 g.	Gesamtration der Zulageberechtigten: Schwerarbeiter* bis 250 g Schwerstarbeiter* bis 300 g dito unter Tag* bis 375 g

* In Berlin 50 g mehr.

Gegenstand	Selbstversorger	Versorgungsberechtigte	
		Grundration der Oberverteilung	Zulagen
Fett	100 g	70 g je Kopf und Woche einschl. der Zulagen; siehe nebenstehende Bemerkung.	Die Zulagen werden aus den 70 g der Oberverteilung von den Kommunalverbänden bestritten*, wodurch sich die Grundration in der Unterverteilung auf 50–60 g ermäßigt. Die Zulagen für Schwerstarbeiter erhöhen die Normalration bis auf 100 g je Woche. Dazu treten für Teilnehmer an Massenspeisungen 40 g, im Höchstfalle also 140 g je Woche.

* In Berlin, wo 70 g verteilt werden wird die Zulage aus besonderen Zuschüssen bestritten. Die Höchststration ist daher auch für die Unterverteilung 70 g, im Durchschnitt dagegen etwa 55 g.

9. Die Lebensmittelrationen in Berlin

Dezember 1918

(Beispiel für die Unterverteilung seitens der Kommunalverbände)

	Wochenmenge	Außerdem Zulagen (Sonderzulagen)
Brot	2350 g	Die früher verteilten Zulagen für Schwer- und Schwerstarbeiter sind seit Erhöhung der Mehlmenge um 40 g in Wegfall gekommen. Die aus der Oberverteilung für diese Zwecke zur Verfügung stehenden Mengen sind zur Erhöhung der Grundration auf nebenstehende Höhe verwandt worden.

	Wochenmenge	Außerdem Zulagen (Sonderzulagen)
Kartoffeln	3500 g	Die Zulage von 1,5 kg wird durch die Industriewerke meist in Form der Kantinenkost verabreicht.
Zucker	Erwachsene 187,5 g	Außerdem erhalten Kinder im 1. Lebensjahr 187,5 g " " 2. " 115,4 " " " 3.-7. " 57,7 "
Nährmittel im Wochendurchschnitt der Versorgungsperiode v. 15. Oktober bis 15. Dezember.	86 g	Jugendliche (7-17 Jahre) 46 g Kinder bis zum 4. Lebensjahre 118 g
Fleisch	250 g	Die Zulagen von 50 g für Schwerarbeiter und 100 g für Schwerstarbeiter gelangen nicht durch den Kommunalverband, sondern durch die Betriebe zur Verteilung.
Speisefett	70 g	25 g wöchentlich für Schwerarbeiter 70 g " " Schwerstarbeiter ferner noch 15 g für die an Massenspeisungen teilnehmenden Arbeiter in Form der Kantinenkost.
Vollmilch täglich (im Oktober)	Kinder im 1. u. 2. Lebensjahr 1 od. $\frac{3}{4}$ l im Durchschn. 0,95 l " " 3. u. 4. " $\frac{3}{4}$ " $\frac{1}{2}$ l " " 0,58 l " " 5. u. 6. " $\frac{1}{2}$ " $\frac{1}{1}$ l " " 0,43 l Schwangere Frauen $\frac{8}{4}$ l " " 0,75 l Kranke..... $\frac{1}{4}$ bis 1 l " " 0,34 l	
Zuckerhaltige Aufstrichmittel	270 g	
Eier	In den letzten 10 Wochen gelangten insgesamt 2 Eier zur Verteilung	
Fische	frisch 70 g Räucherware 11 g Konserven . 10 g Salzheringe . 8 g	

ANHANG

PLAN DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALGESCHICHTE DES WELT- KRIEGES

I.

HERAUSGEBER UND SCHRIFTFÜHRUNGEN

Generalherausgeber:

Professor Dr. James T. Shotwell

DEUTSCHLAND

Dr. Carl Melchior, Vorsitzender

Dr. Hermann Bücher

Dr. Carl Duisberg

Dr. A. Mendelssohn Bartholdy

Dr. Max Sering

Professor Dr. James T. Shotwell, ex officio

BELGIEN

Henri Pirenne, Herausgeber

FRANKREICH

Charles Gide, Vorsitzender

Arthur Fontaine

Henri Hauser

Charles Rist

Professor Dr. James T. Shotwell, ex officio

GRIECHENLAND

Professor A. Andreades, Herausgeber

GROSSBRITANNIEN

Sir William Beveridge, Vorsitzender

Professor H. W. C. Davis

Thomas Jones

J. M. Keynes

F. W. Hirst

Professor W. R. Scott

Professor Dr. James T. Shotwell, ex officio

ITALIEN

Senator Professor Luigi Einaudi, Vorsitzender

Professor Pasquale Jannaccone

Professor Umberto Ricci

Professor Dr. James T. Shotwell, ex officio

NIEDERLANDE

Professor H. B. Greven, Herausgeber

ÖSTERREICH UND UNGARN

GEMEINSAME SCHRIFTFÜHRUNG

Professor Dr. James T. Shotwell, Vorsitzender

ÖSTERREICHISCHE SCHRIFTFÜHRUNG

Minister a. D. Professor Dr. Friedrich Wieser, Vorsitzender
(† 26. Juli 1926)

Gesandter a. D. Richard Riedl

Sektionschef Professor Dr. Richard Schüller

UNGARISCHE SCHRIFTFÜHRUNG

Minister a. D. Dr. Gustav Gratz

SCHRIFTFÜHRUNG DER ABTEILUNG ÖFFENTLICHES GESUNDHEITSWESEN

Professor Dr. Clemens Pirquet

RUMÄNIEN

David Mitran, Herausgeber

RUSSLAND

Sir Paul Vinogradoff, Herausgeber († 19. Dezember 1925)

Michel Florinsky, Mitherausgeber

SKANDINAVISCHES STAATEN

Professor Harald Westergaard (Dänemark), Vorsitzender
Professor Eli F. Heckscher (Schweden)
Professor Dr. James T. Shotwell, ex officio

II.

GESAMTVERZEICHNIS DER BEITRÄGE

Die Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges besteht, wie im Vorwort des Generalherausgebers betont ist, aus selbständigen Monographien, deren Bearbeitung Autoren anvertraut ist, die durch Stellung oder Studium eine besondere Sachkunde für den von ihnen behandelten Gegenstand besitzen. Unter den in dem folgenden Verzeichnis aufgeführten Mitarbeitern finden sich mehr als dreißig ehemalige Minister und führende Männer der verschiedenen Kriegsverwaltungen; andere Mitarbeiter haben in der Kriegszeit Stellungen innegehabt, die ihnen gestatteten, die hier geschilderten Verhältnisse aus nächster Nähe zu beobachten. Ein ausführliches Verzeichnis der Autoren und ihrer Beiträge wird in den jährlichen Berichten des Leiters der Abteilung für Volkswirtschaft und Geschichte der Carnegie-Stiftung mitgeteilt und kann beim Verleger oder beim Sekretariat der Abteilung in New York, 405 West 117th Street, angefordert werden.

Das nachstehende Verzeichnis enthält die bereits veröffentlichten oder in Vorbereitung befindlichen Publikationen und wird von Zeit zu Zeit vermehrt beziehungsweise geändert werden. Die Publikationen, deren Titel unten angeführt werden, sind teils solche, die einen eigenen Band im Umfange von 300 bis 400 Seiten bilden, teils Monographien und Spezialstudien im Umfange von etwa 100 Seiten, die mit Abhandlungen ähnlichen Charakters zu einem Band vereinigt werden dürften. Bereits erschienene Werke sind durch ein Sternchen gekennzeichnet, Teilausgaben mit einem Doppelstern. Die Titel der nicht-deutschen Werke sind in enger Anlehnung an die Originaltitel übersetzt.

DEUTSCHE SERIE

- Bibliographie der deutschen Schriften und Abhandlungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges, von A. Mendelssohn Bartholdy und Eduard Rosenbaum. Mit einem Anhang über das deutsche Reichsarchiv und seine Bestände, von Ernst Müsebeck.
- Die Wirkungen des Krieges auf Verfassung und Verwaltung des Reichs und der Länder, von A. Mendelssohn Bartholdy.
- Die Staatsverwaltung der besetzten Gebiete:
 **Belgien, von Ludwig von Köhler;
 Baltikum, von Freiherrn von Gayl;
 Generalgouvernement Warschau, von Wolfgang von Kries.
- *Geistige und sittliche Wirkungen des Krieges in Deutschland:
 Der sittliche Zustand des deutschen Volkes unter dem Einfluß des Krieges, von Otto Baumgarten;
 Die Stellung der evangelischen Kirche, von Erich Foerster;
 Die Stellung der katholischen Kirche, von Arnold Rademacher;
 Der Krieg und die Jugend, von Wilhelm Flitner.
- Kriegskriminalität in Deutschland, von Moritz Liepmann.
- Die deutsche Volkswirtschaft unter dem Einfluß des Krieges, von Max Sering.
- Die Einwirkung des Krieges auf Bevölkerungsbewegung, Einkommen und Lebenshaltung in Deutschland:
 Die deutsche Bevölkerungsbewegung, von Rudolf Meerwarth;
 Die Folgen des Krieges für das Einkommen und die Lebenshaltung der deutschen Bevölkerung, von Adolf Günther;
 Die Lage der arbeitenden Klassen in Deutschland unter dem Einfluß des Krieges, von Waldemar Zimmermann.
- Deutschlands Gesundheitsverhältnisse unter dem Einfluß des Krieges, unter Mitwirkung der Fachgenossen Abel, Bonhoeffer, Breger, Brugsch, Fikentscher, Hahn, His, Jadassohn, Kerp, Langstein, Merkel, Möllers, v. Ostertag, Roesle, Rott, Rubner, Sellheim, Stephani, Steudel, Thiele, Thoms, herausgegeben und eingeleitet von F. Bumm.
- Organisation der deutschen Kriegswirtschaft und Bewirtschaft-

tung der Kriegsrohstoffe, von Heinrich G ö p p e r t und Otto G o e b e l.

Die Tätigkeit der ZEG. und das Zusammenwirken mit den Bundesgenossen, von Walter F r i s c h.

Die Bewirtschaftung der besetzten Gebiete:

Belgien und Nordfrankreich, von Georg J a h n;

Rumänien und Ukraine, von Fritz Karl M a n n;

Baltikum, von Freiherrn von G a y l;

Generalgouvernement Warschau, von Wolfgang von K r i e s.

Deutschlands Außen- und Innenhandel unter den Wirkungen des Krieges, von Julius H i r s c h.

Die deutschen Eisenbahnen im Kriege, von Eisenbahnpräsidenten S a r t e r.

Die deutsche Industrie am Schlusse des Krieges — Interessengemeinschaften und Kartelle, von Hermann B ü c h e r.

*Die deutschen Gewerkschaften im Kriege, von Paul U m b r e i t.
Mit einem Anhang über die gewerbliche Frauenarbeit während des Krieges, von Charlotte L o r e n z.

Der Einfluß des Krieges auf die deutsche Sozialpolitik, von W. D i e c k m a n n.

*Deutsche Kriegsernährungswirtschaft, von August S k a l w e i t.

*Der Einfluß des Krieges auf die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland, von Friedrich A e r e b o e.

*Die deutsche Staatsfinanzwirtschaft im Krieg, von Walther L o t z.

Deutsches Bank- und Börsenwesen im Krieg. (Verfasser noch zu bestimmen.)

Allgemeine Lehren der Kriegsverwaltung und Kriegswirtschaft. (Verfasser noch zu bestimmen.)

AMERIKANISCHE SERIE

*Einleitung in die amtlichen amerikanischen Quellen für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges, von Waldo G. L e l a n d und Dr. Newton D. M e r e n e s s.

Industriekontrolle in den Vereinigten Staaten während der Kriegszeit, von Professor Alvin S. J o h n s o n.

Kriegsgeschichte der amerikanischen Eisenbahnen und Transportpolitik während des Krieges, von Walker D. H i n e s.

Finanzgeschichte des Krieges: Einkommen, Kriegsbesteuerung usw., von Professor Thomas Sewall A d a m s.

Kriegskontrollmaßnahmen in den Vereinigten Staaten, von Professor Edwin F. G a y.

(Weitere Bände folgen.)

BELGISCHE SERIE

Belgien und der Weltkrieg, von H. P i r e n n e.

Deportation belgischer Arbeiter und Zwangsarbeit der Zivilbevölkerung während der deutschen Besetzung Belgiens, von Fernand P a s s e l e c q.

*Die Lebensmittelversorgung Belgiens während der deutschen Besetzung, von Albert H e n r y.

*Die deutsche Gesetzgebung und Verwaltung in Belgien, von J. P i r e n n e und M. V a u t h i e r.

*Die Arbeitslosenunterstützung in Belgien während der deutschen Besetzung, von Ernest M a h a i m.

*Die belgische Industrie während der deutschen Besetzung (1914 bis 1918), von Graf Ch. de K e r c h o v e.

*Die Wirtschaftspolitik der belgischen Regierung während des Krieges, von F. G. v a n L a n g e n h o v e.

BULGARISCHE SERIE

Die wirtschaftlichen Folgen des Krieges auf Bulgarien, von G. T. D a n a i l o v.

FRANZÖSISCHE SERIE

*Methodische Bibliographie der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Frankreichs während des Krieges, von Camille B l o c h.

Die Organisation der französischen Regierung während des Krieges:

**Die Formen der Kriegsregierung, von Pierre R e n o u v i n.

**Das Problem des Regionalismus, von Henri H a u s e r.

Die Verwaltungsämter während des Krieges, ihre Geschichte und Archive, von Armand B o u t i l l i e r d u R e t a i l.

****Die Organisation der Republik für den Frieden, von Henri Chardon.**

***Die Kontrolle der Lebensmittelversorgung der Zivilbevölkerung, von Pierre Pinot.**

***Die Landwirtschaft während des Krieges, von Michel Augé-Laribé.**

Der Krieg und die französische Industrie:

***Die französische Industrie während des Krieges, von Arthur Fontaine.**

Die Organisation der Kriegsindustrien, von Albert Thomas.

***Die Textilindustrie in Frankreich während des Krieges, von Albert Aftalion.**

Die Metallindustrien, von L. Pralon, P. Richmond und L. Baraduc-Müller.

Die chemischen Industrien, von Eugène Maucière.

Die mineralischen Brennstoffe, von Henri de Peyerimhoff.

****Die hydroelektrischen Kräfte, von Raoul Blanchard.**

***Die Nutzhölzer, von General Georges Chevalier.**

Der Krieg und die Arbeit (3 Bände):

Löhne, Tarife, Kollektivverträge und Streiks, von William Oualid und C. Picquénard.

Arbeitslosigkeit und Beschäftigung, von A. Créhange.

Der Syndikalismus, von Roger Picard.

****Arbeitskräfte aus dem Ausland und den Kolonien, von B. Nogaró und Oberstleutnant Lucien Weil.**

****Gesundheits- und Arbeitsverhältnisse der Frauen während des Krieges, von Marcel Frois.**

Wirtschaftliche Folgen des Krieges in den Invasionsgebieten:

Die Organisation der Arbeit in den französischen Invasionsgebieten während der Besetzung, von Pierre Boulín.

Die Lebensmittelversorgung der Invasionsgebiete, von Paul Collinet und Paul Stahl.

Die Kriegsschäden Frankreichs, von Edmond Michel.

Flüchtlinge und Kriegsgefangene:

Die Flüchtlinge, von Pierre Caron.

Die Kriegsgefangenen in Frankreich, von Georges Cahen-Salvador.

Der Krieg und der Handel:

Frankreich und die interalliierte Wirtschaftspolitik (2 Bände),
von Etienne Clémentel.

Der Krieg und der französische Handel, eine allgemeine
Studie von Charles Rist.

Der Krieg und die französische Handelsflotte:

Seetransporte: die Handelsflotte, von Cargadel.

Die französischen Häfen während des Krieges, von Georges
Hersent.

Der Krieg und das Transportwesen:

*Politik und Betrieb der Eisenbahntransporte während des
Krieges, von Marcel Peschoud.

**Die französische Binnenschifffahrt während des Krieges,
von Georges de Kerviler.

Der Krieg und die französischen Finanzen:

**Die Kriegsfinanzen Frankreichs, von Henri Truchy.

Der französische Geld- und Finanzmarkt während des
Krieges, von Albert Aupetit.

Die Kriegskosten Frankreichs:

*Die Kriegsausgaben Frankreichs, von Gaston Jèze.

Die Kriegskosten Frankreichs, von Charles Gide und Ga-
ston Jèze.

Der Krieg und das soziale Leben:

**Die Bekämpfung der Teuerung durch die privaten Organi-
sationen, von Charles Gide und Daudé-Bancel.

Wohnungsproblem und Großstadtfragen, von Henri Sel-
lier und A. Bruggeman.

Bevölkerung und Einkommen in Frankreich, von Michel
Huber.

*Die Bewegung der Preise und Löhne während des Krieges,
von Lucien March.

Der Krieg und die Volksgesundheit:

Die Wahrung der Volksgesundheit während des Krieges,
von Dr. Léon Bernard.

Die Kriegsverstümmelten, von Cassin und de Ville-
Chabrolle.

Erinnerungen und Eindrücke aus den Schützengräben, von Jean
Norton Cru.

Studien zur Lokalgeschichte (2 Bände):

- **Paris während des Krieges, von Henri Sellier, A. Brugeman und Marcel Poëte.
- **Lyon während des Krieges, von Edouard Herriot.
- **Marseille während des Krieges, von Paul Masson.
- **Rouen während des Krieges, von J. Levainville.
- **Das Wirtschaftsleben in Bordeaux während des Krieges, von Paul Courteault.
- **Bourges während des Krieges, von Claude-Joseph Gignoux.
- **Tours und der Krieg, eine wirtschaftliche und soziale Studie, von Michel Lhéritier und Camille Chaumpeps.

Der Krieg und die französischen Kolonien:

- **Nordafrika, von Augustin Bernard.

Die französischen Kolonien während des Krieges, von Arthur Girault.

GRIECHISCHE SERIE

Wirtschaftliche und soziale Wirkungen des Krieges auf Griechenland, eine Reihe von Einzelstudien, herausgegeben von Professor A. A n d r e a d e s (insgesamt 1 Band):

- Die Kriegsfinanzen Griechenlands, von A. A n d r e a d e s.
- Die griechische Handelsmarine und der Krieg, von A. A n d r e a d e s.
- Die Wirkungen des Krieges auf die Bevölkerung Griechenlands, von A. A. P a l l i s.
- Die griechische Landwirtschaft im Kriege, von B. S i m o n i d e s.
- Die Folgen des Krieges für den griechischen Binnenverkehr, von M. K o r o n i s.
- Die Wirkungen des Krieges auf die griechische Industrie, von G. C h a r i t a k i s.
- Die Wirkungen des Krieges auf die Arbeiterfrage und die Sozialgesetzgebung, von D. K a l i t s u n a k i s.
- Die Wirkung des Krieges auf das Wirtschaftsleben im allgemeinen, von K. V a r v a r e s s o s.

GROSSBRITANNISCHE SERIE

*Bibliographische Übersicht über die zeitgenössischen Quellen für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Krieges, von Miß M. E. Bulkley.

*Handbuch der Archivverwaltung, mit Einschluß der Fragen der Kriegsarchive und der Archivanlage, von Hilary Jenkinson.

*Britische Archive und die Quellen für die Geschichte des Weltkrieges, von Dr. Hubert Hall.

Die Kriegsregierung von Großbritannien und Irland (mit besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse), von Professor W. G. S. Adams.

*Die Kriegsregierung der britischen Dominions, von Professor A. B. Keith.

*Preise und Löhne im Vereinigten Königreich 1914—1920, von Professor A. L. Bowley.

*Britische Kriegsbudgets, von F. W. Hirst und J. E. Allen.

Die Besteuerung, die Kriegseinkommen und Kriegsgewinne, von Sir Josiah C. Stamp.

*Der Krieg und das Versicherungswesen, eine Reihe von Monographien:

Einleitung, von Sir William Beveridge; Schiffsverkehrsversicherung von Sir Norman Hill; Feuerversicherung, von S. Preston und A. E. Sich; Lebensversicherung, von S. G. Warner; Gesundheitsversicherung und Unterstützungsvereine, von Sir Alfred W. Watson; Arbeitslosenversicherung, von Sir William Beveridge; Sparkassenbewegung, von Sir William Schooling.

*Versuche staatlicher Bewirtschaftung durch das Kriegs- und das Ernährungsministerium, von E. M. H. Lloyd.

Britische Nahrungsmittelkontrolle, von Sir William Beveridge.

*Die Nahrungsmittelerzeugung während des Krieges, von Sir Thomas H. Middleton.

Die Wirkung des Krieges auf die britischen Textilindustrien:

**Das Baumwollkontrollamt, von H. D. Henderson.

*Die Schiffsverkehrskontrolle der Alliierten, ein Versuch internationaler Verwaltung, von Sir J. Arthur Salter.

*Krieg und Schifffahrt, von C. Ernest Fyale.

- *Der britische Kohlenbergbau während des Krieges, von Sir R. A. S. Redmayne.
- Die britische Eisen- und Stahlindustrie während des Krieges, von W. T. Layton.
- Die britischen Arbeitervereinigungen und der Krieg:
 - **Gewerkschaftswesen und Munitionsindustrie, von G. D. H. Cole.
 - **Die Arbeiterschaft im Kohlenbergbau (1914—1921), von G. D. H. Cole.
 - **Werkstättenorganisation, von G. D. H. Cole.
- *Der Arbeitsmarkt und seine Regelung, von Humbert Wolfe.
- Die Wirkung des Krieges auf die Volksgesundheit:
 - Die gesundheitlichen Verhältnisse in England während des Krieges, von Dr. A. W. J. Macfadden;
 - Die Gesundheitsverhältnisse der heimgekehrten Soldaten, von Dr. E. Cunyngham Brown.
- *Die Industrien des Clyde-Tales während des Krieges, von Professor W. R. Scott und J. Cunnison.
- *Das ländliche Schottland während des Krieges, eine Monographienreihe, mit einer Einleitung herausgegeben von Professor W. R. Scott:
 - Schottische Fischerei, von D. T. Jones; Schottische Landwirtschaft mit besonderer Berücksichtigung der Nahrungsmittelerzeugung, von H. M. Conacher; Die schottische landwirtschaftliche Arbeiterschaft, von J. F. Duncan; Schottische Landsiedelung, von W. R. Scott; Anhang über die Jute-Industrie in Schottland während des Krieges, von J. P. Day.
- Wales im Weltkriege, von Thomas Jones.
- Führer zum Studium der Kriegswirtschaft:
 - Verzeichnis der staatlichen Kriegswirtschaftsorganisationen, von Dr. N. B. Dearle;
 - Wirtschaftschronik des Krieges, von Dr. N. B. Dearle.
- Die Kriegskosten Großbritanniens (Verfasser noch nicht bestimmt).
- Studien zur Sozialgeschichte Englands während des Weltkrieges (Verfasser noch nicht bestimmt).

JAPANISCHE SERIE

- Einfluß des Krieges auf die Produktion von Rohmaterialien in Japan, von Mr. K o b a y a s h i.
 Einfluß des Krieges auf die japanische Industrie, von Mr. O g a w a.
 Einfluß des Krieges auf den japanischen Handel, von Mr. Y a m a z a k i.
 Einfluß des Krieges auf das japanische Transportwesen, von Mr. M a t s u o k a.
 Einfluß des Krieges auf die japanischen Finanzen und den Geldmarkt, von Mr. O n o.
 Soziale Wirkungen des Krieges auf Japan, von Mr. K o b a y a s h i.

ITALIENISCHE SERIE

- Bibliographie der wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Krieges, von Professor Vincenzo P o r r i, mit einer Einleitung über die Sammlung und Benützung der Kriegsurkunden, von Comm. Eugenio C a s a n o v a.
 *Die kriegswirtschaftliche Gesetzgebung, von Professor Alberto d e S t e f a n i.
 Die landwirtschaftliche Produktion in Italien 1914—1919, von Professor Umberto R i c c i.
 Die bäuerlichen Klassen Italiens während des Krieges, von Professor Arrigo S e r p i e r i.
 *Nahrungsmittelversorgung und -politik in Italien, von Professor Riccardo B a c h i.
 *Die Nahrungsmittelversorgung der italienischen Armee, von Professor Gaetano Z i n g a l i.
 *Kriegsfinanzen, von Professor Luigi E i n a u d i.
 Die Kriegskosten Italiens, von Professor Luigi E i n a u d i.
 Die Papiergeldinflation in Italien und ihre Wirkungen auf die Preise, die Einkommen und die ausländischen Wechselkurse, von Professor Pasquale J a n n a c c o n e.
 Die Volksgesundheit in Italien in und nach dem Kriege, von Professor Giorgio M o r t a r a.
 Das italienische Volk in und nach dem Kriege, von Professor Gioacchino V o l p e.

- *Piemont und die Wirkungen des Krieges auf sein wirtschaftliches und soziales Leben, von Professor Giuseppe P r a t o.

JUGOSLAWISCHE SERIE

Die wirtschaftliche Lage Serbiens bei Kriegsausbruch und während des ersten Kriegsjahres, von Professor Velimir B a j s k i t c h.

Wirtschaftliche und soziale Wirkungen des Weltkrieges auf Serbien, von Professor Dragoliub Y o v a n o v i t c h.

Wirtschaftliche und soziale Wirkungen des Krieges auf Jugoslawien (Verfasser noch zu bestimmen).

NIEDERLÄNDISCHE SERIE

*Die Kriegsfinanzen in den Niederlanden bis zum Jahre 1918, von Dr. M. J. v a n d e r F l i e r.

*Die Kriegsfinanzen in den Niederlanden 1918—1922:

Die Kriegskosten, von Professor Dr. H. W. C. B o r d e w y c k.

Bankwesen und Währung, von Dr. G. V i s s e r i n g und Dr. J. W e s t e r m a n H o l s t y n.

*Wirtschaftliche und soziale Wirkungen des Krieges auf die Niederlande:

Holländische Industrie, von C. J. P. Z a a l b e r g.

Hollands Handel und Schifffahrt, von E. P. d e M o n c h y.

Nahrungsmittelversorgung und Landwirtschaft, von Dr. F. E. P o s t h u m a.

Wohnungsproblem 1914—1922, von Dr. H. J. R o m e y n.

Preise, Löhne und Lebenskosten, von Professor Dr. H. W. M e t h o r s t.

*Die Wirkungen des Krieges auf die holländischen Kolonien, von Professor Dr. J. H. C a r p e n t i e r A l t i n g und de C o c k B u n i n g.

ÖSTERREICHISCHE UND UNGARISCHE SERIE

ABTEILUNG ÖSTERREICH-UNGARN

*Das Geldwesen im Kriege, vom Präsidenten der Ungarischen Nationalbank, Minister a. D., vormals Gouverneur der Österr.-ungar. Bank Dr. Alexander P o p o v i c s.

- Die militärische Kriegswirtschaft; eine Reihe von Monographien unter der Leitung von Minister a. D. Professor Dr. Friedrich Wieser, den Generalen Hoen und Krauß und Oberstleutnant Glaise-Horstenaus.
- Die Kriegswirtschaft in den okkupierten Gebieten:
 Serbien, Montenegro, Albanien, von General Hugo Kerschawe.
 Italien, von General Ludwig Leidl.
 Rumänien, von Generalkonsul Felix Sobotka.
 Ukraine, von General Alfred Krauß.
 Polen, von Major Rudolf Mitzka.
- Die Kriegskosten Österreich-Ungarns, von Präsident Dr. Friedrich Hornik.
- *Die äußere Wirtschaftspolitik Österreich-Ungarns: »Mittel-europäische Pläne«, von Minister a. D. Dr. Gustav Gatz und Sektionschef Professor Dr. Richard Schüller.
- Die Erschöpfung und Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie (Verfasser noch zu bestimmen).

ABTEILUNG ÖSTERREICH

- *Bibliographie der Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges, von Professor Dr. Othmar Spann.
- Der Einfluß des Weltkrieges auf Geist und Sitte der Gesellschaft, von Bundeskanzler Dr. Ignaz Seipel.
- *Österreichische Regierung und Verwaltung im Weltkriege, von Minister a. D. Professor Dr. Joseph Redlich.
- Die Regelung der Industrie im Kriege, eine Reihe von Monographien unter der Leitung des Gesandten a. D. Richard Riedl.
- *Die Regelung der Volksernährung im Kriege, von Staatssekretär a. D. Dr. Hans Loewenfeld-Ruß.
- *Die Regelung der Arbeitsverhältnisse im Kriege, eine Reihe von Monographien unter der Leitung von Staatssekretär a. D., Abgeordneten Ferdinand Hantsch† und Sektionschef a. D. Professor Dr. Emanuel Adler.
- Die österreichischen Eisenbahnen im Kriege, von Sektionschef Ing. Bruno Enderes; Das militärische Verkehrswesen, von General Ing. Emil Rattenhofer.

- *Die Kohlenversorgung in Österreich während des Krieges, von Minister a. D. Ing. Emil H o m a n n = H e r i m b e r g.
Krieg und Kriminalität, von Professor Dr. Franz E x n e r.

ABTEILUNG UNGARN

- Die Geschichte der Kriegswirtschaft Ungarns, ein allgemeiner Überblick, von Minister a. D. Dr. Gustav G r a t z.
Die Wirkungen des Krieges auf die Staatsverwaltung und die öffentliche Meinung in Ungarn, von Minister a. D. Graf Albert A p p o n y i.
Die Industrie Ungarns während des Krieges, von Minister a. D. Baron Joseph S z t e r é n y i.
Der Handel Ungarns während des Krieges, von Staatssekretär a. D. Dr. Alexander von M a t l e k o v i t s.
Die Finanzwirtschaft Ungarns während des Krieges, von Minister a. D. Dr. Johann von T e l e s z k y.
Die landwirtschaftliche Produktion Ungarns während des Krieges, von Generalsekretär Dr. Karl von M u s c h e n b a c h e r;
die Regelung der Volksernährung in Ungarn, von Professor Johann B u d.
Die sozialen Verhältnisse in Ungarn während des Krieges, von stellv. Staatssekretär Dr. Desiderius P a p.

ABTEILUNG FÜR VOLKSGESUNDHEIT IN ÖSTERREICH
UND UNGARN

- *Studien über Volksgesundheit und Krieg. Allgemeine Übersicht, von Professor Dr. Clemens P i r q u e t. Eine Reihe von Monographien, verfaßt von den Doktoren K. Biehl, J. Bokay, B. Breitner, C. Economo, A. Edelmann, A. Eiselsberg, H. Elias, E. Finger, C. Helly, J. Hockauf, A. Juba, K. Kassowitz, C. Kirchenberger, J. Kyrle, E. Lazar, E. Mayerhofer, A. Müller-Deham, E. Nobel, Cl. Pirquet, E. Přibram, W. Raschofsky, F. Reischel, G. Schacherl, B. Schick, J. Steiner, R. Wagner, unter der Leitung von Professor Dr. Clemens P i r q u e t.

RUMÄNISCHE SERIE

- Die agrarische Umwälzung in Rumänien und Südosteuropa, von D. M i t r a n y.

Die Wirkung der feindlichen Besetzung Rumäniens, von Dr. G. Antipa.

Die Wirkung des Krieges auf die Volksgesundheit in Rumänien, von Professor J. Cantacuzino.

Die Wirkung des Krieges auf das rumänische Wirtschaftsleben (Verfasser noch zu bestimmen).

Die Wirkung des Krieges auf die rumänische Industrie, von M. Busila.

Die Wirkung des Krieges auf die rumänische Landwirtschaft, von J. Sisesti.

Rumänische Kriegsfinanzen, von Vintila Bratianu.

RUSSISCHE SERIE

(bis zur bolschewistischen Revolution)

Die Wirkungen des Krieges auf die Regierung und die Staatsfinanzen Rußlands:

Die Wirkungen des Krieges auf die Zentralregierung, von Professor Paul P. Gronsky.

Die Staatsfinanzen während des Krieges, von Alexander M. Michelson.

Der russische Staatskredit während des Krieges, von Paul N. Apostol.

Die Wirkungen des Krieges auf die Währung und das Bankwesen Rußlands:

Die Währung Rußlands während des Krieges, von Professor Michel B. Bernadsky.

Die Gemeinden und Semstvos während des Krieges:

Die Semstvos in Frieden und Krieg, von Fürst I. Lvoff.

Die Wirkung des Krieges auf die russischen Kommunen und die allrussische Städteunion, von N. I. Astroff.

Die Semstvos, die allrussische Union der Semstvos und die »Zemgor«, von Fürst Vladimir A. Obolensky und T. G. Polner.

Der Krieg und die geistige Verfassung der Semstvos-Arbeiter, von Isaak V. Shklovsky.

Die Wirkungen des Krieges auf die genossenschaftliche Bewegung in Rußland:

Die Wirkung des Krieges auf die landwirtschaftlichen Ge-

nossenschaften und das genossenschaftliche Kreditwesen,
von Professor A. N. Anziferoff.

Konsum-Genossenschaften in Rußland während des Krieges,
von Professor Kayden.

Die russische Armee im Weltkriege, eine sozialhistorische Studie
von General Nikolaus N. Golovine.

Die Agrarpolitik Rußlands und der Krieg, von Professor A. N.
Anziferoff, Professor Alexander D. Bilimovitsch
und M. O. Batscheff.

Die Wirkung des Krieges auf Landbesitz und Siedlung in Ruß-
land, von Professor Alexander D. Bilimovitsch und
Professor V. A. Kossinsky.

Die Nahrungsmittelversorgung Rußlands während des Krieges,
von Professor Peter B. Struve.

Die staatliche Kontrolle der russischen Industrie während des
Krieges, von Simon O. Zagorsky.

Die Wirkungen des Krieges auf die russischen Industrien:

Kohlenbergbau, von Boris N. Sokoloff.

Chemische Industrie, von Mark A. Landau.

Flachs- und Wollindustrie, von Sergius N. Tretiakoff.

Petroleumindustrie, von Alexander M. Michelson.

Die Wirkungen des Krieges auf die Arbeits- und Industriever-
hältnisse:

Die Löhne während des Krieges, von Anna G. Eisen-
stadt.

Die Änderungen der Lage und der Zusammensetzung der
arbeitenden Klassen, von W. T. Braithwaite.

Die Wirkungen des Krieges auf Handel und Verkehr:

Der russische Binnenhandel während des Krieges, von Paul
A. Buryschkin.

Rußland und der Wirtschaftskrieg, von Professor Boris E.
Nolde.

Die Wirkungen des Krieges auf die Transportverhältnisse Ruß-
lands, von Michael B. Braikevitsch.

Die Wirkungen des Krieges auf Erziehung und Volksgesundheit
in Rußland:

Die Elementar- und Sekundärschulen während des Krieges,
von Professor D. M. Odinetz.

- Die Universitäten und akademischen Einrichtungen während des Krieges, von Professor P. J. N o v g o r o d z o f f.
 Sozialgeschichte der Ukraine während des Krieges, von Nikolaus M. M o g i l a n s k y.
 Die Bevölkerungsstatistik Rußlands während des Krieges, von Stanislas S. K o h n.
 Rußland im Weltkrieg, eine historische Synthese (Verfasser noch zu bestimmen).

SKANDINAVISCHES SERIE

- *Beitrag zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schwedens während und nach dem Weltkrieg, herausgegeben von Eli F. H e c k s c h e r:
 Einleitende Übersicht von Eli F. H e c k s c h e r.
 Lebensmittel-Politik und Lebensmittel-Versorgung 1914 bis 1922, von Carl M a n n e r f e l t.
 Die Industrien und ihre Regelung 1914—1923, von Olof E d s t r ö m.
 Soziale Verhältnisse und Sozial-Politik 1914—1925:
 Die schwedische Lohnarbeiterschaft 1914—1924, von Olof E k b l o m; Arbeitslosen-Politik 1914—1924, von Otto J ä r t e und Fabian v o n K o c h; Wohnungsmarkt und Mietenregelung 1914—1923, von K. G. T h a m.
 Geldwesen und Geldpolitik vom Ausbruch des Krieges bis zur internationalen Wiederherstellung des Goldmünzfußes 1914—1925, von Eli F. H e c k s c h e r.
 Handels- und Schifffahrts-Politik unter dem Einfluß des Weltkrieges, von Kurt B e r g e n d a l.
 Norwegen und der Weltkrieg, von Dr. Wilhelm K e i l h a u.
 Die wirtschaftlichen Wirkungen des Krieges auf Dänemark, von Dr. Einar C o h n; mit einer Abteilung über Island, von Thorstein T h o r s t e i n s s o n.

TSCHSCHOSLOWAKISCHE SERIE

- *Die Finanzpolitik der Tschechoslowakei während des ersten Jahres ihrer Geschichte, von Dr. A. R a š i n.
 Die Wirkung des Krieges auf das tschechoslowakische Volk, eine Reihe von Studien unter der Leitung des Präsidenten Dr. Th. G. M a s a r y k.

SERIE VON ÜBERSETZUNGEN UND VERKÜRZTEN AUSGABEN

(in englischer Sprache)

*Die französische Industrie während des Krieges, von Arthur Fontaine.

*Landwirtschaft und Lebensmittelversorgung in Frankreich während des Krieges, von Michel Augé-Laribé und Pierre Pinot.

Die Kriegsfinanzen und Ausgaben Frankreichs, von Henri Truchy und Gaston Jèze.

*Die Formen der Kriegsregierung in Frankreich, von Pierre Renouvin.

Die Organisation der Arbeit in den französischen Invasionsgebieten während der Besetzung, von Pierre Boulin.

»Mitteleuropa«, die Vorbereitung eines neuen wirtschaftlichen Zusammenschlusses, von Minister a. D. Dr. Gustav Gratz und Professor Dr. Richard Schüller.

Österreichische Regierung und Verwaltung im Weltkriege, von Minister a. D. Professor Dr. Joseph Redlich.

(Weitere Bände in Vorbereitung.)

III.

VERZEICHNIS DER ERSCHIENENEN BEITRÄGE UND DER VERLEGER

Die Herausgabe der Monographien geschieht unter der Oberleitung der Yale University Press im Verein mit den Verlegern in den einzelnen Ländern. Jedes erscheinende Werk kann nicht nur durch den Verleger des Landes, in welchem das Werk erscheint, sondern auch durch den Verleger jedes anderen Landes bezogen werden.

Nachstehend mit den Originaltiteln angeführte Bände sind erschienen oder werden demnächst erscheinen:

DEUTSCHE SERIE

Die deutsche Staatsfinanzwirtschaft im Kriege, von Walther Lotz. 1927.

- Die Staatsverwaltung der besetzten Gebiete, Erster Band: Belgien, von Ludwig von Köhler. 1927.
- Geistige und sittliche Wirkungen des Krieges in Deutschland. 1927.
- Der sittliche Zustand des deutschen Volkes unter dem Einfluß des Krieges, von Otto Baumgarten;
- Die Stellung der evangelischen Kirche, von Erich Foerster;
- Die Stellung der katholischen Kirche, von Arnold Rademacher;
- Der Krieg und die Jugend, von Wilhelm Flitner.
- Der Einfluß des Krieges auf die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland, von Friedrich Aereboe. 1927.
- Deutsche Kriegsernährungswirtschaft, von August Skalweit. 1927.
- Die deutschen Gewerkschaften im Kriege, von Paul Umbreit.
- Mit einem Anhang über die gewerbliche Frauenarbeit während des Krieges, von Charlotte Lorenz. 1927.

AMERIKANISCHE SERIE

- Introduction to the American Official Sources for the Economic and Social History of the World War, by Waldo G. Leland and Newton D. Mereness. 1926.

BELGISCHE SERIE

- Le Ravitaillement de la Belgique pendant l'occupation allemande, par Albert Henry. 1924.
- La Législation et l'Administration allemandes en Belgique, par J. Pirenne et M. Vauthier. 1925.
- Le Secours de Chômage en Belgique pendant l'occupation allemande, par Ernest Mahaim. 1926.
- L'Industrie belge pendant l'occupation allemande (1914—1918), par le Comte Charles de Kerchove de Denterghem. 1927.
- L'Action du gouvernement belge en matière économique pendant la guerre, par F. G. van Langenhove. 1927.

FRANZÖSISCHE SERIE

- Bibliographie méthodique de l'histoire économique et sociale de la France pendant la guerre, par Camille Bloch. 1925.

- Le Problème du régionalisme, par Henri Hausser. 1924.
- L'Industrie textile en France pendant la guerre, par Albert Aftalion.
- Les Forces hydro-électriques pendant la guerre, par Raoul Blanchard.
- L'Industrie française pendant la guerre, par Arthur Fontaine.
- Lyon pendant la guerre, par Edouard Herriot.
- L'Agriculture pendant la guerre, par Michel Augé-Laribé.
- Le Contrôle du ravitaillement de la population civile, par Pierre Pinot.
- La Vie économique à Bordeaux pendant la guerre, par Paul Courteault. 1925.
- Les Formes du gouvernement de guerre, par Pierre Renouvin. 1925.
- Mouvement des prix et des salaires pendant la guerre, par Lucien March. 1925.
- La Main-d'œuvre étrangère et coloniale pendant la guerre, par le professeur B. Nogaro et le lieutenant-colonel Lucien Weil. 1926.
- Tours et la guerre, étude économique et sociale, par Michel Lhéritier et Camille Chautemps. 1926.
- Les Dépenses de guerre de la France, par Gaston Jèze. 1926.
- Les Finances de guerre de la France, par Henri Truchy. 1926.
- La Navigation intérieure en France pendant la guerre, par G. de Kerviler. 1926.
- Rouen pendant la guerre, par J. Levainville. 1926.
- Politique et fonctionnement des transports par chemin de fer pendant la guerre, par Marcel Peschoud. 1926.
- La Santé et le travail des femmes pendant la guerre, par Marcel Frois. 1926.
- Paris pendant la guerre, par Henri Sellier, A. Bruggeman et Marcel Poëte. 1926.
- Marseille pendant la guerre, par P. Masson. 1926.
- Bourges pendant la guerre, par C. J. Gignoux. 1926.
- L'Afrique du nord pendant la guerre, par Augustin Bernard. 1926.
- L'Organisation de la République pour la paix, par H. Chardon. 1926.

De la Lutte contre la cherté par les organisations privées, par Charles Gide et Daudé-Bancel. 1926.

GROSSBRITANNISCHE SERIE

Allied Shipping Control; an Experiment in International Administration, by J. A. Salter. 1921.

War Government of the British Dominions, by Arthur Berriedale Keith. 1921.

Prices and Wages in the United Kingdom, 1914—1920, by Arthur L. Bowley. 1921.

A Manual of Archive Administration, including the Problems of War Archives and Archive Making, by Hilary Jenkins. 1922.

The Cotton Control Board, by Hubert D. Henderson. 1922.

Bibliographical Survey of Contemporary Sources for the Economic and Social History of the War, by M. E. Bulkley. 1922.

Labour Supply and Regulation, by Humbert Wolfe. 1923.

The British Coal-Mining Industry during the War, by Sir Richard A. S. Redmayne. 1923.

Food Production in War, by Sir Thomas Hudson Middleton. 1923.

Workshop Organization, by G. D. H. Cole. 1923.

Trade Unionism and Munitions, by G. D. H. Cole. 1923.

Labour in the Coal-Mining Industry, 1914—1921, by G. D. H. Cole. 1923.

Experiments in State Control at the War Office and the Ministry of Food, by E. M. H. Lloyd. 1924.

The Industries of the Clyde Valley during the War, by W. R. Scott and J. Cunnison. 1924.

British Archives and the Sources for the History of the World War, by Hubert Hall. 1925.

Rural Scotland during the War; a series of studies under the direction of Professor W. R. Scott. 1926.

British War Budgets, by F. W. Hirst and J. E. Allen. 1926.

War and Insurance, by Sir Norman Hill; S. G. Warner Sidney Preston and A. E. Sich; Sir A. W. Watson; Sir William Beveridge; Sir William Schooling. With an Introduction by Sir William Beveridge. 1927.

The War and the Shipping Industry, by C. Ernest Fyfe. 1927.

ITALIENISCHE SERIE

Giuseppe P r a t o: Il Piemonte e gli effetti della guerra sulla sua vita economica e sociale. 1925.

Alberto d e S t e f a n i: La legislazione economica della guerra. 1926.

Riccardo B a c h i: L'alimentazione e la politica annonaria in Italia. 1926.

Gaetano Z i n g a l i: Il rifornimento dei viveri dell'esercito italiano. 1926.

Luigi E i n a u d i: Finanza di guerra. 1927.

NIEDERLÄNDISCHE SERIE

(in englischer Sprache)

War Finances in the Netherlands up to 1918, by M. J. v a n d e r F l i e r. 1923.

War Finances in the Netherlands, 1918—1922: The Costs of the War, by Professor Dr. H. W. C. B o r d e w y c k; The Effect of the War upon Banking and Currency, by Dr. G. V i s s e r i n g and Dr. J. W e s t e r m a n H o l s t y n (1 Band). 1927.

The Effect of the War upon the Manufacturing Industry, by Mr. C. J. P. Z a a l b e r g; The Effect of the War upon Commerce and Navigation, by Mr. E. P. d e M o n c h y; The Effect of the War upon Supplies and upon Agriculture, by Dr. F. E. P o s t h u m a; The Effect of the War upon the Housing Problem, 1914—1922, by Dr. H. J. R o m e y n; The Effect of the War upon Prices, Wages, and the Cost of Living, by Professor Dr. H. W. M e t h o r s t (1 Band). 1927.

The Effect of the War upon the Colonies, by Professor Dr. J. H. C a r p e n t i e r A l t i n g and Mr. d e C o c k B u n i n g (1 Band). 1927.

ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHE SERIE

Bibliographie der Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges, von Professor Dr. Othmar S p a n n. 1923.

Das Geldwesen im Kriege, von Dr. Alexander P o p o v i c s. 1925.

Die Kohlenversorgung in Österreich während des Krieges, von Minister a. D. Ing. Emil H o m a n n - H e r i m b e r g. 1925.

- Österreichische Regierung und Verwaltung im Weltkriege, von Minister a. D. Professor Dr. Joseph Redlich. 1925.
- Die äußere Wirtschaftspolitik Österreich-Ungarns: »Mittleuropäische Pläne«, von Minister a. D. Dr. Gustav Gratz und Sektionschef Professor Dr. Richard Schüller. 1925.
- Volksgesundheit im Krieg, herausgegeben von Prof. Dr. Clemens Pirquet. 2 Bände. 1926.
- Die Regelung der Volksernährung im Kriege, von Staatssekretär a. D. Dr. Hans Loewenfeld-Ruß. 1926.
- Die Regelung der Arbeitsverhältnisse im Kriege, eine Reihe von Monographien unter der Leitung von Staatssekretär a. D., Abgeordneten Ferdinand Hanusch † und Professor Dr. Emanuel Adler. 1927.

SCHWEDISCHE SERIE

- Bidrag till Sveriges Ekonomiska och Sociala Historia under och efter Världskriget, under Medverkan av Kurt Bergendal, Olof Edström, Olof Ekblom, Otto Järte, Fabian von Koch, Carl Mannerfelt, K. G. Tham, utgivna av Eli F. Heckscher (2 Teile). 1926.

TSCHECHOSLOWAKISCHE SERIE

(in englischer Sprache)

- Financial Policy of Czecho-Slovakia during the First Year of its History, by Dr. Alois Rašín. 1923.

SERIE VON ÜBERSETZUNGEN UND VERKÜRZTEN AUSGABEN

(in englischer Sprache)

- French Industry during the War, by Arthur Fontaine. 1926.
- Agriculture and Food Supply in France during the War, by Michel Augé-Laribé and Pierre Pinot. 1927.
- The Forms of War Government in France, by Pierre Renouvin. 1927.
-

VERLEGER UND VERTRIEBSSTELLEN IN DEN
EINZELNEN LÄNDERN

<i>Amerika</i>	Yale University Press, New Haven, Connecticut.
<i>Deutschland</i>	Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart und Berlin.
<i>Frankreich</i>	Les Presses Universitaires de France, 49 Boulevard Saint-Michel, Paris.
<i>Großbritannien</i>	Oxford University Press, Amen House, Warwick Square, London E. C. 4.
<i>Italien</i>	Casa Editrice Gius. Laterza e figli, Bari.
<i>Österreich und Ungarn</i> .	Hölder-Pichler-Tempsky A.-G., Wien IV, Johann-Strauß-Gasse 6.
<i>Schweden</i>	Norstedt & Söner, Stockholm.

Anfragen bezüglich Inhalt und Preis der einzelnen Bände können sowohl an den Verleger des betreffenden Landes als auch an den Verleger des Landes, in dem sich der Anfragersteller befindet, gerichtet werden.

Form 45

940.9

C 216d

Carnegie endow. for v.5
internat. peace-Div. of econ.
hist. & soc hist. of world
war-Dutch series.

224261

940.9 C 216d
PENNSYLVANIA STATE LIBRARY v.5
Harrisburg 224261

Return this book on or before the last date stamped below.

[illegible]

